

Monographien
Herausgegeben vom Deutschen Institut für Japanstudien
der Philipp-Franz-von-Siebold-Stiftung
Band 8, 1994

Gerhard Krebs / Bernd Martin (Hrsg.)

Formierung und Fall der Achse Berlin–Tōkyō



Monographien aus dem
Deutschen Institut für Japanstudien
der Philipp-Franz-von-Siebold-Stiftung

Band 8
1994

Monographien Band 8
Herausgegeben vom Deutschen Institut für Japanstudien der
Philipp-Franz-von-Siebold-Stiftung

Direktor: Prof. Dr. Josef Kreiner

Anschrift:

Nissei Kojimachi Bldg.
Kudan-Minami 3-3-6
Chiyoda-ku
102 Tōkyō, Japan
Tel.: (03) 3222-5077
Fax: (03) 3222-5420

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme

Formierung und Fall der Achse Berlin-Tōkyō /

Gerhard Krebs ; Bernd Martin (Hrsg.).

– München : Iudicium-Verl., 1994

(Monographien aus dem Deutschen Institut für Japanstudien
der Philipp-Franz-von-Siebold-Stiftung ; Bd. 8)

ISBN 3-89129-488-3

NE: Krebs, Gerhard [Hrsg.]

Deutsches Institut für Japanstudien <Tōkyō>;
Monographien aus dem ...

© iudicium verlag GmbH München 1994

Alle Rechte vorbehalten

Druck: difodruck, Bamberg

Printed in Germany

ISBN 3-89129-488-3

VORWORT

Das Japanisch-Deutsche Zentrum Berlin führte vom 22. bis 24. Juni 1992 in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Japanstudien der Philipp-Franz-von-Siebold-Stiftung (Tōkyō) ein Symposium mit dem Titel „Deutsch-japanische Beziehungen in den 30er und 40er Jahren“ durch. Finanziell ermöglicht wurde die Veranstaltung durch die „Japan Foundation“ und den „Verein zur Förderung der kulturellen und wissenschaftlich

land e. V. Köln“, denen an dieser Stelle nochmals herzlichst gedankt sei. Neben den Referenten, die aus Japan, Frankreich und Deutschland kamen, nahm daran ein breit gestreuter Kreis von Fachleuten und allgemein Interessierten teil. Der behandelte Zeitraum darf wohl mit Recht als besonders wichtige Epoche in den japanisch-deutschen Beziehungen bezeichnet werden. Der Inhalt des Symposiums stieß daher auf reges Interesse und führte zu zahlreichen Anfragen von Personen, die nicht selbst teilnehmen können. Das Deutsche Institut für Japanstudien kommt daher in dem vorliegenden Sammelwerk der von vielen Seiten geäußerten Bitte nach, die Texte der Referate in überarbeiteter und erweiterter Form der Öffentlichkeit vorzulegen. Das Japanisch-Deutsche Zentrum Berlin hatte sich nur in der Lage gesehen, Kurzfassungen in seiner eigenen Reihe zu publizieren (*Symposium. Die deutsch-japanischen Beziehungen in den 30er und 40er Jahren*. 22.–24.06.1992. Berlin 1993 [Veröffentlichungen des Japanisch-Deutschen Zentrums Berlin, Bd. 17]). Einige der Beiträge wurden allerdings nur in der Berliner Ausgabe abgedruckt: Der Dreimächtepakt und synthetisches Öl (Kudō Akira¹); Militärische Zusammenarbeit (Hans-Joachim Krug); Erwägungen zur Kulturarbeit der dreißiger und vierziger Jahre (Eberhard Friese); Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge (Jutta Wietog). Dagegen findet sich in dem vorliegenden Sammelwerk zusätzlich ein Aufsatz von Detlev Schauwecker über deutsche Musik in Japan.

Abschließend bleibt mir die angenehme Pflicht, dem Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin für die arbeitsintensive Durchführung des Symposiums, die reibungslose Zusammenarbeit und die großzügige Gastfreundschaft zu danken, insbesondere seinem Generalsekretär Dr. Thilo Graf Brockdorff und dessen Mitarbeiter Dr. Wolfgang Brenn. Außerdem gilt

¹ Die Namen von Japanern werden in der vorliegenden Publikation nach japanischem Brauch genannt, d. h. der Familienname an erster Stelle.

mein Dank den beiden wissenschaftlichen Leitern der Tagung, Prof. Dr. Bernd Martin (Freiburg) und meinem Mitarbeiter Dr. Gerhard Krebs (Tōkyō), die auch als Herausgeber des vorliegenden Bandes fungieren.

Tōkyō, im November 1993

Josef Kreiner

Direktor

Deutsches Institut für Japanstudien

INHALT

I. DIE GESCHICHTE DER DEUTSCH-JAPANISCHEN BEZIEHUNGEN 1933–1945

Gerhard Krebs

Von Hitlers Machtübernahme zum Pazifischen Krieg (1933–1941)	11
---	----

Bernd Martin

Der Schein des Bündnisses – Deutschland und Japan im Krieg (1940–1945)	27
---	----

II. DIE JAPANISCHE BOTSCHAFT IN BERLIN

Tajima Nobuo

Die japanische Botschaft in Berlin in nationalsozialistischer Zeit: Personal und Politik	57
---	----

Jost Dülffer

Die japanische Botschaft im Tiergarten im Rahmen der natio- nalsozialistischen Umgestaltung der Reichshauptstadt Berlin . . .	75
--	----

III. MATERIELL-MILITÄRISCHE GRUNDLAGEN DER ALLIANZ

Erich Pauer

Menschen, Muster und Motoren: Die technische Zusammen- arbeit zwischen Deutschland und Japan von 1930 bis 1945	95
---	----

IV. GEISTIG-IDEOLOGISCHE GRUNDLAGEN UND KULTURBEZIEHUNGEN

Kimura Naoji

Zur Rezeption „heroischer“ deutscher Literatur in Japan 1933–1945	129
--	-----

Herbert Worm

Japanologie im Nationalsozialismus. Ein Zwischenbericht	153
---	-----

Françoise Kreissler

Japans Judenpolitik (1931–1945)	187
---	-----

Detlev Schauwecker

Musik und Politik: Tōkyō 1934–1944	211
--	-----

Zu den Autoren	254
--------------------------	-----

I.
DIE GESCHICHTE DER
DEUTSCH-JAPANISCHEN
BEZIEHUNGEN 1933–1945

VON HITLERS MACHTÜBERNAHME ZUM PAZIFISCHEN KRIEG (1933–1941)

Gerhard Krebs

DIE ANNÄHERUNG UND DER ANTIKOMINTERNPAKT

Anfang der dreißiger Jahre litten Japan wie Deutschland an einem Zustand der Instabilität als Folge der Weltwirtschaftskrise und gingen zunehmend zu einer revisionistischen Politik über. Das Deutsche Reich lag allerdings noch stärker danieder, da es als Folge des Versailler Vertrages nicht nur große Gebiet hatte abtreten, sondern gewaltige Reparationszahlungen hatte leisten müssen, die seine Kräfte überstiegen. Auch Japan aber war unzufrieden mit der Weltordnung: Es hatte nach dem Ersten Weltkrieg zwar auf der Siegerseite gestanden, war aber in der von den angelsächsischen Mächten geschaffenen und dominierten Weltordnung in die Isolation und in die Defensive geraten, da es als Machtfaktor nicht mehr umworben wurde. Während Deutschland unter dem Versailler System litt, sah sich Japan als Opfer des Washingtoner Systems: 1922 war das Kaiserreich zur Aufgabe der Allianz mit England, vieler während des Ersten Weltkriegs erzwungener Zugeständnisse in China und zu Flottenbegrenzungen gezwungen worden, die 1930 auf der Londoner Konferenz noch erweitert wurden. Hinzu kamen die Abschottung der angelsächsischen Märkte im Gefolge der Weltwirtschaftskrise und Einwanderungsbeschränkungen für Asiaten in Amerika. War erstere Maßnahme für Japans Wirtschaft schmerzhaft zu spüren, so wurde zweite zumindest als verletzend empfunden. Japan, das sich durch Reformen, durch einen technisch-wirtschaftlichen Aufschwung und militärische Erfolge seit der Meiji-Zeit als den westlichen Mächten ebenbürtig erwiesen zu haben glaubte, reagierte allergisch auf jegliche Form von Rassismus. Schon in Versailles war es mit seinem Vorschlag gescheitert, eine Gleichwertigkeit aller Rassen in den Vertragstext festschreiben zu lassen.

Deutschland wie Japan hatten außerdem gemeinsam, in ihrer schlechten Wirtschaftslage und instabilen politischen Situation den Kommunismus und damit die UdSSR als starke Bedrohung zu empfinden. Für Japan war Rußland ohnehin der Erzfeind, den es zum Erstaunen der Welt im Jahre 1905 militärisch geschlagen hatte und dessen Revanchedenken es seitdem zu fürchten hatte. Zwar hatte Tōkyō sich während des Ersten

Weltkriegs mit dem Zarenreich arrangiert und sogar eine Allianz geschlossen, doch war dieser Schritt nur durch die entstandene Mächtekongstellatation bedingt gewesen.

Die Gefahr durch die Westmächte wurde dagegen sowohl in Deutschland als auch in Japan vorläufig eher als latent empfunden. In beiden Ländern hatten die Parteien als Folge der instabilen inneren Lage an Einfluß verloren. Sie wurden zunehmend als unfähig angesehen, die drängenden Probleme zu lösen. In Japan wurden sie außerdem als fremder Import betrachtet, der sich möglicherweise als 5. Kolonne ausländischer Interessen auswirken würde. Die enge Zusammenarbeit mit der Wirtschafts- und Finanzwelt sowie Korruptionerscheinungen in Parlamentarierkreisen führten außerdem in nationalistischen Zirkeln zu einer stark antikapitalistischen Stimmung. Auch in Deutschland wuchs die Aversion gegen die sogenannten „Plutokraten“. Kam es in Deutschland schon in den zwanziger Jahren zu Mordanschlägen gegen „Erfüllungspolitiker“, so erreichte die Welle des Terrors in Japan erst in den dreißiger Jahren ihren Höhepunkt. Opfer waren Parteipolitiker, Vertreter der Wirtschaftswelt, Hofbeamte und Offiziere aus rivalisierenden Cliquen.

Japan richtete seinen Expansionsdrang zunächst wieder gegen das schwache China, aus dem es sich durch den Druck auf der Washingtoner Konferenz weitgehend hatte zurückziehen müssen. Sichtbarster Ausdruck der erneuten Expansionspolitik war die von der Kwantung-Armee inszenierte Eroberung der Mandschurei 1931 und die Errichtung des Marionettenstaates „Manchukuo“ im folgenden Jahr. Konkrete Gegenmaßnahmen der internationalen Staatengemeinschaft blieben aus, und die zahlreichen verbalen Angriffe beantwortete Japan 1933 mit dem Austritt aus dem Völkerbund. Japan hatte sich selbst eine lange Landgrenze zur UdSSR geschaffen, die starke Kräfte binden sollte. Der Wert der Mandschurei als Pufferzone war dahin.

Zu dieser Zeit übernahmen die Nationalsozialisten in Deutschland die Macht. Es kam vorläufig zwar zu keiner engeren Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern, doch stellten sie füreinander einen großen Wert dar: Das gleichzeitige Bestehen mehrerer Unruheherde verhinderte Maßnahmen der Westmächte oder der UdSSR gegen eines der expansionistischen Länder. Man wäre sonst Gefahr gelaufen, daß das andere im Windschatten energischer Maßnahmen möglicherweise dann erst recht unkontrolliert hätte vorgehen können. Das Dilemma verstärkte sich noch, als Italien seit Mitte der dreißiger Jahre als dritte revisionistische Macht mit seinem Überfall auf Äthiopien die Initiative ergriff. Hier zeigte sich deutlich, daß die Völkerbundsmächte ängstlich auf den Krisenherd starrten, ohne jedoch energische Maßnahmen zu ergreifen, und das nationalsozia-

listische Deutschland dieses auf Afrika gerichtete Augenmerk nutzte, um das Rheinland zu besetzen.

Hitler verfügte zunächst über gar kein Konzept für eine Ostasienpolitik. Als Rassenfanatiker hegte er eine Abneigung gegen nicht-europäische Völker, von der die Japaner nur ganz bedingt ausgenommen waren: Für ihn stellten sie keine kulturschöpfende Nation wie die Arier dar, aber auch keine kulturvernichtende wie die Juden, sondern verfügten über einen dazwischen liegenden Charakter eines kulturtragenden Volkes. Ihre Geschichte, niemals von Juden durchsetzt worden zu sein, verschaffte ihnen allerdings in seinen Augen Respekt. Außerdem bewunderte er ihre soldatischen Tugenden, seit sie 1905 die slawische Großmacht Rußland geschlagen hatten. Der spätere „Führer“ des Deutschen Reiches, seinerzeit noch ein Schüler, hatte sich als Österreicher in ständigem Streit mit seinen slawischen Klassenkameraden befunden und den japanischen Sieg mit großer Befriedigung verbucht. Hitlers Grundkonzeption aber, die europäische Herrschaft über die Welt auszubauen und damit vor allem den Bestand des britischen Weltreiches zu sichern, war unvereinbar mit Japans Zielen, den „weißen Mann“ aus Ostasien zu vertreiben. Noch im Februar 1936, also während der Verhandlungen zum Antikominternpakt, bot er einem englischen Gesprächspartner die deutsche Freundschaft gegen Japan und die Entsendung von sechs Divisionen nebst Kriegsschiffen zur Verteidigung britischer Interessen nach Fernost an (Toynbee 1967:279). Auch später, während des Pazifischen Krieges, soll Hitler die militärischen Erfolge Japans mit gemischten Gefühlen aufgenommen haben.

Zurück jedoch zur Anfangsphase der nationalistischen Herrschaft: Ohnehin konnte Hitler in den ersten Jahren, selbst wenn er sich entschlossen Tōkyō hätte annähern wollen, die Politik nicht allein diktieren, sondern mußte auf konservative Machtgruppen Rücksicht nehmen, so vor allem auf Reichswehr, Wirtschaft und Auswärtiges Amt. Diese Kreise waren jedoch eher prochinesisch als projapanisch eingestellt und verfügten außerdem über gute Kontakte zur UdSSR. Die relative militärische Schwäche Deutschlands erlaubte darüber hinaus keinerlei Abenteuer, zu denen eine Anlehnung an Japan in den Augen der Welt gehört hätte (Fox 1982).

Ähnlich begrenzt waren die Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit auf japanischer Seite. Als nach den zahlreichen Attentaten auf Parteipolitiker ab 1932 keine Parteienkabinette mehr gebildet wurden, fungierten als Regierungschefs in den folgenden vier Jahren relativ gemäßigte inaktive Admirale. Dadurch kam es zu keiner nennenswerten Änderung der Politik, die immer noch im Prinzip auf einen *modus vivendi* mit den Westmächten und eine Vermeidung von Provokationen gefährlichen Ausmaßes gegenüber der UdSSR ausgerichtet war. Die Radikalisierung fand weitgehend außerhalb des Kabinetts in nationalistischen Kreisen sowie

unter Militärs – mehr innerhalb der Armee als der Marine – und jungen Beamten statt. Im Februar 1936 putschten in Tōkyō junge Heeresoffiziere und kamen ihrem Ziel eines Staatsstreiches sehr nahe. Angesichts des Aufmarsches von loyalen Streitkräften und unter dem Eindruck des persönlichen Einsatzes durch den Kaiser aber legten sie schließlich die Waffen nieder. Die Armee, oder doch zumindest ihre Führungsspitze, die sich als Retterin der Nation vor den unbotmäßigen Elementen in den eigenen Reihen aufspielen konnte, gewann nun noch größeren Einfluß auf die Politik. Sie bestimmte weitgehend die Zusammensetzung und damit auch den Kurs des neuen Kabinetts unter dem Berufsdiplomaten Hirota Kōki.

Auf der Tagesordnung stand schon bald ein Punkt, der in Berlin seinen Ausgang genommen hatte: die Verhandlungen um einen Vertrag mit Deutschland, der später als Antikominternpakt in die Geschichte eingehen sollte. Auf japanischer Seite war die Initiative dazu von einem Vertreter der Armee ausgegangen, Militärattaché Ōshima Hiroshi in Berlin. Das japanische Heer verfügte seit der Meiji-Zeit über enge Beziehungen zu Deutschland, da es hauptsächlich von deutschen Militärberatern aufgebaut worden war. Auch im politischen System hatte es sich eine Position gesichert, die dem Beispiel des deutschen Kaiserreiches folgte, besonders durch die „Unabhängigkeit“ des Generalstabs von der Regierung. Nach dem Ersten Weltkrieg, in dem Japan und Deutschland Kriegsgegner gewesen waren, hatte die Armee des Tennō an die alte Tradition angeknüpft und zahlreiche Offiziere zu Studien nach Deutschland entsandt, wo sie die technischen und militärischen Erfahrungen des Ersten Weltkriegs untersuchten, darunter besonders das System der Ludendorffschen Kriegswirtschaft.

Militärattaché Ōshima in Berlin hatte ab 1935 Gespräche mit Joachim von Ribbentrop geführt, einem Vertreter der NSDAP und späteren Außenminister. Die Kontakte waren von dem Waffenhändler Friedrich Wilhelm Hack vermittelt worden, der vor und nach dem Ersten Weltkrieg beruflich in Japan tätig gewesen und sich dazwischen in Kriegsgefangenschaft befunden hatte, nachdem er bei der Kapitulation von Tsingtao in die Hände der Kaiserlichen Truppen gefallen war. Auch Admiral Wilhelm Canaris, Chef der militärischen „Abwehr“, spielte bei der Vorbereitung des Vertrages eine aktive Rolle. Reichskriegsminister von Blomberg war in den Inhalt der Unterredungen eingeweiht (Tajima 1987a, 1987b; Krebs 1984:Kap. I).

Die ersten Informationen über die Gespräche waren noch 1935 nach Japan gelangt und innerhalb der politisch-militärischen Führung erörtert worden. Sie stießen außerhalb der Armee auf wenig Beachtung und wurden nicht zum offiziellen Programmpunkt der japanischen Politik. Der Plan besaß auch kaum eine Chance zur Verwirklichung unter dem Kabi-

nett des inaktiven Admirals Okada, der als Marinevertreter wenig Interesse an Deutschland und einer Frontstellung gegen die UdSSR besaß. Die Lage änderte sich durch die Bildung des Kabinetts Hirota nach dem gescheiterten Putsch vom Februar 1936 (Krebs 1992). Der neue Premier war stark antisowjetisch eingestellt und stand der Armee politisch nahe. Das gleiche galt für seinen Außenminister Arita Hachirō, der schon im Vorjahr selbst in Europa nach Wegen für eine Zusammenarbeit mit Deutschland gegen die UdSSR gesucht und dabei auch mit Ōshima Gespräche geführt hatte. Nach ihrer Ansicht und der Überzeugung der Armee mußte man auch versuchen, Polen in den zu bildenden Block mit einzubeziehen, das seit dem russisch-japanischen Krieg von 1904/05 einen Faktor in Tōkyōs antirussischer Politik bildete und schon aus rein geographischen Gründen für die Zangenstrategie notwendig war.

Der japanische Botschafter in Berlin, Graf Mushakōji Kintomo, wurde bei einem Heimaturlaub im Frühjahr 1936 in die Pläne eingeweiht und bald von seiner Regierung beauftragt, selbst die Verhandlungen mit Ribbentrop zu führen, d. h. am deutschen Auswärtigen Amt vorbei. Den ganzen Sommer des Jahres 1936 waren die Entwürfe in Tōkyō Gegenstand von Konferenzen zwischen Heer, Marine und Außenministerium. Wie üblich bereiteten Offiziere und Beamte der mittleren Rangebene die Sitzungen der Führungsspitze durch Entwürfe vor, die auf gemeinsam abgehaltenen Unterredungen in einem langwierigen Prozeß entstanden waren. Die Marine stimmte dem Antikominternpakt nur zögernd zu, da sie an einer Konfrontation mit der UdSSR, dem traditionellen Hauptfeind der Armee, nicht interessiert war. Sie sah aber andererseits eine gewisse Chance, die Sowjetunion zu neutralisieren, um Japan für ein etwaiges Ausgreifen nach Südostasien den Rücken freizuhalten. Gerade im Jahre 1936 nämlich entstanden innerhalb der Marine entscheidende Pläne für diesen sogenannten „Südstoß“. Auch Deutschland als kommender maritimer Macht, die ein Gegengewicht zu England bilden würde, wurde bereits Bedeutung zugemessen. Gerade deshalb aber waren aus den Reihen der Beamten im Außenministerium vereinzelt Bedenken laut geworden, nämlich aus Furcht, die Beziehungen zu England zu verschlechtern, und nicht deshalb, weil man die UdSSR provozieren würde, zu der das Verhältnis ohnehin zerrüttet war. Schließlich aber wurden diese Bedenken bezüglich Großbritanniens zurückgestellt, da man sich von der Armee vormachen ließ, auch London sollte zum Beitritt aufgefordert und so in die antisowjetische Front eingegliedert werden.

Im November 1936 unterzeichneten Mushakōji und Ribbentrop nach mehrmonatigem Feilschen den „Antikominternpakt“, an dem das deutsche Auswärtige Amt keinen Anteil hatte. Der Vertrag sah in seinem veröffentlichten Teil einen Informationsaustausch über die Zersetzungsarbeit

der Komintern vor und enthielt in einem geheimen Zusatz die Verpflichtung, die UdSSR mit keinerlei Maßnahmen zu entlasten, falls einer der Signatarstaaten Opfer eines sowjetischen Angriffs werden sollte. Auch politische Verträge dürften mit der UdSSR mit wenigen Ausnahmen nicht geschlossen werden. Das ursprüngliche Anliegen des japanischen Initiatoren Ōshima, einen Vertrag mit militärischem Nutzwert zu schließen, war damit nur in den geheimen Teil aufgenommen worden. Er, der von den Erfahrungen des Russisch-Japanischen Krieges geprägt war, hatte immer an den Nutzen gedacht, den das Zarenreich seinerzeit aus der wohlwollenden deutschen Neutralität gezogen hatte.

Der Vertrag löste nicht nur in der UdSSR, sondern auch unter den Westmächten eine Schockwirkung aus, da man hinter dem veröffentlichten Inhalt geheime Absprachen von einer Bedeutung vermutete, die es gar nicht gab. Auf jeden Fall herrschte der erschütternde Eindruck, die beiden revisionistischen Mächte würden in Zukunft einen gemeinsamen Weg gehen. Diese Auffassung verstärkte sich noch, als ein Jahr später Italien dem veröffentlichten Teil des Vertrages beitrug. England, das 1936 ebenfalls zur Teilnahme aufgefordert worden war, hatte schroff abgelehnt. Nur Holland, das in Niederländisch-Indien mit einer kommunistischen Widerstandsbewegung zu tun hatte, hatte vorübergehend Interesse gezeigt, dieses jedoch auf den Druck befreundeter Mächte zurückgezogen.

Was man damals im In- und Ausland einschließlich Japans nicht wußte, sondern nur einem kleinen Kreis von Eingeweihten bekannt war: Deutschland hatte seit Jahren eine Reihe von geheimen Polizeiverträgen geschlossen, die dem Inhalt des Antikominternpakts sehr ähnlich waren, aber nur dem des veröffentlichten Teils. Bei dem Kompetenzwirrwarr des nationalsozialistischen Deutschlands waren es eine ganze Reihe meist konkurrierender Organisationen, die an dieser „Antikominternpolitik“ beteiligt waren, wie Gestapo, Abwehr, Auswärtiges Amt und Propagandaministerium. Seit 1934 waren einander ähnliche, meist Polizeiverträge genannte, Abkommen mit Ungarn, Italien, Estland und Polen zustande gekommen. Da sie aber geheim waren, konnten sie im Ausland keinerlei Aufsehen erregen. Die Gestapo führte zu dem gleichen Zweck Gespräche mit Finnland und Jugoslawien. Spanien, zu dem Canaris ausgezeichnete Kontakte unterhielt, hatte bereits seit Ende der zwanziger Jahre Interesse bekundet, doch war die Weimarer Republik nicht darauf eingegangen. Im „Dritten Reich“ konnte man daran anknüpfen, doch verhinderten die Bildung der republikanischen Regierung in Madrid und der Ausbruch des Bürgerkrieges eine entsprechende Politik. Das Problem sollte später durch Spaniens Beitritt zu dem Antikominternpakt gelöst werden.

DER AUSBRUCH DES CHINA-KRIEGES UND DIE BÜNDNISVERHANDLUNGEN

Die negative Reaktion des Auslandes führte dazu, daß der Widerstand gegen die Antikominternpolitik auch in Japan wuchs, insbesondere in Wirtschaftskreisen, am Hof und im Parlament. Bezeichnend war – und das war bereits in den Vorgesprächen angeklungen –, daß man sich weniger Sorgen um eine Verschlechterung der Beziehungen zu der ohnehin verfeindeten UdSSR machte, sondern um eine Belastung des Verhältnisses zu den Westmächten. Außerdem befürchteten die Parteien von einer Anlehnung an das totalitäre Deutschland eine weitere Schwächung ihrer ohnehin schon stark angeschlagenen eigenen Stellung. Die Armee drehte jedoch den Spieß um: Angriffe im Parlament gegen ihre Aktivitäten nutzte sie, um aus Protest gegen diese „Beleidigung“ mit dem Rücktritt des Heeresministers zu antworten und das Kabinett Hirota zu stürzen. Sie erzwang statt dessen die Bildung einer Nachfolgeregierung unter General Hayashi Senjūrō.

Japan ging aber wegen der Reaktionen im In- und Ausland zunächst wieder auf eine kühle Distanz zu Deutschland, bis im Juli 1937 gleich nach Bildung des ersten Kabinetts durch Konoe Fumimaro der China-Krieg ausbrach. Da Berlin schon seit einem Jahrzehnt Militärberater nach China entsandt hatte, die jedoch offiziell auf Grund privater Verträge arbeiteten, sich wirtschaftlich stark in dem rohstoffreichen Land engagiert hatte und Chiang Kai-Sheks Kuomintang-Regierung in eine gemeinsame antisowjetische Frontstellung einzubinden gedachte, war es prinzipiell an guten Beziehungen zu beiden verfeindeten Nationen Ostasiens interessiert (Martin 1981). Deutschland unternahm daher einen Ausgleichversuch, der gewöhnlich nach dem Botschafter des Reiches in China als „Trautmann-Vermittlung“ bezeichnet wird. Diese scheiterte jedoch nach mehrmonatigem Gezerre an den überzogenen japanischen Forderungen, obwohl sich einflußreiche Persönlichkeiten im Generalstab für eine friedliche Beilegung einsetzten und selbst diesen Versuch ins Leben gerufen hatten.

Tōkyō hatte eine große Chance mutwillig verspielt und mußte im Jahre 1938 erkennen, daß der Krieg wider Erwarten nicht so schnell zu gewinnen sein würde. Vielmehr war ein Eingreifen dritter Mächte zu befürchten, die bereits Wirtschafts- und Rüstungshilfe an Chiang Kai-Shek leisteten. Es zeigte zur Durchbrechung der Isolation und Stärkung der eigenen Stellung Interesse an einer Militärallianz mit Berlin und Rom. Deutschland, wo der langjährige Initiator einer aktiven Japanpolitik, Joachim von Ribbentrop, ab Februar 1938 das Amt des Außenministers bekleidete,

zeigte ebenso Interesse wie Italien. Berlin setzte jedoch durch, daß über einen Vertrag zu dritt verhandelt würde, wogegen Japan ursprünglich zwei getrennte Allianzen vorgeschlagen hatte: eine mit Deutschland auf Heeresbasis gegen die UdSSR und eine mit Italien auf Marinebasis gegen England.

Berlin erbrachte schon bald erhebliche Vorleistungen an den künftigen Verbündeten: den Abzug der in China tätigen Militärberater, die Reduzierung – offiziell sogar Einstellung – der Rüstungslieferungen auf ein Minimum und die starke Einschränkung des sonstigen Warenaustausches sowie die Anerkennung von Manchukuo (Martin 1981; Tajima 1992). Trotzdem führten die ab Sommer 1938 geführten Bündnisverhandlungen zu keinem Ergebnis, da Berlin und Rom nicht der japanischen Forderung nachgaben, die Allianz *expressis verbis* auf die UdSSR als potentiellen Gegner zu beschränken und gegen andere Mächte nur als Drohung in der Form eines „Damokles-Schwertes“ zu benutzen. Deutschland und Italien aber bestanden auf einer Geltung des Bündnisses auch gegen England und Frankreich, da sich herausgestellt hatte, daß die Westmächte das Haupthindernis für die eigenen Expansionspläne bildeten, und nicht etwa die Sowjetunion. An die USA dachte man damals noch sehr wenig. Insbesondere war Hitler enttäuscht über die Weigerung des „undankbaren“ England, sich in ein Bündnis mit Deutschland einbinden zu lassen (dazu neuerdings Waddington 1992); Ribbentrop war seit seiner Botschafterzeit in London ohnehin stark antibritisch eingestellt.

Japans Zögern führte dazu, daß Deutschland allmählich umdisponierte: Zwar hielt es an der Bindung zu Italien fest, doch entwickelte sich allmählich eine Bereitschaft, Japan zugunsten der UdSSR fallenzulassen. Im Frühjahr ließ Hitler Vertreter des Kaiserreiches, darunter Ōshima, mehrmals warnen, daß ein weiteres japanisches Zögern in der Bündnisfrage zu einer Annäherung Berlins an Moskau führen könnte (Krebs 1984:Kap. III,1). Ernst genommen wurden diese Worte in Tōkyō nicht, sie wurden in den politischen Konferenzen nicht einmal diskutiert. Im Mai 1939 schlossen Deutschland und Italien erst einmal ein Bündnis zu zweit ab. Etwa seit dieser Zeit befand sich Japan in einem Grenzkrieg bei Nomonhan im mandschurisch-mongolisch-sowjetischen Grenzgebiet gegen die UdSSR und geriet immer mehr in schwerste Bedrängnis. Als im August desselben Jahres Deutschland und die UdSSR mit dem sogenannten Hitler-Stalin-Pakt einen Ausgleich suchten, geschah das aus japanischer Sicht also zum denkbar ungünstigsten Augenblick. Damit verband sich Deutschland ausgerechnet mit Japans Erzfeind und verstieß außerdem gegen die Abmachungen des Antikominternpaktes. Tōkyōs Beziehungen zu Berlin erlebten durch den Hitler-Stalin-Pakt einen absoluten Tiefpunkt, der auch nicht durch den deutschen Rat überwunden wurde, sich dem

Ausgleich mit der UdSSR anzuschließen. Die Bündnisverhandlungen kamen zu einem abrupten Ende, und in Tōkyō stürzte das Kabinett Hiranuma.

Der Weg zur Zerschlagung des mit Tōkyō befreundeten Polen war nun offen. Japanische Diplomaten und Militärs hatten versucht, durch eine Vermittlungsaktion zwischen Berlin und Warschau das ursprüngliche Konzept eines antisowjetischen Blocks zu retten. Sie hatten zunächst auch insofern Erfolg, als Hitler sich interessiert gezeigt und zu einem Treffen mit dem polnischen Außenminister Beck bereit gefunden hatte. Bald aber hatte er sich jegliche japanische Vermittlertätigkeit verbeten und zeigte sich zum Krieg entschlossen (Krebs 1991a). Als bald nach dem Angriff auf Polen England und Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg erklärten, blieb Japan neutral.

DER WEG ZUM DREIMÄCHTEPAKT

Die Lage änderte sich radikal im Frühjahr 1940 mit Deutschlands militärischen Triumphen im Westen. Die Besetzung von Dänemark und Norwegen spottete der angeblichen britischen Überlegenheit zur See. Besonders aber die Niederlagen Hollands und Frankreichs betrafen auch Japan, zumal eine Kapitulation Englands auch nur noch eine Frage von wenigen Wochen zu sein schien. Mit dem Auftreten einer deutschen Supermacht in Südostasien war demnach zu rechnen. In dem alternativen Falle, daß England und Amerika dem zuvorkämen und Französisch-Indochina wie Niederländisch-Indien vorsorglich besetzten, hätte Japan ebenfalls das Nachsehen. Tōkyō bemühte sich daher um eine deutsche Anerkennung Ost- und Südasiens als japanischer Einflußsphäre. Im Juli 1940 wurde das zweite Kabinett Konoe mit Matsuoka Yōsuke als Außenminister eigens zu dem Zweck gegründet, eine Annäherung an Berlin – und eventuell auch an Moskau – durchzuführen. Berlin aber zeigte zunächst Desinteresse.

Die Haltung änderte sich aber schnell, als Deutschland erkannte, daß Großbritannien nicht in einem Blitzkrieg zu besiegen war: Die Luftschlacht um England ging zu dessen Gunsten aus, eine Invasion war damit illusorisch. Je länger der Krieg aber dauerte, desto stärker wurde die Gefahr eines amerikanischen Eingreifens in Europa. Auch Japan mußte trotz der Tatsache, daß es die zuungunsten Deutschlands verlaufende Entwicklung nicht klar erkannte, mit einer Intervention der USA bei einer etwaigen Expansion in Südostasien rechnen. Daher stimmte es Berlins Bedingung für die Anerkennung der beanspruchten Einflußsphäre zu,

dem Abschluß einer Militärallianz. Im September 1940 unterzeichneten Deutschland, Italien und Japan den sogenannten „Dreimächtepakt“, ein Verteidigungsbündnis auf Gegenseitigkeit für den Fall eines amerikanischen Angriffs. Diese Allianz sollte die USA zur Neutralität zwingen und die Eroberungen der Signatarstaaten dadurch abschirmen. Außerdem hoffte Japan, durch eine Verbindung mit Berlin sich einer deutschen Vermittlung für einen Ausgleich mit der UdSSR bedienen zu können, denn für die geplante Expansion in Südostasien brauchte man Sicherheit im Rücken vor einem sowjetischen Angriff. Tōkyō behielt sich aber in einem geheimen Briefaustausch einige Schlupflöcher offen, wonach es nicht unverzüglich in einen deutsch-amerikanischen Krieg würde eintreten müssen.

In dem Vertrag wurden ferner Europa als deutsch-italienische und Asien als japanische Einflußzone festgelegt. Genauer abgegrenzt waren die Gebiete nicht. Klar war zwar, daß den USA der amerikanische Doppelkontinent belassen würde, doch was war mit Afrika? Der deutsche Verhandlungspartner hatte dieses Thema gar nicht zur Sprache gebracht, und so warfen es die Japaner auch nicht auf. Nach innerjapanischer Interpretation aber gehörte es zur Interessensphäre der beiden europäischen Achsenpartner. Der Begriff „Asien“ war ebenfalls nicht klar definiert, verstehen doch Deutsche und Japaner darunter unterschiedliche Abgrenzungen. Für letztere gehören nur die Länder des indischen und des chinesischen Kulturkreises dazu – und so erhält die 1942 vollzogene Abgrenzung der jeweiligen Operationszonen etwa auf der Höhe von Karachi (Martin 1969:46–54) einen tieferen Sinn. Sollte man die UdSSR auf die eigene Seite ziehen, so mußte man sie territorial entschädigen. Dafür war der Raum Iran-Indien vorgesehen. Die deutsch-italienische und die japanische Einflußsphäre würden damit gar nicht aneinandergrenzen.

UMSTRUKTURIERUNGEN UND UMSCHWÜNGE IN JAPAN

Fast gleichzeitig mit dem Abschluß des Dreimächtepaktes wurde in Japan die „Gesellschaft zur Unterstützung der Kaiserlichen Herrschaft“ (Taisei Yokusankai) gegründet, die nach der kurz zuvor erfolgten Auflösung der Parteien eine Art Einheitspartei darstellte, aber auch kulturelle Vereinigungen, Gewerkschaften, Agrargenossenschaften, Journalisten und berufsständische Organisationen einschloß. Die Bewegung dazu hatte bereits während des ersten Kabinetts Konoe (Sommer 1937 – Anfang 1939) einen starken Strom in der politischen Landschaft Japans gebildet. Darin fanden sich Personen und Machtgruppen mit unterschiedlicher Zielset-

zung: Freunde und politische Verbündete Konoes einschließlich seiner *brain trusts* „Shōwa Kenkyūkai“ und „Kokusaku Kenkyūkai“, nationalistische Organisationen, junge Beamte verschiedener Ministerien, kleine rechtsradikale Parteien, Minderheitsfraktionen der beiden großen Parteien Minseitō und Seiyūkai sowie schließlich auch die Sozialistische Massenpartei (Shakai Taishūtō). Viele suchten eine Anlehnung an die Armee, die seit Ausbruch des China-Krieges zur Vorkämpferin der nationalen Sache angesehen wurde. Der Kampf um eine Einheitspartei war Bestandteil der sogenannten Neue-Struktur-Bewegung, die u. a. einen Übergang zur Planwirtschaft vorsah. Erste Erfolge waren die im Gefolge des China-Krieges 1938 durchgepeitschten Gesetze „zur wirtschaftlichen Mobilisierung“ und „zur staatlichen Aufsicht über die Elektrizitätserzeugung“. Viele der Pläne machten Anleihen bei den Planwirtschaftsmaßnahmen der totalitären Länder Deutschland, Italien und der UdSSR. Vielen Konservativen, vor allem aus Wirtschafts- und Finanzkreisen, sowie Nationalisten im altjapanischen Sinne und prominenten Parteipolitikern waren sie daher ein Dorn im Auge. Außenpolitisch orientiert waren die Propagandisten der Neuen Struktur auf eine risikoreiche expansive Politik, oft in Verbindung mit Berlin und Rom oder gar Moskau.

Die Bewegung ebte mit Konoes Rücktritt im Januar 1939 ab und lebte kurz vor seiner zweiten Kabinettsbildung 1940 wieder auf. Da sich viele verschiedene Strömungen innerhalb der Bewegung zusammenfanden, war es fast unmöglich, der neuen Organisation einen eindeutigen Charakter zu geben. Viele erhofften – und andere fürchteten – die Schaffung einer totalitären Partei nach nationalsozialistischem Muster, und in der Tat hatten viele der Propagandisten ein entsprechendes Programm verkündet. Um aber nicht offene Auseinandersetzungen heraufzubeschwören, wurde der Charakter der Organisation bewußt im unklaren gelassen. Erst gegen Ende 1940 bahnte sich eine Entscheidung an, die in eine konservative Richtung zielte und durch eine Kabinettsumbildung vorbereitet wurde. Vor allem wurden die Posten von Innen- und Justizminister dabei neu besetzt. Wenige Monate später wechselte Konoe außerdem die gesamte Führungsspitze der Einheitsorganisation und des Kabinettsplanungsamtes aus, einer mächtigen Agentur, deren Vorsitzender Kabinettsrang besaß. Dadurch wurde die feindselige Haltung konservativer Eliten gegen das Kabinett Konoe abgebaut und Japan behielt eine zwar autoritäre, aber doch pluralistische Struktur, wie sie sich die Meiji-Gründerväter geschaffen hatten, statt ein totalitärer Staat nach deutschem Muster zu werden. Die Vertreter des Deutschen Reiches sahen diese Entwicklung mit großem Unmut, zumal sie mit einer konservativeren Außenpolitik zusammenfiel, die vorübergehend versuchte, einen Ausgleich mit den USA zu erreichen.

Während Außenminister Matsuoka im Frühjahr 1941 auf eine mehrwöchige Europareise ging, nahm die japanische Regierung hinter seinem Rücken Ausgleichsgespräche mit den USA auf, da diese sich durch den Dreimächtepakt nicht hatten einschüchtern lassen. Gleichzeitig wurden die erwähnten konservativen Umbesetzungen in Kabinett, Einheitsorganisation und Planungsamt durchgeführt, die den „reformistischen“ Zielen des Außenministers zuwiderliefen.

Matsuoka führte zu dieser Zeit in Berlin Gespräche mit Hitler und Ribbentrop und machte großspurig Zusagen, er werde sich für einen japanischen Kriegseintritt gegen England einsetzen. Er ließ seine deutschen Partner aber wissen, er könne die japanische Politik nicht allein bestimmen. Es sei bedauerlich, daß Japan sich gewisser schwächerer Politiker noch nicht entledigt habe, ja, daß sogar einige von ihnen in einflußreichen Stellungen seien. Er sei aber nach seinen Besprechungen im Hauptquartier sicher, sich durchgesetzt zu haben, daß Japan im geeigneten Augenblick losschlagen müsse. Die schüchternen Politiker in Japan würden immer zögern und zum Teil aus einer gefühlsmäßigen pro-angelsächsischen Haltung handeln. Das Tennōsystem sei gewissermaßen die japanische Version eines totalitären Staatsgebildes. Schließlich gratulierte Matsuoka dem deutschen Volk, das einen so einmaligen Führer wie Hitler gefunden habe. Japan habe seinen Führer noch nicht gefunden. Er würde aber sicher in der Stunde der Not erscheinen und mit Entschlossenheit die Führung des Volkes übernehmen.¹

In Tōkyō lief die Entwicklung Matsuokas großspurigen Prophezeiungen völlig zuwider. Er erhielt in Berlin in einem Telegramm Kenntnis von den Umbesetzungen in Einheitsorganisation, Planungsamt und Kabinett. Das Original ist nicht erhalten, doch existiert das letztere von zwei Telegrammen in der von den USA aufgefangenen Fassung in englischer Übersetzung.² Es stammt aus dem Außenministerium und zwar höchstwahrscheinlich von Konoe selbst, zu dieser Zeit auch Außenminister. Gerichtet ist es an Ōshima.

Konoe rechtfertigte seine Umbesetzungen in der Einheitsorganisation mit der Kritik konservativer Kreise wie Parlament und Wirtschaftswelt gegen die angeblich revolutionären Umtriebe der zwangsausgeschiedenen Personen. Dadurch sei eine Vereinheitlichung der Politik von Regierung und Einheitsorganisation möglich geworden, und neben der gestei-

¹ Aufzeichnung Schmidts vom 1.4.1941 über Unterredung Hitlers mit Matsuoka 27.3.1941 in Anwesenheit Ribbentrops. ADAP D XII, Nr. 222, S. 321, 324.

² Zu den amerikanischen Decodierungserfolgen im Zusammenhang mit den deutsch-japanischen Beziehungen s. die neuere Arbeit von Boyd 1993.

gerten Effizienz werde ein größeres Maß harmonischer Zusammenarbeit erreicht (SRDJ:113.955f).

Auf dem Rückweg schloß Matsuoka in Moskau am 13. April einen Neutralitätsvertrag mit der UdSSR ab, zu einem Zeitpunkt also, als Hitler die letzten Vorbereitungen für einen Angriff auf die Sowjetunion traf. Als das „Unternehmen Barbarossa“ im Juni anlief, war Matsuoka innerhalb der japanischen Führung einer der wenigen, die sich für eine Kriegsteilnahme gegen Rußland aussprachen (Krebs 1991b). Japan aber hatte sich statt dessen für einen Vorstoß in die Rohstoffgebiete Südasiens entschieden. Trotzdem wurden die Ausgleichsgespräche mit den USA fortgesetzt. Matsuokas Gegnerschaft gegen diese Versuche und sein Festhalten am deutschen Partner kosteten ihn sein Amt. Im Juli bildete Konoe ein Kabinett mit einem neuen Außenminister. Schon bald unterbreitete Japan an Deutschland Vorschläge zur Vermittlung eines Sonderfriedens mit der UdSSR, stieß aber auf Ablehnung (Krebs 1990).

DER WEG IN DEN PAZIFISCHEN KRIEG

Nachdem Japan schon seit September 1940 Truppen im Norden Indochinas stationiert hatte, besetzte es im Juli 1941 auch noch den Südtteil dieser französischen Besitzung. Auf diesen Schritt reagierten die USA, England und Niederländisch-Indien mit einem Wirtschaftsembargo, das Tōkyō vor allem durch die fehlenden Öllieferungen traf. Statt untätig dem eigenen wirtschaftlichen Ruin zuzusehen, entschloß Japan sich zum Krieg. Es bemühte sich um eine deutsch-italienische Zusage für einen Eintritt in diesen Konflikt, obwohl dazu nach dem Dreimächtepakt, einer reinen Verteidigungsallianz, keine Verpflichtung bestanden hätte. In Deutschland sprach sich vor allem die Marine für einen Krieg gegen die USA aus, da ihre Schiffe bereits unter dem Beschuß amerikanischer Einheiten lagen, ohne sich wehren zu dürfen. Sie befürwortete daher die gewünschte Verpflichtung an Tōkyō und wäre heilfroh gewesen, den Krieg gegen die Vereinigten Staaten nicht allein führen zu müssen. Hitler aber zögerte noch mit einer formellen Zusage. Die deutsche Kriegsmarine versuchte sogar, Japan zu einem Angriff auf die USA anzustacheln (Chapman 1984; Chapman 1989; Krebs 1991c). Dies unterschied sich deutlich von der Haltung Ribbentrops, der Tōkyō seit 1940 immer wieder zum Losschlagen in Südostasien gegen England und Holland gedrängt, aber immer davor gewarnt hatte, amerikanisches Territorium anzugreifen.

Die noch bis unmittelbar vor Angriffsbeginn geführten japanisch-amerikanischen Ausgleichsgespräche in Washington führten zu keinem Er-

gebnis, zumal da die USA für eine Aufhebung der Sanktionen nicht nur den Rückzug aus Indochina, sondern auch aus China forderten. Mit dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor begann im Dezember 1941 der Pazifische Krieg.

Drei Tage später erklärten Deutschland und Italien den USA den Krieg, jedoch nicht auf der Basis des Dreimächtepaktes, der ja nur im Falle eines amerikanischen Angriffs in Kraft getreten wäre. Die Grundlage bildete vielmehr ein in aller Eile ausgehandelter deutsch-japanisch-italienischer Nichtsonderfriedensvertrag. Für Hitler, dessen Blitzkrieg in Rußland gescheitert war, schien damals ein deutsch-amerikanischer Krieg viel wahrscheinlicher als ein japanisch-amerikanischer. Er war deshalb froh, durch den japanischen Angriff entlastet zu werden. Die Verpflichtung zu einem Nichtsonderfriedensschluß basierte auf einer ursprünglich japanischen Idee, wurde aber schließlich von deutscher Seite zur Bedingung für den Kriegseintritt.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

1. Unveröffentlichte Quellen

SRDJ = *National Archives and Record Service*, Washington, Japanese Diplomatic Messages.

2. Veröffentlichte Quellen und Abhandlungen

ADAP D XII = *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945*, Bd. D XII (1969), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Boyd, Carl (1993): *Hitler's Japanese Confidant. General Oshima Hiroshi and MAGIC Intelligence, 1941–1945*. Lawrence: University Press of Kansas.

Chapman, John W. M. (Ed. & Transl.) (1982, 1984, 1989): *The Price of Admiralty. The War Diary of the German Naval Attaché in Japan, 1939–1943*. Vol. I, II & III, IV, Sussex: Saltire Press.

Fox, John P. (1982): *Germany and the Far Eastern Crisis 1931–1938. A Study in Diplomacy and Ideology*. Oxford: Oxford University Press.

Krebs, Gerhard (1984): *Japans Deutschlandpolitik 1935–1941. Eine Studie zur*

- Vorgeschichte des Pazifischen Krieges*. 2 Bde., Hamburg: OAG (Mitteilungen der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens e.V., Bd. 91).
- Krebs, Gerhard (1990): Japanische Vermittlungsversuche im deutsch-sowjetischen Krieg 1941–1945. In: Josef Kreiner (Hg.): *Deutschland–Japan in der Zwischenkriegszeit*. Bonn: Bouvier, S. 239–288.
- Krebs, Gerhard (1991a): Japanische Schlichtungsbemühungen in der deutsch-polnischen Krise 1938/39. In: *Japanstudien. Jahrbuch des Deutschen Instituts für Japanstudien der Philipp-Franz-von-Siebold-Stiftung*. Bd. 2 (1990), München: iudicium, S. 207–258.
- Krebs, Gerhard (1991b): Japan und der deutsch-sowjetische Krieg 1941. In: *Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zum „Unternehmen Barbarossa“*. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes herausgegeben von Bernd Wegner. München und Zürich: R. Piper GmbH, S. 564–583 (Serie Piper 1346).
- Krebs, Gerhard (1991c): Deutschland und Pearl Harbor. In: *Historische Zeitschrift* (München), Bd. 253, 2: 313–369.
- Krebs, Gerhard (1992): Deutschland und der Februar-Putsch von 1936 in Japan. In: *Japanstudien. Jahrbuch des Deutschen Instituts für Japanstudien der Philipp-Franz-von-Siebold-Stiftung*. Bd. 3. (1991), München: iudicium, S. 47–72.
- Martin, Bernd (1969): *Deutschland und Japan im Zweiten Weltkrieg. Vom Angriff auf Pearl Harbor bis zur deutschen Kapitulation*. Göttingen: Muster-schmidt.
- Martin, Bernd (Hg.) (1981): *Die deutsche Beraterschaft in China 1927–1938. Militär – Wirtschaft – Außenpolitik*. Düsseldorf: Droste.
- Miyake Masaki (1975): *Nichi-Doku-I sangokudōmei no kenkyū* [Studien zum japanisch-deutsch-italienischen Dreimächtepakt]. Tōkyō: Nansōsha.
- Miwa Kimitada (1971): *Matsuoka Yōsuke. Sono ningen to gaikō* [Matsuoka Yōsuke. Mensch und Außenpolitik]. Tōkyō: Chūō Kōron.
- Morley, James (1976): *Deterrent Diplomacy: Japan, Germany, and the USSR, 1935–1940. Selected translations from Taiheiyō sensō e no michi: kaisen gaikō shi*. New York: Columbia University Press.
- Tajima Nobuo (1987a, 1987b): *Nichi-Doku Bōkyōkyōteizō no saikōsai – Doitsugawa no seiji katei o chūshin ni* [Neuerwägungen zum Erscheinungsbild des japanisch-deutschen Antikominternpakts, unter besonderer Berücksichtigung des politischen Verlaufs auf deutscher Seite]. In: *Seijō Hōgaku* (Tōkyō), Nr. 24: 139–188; ebd. Nr. 25: 105–142.
- Tajima Nobuo (1992): *Nachizumu gaikō to „Manshūkoku“* [Nationalsozialistische Außenpolitik und „Manchukuo“]. Tōkyō: Chikura Shobō.
- Toynbee, Arnold J. (1967): *Acquaintances*. London: Oxford University Press.

- Waddington, Geoffrey T. (1992): Hitler, Ribbentrop, die NSDAP und der Niedergang des britischen Empire 1935–1938. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (München), Vol. 40,2:273–306.
- Yoshii Hiroshi (1971): *Nichi-Doku-I sangoku dōmei to Nichi-Bei kankei. Taihei-yō sensōzen kokusaikankei no kenkyū* [Der japanisch-deutsch-italienische Dreimächtepakt und die japanisch-amerikanischen Beziehungen. Eine Studie zu den internationalen Beziehungen in der Zeit vor dem Pazifischen Krieg]. Tōkyo: Nansōsha.

DER SCHEIN DES BÜNDNISSES – DEUTSCHLAND UND JAPAN IM KRIEG (1940–1945)

*Bernd Martin*¹

Am ersten Jahrestag der japanischen Kriegseröffnung gegen die Vereinigten Staaten fand in den Räumen der alten japanischen Botschaft in Berlin – der neue, repräsentative Großbau war trotz aller Anstrengungen wegen der Kriegsereignisse noch immer nicht fertiggestellt – ein glanzvoller Empfang statt. An ihm nahmen sämtliche Reichsminister und die Spitzenvertreter der Wehrmacht teil, um dem wichtigsten Verbündeten des Reiches ihre Aufwartung zu machen. Nur Hitler fehlte bei dieser demonstrativen Bekundung unerschütterlicher Waffenbrüderschaft.² Am gleichen Tage sprach in Tōkyō Premierminister General Tōjō, um des japanischen Kriegseintrittes zu gedenken und die Ruhmestaten der Soldaten des Tennō gebührend zu würdigen. Offenkundig war aus der Sicht japanischer Militärs und Politiker der Gedenktag eine rein japanische Angelegenheit und folglich der „Großostasiatische Krieg“ Japans ureigener Kampf, der in keinem direkten Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen in Europa stand. Das Bündnis der Dreierpaktstaaten Deutschland-Italien-Japan erwähnte der japanische Regierungschef daher auch nur beiläufig, sei doch „aus den Kriegen in Europa und Asien ein einziger großer Kampf geworden, in dessen Rahmen die drei Mächte ihre politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kräfte gemeinsam einsetzen“ (Jacobson 1965:229). Das Bewußtsein, gemeinsam einen Weltkrieg zu führen, fehlte trotz solcher Lippenbekenntnisse nicht nur in Tōkyō, sondern auch in Berlin.

Schon die unterschiedliche Datierung der Gedenkfeiern, ganz abgesehen von den verschiedenen, immer nur schwierig aufeinander abzustimmenden Verlautbarungen und Reden zu solchen Anlässen, verwies auf unterschiedliche und letztendlich unvereinbare Zielsetzungen der Partner, die nur durch propagandistische Parolen überdeckt werden konnten.

¹ Die folgenden Ausführungen ergänzen sich mit zwei Aufsätzen des Vf. zum gleichen Thema und einer ausführlichen Monographie über die Kriegsallianz. Für die Titel siehe das Literaturverzeichnis am Ende des Aufsatzes.

² National Archives and Records Service, Washington D. C., American Historical Association, American Committee for the Studies of War Documents: Microfilm Copy T-179, Roll 74, Frame 4709582, Gästeliste.

Denn in der japanischen Hauptstadt gedachte man der Bündnisse mit Italien und Deutschland nicht am Tag von Pearl Harbor, sondern drei Tage später, am 11. Dezember, als ein Jahr zuvor die drei Länder die Verpflichtung eingegangen waren, keinen Sonderfrieden zu schließen, und die Reichsregierung zusammen mit der italienischen den USA förmlich den Krieg erklärt hatte. Aus Anlaß des ersten Jahrestages dieses „Nichtsonderfriedensvertrages“ hielt der japanische Außenminister eine Rundfunkrede, in welcher er das Bündnis mit den Achsenmächten beschwor und die anglo-amerikanische – nicht etwa die kommunistische – Ordnung als weltweite Bedrohung anprangerte: „Sie (Amerika und Großbritannien) sind so in ihrer materialistischen Weltanschauung befangen, daß sie nicht in der Lage sind, die Geburt einer neuen Welt zu erkennen, einer Welt, die auf ethischer und moralischer Weltanschauung beruht.“³ Das Kaiserreich kämpfte gegen die vermeintliche Herausforderung des Westens, um in Ostasien eine neue, an japanischen Werten orientierte Ordnung zu schaffen. Für diese Mission zur Befreiung Asiens vom Joch des „weißen Mannes“ sollte ausgerechnet der „weiße“ Verbündete Deutschland eingenommen werden, der noch dazu seine Bestimmung in der Gewinnung eines neuen Lebensraumes in Osteuropa und folglich im „Schicksalskampf“ mit dem Bolschewismus sah.

Waren die Differenzen zwischen den Verbündeten schon nach einem Jahr „gemeinsamer“ Kriegführung für aufmerksame Beobachter kaum zu übersehen, so war nach einem weiteren Jahr voller Abwehrschlachten das Bündnis praktisch am Ende und erschöpfte sich in Deklamationen über den gemeinsamen Endsieg. Wiederum fanden die Gedenkfeiern zu unterschiedlichen Terminen statt, doch nun auch, eingedenk der allgemeinen Kriegssituation, in gedämpfter Form.⁴ Auf jegliche Großkundgebung wollte vor allem die japanische Seite verzichten, da der Dritte im Bunde, Italien, bereits aus dem Krieg ausgeschieden war und mit seiner Kapitulation für japanisches Empfinden gegen den militärischen Ehrenkodex (*bushidō*), der nur Sieg oder *seppuku* (rituellen Selbstmord) kannte, verstößen hatte. Um die Fiktion der Treue zwischen den Staatsführern aufrechtzuerhalten, schlug das Hofministerium – ein Novum in den auswärtigen Beziehungen – einen Telegrammwechsel des Tennō mit Hitler und Mus-

³ Auswärtiges Amt Bonn, Politisches Archiv (fortan AA/PA), Staatssekretär (St. S.) Japan: Telegramm deutscher Botschafter Ott an das Auswärtige Amt, Nr. 3883, vom 10. Dez. 1942. Übermittlung des Textes der geplanten Rede von Außenminister Tani.

⁴ AA/PA, St. S. Japan: Aufzeichnung des Chefs des Protokolls, Doernberg, vom 7. Dez. 1943.

solini vor.⁵ Der Tennō ließ sich zu dieser protokollarischen Geste der Gleichrangigkeit mit den beiden europäischen Diktatoren herab, von denen einer, Mussolini, in seiner überwachten Republik von Salò bereits keine reale Macht mehr ausübte.

Fragen des Protokolls ersetzten politische oder militärische Entscheidungen, auch in Berlin. In der Reichshauptstadt war der Prunkbau der neuen japanischen Botschaft inzwischen zwar bezogen worden, hatte jedoch bereits durch die Luftangriffe wieder Schaden genommen. Nur mit Mühe gelang es der Protokollabteilung des Auswärtigen Amtes, das Gebäude bis zum 8. Dezember 1943 mit neuen Fenstern auszustatten. Die großen Räume waren jedoch derart ausgekühlt, daß der kleine Empfang, zu dem lediglich Außenminister Ribbentrop pflichtschuldigst erschienen war, im Mantel stattfinden mußte⁶ und entsprechend kurz gewesen sein dürfte. Überschattet wurde die kleine Feier noch durch einen internen Streit zwischen dem Außenminister und dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Keitel, über die Verleihung eines hohen deutschen Ordens an den japanischen Premierminister General Tōjō. Die Militärs wollten die Auszeichnung zum zweiten Jahrestag der Allianz dem vermeintlich starken Mann in Japan als Anerkennung für die Waffenbrüderschaft übermitteln, doch Ribbentrop lehnte im Einvernehmen mit Hitler aus politischen Gründen eine solche Ehrung ab.⁷ Das deutsch-japanische Kriegsbündnis, das nie richtig eingelöst worden war, hatte nach zwei Jahren nicht einmal mehr dekorativen Wert. Die übliche Rundfunkansprache Tōjōs mit der Erwähnung der Kriegspartner („Unsere Zusammenarbeit mit diesen Verbündeten wird täglich enger“⁸) konnte kaum darüber hinwegtäuschen, daß inzwischen jede Seite ihren eigenen, immer hoffnungsloser werdenden Krieg führte. Auch die mächtigen Schläge gegen die Angelsachsen zur Errichtung einer neuen Weltordnung, von denen der Premier überzeugt schien, entsprachen japanischen Wunschvorstellungen und der einseitigen Ausrichtung Japans im Kampf gegen die Westmächte.

*

⁵ AA/PA, St. S. Japan: Telegrammwechsel am 7./8. Dez. 1943.

⁶ AA/PA, St. S. Japan: Notiz des Chefs des Protokolls vom 6. Dez. 1943 über den bevorstehenden Besuch Ribbentrops in der japanischen Botschaft.

⁷ AA/PA, St. S. Japan: Schreiben Ribbentrop an Generalfeldmarschall Keitel, den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, vom 18. Dez. 1943.

⁸ AA/PA, St. S. Japan: Telegramm deutscher Botschafter Stahmer-AA, Nr. 3617, vom 9. Dez. 1943.

Einer wirkungsvollen Kriegsallianz zwischen den Japanern und den Deutschen standen nicht allein einander letztendlich gegenläufige Kriegsziele und grundverschiedene Weltanschauungen entgegen, sondern auch eine ganze Reihe objektiver Faktoren, die sich auf jedes Bündnis Japans mit einer westlichen Macht negativ ausgewirkt hätten.

Das gesamte politische sowie gesellschaftliche System des Kaiserlichen Japan, das schon den einheimischen Führungseliten zu schaffen machte, blieb westlichen Ausländern nahezu völlig verschlossen und führte, bei Freund und Feind, häufig zu grotesken Fehleinschätzungen. Bei einer Gesellschaft wie der japanischen, die sich auf dörfliche Ordnungen und Wertvorstellungen stützte und in der Harmonie sowie Konsens als Voraussetzungen menschlichen Zusammenlebens schlechthin galten, mußten auch die Entscheidungsprozesse in der Regierungsspitze diesen gesellschaftlichen Grundmustern des Tennō-Inselreiches entsprechen. Die Schwerfälligkeit japanischer Führungsinstanzen, ob militärisch oder zivil, die unterschiedlichen Interessenlagen der einzelnen Machtzentren, wie Hof, Armee, Marine, Wirtschaft und Zivilpolitiker, die an feudale Gruppenkämpfe erinnernden Rivalitäten einzelner Machttträger, wie das für den Kriegsverlauf verhängnisvolle Gegeneinander von Marine und Armee, und nicht zuletzt die völkische Geschlossenheit einer um den göttlichen Herrscher gescharten Nation – all dies ließ sich aus westlicher Sicht rational nicht nachvollziehen und schon gar nicht mit den sozialdarwinistischen Prinzipien nationalsozialistischer Führer-Herrschaft messen. Auch die Art der japanischen Kommunikation im zwischenstaatlichen Bereich wurde wegen der Form indirekter und häufig noch ambivalenter Andeutungen von westlicher Warte aus mißverstanden und von den antidiktatorische Machtbefugnisse gewöhnten deutschen Führern, nicht zuletzt von Hitler selbst, als asiatische Hinterlist verächtlich abgetan.⁹

Es bedurfte daher zweier Führerbefehle,¹⁰ um die militärische Kommunikation zwischen deutschen und japanischen Dienststellen in Berlin und Tōkyō einigermaßen sicherzustellen. So verfügte Hitler im November 1942, daß zwar kein deutscher Admiral, wie von japanischer Seite gewünscht, beim Kaiserlichen Hauptquartier akkreditiert, dafür aber den deutschen Waffenattachés eine vom Botschafter unabhängige Berichterstattung zugestanden werden sollte. Die selbst aus deutscher Sicht übertriebene Geheimnistuerei japanischer Militärs und deren abgrundtiefes

⁹ Lagebesprechung am 5. März 1943: „Sie lügen einem die Hücke voll, und ihre ganzen Darstellungen sind auch alle auf etwas berechnet, was sich hinterher als Täuschung erweist“ (Heiber 1962:169).

¹⁰ Weisungen Hitlers vom 18. November 1942 und vom 30. Juli 1943, beide in den Beständen St. S. Japan im PA des AA.

Mißtrauen gegenüber zivilen Diplomaten legten eine solche Sonderregelung im deutschen diplomatischen Schriftverkehr nahe, doch der Informationsfluß von japanischen Militärdienststellen sollte keinesfalls – wie erhofft – zunehmen. Da umgekehrt die japanischen Militärvertreter in Berlin mit allen Mitteln und auf den verschiedensten Ebenen an militärische Informationen zu gelangen trachteten, verfügte Hitler im Juli 1943, daß für alle Auskünfte fortan allein das OKW zuständig sein sollte. Ob mit dieser Verfügung eine einheitlichere Berichterstattung der in Berlin ansässigen japanischen Diplomaten und Militärs erreicht wurde, steht jedoch zu bezweifeln.

Das auf japanischer Regierungsebene zweifellos vorhandene Informationsdefizit über die tatsächlichen Verhältnisse in Deutschland und die weiteren militärischen Planungen des Verbündeten war sicherlich nicht nur eine Folge des Kompetenzenwirrwarrs im deutschen Führerstaat, sondern auch der unterschiedlichen, teilweise einander widersprechenden Berichterstattung der einzelnen Abteilungen der japanischen Botschaft anzulasten. Der Botschafter, der überaus prodeutsche General Ōshima, hatte keinerlei Einblick in die Telegramme, die seine ihm nominell unterstellten Waffenattachés direkt an den Admiral- bzw. Generalstab nach Tōkyō sandten und mit denen sie den obersten Repräsentanten des Tennō häufig konterkarierten. Ōshima mußte daher sogar gegenüber dem deutschen Außenminister eingestehen, daß seiner Berichterstattung in Tōkyō nicht immer Glauben geschenkt werde (Martin 1969:181).

Die im Dreimächtepakt vorgesehenen ständigen Kommissionen, die sich als Generalkommission sowie wirtschaftliche und militärische Kommissionen in jeder der drei Hauptstädte konstituieren sollten, hatten bis zum Einsetzen des Bündnisfalles ihre Arbeit noch nicht aufgenommen und keinerlei Pläne im Hinblick auf eine gemeinsame Kriegführung entwickelt. Auch der in Berlin aus diesen Kommissionen im Februar 1942 gebildete „Ständige Rat der Dreierpaktmächte“ (Martin 1969:58f) wurde keinesfalls zu einem Konsultativ- oder Koordinierungsorgan, sondern beschränkte sich in seiner ersten und zugleich auch letzten Sitzung darauf, eine weitere Kommission, nämlich für Propaganda, zu bilden. Gespräche über militärische und politische Fragen der Zusammenarbeit fanden zwischen den jeweiligen deutschen und japanischen Offizieren direkt statt, entweder bei Dienststellen der Kriegsmarine oder im OKW. Doch die Koordination aller Maßnahmen hatten sich Botschafter Ōshima und Außenminister Ribbentrop ausdrücklich vorbehalten, ohne indes diesem Führungsanspruch gerecht werden zu können. Die japanische Armee verfolgte wegen der in jeder Hinsicht unzureichenden Kommunikation seit dem Juli 1942, als Rommels Verbände Richtung Suezkanal marschierten, den Plan, eine Sonderkommission nach Deutschland zu senden. Bei den vor-

bereitenden Planungen wurde bezeichnenderweise der Botschafter, immerhin selbst ein General, übergangen und die konkurrierende Waffengattung, die Kaiserliche Marine, auch nicht informiert. Diese ursprüngliche Heeresmission wurde nach langwierigen Verhandlungen in Tōkyō und Berlin schließlich zu einer Tennō-Mission unter Führung der Armee erweitert. Es sollte insgesamt fast ein Jahr verstreichen, bis der Führer der Delegation im Juli 1943, als sich die militärische Lage endgültig zuungunsten der Achsenmächte gewendet hatte, bei Hitler vorsprechen konnte.¹¹

Umgekehrt wiederum mußten die deutschen Repräsentanten in Tōkyō recht schnell die Erfahrung machen, daß Absprachen mit zentralen Stellen in Tōkyō oder sogar schriftlich fixierte Abmachungen von den lokalen Befehlshabern in den besetzten Gebieten ignoriert wurden.¹² Ungeklärte Unterstellungsverhältnisse für die besetzten Gebiete und traditionell eigenmächtiges Verhalten japanischer mittlerer Offiziersränge, gepaart mit dem Rivalitätsdenken der beiden Waffengattungen Armee und Marine, führten dazu, daß strategische Planungen etwa im Hinblick auf die logistische Unterstützung deutscher Blockadebrecher oder den Einsatz deutscher U-Boote im Indischen Ozean über Gebühr verzögert wurden. So konnte die deutsche Kriegsmarine erst 1943 Außenstellen für Blockadebrecher in dem japanisch beherrschten Südraum errichten, als schon keines dieser Schiffe mehr zum Einsatz kam. Tatsächlich führten ungeklärte Kompetenzabsprachen und unklare Befehlsstrukturen im Kaiserlichen Japan dazu, daß keine Person oder Instanz Verantwortung für Entscheidungen übernehmen wollte oder etwa Initiativen entwickeln konnte. Die deutsche Berichterstattung litt folglich unter diesem Fehlen zuverlässiger und kompetenter japanischer Ansprechpartner, so daß häufig Fehlmeldungen nach Berlin durchgegeben oder die mehr privaten Auffassungen unterer Chargen als offizielle Regierungspolitik in den Berichten ausgegeben wurden.

Zu Beginn der Kriegsallianz mußten die in Japan ansässigen verbündeten Deutschen und Italiener zudem rassische Diskriminierungen und strenge Polizeikontrollen über sich ergehen lassen. Die Angehörigen der sogenannten arischen Herrenrasse galten wie die Vertreter der latinischen Führungsmacht in japanischen Augen schlicht als Repräsentanten der weißen Rasse, gegen die Japan mit der Kriegseröffnung seinen Führungs-

¹¹ Am 29. Juli 1943 sprach General Okamoto in Gegenwart Ribbentrops bei Hitler vor (Martin 1969:204 Anm. 40 und 41).

¹² AA/PA, St. S. Japan: Telegramm Ott-AA, Nr. 336, vom 4. Febr. 1942: „Unsere ständigen Beobachtungen ergeben, daß die zentralen Stellen in Tokio einschl. des Kriegsministeriums, nicht in der Lage sind, ihren Willen gegenüber abweichender Auffassung der örtlichen militärischen Befehlshaber durchzusetzen.“

anspruch angemeldet hatte. Selbst die Diplomaten der europäischen Verbündeten unterlagen daher noch im April 1942 strikten Beschränkungen in ihrer persönlichen Bewegungsfreiheit. Nicht einmal der Botschafter durfte ohne Sondergenehmigung in Japan reisen, während sich japanische Offiziere im deutschbesetzten europäischen Raum frei bewegen konnten und mühevoll bewogen werden mußten, bei einem Besuch im verbündeten Vichy-Frankreich zumindest pro forma eine Erlaubnis im Auswärtigen Amt einzuholen.¹³

Erst nach massiven Interventionen der deutschen und italienischen Botschaft im Gaimushō, dem japanischen Auswärtigen Amt, und bei Außenminister Tōgō wurden die Restriktionen allmählich schrittweise, zumindest innerhalb des japanischen Mutterlandes, abgebaut. Reisen in die von Japan unterworfenen bzw. besetzten Gebiete bedurften indes nach wie vor der Genehmigung und wurden entsprechend überwacht. Das durch den Krieg und vor allem die antiamerikanische Propaganda geschürte allgemeine Mißtrauen gegen alles Westliche und alle Weißen machte auch vor den Deutschen und den Italienern im Lande nicht halt, waren diese doch auch äußerlich von den verhaßten Engländern und Nordamerikanern nicht zu unterscheiden.

Doch nicht allein wurden die europäischen Verbündeten in Japan nur mit Vorbehalten akzeptiert, ähnliches traf umgekehrt auch für die Angehörigen der Yamato-Rasse in Berlin, weniger indes in Rom, zu. Litten die Japaner unter den latenten rassistischen Vorbehalten, die bei deutschen Offiziellen, nicht zuletzt Hitler selbst, gegenüber der „gelben Gefahr“ virulent waren, so sahen sie sich gleichfalls, wie die Deutschen in Tōkyō, einem für sie undurchschaubaren nationalistischen Machtgefüge gegenüber.

Anstelle der umworbenen englisch-nordischen Rasse ausgerechnet „gelbe“ Japaner zum Partner haben zu müssen, brachte deutsche Dienststellen und die Propaganda in arge Verlegenheit. Obwohl Hitler den Japanern einen rassischen Sonderstatus bereits in *Mein Kampf* (1938:319) eingeräumt hatte, konnte er die unter rassischen Gesichtspunkten verquere Koalition nie verwinden. War doch der am 27. September 1940 abgeschlossene Dreimächtepakt für Hitler und nationalsozialistische Ideologen nur eine Ersatzlösung, um die USA zu neutralisieren, nachdem sich Großbritannien allen deutschen Friedensofferten nach dem Fall Frankreichs entzogen hatte. Rassistische Ressentiments bestimmten daher Hitlers Entscheidungen gegenüber den Japanern in einem rational kaum nachvollziehbaren Maße – eine Denkhaltung, die für die rassenbewußten

¹³ Zu Tanaka und Hatoyama, AA/PA, St. S. Japan: Telegramm Ott-AA, Nr. 963, vom 30. März 1942; Notiz Erdmannsdorffs vom 16. April 1942.

Japaner schlechthin unvorstellbar war. Im Verhältnis zu Japan obsiegte beim deutschen Führer immer dann die Rassenideologie vor machtpolitischen Erwägungen, wenn der fernöstliche Verbündete als gleichberechtigter Partner behandelt werden wollte bzw. mußte. So lehnte Hitler aus dem Gefühl der rassischen Überlegenheit der Deutschen eine Beteiligung der Japaner am eigentlichen Daseinskampf des deutschen Herrenvolkes in Rußland grundsätzlich ab (Martin 1969:94–110). Den erwarteten Sieg über den Bolschewismus mit den „gelben“ Japanern teilen zu müssen, scheint für ihn eine unerträgliche Vorstellung gewesen zu sein. Hitler blieb daher bei seiner Weigerung bis in den Januar 1943, als der Sieg bei Stalingrad endgültig aufgehalten worden war und die Japaner nunmehr erst recht eine Entlastungsoffensive verweigerten.

Im Gegensatz zu seinem Führer sah der deutsche Außenminister den Krieg gegen die Sowjetunion unter pragmatisch-machtpolitischen Gesichtspunkten. Noch vor dem deutschen Überfall hatte daher Ribbentrop im Sinne seiner eurasischen Block-Konzeption, eines Europa und Asien umspannenden Landblockes gegen die anglo-amerikanischen Seemächte, die Japaner aufgefordert, sich an dem Krieg zu beteiligen. Trotz amtlicher Zurückweisungen aus Tōkyō wiederholte er diesen Wunsch mit größter Regelmäßigkeit in allen Gesprächen mit dem japanischen Botschafter bis in den Mai 1943 hinein. Da die Wehrmacht, die Kriegsmarine und das Heer aus unterschiedlichen Motiven der Haltung Hitlers zuneigten und die Japaner ebenfalls auf den Krieg gegen die Anglo-Amerikaner konzentriert wissen wollten, war Ribbentrop mit seiner Auffassung zwar isoliert, brachte diese jedoch als Hauptansprechpartner gegenüber den japanischen Repräsentanten permanent vor. Daß der Außenminister in einer derart wichtigen Frage, die den eigentlichen Kern des Bündnisses ausmachte, eine vom Regierungschef, noch dazu einem Diktator, abweichende Meinung über zwei Jahre lang vertreten konnte, war selbst für die an Gruppenkämpfe und Eigenmächtigkeiten ihrer Diplomaten gewöhnten Japaner unerklärlich. Bei derartig entgegengesetzten Auffassungen innerhalb der deutschen Führung konnte die japanische Berichterstattung aus Berlin kein einheitliches Bild von den deutschen Absichten vermitteln.

Im Grunde war die Bündnisfähigkeit des nationalsozialistischen Deutschland und des Kaiserlichen Japan durch innerstrukturelle Schwächen und gesellschaftliche Besonderheiten von vornherein stark gemindert. Kamen zu diesen objektiven Schwierigkeiten einer Allianz noch „faschistische“ (oder ideologisch begründete) Weltoberungskonzepte (Martin 1981:55–65) unterschiedlicher Ausprägung sowie die Belastungen, die ein Bündnis über eine derartige Entfernung hinweg in Kriegszeiten erfahren mußte, hinzu, dann konnte an Gemeinsamkeiten letztendlich nur der deklamatorische Wille zum gemeinsamen, aber getrennt zu er-

ringenden Endsieg übrig bleiben. Die faschistisch-autoritären, oder auch nationaltotalitär genannten Staaten des „weltpolitischen Dreiecks“ Rom-Berlin-Tōkyō zeigten sich aufgrund ihrer Programmatik und ihrer dementsprechend eigensüchtigen politischen Praxis zu einem Bündnis auf Gegenseitigkeit außerstande.

*

Der Dreimächtepakt, von japanischer Seite im Sommer 1940 unter der neuen Regierung Konoe, mit Matsuoka als Außenminister, zielstrebig gesucht, um die proklamierte „Großasiatische Wohlstandssphäre“ abzusichern und innenpolitische Reformen nach „faschistischen Vorbildern“ einzuleiten, war aus der Sicht Hitlers eher eine zufällige, von der damaligen Mächtekonstellation bedingte Allianz ohne Substanz. Japan sollte als starker Statist deutscher weltpolitischer Ambitionen die Amerikaner von einem verstärkten Engagement in Europa zugunsten des sich nicht in Hitlers Willen nach einem Frieden fügenden Englands abhalten. Mit Hilfe des durch den Pakt erzwungenen außenpolitischen und militärischen Machtzuwachses wollte Hitler seine alte Konzeption in einem auf Europa und Nordafrika begrenzten Krieg weiterverfolgen, die Engländer mit Friedenslockungen oder mittels militärischer Gewalt zum Einlenken zu bewegen, um schließlich mit ihnen zusammen die Weltherrschaft des „weißen Mannes“ zu teilen. Damit richtete sich der Vertrag in letzter Konsequenz sogar gegen das verbündete Japan, dessen Aspirationen auf die Kolonialgebiete des Westens vereitelt werden sollten und das machtpolitisch auf das Maß einer abhängigen Mittelmacht zurückgestutzt werden sollte.

Diese Konzeption sollte zum einen an der geradlinigen Haltung Großbritanniens, trotz aller militärischen Rückschläge keine erneute Übereinkunft mit einem von Hitler beherrschten Deutschland einzugehen, und zum anderen an dem unerwarteten Ausgang des Blitzkrieges in Rußland, zu dem die japanische Politik der Nichtbeteiligung ganz wesentlich beigetragen hatte,¹⁴ scheitern. Der Zweite Weltkrieg wurde letztendlich für Deutschland wie auch für Japan durch ihre unvereinbare Position gegenüber der Sowjetunion auf dem osteuropäischen Kriegsschauplatz entschieden. Die von deutscher Seite, vornehmlich durch Außenminister Ribbentrop, bewirkte Kehrtwendung Japans von einem antikommunisti-

¹⁴ Auch für das folgende Bernd Martin, *Japan and Barbarossa*, englisches Manuskript, Waterloo/Canada 1991.

schen Konfrontationskurs zu einer Herausforderung der Westmächte durch einen Vorstoß nach Süden hatte Außenminister Matsuoka in Moskau in einem Neutralitätsabkommen (13. April 1941) besiegelt, zu einem Zeitpunkt, als die deutschen Planungen für einen Überfall auf den russischen Nachbarn bereits auf Hochtouren liefen.

Deutliche Hinweise auf diesen bevorstehenden Kurswechsel der deutschen Kriegspolitik hatte Außenminister Matsuoka bei seinem dem Moskauer Vertragsabschluß vorangegangenen Besuch bereits in Berlin erhalten, vermutete jedoch hinter dem deutschen Aufmarsch lediglich ein großangelegtes, politisches Erpressungsmanöver gegenüber Stalin. Erst als die deutsche Seite gezielt als einzigen Verbündeten Japan von dem Vorhaben unterrichtete (Hillgruber 1968) und eine mögliche Beteiligung des Kaiserreiches freistellte, setzte in den japanischen Führungsgremien eine heftige Diskussion über den zukünftigen Kriegskurs des Landes ein. Obgleich Matsuoka sofort umschwenkte und einen gleichzeitigen Kriegseintritt befürwortete, blieb er mit dieser Auffassung weitgehend isoliert.

Nach dem deutschen Angriff forderten beide Außenminister, Ribbentrop und Matsuoka, eine unverzügliche japanische Kriegsbeteiligung, konnten sich jedoch innerhalb ihrer Regierungen nicht durchsetzen. Hitler wollte zumindest die überragenden deutschen Anfangserfolge für die arische Herrenrasse verbuchen, bevor er Ribbentrops Ersuchen nach einer an Japan gerichteten offiziellen Aufforderung nachgab. Als diese schließlich in Tōkyō am 1. Juli 1941 einging, war dort die Entscheidung längst gefallen. Die Kaiserliche Konferenz formalisierte am 2. Juli 1941 den Beschluß, statt im Norden gegen die Sowjetunion anzutreten, nunmehr forciert den Südvorstoß voranzutreiben und in den südlichen Teil von Französisch-Indochina einzurücken (Ike 1967: 77–90). Mit der Verhängung des amerikanischen Totalembargos über den japanischen Aggressor, dem sich die Engländer und Holländer anschlossen, war die totale Konfrontation mit den Westmächten vorgezeichnet, vor der Außenminister Matsuoka vergeblich gewarnt hatte und aus der allein ein Krieg hinausführen konnte. Die wohl größte militärische Chance der Dreierpaktmächte, in einem Zangenangriff die Sowjetunion niederzuwerfen und das kommunistische System zu beseitigen, wurde vertan. Die Wege der Verbündeten hatten sich endgültig getrennt, noch bevor der eigentliche Bündnisfall und die gemeinsame Kriegführung gegeben waren.

Fortan bezog das Kaiserreich eindeutig Position gegen die von den USA angeführten Westmächte, während Deutschland den Landkrieg im Osten gegen die Sowjetunion mit dem Einsatz aller verfügbaren Ressourcen an Menschen und Material verfolgte. Während Hitler und den deutschen Militärs diese unterschiedlichen Stoßrichtungen sehr gelegen kamen, um den deutschen Lebensraum-Krieg im Osten ungestört west-

licher Einmischung zum baldigen Abschluß zu bringen, versuchte die japanische Führung, die falschen Frontstellungen im Sinne eines konzentrierten Einsatzes des gemeinsamen Kriegspotentials gegen die Westmächte zu korrigieren. In seltener Eintracht bemühten sich die unterschiedlichsten politischen und militärischen Gruppen in Tōkyō, den Deutschen einen Friedensschluß im Osten nahezulegen und ihre Mitteldienste anzubieten. Erstmals deuteten japanische Militärs im Oktober 1941 eine politische Lösung des Krieges in Rußland durch einen Sonderfrieden an (Martin 1969:110). Über drei Jahre lang, bis zur letzten Zusammenkunft Hitlers mit dem japanischen Botschafter im September 1944,¹⁵ sollten die Japaner diesen Wunsch nach einer Beendigung des Rußland-Krieges bei allen möglichen Gelegenheiten den unterschiedlichsten Gesprächspartnern in Berlin vorbringen, um sich mit eben solcher Regelmäßigkeit eine Abfuhr zu holen. Die gesamte japanische Kriegführung hatte auf den Prämissen beruht, daß England von deutscher Seite geschlagen und der deutsch-sowjetische Krieg beendet sei. Die Kaiserliche Konferenz vom 5. Nov. 1941 hatte diese Annahmen ausdrücklich bestätigt (Ike 1967:208–239), als sie einen letzten Ausgleichsversuch mit der amerikanischen Seite einleitete.

Doch die japanische Kriegseröffnung erfolgte unabhängig von der militärischen Situation der Verbündeten. Der deutsche Blitzkrieg war vor den Toren von Moskau steckengeblieben, als der japanische Trägerverband endgültig Kurs auf Hawaii nahm. Da die bündnispolitischen Prämissen des japanischen Kriegseintritts, die angestrebte deutsche Hinwendung allein auf die USA, sich als hinfällig erwiesen hatten, strebte die Tokyoter Führung nun wenigstens eine schriftliche Übereinkunft mit den europäischen Partnern an, keinen Sonderfrieden zu schließen. Die latente Gefahr einer deutsch-englischen Übereinkunft, wie sie von Hitler sogar noch über den amerikanischen Kriegseintritt hinaus ersehnt wurde, scheint den Japanern durchaus bewußt gewesen zu sein. Was unter rasenpolitischen Gesichtspunkten der deutschen Seite ohnehin als *Mésalliance* erschien, versuchten die Japaner nunmehr in den letzten Tagen vor Pearl Harbor als tragfähige Beistandsverpflichtung auszulegen.

Erste Sondierungen japanischer Militärs nach einer deutschen Kriegsbeteiligung gegen die USA wurden in Berlin Anfang November 1941 noch abgetan, Ende November jedoch von Ribbentrop aufgegriffen (Martin 1993). Diesen Meinungsumschwung dürfte Hitler bewirkt haben, der sich mit der Unvermeidbarkeit eines amerikanischen Kriegs-

¹⁵ AA/PA, Ritter Japan: Telegramm Ribbentrop–Stahmer, Nr. 1953, vom 6. Sept. 1944. Eine Mitschrift der letzten Unterredung Hitler–Ōshima am 4. Sept. 1944 existiert nicht.

eintritts und dem Scheitern des Kriegskonzepts in Rußland abzufinden begann. Vermutlich sah er in einer japanischen Kriegseröffnung Chancen, den in Rußland festgefahrenen Krieg in einem erneuten Anlauf doch noch für Deutschland zu entscheiden. Am 2. Dezember, unmittelbar nach dem formalen Kriegsbeschluß der Kaiserlichen Konferenz vom Vortage, breitete Botschafter Ōshima vor Außenminister Ribbentrop den Entwurf eines Nichtsonderfriedensvertrages aus (Martin 1969:224f). Etwa 60 Stunden vor dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor lag in Tōkyō die schriftliche deutsche Bestätigung eines solchen Abkommens und folglich die ersehnte Bündniszusage aus Berlin vor. Auf die japanische Entscheidung zum Kriege hatte die deutsche Zusage folglich keinerlei Einfluß gehabt.

Nach einigen inhaltlichen Änderungen wurde der Vertrag am 11. Dezember 1941 vormittags in Berlin gezeichnet (Martin 1969:229), unmittelbar danach erklärten Italien und das Deutsche Reich den Vereinigten Staaten förmlich den Krieg. Der Nichtsonderfriedensvertrag sollte den Kitt in einem längst brüchig gewordenen Bündnis der Dreierpaktmächte bilden und überdies den eigenen Völkern wie den Gegnern eine politisch-militärische Geschlossenheit der Achsenmächte vortäuschen, die keinesfalls den gegebenen Realitäten entsprach. Die Wege der Verbündeten hatten sich getrennt, bevor das Bündnis eingelöst wurde, und sollten sich auch in der folgenden Zeit einer gemeinsamen Kriegführung auf getrennten Kriegsschauplätzen nicht wieder zusammenführen lassen.

*

In den Jahren gemeinsamen Kriegseinsatzes arbeiteten daher die verbündeten Mächte kaum zusammen, sondern behinderten sich gegenseitig auf allen Ebenen, vor allem 1942, als noch einige Chancen gemeinsamer Koalitionskriegführung bestanden hätten. Weder im politischen Bereich, noch im militärischen Sektor, geschweige denn in den wirtschaftlichen Beziehungen oder auch im ideologischen Feld reichten die Gemeinsamkeiten für ein koordiniertes Handeln aus. Statt dessen bestimmten Selbstsucht, Unaufrichtigkeit und, wiederum vor allem im ersten Jahr der Kriegssallianz (1942), Selbstüberschätzung die Verhandlungspositionen auf deutscher wie auf japanischer Seite. Lediglich über die Ausschaltung des schwächsten im Bunde, des in immer stärkere Abhängigkeit vom Reich gelangenden „faschistischen“ Italien, herrschte Einmütigkeit zwischen Tōkyō und Berlin. Der Faktor Italien spielte daher im Rahmen des

deutsch-japanischen Kriegsbündnisses eine derart geringe Rolle, daß er in der folgenden Bestandsaufnahme übergangen werden kann.¹⁶

Im *politischen* Bereich blieb das unterschiedliche Verhältnis beider Staaten zur Sowjetunion bestimmend und konnte nunmehr, nach dem japanischen Kriegseintritt, noch weniger korrigiert werden. Mit Eröffnung der Feindseligkeiten gegen die kolonialen Außenposten der USA, Großbritanniens und der Niederlande in Südostasien war die politische und militärische Führung in Tōkyō stärker denn je darum bemüht, eine zweite Front in Sowjetisch-Fernost zu vermeiden (Lensen 1972). Diese Bestrebungen der Japaner ergänzten sich mit den Absichten Stalins, im Abwehrkampf gegen die deutschen Invasoren keine weitere Front im Rücken zu provozieren. Amerikanische Aufforderungen an die Moskauer Führung, den Japanern den Krieg zu erklären, ergingen seit Dezember 1941 und wurden von sowjetischer Seite bis zur Konferenz in Jalta (Februar 1945) regelmäßig zurückgewiesen. Mit Rücksicht auf die angespannte Kriegslage der Sowjetunion verschloß sich Stalin sogar dem amerikanischen Wunsch nach Flugbasen in der sowjetischen Fernostprovinz. Gewissermaßen als Gegenleistung für die korrekte neutrale Haltung der Sowjetunion im Pazifischen Krieg behelligte die japanische Marine, sehr zum Kummer der Deutschen, den über Wladiwostok laufenden alliierten Nachschub für die Russen so gut wie gar nicht. Die auf sowjetischen oder neutralen Schiffen nach Wladiwostok verbrachten Hilfsgüter machten bereits im Jahre 1942 etwa 30 Prozent der gesamten westlichen Nachschublieferungen für die Sowjetunion aus (Martin 1969:174, Anm. 13). In den beiden folgenden Kriegsjahren, als sich das Verhältnis Japans zu seinem asiatischen Nachbarn noch weiter entspannte, sollte etwa die Hälfte der gesamten an die Sowjetunion gelieferten Güter über Wladiwostok verschifft werden.

Um die Ressourcen eines eurasischen Blocks, von Gibraltar bis Yokohama, der westlichen Bedrohung entgegenstellen zu können und den Handelsverkehr mit dem technisch damals weit überlegenen Reich wieder ungestört abwickeln zu können, wurde der Plan eines deutsch-sowjetischen Friedensschlusses zur Maxime der gesamten japanischen Außenpolitik. Diese von der Tōkyōer Führung in seltener Einmütigkeit in Berlin wie in Moskau verfochtene Absicht einer Vermittlung lief Hitlers Ansichten vom unerbittlichen Schicksalskampf der Deutschen im Osten ebenso entgegen, wie der von Außenminister Ribbentrop permanent vorgebrachten Devise eines japanischen Entlastungsangriffes gegen Ostsibirien. Den ersten offiziellen Vorstoß unternahm nach entsprechenden vorangegan-

¹⁶ Es existiert keine Abhandlung über Italien in der Zeit der gemeinsamen Kriegsalianz. Die Studie von Ferretti (1983) endet 1941.

genen Sondierungen die japanische Marine im März 1942 (Martin 1969:111f), den, soweit bekannt, letzten ein resignierter Botschafter Oshima bei seiner letzten Unterredung mit Hitler im September 1944. Dazwischen lagen unzählige offizielle Demarchen oder auch nur Sondierungen der Japaner, ab Ende 1942 im Bunde mit Mussolinis Italien, den für Deutschland, wie auch für die beiden Verbündeten, verlustreichen Verschleißkrieg in Rußland zu beenden.

Insbesondere forcierte der neue japanische Außenminister (21. April 1943), der erfahrene Berufsdiplomat Shigemitsu, die entsprechenden Bemühungen. Als weder nach dem Scheitern der letzten deutschen Offensive in Rußland (Unternehmen „Zitadelle“ bei Kursk), noch nach dem Kriegaustritt Italiens massive japanische Vorschläge in Berlin überhaupt Beachtung fanden, entschied die japanische Regierung am 25. September 1943 (Hattori 1953:Bd. III, Teil 6), den Pazifischen Krieg als von den Vorgängen in Europa völlig unabhängig zu betrachten und eine weitere Annäherung an die Sowjetunion zu suchen. Fortan sollte aus der Sicht Tōkyōs vorwiegend mit politischen Mitteln eine auf Großostasien bezogene Politik der Befreiung der asiatischen Völker von der westlichen Bevormundung betrieben und die Sowjetunion langfristig als asiatische Macht für dieses Konzept gewonnen werden. Nach weiteren vergeblichen Vermittlungsaktionen im für die deutsche Seite immer ungünstiger werden Krieg in Rußland erklärte das oberste japanische Regierungsorgan die seit langem schon verfolgte asiatische Blockpolitik am 19. September 1944 (Hattori 1953:Bd. III, Teil 8) für amtlich verbindlich und erörterte wenige Tage darauf erstmals Maßnahmen für den Fall eines deutschen Zusammenbruchs. Der deutsche Partner war endgültig von der japanischen Seite politisch abgeschrieben, nachdem Japan aus nationalsozialistischer Sicht ohnehin der falsche Verbündete gewesen war.

In beider Länder Politik gegenüber Indien (Hauner 1981), dem Juwel der britischen Krone, sollten sich diese grundsätzlichen Differenzen einer rassischen *Mésalliance* am deutlichsten offenbaren. Zu ihnen sollten sich noch strategische Differenzen gesellen, so daß die propagandistisch bereits proklamierte Befreiung des indischen Subkontinents in der konkreten politisch-militärischen Praxis beider Staaten über Ansätze nicht hinaus kam. Im Grunde schreckte die deutsche Seite vor einer vorbehaltlosen Unterstützung der radikalen indischen Freiheitsbewegung zurück, obwohl sich deren Führer Subhas Chandra Bose zu diesem Zweck im Frühjahr 1941 in deutschen Gewahrsam begeben hatte. Hitler hielt die indischen Freiheitskämpfer für eine Abart „indischer Gaukler“ und bewunderte die Herrschaft des britischen Raj über hunderte von Millionen farbiger Untertanen schrankenlos. Mit dem Verlust der britischen Machtstellung in Süd- und Ostasien konnte sich der Führer der nordisch-arischen

Rasse nur schwer abfinden. Eine Revolutionierung der Inder gegen die britische Herrschaft kam für ihn – ganz im Gegensatz zu seinem anglophoben Außenminister Ribbentrop – daher nicht in Frage. Stattdessen hätte Hitler am liebsten den Engländern nach dem Verlust ihrer Schlüsselfestung Singapur (15. Februar 1942) zwanzig deutsche Divisionen zur Verfügung gestellt, um die „Gelben“ wieder zurückzuwerfen (Martin 1969:71, Anm. 74).

In Tōkyō wiederum verkündete Premierminister Tōjō entsprechend dem japanischen ideellen Kriegskonzept aus Anlaß des überragenden Sieges in Singapur die Befreiung Indiens vom britischen Joch. Unter solchen Umständen war weder an eine gemeinsame Freiheitserklärung für Indien zu denken, noch an ein koordiniertes Vorgehen. Günstige Ansatzpunkte hätten sich mit dem japanischen Flottenvorstoß gegen Ceylon (April 1942), der Quit-India-Resolution des indischen Kongresses (8. August 1942) und den in ihrer Folge ausbrechenden größten inneren Unruhen in der kolonialen Geschichte des Landes (Herbst 1942) genug geboten. Doch lediglich auf eine Überführung Boses vom deutschen in den japanischen Machtbereich vermochten sich die in der Indien-Frage zerstrittenen Partner zu einigen. Als Bose am 20. Oktober 1943 in Shōnan (Singapur) die „Regierung Freies Indien“ konstituieren durfte,¹⁷ war der günstige Zeitpunkt einer äußeren Bedrohung Indiens verstrichen. Die Organisation der Exilinder unter den Parolen der Befreiung des Vaterlandes und der indischen, aus japanischer Kriegsgefangenschaft entlassenen Soldaten in der „Indian National Army“ (Lebra 1971) konnten es nicht verhindern, daß der großangelegte Indienfeldzug im Mai 1944 vor Imphal stecken blieb. Auch die japanische Armee war inzwischen zu Großoffensiven gegen einen mittlerweile wohlgerüsteten Gegner und bei den überdehnten, gefährvollen Seeverbindungslinien für den Nachschub nicht länger in der Lage. Dennoch haben die militärischen Siege der Japaner in Südostasien und die auf Asien bezogene Indienpolitik Außenminister Shigemitsu dem Dekolonisationsprozeß, der mit Indien 1947 seinen Anfang nehmen sollte (Martin 1983), zum Durchbruch verholfen – ganz entgegen den eigentlichen Wünschen Hitlers von einer Festigung der Herrschaft des „weißen Mannes“ über die ganze Welt.

Auch im *militärischen* Bereich entsprach die lauthals immer wieder verkündete Zusammenarbeit de facto eher einer gegenseitigen Behinderung. Die von japanischer Seite vorgeschlagene Trennung der militärischen Operationszonen entlang des 70. Grades östlicher Länge (etwa die Indus-Mündung) lief natürlich auf eine politische Teilung des afrikanisch-eura-

¹⁷ Siehe dazu die Bestände „Staatssekretär Indien“ im PA des AA. Anerkennung der Regierung „Freies Indien“ durch das Deutsche Reich am 28. Okt. 1943.

sischen Raumes zwischen den beiden Usurpatoren hinaus und wurde daher von der „Wilhelmstraße“ und dem Oberkommando der Wehrmacht sowie der Kriegsmarine abgelehnt. Doch auch in dieser Frage einer Militärkonvention sollte Hitlers Votum entscheiden. Dem deutschen Führer, auf Sicherung der eigenen Herrschaftssphäre vor allem in Rußland bedacht, kamen die japanischen Vorstellungen von einem unabhängigen asiatischen Kriegsschauplatz äußerst gelegen. Eine gemeinsame Kriegsführung der „Arier“ Schulter an Schulter mit den „Gelben“ stand für Hitler außer Frage. Die Trennungslinie war daher vortrefflich geeignet, alle Ansätze einer gemeinsamen militärischen Strategie abzublocken. Die „Militärische Vereinbarung zwischen Deutschland, Italien und Japan“ wurde entsprechend japanischen Vorstellungen in einer pompösen Zeremonie am 18. Januar 1942 in Berlin unterzeichnet (Martin 1969:232–234). Fortan sollte selbst das Überfahren oder Überfliegen der Trennungslinie, wie von deutschen Dienststellen gehnt, mit langwierigen Verhandlungen verbunden sein. Deutsche Blockadebrecher bedurften einer gesonderten Erlaubnis, um die Linie zu queren, deutschen U-Booten räumten die Japaner erst nach einem Jahr gescheiterter gemeinsamer Kriegsführung einen Stützpunkt in Malaya ein. Umgekehrt wachte die deutsche Kriegsmarine eifersüchtig über ihre Hoheitsrechte in den afrikanischen Gewässern und legte Verwahrung gegen japanische, auf Madagaskar gerichtete Seeunternehmen ein.

Auch den beiden möglichen deutsch-japanischen militärischen Gemeinschaftsunternehmen, um entweder eine Landverbindung über den asiatischen Kontinent oder eine Verbindung über See via den Indischen Ozean zu erreichen, stand die ominöse Trennungslinie indirekt im Wege. Bei der klaren Abgrenzung der jeweiligen Kriegsschauplätze vollzog sich strategisches Denken in Berlin und Tōkyō entlang althergebrachten Mustern und Feindbildern. blieb die deutsche Wehrmacht auf den Landkrieg im Osten fixiert und hatte, wie die Führung des OKW, keinerlei Gespür für globale militärische Planungen, so wurde die japanische Marine nahezu ebenso manisch von dem pazifischen Seekrieg gegen die amerikanische Flotte in ihrem Denken und Handeln bestimmt. Die Interdependenz einer landgebundenen und maritimen Kriegsführung vermochten die beiden japanischen Waffenträger schon aufgrund überkommener Rivalitäten nicht zu erkennen, die Notwendigkeit militärischer Absprachen mit entfernten und äußerst fremdartigen Verbündeten war wohl doch außerhalb der Vorstellungswelt japanischer Stabsoffiziere. Wohl bekannten sich Hitler und Ribbentrop in Gesprächen mit dem japanischen Botschafter Ōshima zu einem gemeinsamen Kriegsplan der Achse und wohl legte auch Hitler persönlich die deutschen strategischen Zielsetzungen für das Jahr 1942 im Osten, den Vorstoß über den Kaukasus hinweg, den

Japanern in groben Umrissen dar,¹⁸ doch zu konkreten Absprachen gelangten die Militärs beider Länder nicht, weder in Berlin noch in Tōkyō.

Die Frage einer gemeinsamen Kriegführung gegen die Sowjetunion wurde immer wieder, nicht zuletzt wegen des Insistierens von Ribbentrop, von den hohen Militärs in beiden Ländern aufgegriffen und auch mit den jeweiligen verbündeten Ansprechpartnern erörtert. Da indes das deutsche Heer stärker Hitlers Auffassung einer Nichtbeteiligung Japans am Krieg gegen die Sowjetunion zuneigte und auch die deutsche Kriegsmarine das maritime Kriegspotential des Verbündeten lieber gegen die Angloamerikaner als gegen die unbedeutenden russischen Seeverbände in Wladiwostok eingesetzt sehen wollte, lag in Tōkyō kein klares deutsches Votum vor. Dies erleichterte die vor allem von der japanischen Marine und dem Gaimushō befürwortete Ablehnung eines solchen Ansinnens. Als die Verbindungskonferenz am 25. Juli 1942 eine japanische Offensive gegen die sowjetischen Fernoststellungen erneut verwarf (Hattori 1953: Bd. II, Teil 4), war die Chance einer koordinierten Landkriegführung endgültig vertan. Denn eine Woche später landeten amerikanische Bodentruppen auf Guadalcanal (1. August 1942) und verwickelten japanische Heeresseinheiten erstmals in Abwehrkämpfe. Fortan stand die Kaiserliche Armee nicht länger zu der Option eines antibolschewistischen Feldzuges, die sie sich bis dahin zumindest offengehalten hatte.

Die größeren und mit weniger Risiken behafteten Chancen eines deutsch-japanischen Zusammentreffens hätten ohnehin im Indischen Ozean gelegen. Die Linie Suez–Singapur hätte sich bei Koordination der deutschen, gegen Ägypten gerichteten Landkriegführung Rommels in Nordafrika mit den maritimen, westwärts gerichteten Unternehmen der Kaiserlichen Flotte im Frühjahr 1942 etablieren lassen. Obwohl die Japaner dieser Variante des Zusammenfindens zur See den Vorzug gegenüber gemeinsamen Landoffensiven gaben, wurde der entsprechende Einsatz des deutschen Afrikakorps von deutscher Seite nicht erwogen und den Japanern wurden keine Zusagen gemacht (Martin 1969:136). Der japanische Admiralstab plante folglich ein isoliertes Unternehmen im Indischen Ozean, eine Demonstration japanischer Seemacht innerhalb der reklamierten Einflußsphäre des Indischen Ozeans östlich des 70. Längengrades. Anfang April 1942 stieß, ohne jegliche Absprache mit den Deutschen, ein japanischer Großverband gegen Ceylon vor und führte zu einem panikartigen Rückzug der „British Eastern Fleet“ in afrikanische Häfen. Als der deutsche Botschafter in Tōkyō den japanischen Außenminister auf

¹⁸ Hitler–Ōshima am 3. Jan. 1942 (Martin 1969:134). Erst über ein Jahr später, am 21. Jan. 1943, als die Niederlage in Stalingrad unabwendbar war, sollte Hitler den obersten japanischen Repräsentanten erneut empfangen.

den politischen Sinn dieser Militäraktionen ansprach, betonte Tōgō, daß die japanische Kriegführung einem deutschen Wunsch entsprochen habe.¹⁹ Doch inzwischen hatte der Verband abgedreht, da die Flugzeugträger für den verzettelten Vorstoß Richtung Australien (Port Moresby) und die Midway-Inseln benötigt wurden. Nach der Niederlage in der Trägerluftschlacht bei den Midways (3.–7. Juni 1942) war die Kaiserliche Marine außerstande, nach Westen, den Deutschen entgegenkommende Großaktionen durchzuführen. Der Vormarsch des deutschen Afrikakorps auf die britische Suez-Stellung ab Juni 1942 konnte daher im Sinne einer Koalitionskriegführung ebensowenig genutzt werden wie der erneute deutsche Vorstoß in Süd-Rußland (Stalingrad und Kaukasus) im Spätsommer.

Die militärische Zusammenarbeit war nach einem guten halben Jahr gemeinsamen Kriegführens beendet, bevor sie überhaupt begonnen hatte. Was blieb, waren Verklärung eines imaginären Endsieges und gegenseitiges Vertuschen von Niederlagen. Die deutsche Botschaft in Tōkyō schien ziemlich genau über die japanische Niederlage bei den Midways informiert gewesen zu sein, Botschafter Ōshima hingegen wußte drei Wochen später immer noch nichts über den Ausgang dieser von den Beteiligten als entscheidend gewerteten Seeschlacht. Erst im September gestand er nach wiederholter Anfrage ein wenig kleinlaut „daß der Kampf auf den Midway-Inseln für sie (die Japaner) etwas unglücklich verlaufen sei“.²⁰ Die pompöse Meldung der japanischen Nachrichtenagentur „Japans Flotte im Atlantik“ – immerhin war das erste japanische U-Boot in einem französischen Hafen wohlbehalten eingelaufen – konterte die angelsächsische Presse sarkastisch: „Es koste die Japaner überhaupt nichts, für Propagandazwecke einige wenige U-Boote in den Atlantik zu entsenden, da sie nicht in der Lage schienen, diese im Pazifik richtig einzusetzen“²¹ – was noch dazu den Sachverhalt traf. Im Dezember 1943, als Japaner und Deutsche längst gemeinsam auf dem Rückzug waren, verstieg sich Botschafter Ōshima in seinem Wunschdenken sogar zu der Behauptung gegenüber Ribbentrop: „Aus taktischen Gründen veröffentliche Tōkyō nicht alle (amerikanischen) Verluste“.²²

Auch die deutschen Dienststellen übermittelten den Japanern – wie im Falle der deutschen Niederlage bei Stalingrad – Schaulagen und lasteten

¹⁹ AA/PA, St. S. Japan: Telegramm Ott–AA, Nr. 1135, vom 14. April 1942. Bericht über Unterredung mit Außenminister Tōgō vom Vortage.

²⁰ Unterredungen Ōshima–Ribbentrop am 30. Juli und 17. Sept. 1943. Beide AA/PA RAM-Filme.

²¹ AA/PA, Ritter, Japan: Aufzeichnung vom 25. Sept. 1942. Das erste japan. U-Boot war am 5. Aug. 1942 in Lorient eingetroffen.

²² Besprechung Ōshima–Ribbentrop vom 11. Dez. 1943 (Martin 1969:188).

alle Rückschläge 1943 dem treulosen Verhalten des italienischen Verbündeten an.²³ Schließlich verglich Hitler die verzweifelte militärische Situation des Reiches im letzten Gespräch mit Botschafter Ōshima²⁴ mit der Situation Roms im 2. Punischen Krieg. Die Autosuggestion vom Endsieg hatte in Deutschland wie in Japan mit anhaltender Kriegsdauer zugenommen und den Blick für realistische Lageanalysen getrübt. Je weiter sich die militärische Lage verschlechterte, um so mehr wurde das Überleben des politischen Systems in beiden Ländern an den Ausgang des Krieges gekoppelt. Die nationalsozialistische Ordnung und das Kaiserliche System schienen aus der Sicht ihrer Führer dazu bestimmt, entweder kämpfend unterzugehen oder doch noch siegreich zu widerstehen. Militärische Gemeinsamkeiten zeigten Deutschland und Japan lediglich im getrennten Weg in die unaufhaltsame Niederlage.

Im Bereich der *Handelsbeziehungen* (Martin 1969:152–171) und des Austausches technologischer Neuerungen offenbarten sich die Gegensätze zwischen den beiden Habenichtsnationen am krassesten. Jahrelang feilschten die Wirtschaftssachverständigen und Diplomaten der jungen Völker, die angetreten waren, die anglo-amerikanisch bestimmte Weltwirtschaftsordnung aus den Angeln zu heben, um eine Neugestaltung des Handels zwischen dem europäischen, von Deutschland kontrollierten Wirtschaftsgroßraum und der von Japan dominierten Großostasiatischen Wohlstandssphäre. Selbstsucht und Rücksichtslosigkeit schlugen sich trotz der weitgehend unterbrochenen Verkehrswege in keinem anderen Bereich der Beziehungen derart Bahn wie in der Gestaltung des zukünftigen Warenverkehrs.

Ein erstes Abkommen, das den Handelsvertrag aus der Weimarer Zeit ersetzen sollte, war im Sommer 1939 paraphiert, wurde jedoch mit dem Hitler-Stalin-Pakt hinfällig. Japan weigerte sich beharrlich, von der deutschen Rüstungswirtschaft dringend benötigte Rohstoffe, wie Kautschuk, Zinn und Wolfram, nach Wladiwostok zum Weitertransport in das Reich zu verschiffen. Umgekehrt gelang es den Japanern, trotz von deutscher Seite ausgesprochener Restriktionen hochentwickelte Rüstungsgüter, zum Teil ganze Flugzeuge, im Reich aufzukaufen und in das technologisch noch rückständige Japan zu transportieren. Auch der Abschluß des Dreimächtepaktes bewirkte noch keinen Wandel in den Wirtschaftsbeziehungen. Eine Normalisierung des Warenverkehrs trat erst mit dem Besuch Außenminister Matsuokas in Berlin und der Entsendung einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation (Wohlthat-Mission) nach Tōkyō ein. Doch

²³ Besprechung Ōshima-Ribbentrop vom 22. Jan. 1944 (Martin 1969:188, Anm. 113).

²⁴ Vgl. Anm. 14.

trotz Unterbindung des transsibirischen Schienenstranges zeigten die Japaner keinerlei Entgegenkommen ihren Verbündeten gegenüber. Präferenzen deutscher Firmen im japanisch kontrollierten Wirtschaftsraum wurden verweigert, ja selbst eine Entschädigung für im Zuge der Kriegshandlungen in China verlorenes deutsches Vermögen wurde entschieden abgelehnt.

Auch mit dem japanischen Kriegseintritt änderte sich die Situation keinesfalls. Im Überschwang leicht errungener Siege bestanden die Japaner darauf, die eroberten Gebiete nach ihren Bedürfnissen auszubeuten und keinesfalls die im Überfluß vorhandenen Rohstoffe mit den Deutschen zu teilen. Stattdessen übergab Botschafter Ōshima bereits am 2. Januar eine japanische Wunschliste aus Deutschland zu beziehender kriegswichtiger Waren. Auf deutsche Gegenvorschläge, Lizenzen gegen Rohstoffe zu verrechnen, ließen sich die Japaner vorerst nicht ein. Die Engpässe der japanischen Zwerg-Wirtschaft offenbarten sich in weiteren Listen, die im Verlauf des Sommers 1942 in Berlin übermittelt wurden. Diese Wünsche gipfelten in der Forderung nach 500.000 BRT Schiffsraum einschließlich Mannschaften und 1 Million Tonnen Stahl. Angesichts des beschränkten Transportvolumens der ausschließlich deutschen Blockadebrecher muteten solche Zahlen utopisch an bzw. griffen der Etablierung einer blockadefreien Seeverbindungslinie Suez–Singapur vor.

Entsprechend einer deutschen Bilanz wurden in dem Zeitraum Dezember 1940 bis Februar 1943 lediglich 50.000 Tonnen, darunter die Hälfte Kriegsgerät, vom deutschen in den japanischen Machtbereich verschifft, in umgekehrte Richtung indes die vierfache Menge. Die Gründe für diese Unausgewogenheit wurden in den deutschen Aufstellungen indes schamhaft verschwiegen. Lagen diese doch in der Weigerung deutscher Firmen begründet, die von japanischer Seite geordneten Muster an Kriegsmaterial ohne Kompensationszahlungen für die Nachbaurechte zu liefern, so daß die wenigen deutschen Blockadebrecher in der winterlichen Verschiffungsaktion 1942/43 zu zwei Dritteln mit Ballast gefahren waren. Den Streitpunkt „Lizenzen“ entschied Hitler schließlich zugunsten der Japaner, doch die deutsche Industrie weigerte sich nach wie vor standhaft, den Ausverkauf des gesamten deutschen technischen Entwicklungsstandes zu betreiben. Der mit Hitlers Machtwort endlich formulierte und am 20. Januar 1943 (Martin 1969:250) unterzeichnete Handelsvertrag blieb folglich Makulatur.

Da sich der Streit an den zivilen Nachbaurechten zweier der modernsten, an Japan durch Hitler geschenkten U-Boote weiter eskalierte und das ohnehin brüchige deutsch-japanische Verhältnis im Jahr 1943 weiter belastete, entschied sich der deutsche Diktator zu einem radikalen Schritt nach dem Vorbild des „lend and lease“-Abkommens des gegnerischen

Lagers. In einer „Vereinbarung über die gegenseitigen Zurverfügungstellung von Nachbaurechten und Rohstoffen zwischen Deutschland und Japan“ vom 2. März 1944 (Martin 1969:251f) wurden alle deutschen Patente den Japanern für die Kriegszeit kostenlos zur Verfügung gestellt. Ein gegenseitiges Aufrechnen sollte erst nach dem Endsieg erfolgen – es fand folglich nie statt. Nunmehr schickte die japanische Kriegsmarine großzügig ihre Transport-U-Boote, voll beladen mit Kautschuk, nach Europa, um die von der heimischen Industrie heißbegehrten Blaupausen waffentechnischer Neuerungen und zivilen Patentverfahren nach Japan zu transportieren. Die Übernahme des Kohlehydrierverfahrens der IG-Farben und der Nachbau des deutschen Düsenkampfflugzeuges sind nur zwei der markantesten Beispiele dieses im letzten Kriegsjahr anwachsenden Technologietransfers von Deutschland nach Japan.

Welchen Nutzen die japanische Industrie, vor allem die Zaibatsu, aus dieser Übernahme deutschen technischen Wissens für den Wiederaufbau des Landes nach dem Zusammenbruch gezogen hat, scheint eines ihrer bis heute am besten gehüteten Geheimnisse zu sein. Sicherlich haben deutsche technische Verfahren und deutsche Patente nicht allein die japanische Kriegswirtschaft modernisieren und auf einen beachtlichen Entwicklungsstand bringen helfen, das taten die Japaner vorwiegend durch strukturelle Reformen der Wirtschaft selbst. Doch ohne nachhaltigen Einfluß kann dieser Technologietransfer, dessen Ausmaß noch dazu weitgehend unbekannt ist, auch nicht gewesen sein.

Im *ideologisch-weltanschaulichen* Bereich ließen sich die ebenfalls, wenn auch nicht so stark wie im wirtschaftlichen Sektor vorhandenen Gegensätze durch die Propaganda am wirkungsvollsten überbrücken. Der Schein des gemeinsamen Zieles, eine neue und gerechtere Ordnung als die liberal-kapitalistisch-materielle des Westens oder die ebenso materialistisch ausgerichtete des Kommunismus errichten zu wollen, mußte wenigstens vor der Öffentlichkeit aus Gründen der Kampfmoral gewahrt werden. Der amtlich-repräsentativen Verbreitung des Bündnisgedankens und den neuen Ordnungsvorstellungen der jungen drei Völker diente die vom deutschen Außenminister Ribbentrop herausgegebene Monatschrift „Berlin – Rom – Tokio“. Ähnlich der anspruchsvollen Wochenzeitung „Das Reich“ sollte dieses zu Beginn des Jahres 1940 begründete Organ von Aufmachung und Inhalt her, häufig mit zweisprachigen Artikeln auf deutsch und italienisch, die staatstragenden, gebildeten Eliten und nicht so sehr die alten Kämpfer der Partei ansprechen. Die Eigenständigkeit einer alten kulturellen Tradition und deren Fortwirken bzw. Aufgehen in der jeweiligen völkisch-nationalen Ordnung bildeten thematisch den Schwerpunkt. Das betont Gemeinsame lag im Schutz dieser kulturellen Werte und überkommenen Sitten vor der verderblichen westlichen

bzw. bolschewistisch-östlichen Überfremdung. Entsprechend dem schon zeitgenössisch auch in Japan und Italien rezipierten deutschen Historismus des 19. Jahrhunderts wurde die Zivilisation (die technisch-industrielle Entwicklung) von der Kultur getrennt – und in der Zeitschrift folglich auch kaum angesprochen. Stattdessen definierten sich Wert und Überlegenheit der Völker durch ihre großartige Kultur. Diese Argumentation war deutschen bildungsbürgerlichen Kreisen und den entsprechenden Schichten in Italien und Japan bestens vertraut. Die gern als Befreiungsmission verklärte Eroberungspolitik der Dreierpaktstaaten wurde kulturell legitimiert. Doch mit dem abrupten Ende der faschistischen Kultur im Sommer 1943 fand auch diese akademisch-erbauliche Zeitschrift ein schnelles Ende.

Die „abendländischen“ Gemeinsamkeiten zwischen den beiden europäischen Achsenpartnern ließen sich ohnehin überzeugender präsentieren als etwaige kulturelle Vergleichbarkeiten mit dem Tennō-Reich. Entsprechende deutsch-japanische Abkommen gingen nicht selten von Fiktionen aus und betonten, wie z. B. auch die deutsche Japanologie, Gemeinsamkeiten, wo keine waren. Am ehesten lagen plausible Vergleichbarkeiten noch im deutschen und japanischen militärischen Ehrenkodex. Das Kampffideal der SS „Meine Ehre heißt Treue“ stand, wiewohl germanisch begründet, den Nachkommen der Samurai und ihrem loyalitätsbeladenen Verhaltenskodex (*bushidō*) recht nahe. Indes dürfte der Vergleich zwischen der japanischen Kunst des Blumensteckens (*ikebana*) und dem Schönheitsideal des „Bundes deutscher Mädel“ auch schon damals als ziemlich lächerlich abgetan worden sein (Friese 1984:279f). Deutsches Kulturmaterial kam daher in Japan umso weniger an, je stärker es ideologisch ausgerichtet war. Vom Verteidigungskrieg des Abendlandes gegen die asiatisch-bolschewistischen Horden wollten die Japaner schon aus politischen Gründen nichts wissen, fühlten sich aber auch durch das rassistisch unterlegte deutsche Feindbild vom mongolischen Typus abgestoßen. Bilder, Bücher und Filme zum deutsch-sowjetischen Krieg, die vorrangig 1942 nach Japan im Rahmen des Kulturprogrammes geschickt worden waren, fanden keinen Abnehmer. Stattdessen empfahl die Botschaft, lieber die glorreiche preußische Vergangenheit, die den Japanern vertraut war, in den Mittelpunkt des Kulturprogrammes zu stellen und die Person Friedrichs des Großen herauszustreichen. Ferner bat die Botschaft in Tōkyō um die Übersendung wissenschaftlicher, vor allem technischer Fachliteratur, um die Lücke zu füllen, die durch das Ausbleiben amerikanischer Sachbücher entstanden war.²⁵

Auch das neue Medium des Hörfunks wurde in Japan und im Deut-

²⁵ AA/PA, St. S. Japan: Telegramm Stahmer-AA, Nr. 1323, vom 30. April 1943.

schen Reich zielbewußt eingesetzt, um sowohl der eigenen Bevölkerung die heroischen Taten und das vermeintlich verwandte Nationalwesen des verbündeten Landes näher zu bringen und in den für Amerika bestimmten Kurzwellen-Programmen die hehren Ziele faschistischer Neuordnung zu preisen. An den jeweiligen Botschaften wurden zu diesen Zwecken gesonderte Rundfunkattachés akkreditiert.²⁶ Ab Mai 1943 wurde sogar vereinbart, daß der deutsche Rundfunk japanische Propagandasendungen in seinem Amerikaprogramm ausstrahlen sollte und umgekehrt das japanische Radio entsprechende deutsche Sendungen.²⁷ Zumindest in der Rundfunkpropaganda wurde Nordamerika mittels gleichförmiger „Berieselung“ vom Osten wie vom Westen attackiert. Bei den verzerrten Feindbildern, die sich in den USA über die Japaner und die Deutschen herausgebildet hatten, dürften die Rundfunksendungen der „Achsenmächte“ jedoch ohne Wirkungen geblieben sein.

Schließlich sollte die Kultur – wie auch schon das Protokoll – im Jahre 1943 den fehlenden politischen Konsens und die militärischen Niederlagen verdecken helfen. Da das japanische Informations(Propaganda)amt mit Rücksicht auf das verbesserte Verhältnis des Kaiserreiches zur Sowjetunion den Jahrestag des Antikominternpaktes mit Deutschland nicht zusammen begehen wollte, mußten statt der politischen die kulturellen Abmachungen erhalten. Da das deutsch-japanische Kulturabkommen und ein entsprechender Ärztevertrag beide im November – wie der Antikominternpakt einst am 25. d. M. im Jahre 1936 – gezeichnet worden waren, bot sich diese inhaltliche Verlagerung des Gedenkens von militärischen zu kulturellen Ereignissen geradezu an. Ein sogenannter spontaner, d. h. wohl geplanter, Telegrammwechsel²⁸ der Außenminister Shigemitsu und Ribbentrop aus diesem Anlaß täuschte Gemeinsamkeiten zwischen Berlin und Tōkyō zu einem Zeitpunkt vor, als beide Verbündete längst ihre eigenen Wege gingen.

Derart propagandistische Hochschätzung des Verbündeten wurde auch immer notwendiger, um die unterschwellig vorhandene und infolge der negativen Kriegslage sich weiter ausbreitende Geringschätzung des Partners auszugleichen. Ein latentes Überlegenheitsgefühl, das sich gern in Überheblichkeit und Klischees dem anderen gegenüber manifestierte, war auf beiden Seiten vorhanden und nicht zuletzt rassistischem Denken entsprungen. Hitlers abfällige Bemerkungen über die asiatische Heim-

²⁶ Den Posten übernahm Erwin Wickert, vgl. dessen Erinnerungen (Wickert 1991).

²⁷ AA/PA, St. S. Japan: Telegramm Stahmer–AA, Nr. 1645, vom 28. Mai 1943. Vorschlag des japan. Außenministeriums.

²⁸ AA/PA, St. S. Japan: 24. und 27. Nov. 1943.

tücke der Verbündeten, die der Führer sogar mit Lackaffen verglich, sowie die Vorbehalte deutscher Militärs gegenüber ihren „gelben“ Ansprechpartnern sind zu zahlreich, als daß sie momentaner Verärgerung hätten entsprungen sein können. Umgekehrt betrachteten japanische Militärs nach den großen militärischen Anfangserfolgen im Pazifischen Krieg den deutschen Verbündeten und dessen krieglerische Leistungen gern mit einer gewissen Verachtung. Die deutsche Botschaft, bzw. die Waffenattachés, legten gegen solche abträgliche Berichterstattung sogleich immer offiziell Verwahrung ein. Auch der deutsche Marineattaché prangerte nach einer Rundreise durch die eroberten Südgebiete die Überheblichkeit der Japaner an, „die Engländer und Amerikaner als höchst minderwertige und die Chinesen als erheblich unterlegene Gegner hinstellte(n)“.²⁹ Der deutsche Militärvertreter sprach mit dieser gemachten Beobachtung die entscheidende Schwachstelle der japanischen Besatzungsherrschaft an: Die Arroganz und meist Ignoranz japanischer Besatzungsoffiziere ließ diese in der Praxis der Besatzungspolitik zu Vollstreckern zügelloser, bisweilen sogar eigenmächtiger Ausplünderung werden statt zu Beschützern der offiziell zu befreienden Kolonialvölker.

Angesichts der deutschen Vernichtungspraktiken im Osten konnte die deutsche Seite den Japanern kaum Ratschläge zu einer effizienteren Durchführung ihrer Besatzungsaufgaben geben. Die politisch-ideellen Ziele der japanischen, antiwestlichen Befreiungsmision wurden von den deutschen Vertretern in Tōkyō nicht richtig eingeschätzt und in Berlin gleich als reine Propaganda abgetan. Japanische Kritik an dem deutschen Vorgehen im Osten, die Botschafter Ōshima weisungsgemäß mehrmals in Berlin bzw. im Führerhauptquartier vorbringen mußte,³⁰ wurde von deutschen Stellen mit Befremden registriert, galten doch die Japaner nicht gerade als zimperlich in ihrer Militärpolitik. Die von verbündeter Seite vorgebrachten politischen Anregungen, doch die Ostvölker durch geeignete propagandistische Maßnahmen für den antikomunistischen Feldzug einzunehmen und auch die besetzten westeuropäischen Nationen für die Sache eines Neuen Europa zu gewinnen, wurden in Berlin mit dem japanischen Wunsch einer Friedensvermittlung im deutsch-russischen Krieg in Verbindung gebracht und folglich ignoriert. Als die deutsche Seite, wie

²⁹ AA/PA, St. S. Japan: Bericht des dt. Marineattachés Wennecker nach einer vierwöchigen Rundreise durch die eroberten Gebiete vom 6. Mai 1942 nach Berlin.

³⁰ AA/PA, St. S. Japan: Notiz St. S. von Weizsäcker vom 10. Aug. 1942 über Kritik Ōshimas an der deutschen Besatzungspolitik in Rußland. Telegramm Stahmer-AA, Nr. 3694, vom 22. Dez. 1943 über kritische Ausführungen Shigemitsu zur deutschen Besatzungspolitik, die der japan. Außenminister für gescheitert erachtete. Unterredung Ōshima-Ribbentrop 18. April 1943 (Martin 1969: 179).

z. B. Propagandaminister Goebbels, nach der Niederlage von Stalingrad allmählich eine Revision der Besatzungspolitik im Osten anstrebte und sich dabei teilweise auf das japanische Vorbild berief (Martin 1969:179), war es wieder einmal zu spät. Auch wenn im ideologischen Bereich die Gemeinsamkeiten in der Heroisierung männlich-faschistischer Kampfestunden am größten waren und sich im kulturellen Sektor eine gemeinsame Defensivstrategie gegenüber den materialistischen Übeln dieser Welt finden ließ, waren auch in diesem Fall die Barrieren zu hoch, um sich gegenseitig richtig zu verstehen und als gleichwertig einzuschätzen.

*

Die größten Gemeinsamkeiten zwischen dem japanischen Kaiserreich und dem Deutschen Reich bestanden im Negativen, im Bestreben nach gegenseitigem Sich-Abgrenzen, in der mangelhaften Informationspolitik und der grenzenlosen Eigensucht. Beide Regime glichen sich folglich auch in ihrer kompromißlosen Ablehnung allen Friedens- bzw. späteren Kapitulationsaufforderungen gegenüber. Beide gesellschaftlichen Systeme konnten nur überleben, sofern sie aus dem Krieg als Sieger hervorgingen. Ein Rücktritt der jeweiligen Führung hätte in Deutschland wie auch in Japan den politischen Umsturz, wenn nicht sogar eine tiefgreifende soziale Revolution nach sich gezogen. Hitler und sein nationalsozialistisches Führungskorps klammerten sich daher genau so an die Macht wie die japanischen Militärs, die sich als Garanten des Kaiserlichen Systems verstanden. Was beiden schließlich blieb, war die bedingungslose Kapitulation, zu unterschiedlichen Zeitpunkten, und die restlose Zerstörung der politischen Ordnung durch die Siegermächte. Kriegsbedingte Notlagen und die Erfordernisse eines propagierten Kampfes bis zum letzten Manne, haben sicherlich in Deutschland wie in Japan mentale Strukturen geprägt bzw. altüberkommene, wie klassenspezifische, überwunden. Desgleichen erfuhr der wirtschaftliche Sektor einen starken Modernisierungsschub, von dem auch die arbeitenden Volksmassen aufgrund erzwungener Mobilität zwangsläufig erfaßt wurden. Doch diese modernisierenden und mobilisierenden Aspekte eines Krieges, den Deutschland und Japan, jeder auf seine Weise und gegen seinen Hauptgegner, als Vernichtungskrieg geführt haben, sollten angesichts des unermesslichen Leides und der bis heute spürbaren Folgen dieser Usurpation nicht zum Selbstzweck einer historischen Einordnung des letzten Weltkrieges werden. In der Bilanz des deutsch-japanischen Kriegsverbündnisses überwiegen die negativen Aspekte deutlich.

LITERATURVERZEICHNIS

- Berlin – Rom – Tokio. Monatsschrift für die Vertiefung der kulturellen Beziehungen des weltpolitischen Dreiecks. Schirmherrschaft Joachim von Ribbentrop, Hg. von Paul Schmidt. Berlin 1940–1943.
- Drechsler, Karl (1978): *Das Bündnis der Rivalen. Der Pakt Berlin – Tokio. Neue Dokumente zur Ost- und Südostasienpolitik des faschistischen deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg*. Berlin: VEB Deutscher Verlag.
- Ferretti, Valdo (1983): *Il Giappone e la Politica Estera Italiana 1935–1941*. Varese: Giufrè Editore.
- Friese, Eberhard (1984): Das deutsche Japanbild 1944. Bemerkungen zum Problem der auswärtigen Kulturpolitik während des Nationalsozialismus. In: Josef Kreiner (Hg.): *Deutschland – Japan. Historische Kontakte*. Bonn: Bouvier, S. 265–284.
- Hattori Takushiro (1953): *The Complete History of the Greater East Asia War*. Tōkyō: Masu, 4 Bde., 10 Bücher. Mikroverfilmte Übersetzung in das Englische in: Bibliothek für Zeitgeschichte, Stuttgart.
- Hauner, Milan (1981): *India in Axis Strategy*. Stuttgart: Klett.
- Heiber, Helmut (Hg.) (1962): *Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942–1945*. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Hillgruber, Andreas (1968): Japan und der Fall Barbarossa. In: *Wehrwissenschaftliche Rundschau* (Frankfurt) 6:312–326.
- Hitler, Adolf (1938): *Mein Kampf*. München: Franz Eher Nachfolger.
- Ike Nobutaka (Hg.) (1967): *Japan's Decision for War. Records of the 1941 Policy Conferences*. Stanford: Stanford University Press.
- Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.) (1965): *Der Zweite Weltkrieg. Grundzüge der Politik und Strategie in Dokumenten*. Frankfurt/M.: Fischer Bücherei.
- Krebs, Gerhard (1984): *Japans Deutschlandpolitik 1935–1941. Eine Studie zur Vorgeschichte des Pazifischen Krieges*. (= Mitteilungen der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens e.V. (Hamburg), Bd. 91.)
- Lebra, Joyce (1971): *Jungle Alliance. Japan and the Indian National Army*. Singapur: Asia Pacific Press.
- Lensen, George Alexander (1972): *The Strange Neutrality. Soviet-Japanese Relations during the Second World War*. Tallahassee: The Diplomatic Press.
- Martin, Bernd (1969): *Deutschland und Japan im Zweiten Weltkrieg. Vom Angriff auf Pearl Harbor bis zur deutschen Kapitulation*. Göttingen: Muster-schmidt.
- Martin, Bernd (1981): Zur Tauglichkeit eines übergreifenden Faschismus-

- Begriffs. Ein Vergleich zwischen Italien, Japan und Deutschland. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (Stuttgart) 29:48–73.
- Martin, Bernd (1983): Die Verselbständigung der Dritten Welt. Der Prozeß der Entkolonialisierung am Beispiel Indiens. In: *Saeculum* (Freiburg) 34:165–186.
- Martin, Bernd (1990): Das deutsch-japanische Bündnis im Zweiten Weltkrieg. In: Josef Kreiner und Regine Mathias (Hg.): *Deutschland – Japan in der Zwischenkriegszeit*. Bonn: Bouvier, S. 199–222.
- Martin, Bernd (1991): *Japan und Barbarossa*. Manuskript, University of Waterloo/Canada.
- Martin, Bernd (1993): The German-Japanese Alliance in the Second World War. In: Saki Dockrill und L. Freedman (Hg.): *The Pacific War. A Reappraisal after Fifty Years*. London: MacMillan.
- Martin, Bernd (1994): Germany and Pearl Harbor. In: Hosoya Chihiro und Iriye Akira (Hg.): *Fifty Years After. The Pacific War Re-examined*. Tōkyō, New York (im Druck).
- Menzel-Meskill, Johanna (1966): *Hitler and Japan. The Hollow Alliance*. New York: Atherton.
- Miyake Masaki (1975): *Nichi-Doku-I sangoku dōmei no kenkyū* [Studie zum japanisch-deutsch-italienischen Dreimächtepakt]. (Mit englischer Zusammenfassung) Tōkyō: Nansōsha.
- Morley, James William (Hg.) (1976): *Deterrent Diplomacy. Japan, Germany and the USSR 1935–1940. Selected Translations from Taiheiyō sensō e no michi: Kaisen gaikō shi*. New York: Columbia University Press.
- Sommer, Theo (1962): *Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935–1940. Vom Antikominternpakt zum Dreimächtepakt*. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Wickert, Erwin (1991): *Mut und Übermut: Geschichten aus meinem Leben*. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.

II.
DIE JAPANISCHE BOTSCHAFT
IN BERLIN

DIE JAPANISCHE BOTSCHAFT IN BERLIN IN NATIONALSOZIALISTISCHER ZEIT

PERSONAL UND POLITIK

Tajima Nobuo

Zur Zeit ist die hiesige Botschaft so sehr belastet, nicht nur mit der Konsulatstätigkeit, sondern sowohl mit Kurieren, die zusammen in Haupt- und Nebenlinien monatlich etwa zwanzigmal hin und her gehen, als auch mit den täglichen Kleinigkeiten, wie zum Beispiel der Verteilung der Lebensmittelbezugsscheine unter den Japanern, daß die Botschaft mit dem jetzigen Personal nicht mehr in der Lage ist, die Aufgaben zu erledigen. In Anbetracht dessen, daß, je enger die deutsch-japanischen Beziehungen werden, desto erheblicher die Belastungen für die Botschaft sowohl durch den Schutz der Landsleute als auch durch die Handelsangelegenheiten werden, halte ich es für dringend nötig, jetzt in Berlin ein Generalkonsulat einzurichten und die Arbeit zwischen Botschaft und Generalkonsulat zu teilen, damit die Botschaft ausschließlich Politik und die sonstigen wichtigen Wirtschaftsfragen behandeln kann, ohne mit Kleinigkeiten belästigt zu werden

(Botschafter Ōshima Hiroshi an Außenminister Matsuoka Yōsuke vom 25. Februar 1941, Gaimushō: M-1-3-0-1-1-23).

EINLEITUNG

Im Herbst 1938 wurde in der Tiergartenstraße 25 in Berlin mit dem Bau der neuen japanischen Botschaft als wichtiger Teil des Zentrums in der geplanten Welthauptstadt „Germania“ begonnen, aber erst im Januar 1943 war das Gebäude offiziell fertiggestellt (Ōshima an Außenminister Tani Masayuki vom 25. Januar 1943, Gaimushō: M-1-3-0-1, Bd. 3.). Während der letzten Kriegstage wurde das Gebäude durch die alliierte Bombardierung schwer beschädigt. Es wurde verlassen und erst am 8. November 1987 als Japanisch-Deutsches Zentrum Berlin neu eröffnet. Formierung und Fall der Achse Berlin-Tōkyō in den dreißiger und vierziger Jahren spiegeln sich gewissermaßen im Schicksal der japanischen Bot-

schaft in Berlin symbolhaft wider. Es ist Aufgabe der vorliegenden Studie, die Geschichte der japanischen Vertretung in Berlin unter besonderer Berücksichtigung von Personal und Politik kurz zu skizzieren.

DAS POLITISCHE GEWICHT DER JAPANISCHEN BOTSCHAFT IN BERLIN IM WANDEL DER ZEIT

Während des „Dritten Reiches“ stieg das politische Gewicht der japanischen Botschaft erheblich, je nach den politischen Umständen sowohl in Europa als auch in Japan, obwohl sich die Zahl des Personals in den fünf Abteilungen (Verwaltung, Politische Abteilung, Handelspolitische Abteilung, Kulturpolitische Abteilung und Konsulat) nur allmählich vergrößerte.

In erster Linie muß berücksichtigt werden, daß Deutschland als Partner und potentieller Verbündeter seit der Mitte der dreißiger Jahre in der japanischen Außenpolitik immer wichtiger wurde. Anfang der dreißiger Jahre gab es zwischen Deutschland und Japan eigentlich weder nennenswerte politische Gemeinsamkeiten noch Gegensätze. Daher blieb die japanische Botschaft in Berlin, nach den Worten des damaligen Chargé d'affaires, „eine Art Reisebüro“ (Tōgō 1989:71). Je bedeutender Deutschland aber in der japanischen Außenpolitik wurde, desto wichtiger wurde naturgemäß die Rolle der Vertretung in Berlin.

Zweitens nahm die Zahl der in der ganzen Welt ansässigen Missionen Japans während der dreißiger und vierziger Jahre ständig ab. Im Laufe der deutschen Expansion mußten die japanischen Gesandtschaften in Wien, Prag und Warschau, später auch in Den Haag, geschlossen oder umorganisiert werden (Botschafter Kurusu an Matsuoka 15.8.1940, Gaimushō: M-1-3-0-1, Bd. 3). Nach der Annexion des Baltikums durch die Sowjetunion mußten im Sommer 1940 auch dort die japanischen Diplomaten ihre Posten verlassen.¹ Hinzu kam, daß Japan Ende 1941 den Krieg mit den Alliierten begann und damit viel Personal heimkehren mußte. Im Gegensatz dazu wurde das politische Gewicht der Botschaft in Berlin immer größer.

Drittens wurde in Japan 1942 ein „Ministerium für Großostasien“ (*Dai-tōashō*) neu eingerichtet, das für die japanische Politik gegenüber der sogenannten „Großostasiatischen Wohlstandssphäre“ einschließlich „Manchukuo“, China und Thailand zuständig war. Mit diesem Schritt verlor

¹ Nüzeki 1988. Nüzeki war nach dem Kriege japanischer Botschafter in Moskau und wurde einer der Gründerväter des „Japanisch-Deutschen Zentrums Berlin“.

das traditionelle Außenministerium eines der wichtigsten Betätigungsfelder. Übrig blieben als Zuständigkeitsbereiche nur einige Verbündete und neutrale Staaten in Europa (Momose 1990:161). Für das japanische Außenministerium wurde somit die Rolle der Botschaft in Berlin immer bedeutender.

Unter diesen Umständen wurde naturgemäß die Botschaft in Berlin zum Zentrum der japanischen Politik in Europa. Von der asiatischen Heimat weit entfernt, fanden die wichtigen Botschafterkonferenzen beziehungsweise Attachékonferenzen in Europa normalerweise in Berlin statt. Die dortige Botschaft sammelte aus ganz Europa Nachrichten und sandte sie nach Japan weiter.²

ORGANISATORISCHE ENTWICKLUNG DER JAPANISCHEN KONSULATE IN DEUTSCHLAND

Der Botschaft in Berlin unterstanden die japanischen Konsulate in Deutschland. Ursprünglich hatte es nur eines gegeben, nämlich in Hamburg. Im Laufe der politischen Entwicklung im „Dritten Reich“ stieg die Zahl schließlich auf vier an.

Zuerst wurde mit dem „Anschluß“ Österreichs 1938 die japanische Gesandtschaft in Wien in ein Generalkonsulat umgewandelt. Premierminister Konoe schickte Hitler ein Glückwunschtelegramm. Der japanische Botschafter Tōgō empfahl Außenminister Hirota, den „Anschluß“ schnellstens anzuerkennen, um „die politische Wirkung vergrößern zu können“ (Tōgō an Hirota 16.3.1938, Gaimushō: M-1-3-0-1-1-23). Dabei lag den Japanern nur daran, sicherzustellen, daß die mit Deutschland geschlossenen Verträge auch in der „Ostmark“ gültig sein würden, und daß Japans Export nach Österreich im jährlichen Wert von ca. 11 Millionen Schilling beibehalten werden könne (ebenda: Hirota an Tōgō 23.3.1938; Tōgō an Hirota 26.3.1938). Am 1. Mai wurde das neue Generalkonsulat in Wien eröffnet. Gleichzeitig wurde zwischen Hamburg und Wien die Konsulatsarbeit neu aufgeteilt. Fortan gehörten Bayern, Baden und Württemberg

² Vgl. Aussage des ehemaligen Marineattachés Kojima Hideo gegenüber Dr. Bernd Martin am 19. September 1969: „Die Kuriermöglichkeiten waren seit dem japanischen Kriegseintritt äußerst ungünstig“ (Martin-Interviews:25). „Der japanische Marineattaché Berlin sei im Dienst immer der höchste Marineoffizier gewesen. Die Nachrichten der anderen Marineattachés liefen über Kojima nach Tōkyō“ (Martin-Interviews:14). Der Verfasser ist Herrn Professor Bernd Martin zu Dank verpflichtet, der ihm freundlicherweise die Interview-Notizen zur Verfügung stellte.

zum Zuständigkeitsbezirk Wiens (ebenda: Stellvertretender Generalkonsul Tanaka Senpachi an Außenminister Ugaki 9.6.1938).

Im folgenden Jahr wurde nach der „Liquidierung“ der Resttschechoslowakei die Gesandtschaft in Prag ebenfalls als neues Generalkonsulat der Berliner Botschaft unterstellt. Außenminister Arita Hachirō wollte „beim Umwandeln der Gesandtschaft zum Generalkonsulat den anderen Staaten zuvorkommen“ (ebenda: Arita an Ōshima 18.3.1939).

Nach der Annexion des Baltikums durch die Sowjetunion im Sommer 1940 forderte Botschafter Kurusu das Gaimushō (japanisches Außenministerium) auf, in Königsberg ein Generalkonsulat neu einzurichten, weil die Stadt unter anderem „ein Zentrum der Osteuropa-Forschung“ sei und günstig liege, „um die Weiterentwicklung der deutsch-russischen Beziehungen und die politischen Verhältnisse in Rußland, Polen und der Ukraine zu beobachten“ (ebenda: Kurusu an Matsuoka 29.8.1940). Insbesondere wollte Kurusu „das von Sugihara Chiune aufgebaute Abwehrnetz“ im Baltikum aufrechterhalten. Dieser, ehemaliger Konsul in Kaunas, wurde daher zum neuen Konsul in Königsberg ernannt (ebenda: Kurusu an Matsuoka 2.11.1940).³ Eine Schwierigkeit lag darin, daß dafür Personal und Geld fehlten. Zugunsten des neuen Generalkonsulates in Königsberg wurde deswegen das Generalkonsulat in Prag aufgelöst. Das dortige Gebäude wurde am 4. November 1942 der deutschen Regierung überlassen, um dort das Orientalistische Institut der „Reichsuniversität“ Prag zu errichten (Ōshima an Tani 7.11.1942, Gaimushō: M-1-3-0-1, Bd. 3).

Obwohl sich die Zahl der Konsulate vergrößerte, blieb die Botschaft in Berlin das Zentrum der japanischen Politik und der japanischen Gesellschaft in Europa. Sowohl der Publikumsverkehr als auch der Nachrichteneingang belasteten zusammen mit anderen Kleinigkeiten die tägliche Arbeit erheblich. Schon im November 1940 forderte Botschafter Kurusu das Gaimushō auf, im folgenden Geschäftsjahr in Berlin ein unabhängiges Generalkonsulat einzurichten. Nach Angaben von Kurusu wurde die Botschaft „mit Kleinigkeiten aller Art überschwemmt“, so daß „die eigentliche Arbeit öfter in beträchtliche Schwierigkeiten geriet“ (Kurusu an Matsuoka 26.11.1940, Gaimushō: M-1-3-0-1-1-23). Im Februar des folgenden

³ Sugihara Chiune ist heutzutage dafür bekannt, daß er im Sommer 1940 als Konsul in Kaunas ohne Genehmigung des Gaimushō jüdischen Flüchtlingen Visa erteilt und es ihnen damit ermöglicht hatte, nach Ostasien zu entkommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg geriet er wegen dieses Alleingangs in Schwierigkeiten mit dem Gaimushō und mußte das Ministerium verlassen. Im Januar 1985 wurde ihm von der israelischen Regierung ein hoher Orden verliehen (Sugihara 1990). Seine Frau, Sugihara Yukiko, bestätigt, daß die Aufgabe ihres Mannes in Kaunas und Königsberg unter anderem die Nachrichtentätigkeit war (ebenda: 28, 74, 78, 82).

Jahres wiederholte der Nachfolger Kurusus, Ōshima Hiroshi, mit Nachdruck, aber vergeblich, diese Forderung (siehe Eingangszitat). Erst am 9. Februar 1944 antwortete Außenminister Shigemitsu Mamoru dem Botschafter, daß „die Eröffnung des Generalkonsulates in Berlin binnen kurzem vorgesehen sei, ohne jedoch das Personal zu verstärken“ (Shigemitsu an Ōshima 12.2.1944, Gaimushō: M-1-3-0-1-1-23). Das neue Generalkonsulat wurde zeitweilig in der Kronenstraße 70 eingerichtet, „bis das Botschaftsgebäude repariert wird“. Das geschah jedoch letzten Endes nicht (ebenda: Ōshima an Shigemitsu 12. 3. und 28.4.1944).

JAPANISCHE HONORARKONSULATE IM WANDEL DER ZEIT

Unter der Leitung der japanischen Botschaft in Berlin waren in wichtigen Städten gesellschaftlich hochangesehene Deutsche – normalerweise erfolgreiche Geschäftsleute, die sowohl über ausreichend Zeit als auch Geld verfügten – als Honorarkonsuln tätig, ohne ein Gehalt zu beziehen. Als Hitler die Macht übernahm, befanden sich in Bremen, Aachen, Köln, München, Stettin und Leipzig solche japanische Konsulate. Während des Krieges kamen noch Frankfurt, Berlin und Breslau hinzu.⁴ Die politische Entwicklung im „Dritten Reich“ sollte auch die Honorarkonsuln unterschiedlich treffen.

Der „Gleichschaltung“ im „Dritten Reich“ fiel der Ehrengeneralkonsul in Köln, Heinrich Maus, zum Opfer (Häussermann 1976:223ff; Mattias/Morsey 1960:380; Morsey 1977:216): Ende April 1933 wurde er zusammen mit einem Kollegen, der ein bedeutendes Mitglied der Zentrumsparterie in Köln und gleichzeitig Verleger der „Kölnischen Volkszeitung“ war, unter dem Verdacht verhaftet, sich bei einer Bank für einen Kredit zugunsten einer bankrotten Gesellschaft verbürgt zu haben.⁵ Die Ursache dafür war ohne Zweifel „ein leichtfertiges Geschäftsgebaren“ von Maus (Mor-

⁴ Über die Ehrenkonsulate siehe die Akten in Gaimushō: M-2-1-0-14. Im Jahr 1935 gab es in der ganzen Welt insgesamt 61 japanische Ehrenkonsulate, davon 5 Ehrengeneralkonsulate (Oslo, Kopenhagen, Köln [nicht besetzt], München, La Paz). Vgl. Aktennotiz (o. D.) „Zai Suttechin meiyō ryōji Arutsuru Kunsutoman o meiyō sōryōji ni shōnin kata sengi no ken“ (Angelegenheit: Beförderung des Ehrenkonsuls in Stettin Arthur Kunstmann zum Ehrengeneralkonsul), in ebenda, Bd. 59 (Stettin).

⁵ Die „Kölnische Volkszeitung“ war „aufgrund ihres Ansehens und ihrer Geschichte wie keine andere berufen gewesen, geistige Anwärterin des Oberbürgermeisters [Adenauer] und der Kölner Zentrumsparterie zu werden“ (Häussermann 1976:223).

sey 1977:272), im Grunde genommen handelte es sich aber bei dieser Verhaftung selbstverständlich um eine politische Unterdrückungsmaßnahme gegen die Zentrumspartei durch die Hitler-Regierung und somit um einen kleinen Schritt in Richtung „Gleichschaltung“. Der japanische Botschafter Nagai Matsuzō brachte in seinem Bericht an das Gaimushō sein Mitgefühl zum Ausdruck: „Man sagt, daß hinter dieser Verhaftung ein sehr starkes politisches Motiv der Regierungspartei stehe, die Opposition zu unterdrücken ... Da es schwierig ist, festzustellen, ob Herr Maus das Kapital seiner Gesellschaft zu privaten Zwecken mißbraucht hat, glaubte man im allgemeinen, daß der Skandal ohne die Machtübernahme der NSDAP nie stattgefunden hätte“ (Nagai an Außenminister Uchida 1.6.1933, Gaimushō: M-2-1-0-14, Bd. 2 [Köln]). Andererseits war Maus nicht in der Lage, sich gegen diese Maßnahme und die damit verbundene NS-Propaganda zur Wehr zu setzen. Am 18. August 1933 wurde Maus zu drei Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 1000 RM verurteilt. Die japanische Botschaft konnte keine Schritte dagegen unternehmen. Dieser Skandal bedeutete „für Köln das Ende der Zentrumspartei“ (Aufzeichnung J. P. Bochems vom 27.4.1933, zit. nach Morsey 1977:380, Anm. 20).

Am selben Tag bat Maus bei der japanischen Botschaft um Entlassung (Nagai an Uchida 23.8.1933, Gaimushō: M-2-1-0-14, Bd. 2, [Köln]). Im Gefängnis äußerte er gegenüber dem Botschaftsbeamten in gedrückter Stimmung seine Überzeugung, daß die japanische Regierung seine langjährige loyale Vertretung ihres Landes zu schätzen wisse (ebenda: Nagai an Uchida 19.7.1933). Ein Jahr später, am 14. September 1934, wußte Botschafter Nagai Matsuzō von weiteren Maßnahmen gegen die Familie des ehemaligen Konsuls zu berichten und brachte sein Mitgefühl zum Ausdruck. Seinen Angaben zufolge wurden „die Wohnung und alles Vermögen von Maus zwecks Entschädigungszahlung beschlagnahmt, so daß seine Frau zur Zeit bei einer anderen Familie wohnt und sich an ihrem Lebensabend in sehr beklagenswürdigen Umständen befindet“. Aufgrund der langjährigen loyalen Tätigkeit von Maus als Ehrengeneralkonsul forderte Nagai das Gaimushō auf, dessen Frau eine entsprechende Summe Geld zum Geschenk zu machen (ebenda: Nagai an Außenminister Hirota 14.9.1934).⁶

Der Fall Stettin lief etwas anders ab.⁷ Der Ehrengeneralkonsul der Ha-

⁶ Der Verfasser konnte leider nicht feststellen, ob diese Unterstützung tatsächlich gewährt wurde.

⁷ Eigentlich war das Stettiner Ehrenkonsulat unter Arthur Kunstmann nicht wegen der wirtschaftlichen Wichtigkeit dieser Stadt eingerichtet worden, da vielmehr „Stettin zur Zeit in Bezug auf das Verhältnis zu Japan nicht so wichtig

fenstadt an der Oder, Arthur Kunstmann, bat wegen seines schlechten Gesundheitszustandes im Herbst 1938 bei der Botschaft in Berlin um seine Entlassung und schlug den Japanern als Nachfolger Dr. Helmut Toepffer vor (Kōsaian [Entscheidungsentwurf] vom 29.11.1938, Gaimushō: M-2-1-0-14, Bd. 59). Toepffer war im Jahre 1919 als Staatssekretär für Wirtschaftsfragen im Auswärtigen Amt in Berlin tätig gewesen und anschließend ins Geschäftsleben eingetreten (über Toepffer siehe Doß 1977:203; Reichshandbuch 1931:1916). Nach dem Urteil von Botschafter Tōgō genoß Toepffer „Vertrauen als einflußreicher Mann in Stettiner Geschäftskreisen und verfügte dazu über reichliches Vermögen“. Im Dezember 1938 wurde er daher ohne weiteres zum neuen Ehrengeneralkonsul in Stettin ernannt (Bericht Tōgōs an Gaimushō [o. D.], Gaimushō: M-2-1-0-14, Bd. 59).

Kurz danach wurde von offizieller deutscher Seite interveniert: Die Regierung lehnte es ab, der japanischen Botschaft das Agrément für Toepffer zu erteilen, da „sie politisch kein Vertrauen zu ihm habe“. Der Gauleiter in Stettin übte daher äußersten Druck auf Toepffer aus, der „sich so ernst bedroht fühlte, sowohl in seinem Geschäfts- als auch Privatleben“, daß er sich schon Ende Dezember gezwungen sah, diesem Druck nachzugeben und „wegen seines schlechten Gesundheitszustandes zurückzutreten“.⁸ Die Nachfolgefrage wurde ganz einfach dadurch geregelt, daß der neue Botschafter Ōshima einen führenden Nationalsozialisten zum Ehrengeneralkonsul in Stettin empfahl (ebenda: Kōsaian [Entscheidungsentwurf] vom 9.9.1941).

erscheint“. Während des Russisch-Japanischen Krieges aber hatte Arthur Kunstmanns Vater sich große Verdienste um Japan erworben, indem er mit seinen Handelsschiffen Geheimnachrichten über die Fahrt der russischen Baltischen Flotte in Richtung Fernost nach Tōkyō gebracht hatte. Arthur Kunstmann selbst schrieb seit Jahren als Ehrenkonsul regelmäßig ausführliche Berichte über die Verhältnisse in Norddeutschland, Rußland und im Baltikum. Das Gaimushō hielt ihn für den fleißigsten unter allen Ehrenkonsuln. Vgl. Botschafter Mushakōji an Hirota vom 1.7.1935, Gaimushō: M-2-1-0-14, Bd. 59.

⁸ Kōsaian (Entscheidungsentwurf) vom 9. September 1941, ebenda. Der Verfasser konnte leider den Grund für diese „politisch unangenehmen Beziehungen“ nicht feststellen. Dieser könnte aber mit den offensichtlich guten Beziehungen Toepffers zu dem ehemaligen deutschen Botschafter in Tōkyō, Dr. Wilhelm Solf, zusammenhängen, mit dessen Empfehlungsschreiben er sich einmal mit Finanzminister Takahashi Korekiyo hatte treffen können. Vgl. Bericht Tōgōs an Gaimushō (o. D.), ebenda. Solf aber war bei den Nationalsozialisten nicht genehm.

DAS VERHÄLTNIS JAPANISCHER BOTSCHAFTER ZU MILITÄR- UND MARINEATTACHÉS⁹

Mit den Gesprächen zum Antikominternpakt begannen sich Deutschland und Japan einander anzunähern (dazu u. a. Krebs 1984:Kap. I; Tajima 1987). Wie mittlerweile gut bekannt ist, führte der japanische Militärattaché Ōshima Hiroshi über den Kopf des Botschafters Mushakōji Kintomo (Dezember 1934 – Dezember 1937) hinweg die Verhandlungen mit Joachim von Ribbentrop. Mushakōji war bei den Verhandlungen „ganz unentschlossen“ und strebte nur insoweit eine Annäherung an, „nicht mit dem Feuer zu spielen“ (Aussage Mushakōjis, Gaimushō, Bōkyōkyōtei:10, 19). Doch im Sommer 1936 bot sich Mushakōji eine Möglichkeit, in die Gespräche einzugreifen, da sich das Gaimushō und die japanische Armee darauf geeinigt hatten, die Verhandlungen auf den offiziellen diplomatischen Weg zu führen. Trotz dieser günstigen Chance griff Mushakōji nicht ein, weil er dachte, daß „es angesichts des bisherigen Gesprächsergebnisses besser wäre, Ōshima weiter verhandeln zu lassen“. Darüber hinaus „wollte er nicht sofort zu Ribbentrop gehen und mit ihm ein Gespräch führen, da es so aussehen würde, als ob er damit den ‚echten‘ Außenminister (Constantin Freiherr von Neurath) ignorieren würde“. Gegebenenfalls „fuhr Mushakōji mit dem Taxi zur Villa Ribbentrops, da er nicht gern in das linksliegende Haus (Dienststelle Ribbentrop) eintreten mochte, das man von der rechten Seite der Wilhelmstraße (Auswärtiges Amt) aus gut sehen konnte“ (Aussage Mushakōjis, Gaimushō, Bōkyōkyōtei:135-137). Wenn der Botschafter nicht Mushakōji gewesen wäre, sondern das Format eines Tōgō gehabt hätte, wäre das Ergebnis der Verhandlungen wohl etwas anders ausgefallen.

Darüber hinaus walteten unter Mushakōji der Militär- und der Marineattaché in der Botschaft völlig uneingeschränkt. Sie konnten selbst das Telegraphenzimmer ungehindert betreten und wichtige Telegramme einsehen.¹⁰ Unter diesen Umständen wurde von dem Militär- und dem Marineattaché die „sich einander zuvorkommende Annäherungspolitik“ ge-

⁹ In diesem knappen Rahmen muß naturgemäß auf die nähere Darstellung der Biographien der einzelnen Botschafter verzichtet werden. Hier seien nur die Verhältnisse zwischen Botschafter einerseits und Militär- und/oder Marineattaché andererseits knapp erwähnt.

Wichtige wissenschaftliche Werke sind unter anderem: Martin 1969, Krebs 1984, Hagiwara 1985. Boyd 1980 fügt dem Forschungsstand wenig neue Erkenntnisse hinzu. Suzuki 1979 ist als „Erzählung“ interessant, aber es fehlt leider der Anmerkungsapparat, es gilt somit nicht als wissenschaftliche Arbeit. Als Autobiographie gibt es Tōgō 1952/1989 (gekürzt auch in englischer und deutscher Übersetzung), Kurusu 1948/1986.

genüber Deutschland geführt.¹¹ Als erste Ergebnisse wurden am 11. Mai 1937 von Ōshima und Admiral Canaris zwei Geheimvereinbarungen betreffend „Austausch der Nachrichten über Sowjetrußland“ und „Zersetzungsarbeit gegen Sowjetrußland“ unterzeichnet.¹²

Diese lockere Disziplin in der Botschaft in Berlin stieß plötzlich auf Widerstand, als Ende 1937 Tōgō Shigenori (bis Oktober 1938) Botschafter Mushakōji ablöste. Er hielt „die lange Tradition des Verhaltens, das die Attachés in der Botschaft zeigten,“ für „völlig intolerabel“ und entschloß sich, „diesen Zustand allmählich zu revidieren“. Tōgō setzte sich heftig mit Ōshima auseinander und wies ihn darauf hin, daß der Militärattaché „selbstverständlich die politischen Angelegenheiten den dafür zuständigen Behörden überlassen“ müsse und daß, „wenn sich ein Außenseiter einmische, das Ergebnis in eine unerwünschte Richtung führen würde“, eine Entwicklung, die Tōgō naturgemäß „nicht hinnehmen könnte“. Ōshima sagte jedoch nur zu, er werde in Zukunft den Standpunkt des Botschafters beachten.¹³

Nach der Anerkennung von „Manchukuo“ durch Deutschland sowie dem Rückzug der deutschen Beraterschaft und des Botschafters bei der Kuomintang-Regierung, Oskar Trautmann, suchte die deutsche Seite mit Japan zu verhandeln, um für diese politischen Zugeständnisse wirtschaftliche Kompensationen im japanisch besetzten Teil Chinas zu erlangen. Als sich Tōgō dagegen unnachgiebig zeigte, wollte Ribbentrop die Gespräche nur noch mit den japanischen Attachés führen. Er vertraute Marineattaché Kojima Hideo an, daß „die Wirtschaftsverhandlungen am fehlenden Entgegenkommen Tōgōs scheiterten“ und er daher hoffe, mit den japanischen Attachés „politisch und großzügig“ verhandeln zu können (Kojima Hideo, Diensttagebuch, 24.10.1937). Somit wurde Tōgō allmählich „persona non grata“ in Berlin (Hagiwara 1985:220).

Zwischen dem japanischen Militär- und dem Marineattaché, Ribbentrop und dem Generalstab in Tōkyō begann eine bald von Erfolg gekrönte

¹⁰ Aussage Mushakōjis, *Gaimushō, Bōkyōkyōtei*:74; Aussage des ehemaligen Attachés in der Botschaft, Hōgen Shinsaku (später Staatssekretär des japanischen Außenministeriums), zitiert in: Hagiwara 1985:228.

¹¹ Eintrag im Diensttagebuch des ehemaligen Marineattachés Kojima Hideo vom 13. Mai 1937. Auf japanisch heißt es „Nukegake teki sekkin seisaku“. Der Verfasser ist Herrn Pater Kojima Hisanori zu Dank verpflichtet, der freundlicherweise den Nachlaß seines Vaters zur Verfügung stellte.

¹² Zu näheren Einzelheiten bezüglich Wortlaut und Entstehungsgeschichte beider Vereinbarungen siehe Tajima 1989.

¹³ Tōgō an Hirota 5.5.1938, zitiert in: Hagiwara 1985:225f; *Gaimushō no Hyakunen* 1969:1431f.

Verschwörung, die Ablösung Tōgōs durch Ōshima zu fordern, damit Deutschland und Japan „politisch und großzügig“ über die Bündnisfrage verhandeln könnten. Im Oktober wurde Tōgō nach nur zehn Monaten Amtszeit nach Moskau versetzt (Näheres bei Hagiwara 1985:219-241). Ōshima wurde wie geplant sein Nachfolger.

Mit ihm, der bis Dezember 1939 auf diesem Posten blieb, wurde ein überaus pro-deutsch eingestellter General zum Herrn der japanischen Botschaft Berlin. Es ist hinreichend bekannt, daß er sich nach Kräften bemühte, mit Deutschland und Italien ein Militärbündnis zu schließen. Seine Bemühungen scheiterten an der zögerlichen Haltung des Kabinetts in Tōkyō, die dann den Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom August 1939 als Alternativkonzeption Berlins zur Folge hatte. Neben seiner Tätigkeit als Botschafter betrieb Ōshima eine etwas weniger bekannte Arbeit: Am 7. Oktober 1938, dem letzten Tag seiner Tätigkeit als Militärattaché, schloß er mit Keitel eine Militärkonvention für die Zusammenarbeit im Bereich (a) des Nachrichtenaustausches, (b) der Abwehrarbeit und (c) der jährlichen Beratung beider Armeen.¹⁴

Mit diesem Abkommen bestätigte Ōshima die oben erwähnten Verein-

¹⁴ Zur Vorgeschichte dieser Konvention siehe Tajima 1989. Die Konvention lautet auf deutsch:

„Im Geist des Abkommens gegen die Kommunistische Internationale vom 25. November 1936 haben die Deutsche Wehrmacht einerseits und die Japanische Armee andererseits das Folgende vereinbart:

1. Beide Teile tauschen ihre Generalstabsnachrichten über die russische Armee und Rußland aus.

2. Beide Teile wirken bei der Abwehrarbeit gegen Rußland zusammen.

3. Beide Teile halten jährlich mindestens einmal eine gemeinsame Beratung ab mit dem Zweck, die Durchführung des obengenannten Nachrichten-Austausches und der Abwehrarbeit zu erleichtern, sowie die im Rahmen des genannten Abkommens liegenden Fragen, soweit sie die Armee betreffen, zu erörtern.

Als Zeitpunkt der gemeinsamen Beratung ist als Regel der Februar jeden Jahres vorgesehen. Ort, Teilnehmer sowie Gegenstände der Beratung werden vorher zwischen beiden Teilen vereinbart.

Für die Deutsche Wehrmacht: Keitel. Für die Kaiserlich Japanische Armee: Ōshima Hiroshi.“ In: Böeichō, Bunko-Miyazaki:32.

Nach dem Krieg bestätigte Marineattaché Kojima Hideo, die Zusammenarbeit mit dem Amt Canaris sei gut gewesen. Die Deutschen hätten Material über Wladiwostok und Rußland erhalten, während Canaris amerikanisches Material, vornehmlich über Schiffskonstruktionen der USA, der japanischen Marine angeboten habe. Hingegen sei die Zusammenarbeit mit dem eigenen Heer denkbar schlecht gewesen, da die Abwehr der Armee in erster Linie an China und Rußland Interesse gehegt hätte, die Marine dagegen an den angelsächsischen Seemächten. Material sei wohl ausgetauscht, aber es sei nicht direkt zusammengearbeitet worden (Aussage Kojimas in Martin-Interviews:15).

barungen mit Admiral Canaris und demonstrierte sein starkes Interesse an Abwehrfragen. Selbst nach seiner Ernennung zum Botschafter verfolgte er dieses Anliegen unverblümt weiter. Bei einem großen Abendessen, das Admiral Canaris am 1. Januar 1939 gab, führte Ōshima mit einem Abwehroffizier, Helmuth Groscurth, ein „langes interessantes Gespräch“ und äußerte sich „über die erneute Verbindungsaufnahme mit Skoropadski außer sich“ vor Freude, der als Führer der ukrainischen Emigranten antisowjetische Tätigkeiten ausübte.¹⁵ Einen Monat später, am 31. Januar 1939, äußerte Ōshima vertraulich gegenüber Himmler, „daß er zusammen mit der deutschen Abwehr Zersetzungsarbeit auf lange Sicht vom Kaukasus her und von der Ukraine in Rußland betreibe ... Darüber hinaus sei [es] ihm bis jetzt gelungen, zehn Russen mit Bomben über die kaukasische Grenze hinüberzubringen. Diese Russen hatten den Auftrag, Stalin umzubringen. Eine Anzahl weiterer Russen, die er ebenfalls hinübergeschickt hatte, seien an der Grenze erschossen worden“.¹⁶ Diese Aktivitäten waren eigentlich mit Ōshimas Zuständigkeit als Botschafter unvereinbar.

Mit dem Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes mußte naturgemäß diese Zusammenarbeit im Bereich der Abwehr- und Zersetzungstätigkeit zeitweilig eingestellt werden. Ein japanischer Abwehroffizier zeigte sich Groscurth gegenüber „tief verstimmt“ und erklärte, der ganze Antikominternpakt sei ja nun auch „hinfällig“ (Groscurth 1970:181 = Privattagebuch, 24.8.1939). Ōshima selbst mußte als Botschafter zurücktreten. Kurz vor seiner Abreise lud Admiral Canaris ihn zum Abendessen ein, um ihn in seinem Unglück zu trösten und zu verabschieden. Dabei verurteilte Ōshima „die viel zu weitgehende deutsche Politik“ und warnte „schärfstens vor der russischen Gefahr“ (Groscurth 1970:299, Dienstagebuch 20.10.1939; S. 220, Privattagebuch 20.10.1939), stieß jedoch auf taube Ohren.

Im Februar 1941, fünf Monate nach dem Abschluß des Dreimächtepaktes, kehrte Ōshima als japanischer Botschafter nach Berlin zurück. Obwohl er im Jahr 1939 von Deutschland „verraten“ worden war, blieb er dem Lande treu. Wegen seiner pro-deutschen Einstellung konnte er jedoch keine realistischen Vorstellungen von den deutsch-japanischen Be-

¹⁵ Groscurth 1970:165 (Eintrag 1.1.1939). Groscurth hatte anscheinend gute Beziehungen zu Ōshima, der ihn „baldigst nach Tokio haben“ wollte (Groscurth an seine Frau 22.10.1939, ebenda:220, Anm. 568). „Ōshima schenkte mir sein großes Bild mit deutscher Unterschrift: Namen und in treuer Kameradschaft. Sehr nett!“ (Groscurth an seine Frau 16.11.1939, ebenda:233, Anm. 627).

¹⁶ Aktennotiz Himmlers vom 31.1.1939 über seine Unterredung mit Ōshima (Nürnberger Dokument 2195-PS), in: *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher*:327–328.

ziehungen entwickeln. Nach dem Ausbruch des deutsch-russischen Krieges konnte er den Deutschen über den wahren Zustand der japanischen Politik nicht korrekt Bericht erstatten. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Ernst von Weizsäcker, wußte sehr genau, daß Ōshima „ein falsches Bild seiner Heimat vorgaukelt“.¹⁷ Mit dieser unrealistischen Berichterstattung hing sicherlich die Ungewißheit Hitlers zusammen, der am 20. Juli 1941 Mussolini gegenüber äußerte: „Warum es in Japan zur Kabinettskrise kam, ist mir auch jetzt noch nicht ganz verständlich“.¹⁸

Von deutscher Seite hielt man Ōshima auch nicht immer auf dem laufenden. Nach Angaben Weizäckers hat man „ihm keinen rechten Einblick gewährt“ und ihm sogar „die russische Niederlage in Aussicht gestellt und später auch die Englands“. Kurz vor der Niederlage bei Stalingrad mußte Ōshima deshalb „vom Hauptquartier enttäuscht“ zurückkehren (Weizsäcker 1974:320, Eintrag 27.1.1943).

Früher hatte sich Ōshima als Militärattaché in die Politik eingemischt. Jetzt mischte er sich als Botschafter in die Militärangelegenheiten ein. Bei den Verhandlungen der deutsch-japanischen Militärkonvention zu Beginn des Jahres 1942 geriet er mit General Banzai und Admiral Nomura in Schwierigkeiten. Da Ōshima handelte, „als ob er aktiver Generalleutnant wäre“, gerieten die beiden Militärs mit ihm unweigerlich in Streit.¹⁹

Die japanische Regierung und selbst der japanische Generalstab konnten eine solche Situation in der Berliner Botschaft nicht mehr ertragen. Eine Ablösung des Botschafters Ōshima war jedoch nicht denkbar, weil die Weltöffentlichkeit, insbesondere die Feindmächte, einen Botschafterwechsel als Störung der deutsch-japanischen Beziehungen interpretiert hätten.²⁰ Kurz nach den Niederlagen bei Stalingrad auf dem europäischen Kriegsschauplatz und auf Guadalcanal im Pazifik wurde zur Kontrolle Ōshimas General Okamoto mit einer Sonderkommission nach Berlin gesandt, doch konnte diese Maßnahme zur Besserung der militärischen Lage auch nicht von Nutzen sein.

¹⁷ Weizsäcker 1974:262, Eintrag 2.7.1941. Siehe auch: „Er [Ōshima] sieht seine Heimatpolitik schwanken. Oshima in seiner entschlossenen militärischen Art spiegelt ein nicht existierendes Japan wider“, ebenda:258, Eintrag 8.6.1941.

¹⁸ Hitler an Mussolini 20.7.1941, in: *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945*, Serie D, Bd. XIII, Dok. Nr. 134, S. 161. Siehe auch „Besprechung auf dem Berghof Ob. d. M. beim Führer“, in: Wagner 1972:230: „Ob. d. Marine erfragt Ansicht des Führers betr. japanische Haltung ... Führer hat z. Z. kein klares Bild.“

¹⁹ Aussage von Taniguchi Yasumaro, einem ehemaligen Mitglied des Marineattachéstabes, in: Martin-Interviews:45–46.

²⁰ Aussage von Sakai Naoe, dem ehemaligen Privatsekretär des Marineattachés, in: Martin-Interviews:4–5.

DIE LETZTEN TAGE DER JAPANISCHEN BOTSCHAFT IN BERLIN²¹

Kurz nach dem Ausbruch des Krieges in Europa kehrten etwa 200 japanische Frauen und Kinder mit der „Yasukuni-Maru“ der Schiffahrtsgesellschaft Nihon-Yūsen von Hamburg aus nach Japan heim. In Berlin blieben etwa 300 Japaner. Dazu kamen im Laufe des Konfliktes aus Frankreich oder Italien evakuierte Japaner nach Deutschland. Wegen des Krieges verloren viele Vertreter der japanischen Firmen ihr Aufgabengebiet. Einige davon, zum Beispiel die Angestellten von Nihon-Yūsen oder der Handelsfirmen von Mitsui, Mitsubishi und Ōkura wurden daher von der handelspolitischen Abteilung der Botschaft mit Analysen der deutschen Wirtschaft beschäftigt (Niizeki 1988:47–48).

Im Garten der Botschaft wurde ein sehr großer Bunker gebaut, in dem einige Zimmer mit Etagenbetten und zwei möblierte Zimmer für den Botschafter eingerichtet waren. Die Betondecke des Bunkers war einen Meter dick und konnte sogar Eintonnenbomben widerstehen (Niizeki 1988:48).

Im Laufe des Krieges, besonders nach der deutschen Niederlage bei Stalingrad, erlangten die Alliierten die Luftherrschaft über Deutschland, und damit wurden die Bombardierungen immer heftiger. Die noch in Deutschland verbliebenen Japaner mußten in Kleinstädte nahe Berlin wie Belzig, Sukow, Linde oder Neuruppin in Gruppen von etwa hundert Personen evakuiert werden (ebenda:118).

In der Nacht vom 23. auf den 24. Oktober 1943 wurde die Stadt Berlin von heftigen Luftangriffen schwer zerstört. Dabei fiel eine Bombe auf das neben der Botschaft stehende Konsulatsgebäude. Dem Personal der Botschaft gelang es nur mit großer Mühe, den Brand zu löschen. Als das Kriegsende näher rückte, wurden die Luftangriffe immer heftiger. Wenn Alarm ausgelöst wurde, stürzten die Botschaftsangehörigen in den Bunker. Alle Fenster des Gebäudes gingen zu Bruch, und die Beamten mußten sie wiederholt mit Furnierplatten oder Pappdeckeln reparieren. Das Zentrum der Stadt Berlin wurde nach und nach vollständig zerstört (ebenda:85, 99–100).

Am 13. April 1945 wurde die Evakuierung der Botschaft nach dem südlich von Salzburg liegenden Kurort Badgastein beschlossen. Zu der Verwaltung des Gebäudes und eventuellen Verhandlungen mit den alliierten Besatzungsbehörden mußten jedoch einige Botschaftsbeamte in Berlin bleiben. Am nächsten Tag wurde vor der Abreise noch eine kleine Abschiedsfeier mit japanischem Reiswein in gedrückter Stimmung ver-

²¹ Folgende Darstellung basiert wesentlich auf Niizeki 1988.

anstaltet. Gegen 15 Uhr verließ das Personal unter dem Botschafter Ōshima mit mehr als zehn Autos Berlin (ebenda:116–120).

Ab 21. April wohnten die verbliebenen Japaner alle zusammen im Botschaftsgebäude. Am nächsten Tag, in Regen und zeitweise Hagel, wurden alle wichtigen Akten vernichtet. Am 23. wurde die Chiffriermaschine „Hinomiki“ [Lebensbaum] in den Krumme-Lanke-See geworfen. Am 26. „stand die Umgebung der Botschaft unter Pulverdampf“. Am 27. „fielen viele Geschosse in den Tiergarten und in den Hintergarten der Botschaft. Es ist ein Wunder, daß keines davon das Botschaftsgebäude traf“. Am 29. April, dem Geburtstag des Shōwa-Tennō, gegen 16 Uhr, schlug ein Geschloß in die Militärkraftwagen ein, die auf der Straße an der Botschaft parkten. Das Feuer griff auf das Botschaftsgebäude über, wurde jedoch mit aller Anstrengung des Personals in zehn Minuten gelöscht. Das Gebäude entging damit der Zerstörung (Tagebucheintragen, ebenda:132–148).

Berlin kapitulierte am 1. Mai, am 8./9. Mai wurde die Kapitulationsurkunde unterzeichnet. Damit kam der Krieg in Europa zu seinem Ende. Das japanische Botschaftsgebäude hatte ihn überlebt.

RÜCKZUG UND NEUAUFBAU

Die Japaner unter Ōshima in Badgastein wurden von der amerikanischen Armee festgenommen und in die Vereinigten Staaten transportiert. In Bedford, California, erfuhren sie von der Niederlage Japans. Erst Anfang Dezember 1945 betraten sie wieder japanischen Boden. Die in Berlin und in der Umgebung verbliebenen Japaner wurden mit der Transsibirischen Eisenbahn befördert und erreichten noch vor Ende des Krieges die Heimat. Damit erlebten sie die Niederlage gleich doppelt, nämlich in Deutschland und in Japan.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das japanische Botschaftsgebäude in Berlin von der englischen Besatzungsbehörde als feindliches Eigentum verwaltet und erst nach dem Abschluß des Friedensvertrages von San Francisco der japanischen Regierung zurückgegeben. Die neue japanische Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland wurde in Bonn eingerichtet.

Das alte Botschaftsgebäude wurde von dem neu errichteten Generalkonsulat in Berlin verwaltet, wurde aber nicht wieder instandgesetzt. Erst bei dem Japanbesuch von Bundeskanzler Helmut Kohl im Oktober 1983 wurde das Problem einer Wiederverwendung aufgegriffen. Ein Sonderausschuß der japanischen Regierung unter dem ehemaligen Außenminister Ōkita Saburō stellte einen konkreten Plan auf. Das Botschaftsgebäude in Berlin wurde auf Kosten Japans erheblich renoviert und am 8. Novem-

ber 1987 als „Japanisch-Deutsches Zentrum Berlin“ eröffnet (Niizeki 1988:174–186, 202–209), dessen laufende Kosten die deutsche Regierung tragen sollte. Womöglich wird das Gebäude mit der Vereinigung Deutschlands in Zukunft wieder seiner eigentlichen Bestimmung als Botschaft Japans zugeführt.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

1. Unveröffentlichte Quellen

Bōeichō Bōeikenkyūjo Toshokan [Bibliothek des Forschungsinstitutes des Selbstverteidigungsamtes]: *Bunko Miyazaki* [Sammlung Miyazaki].

Gaimushō Gaikō Shiryōkan [Diplomatisches Archiv des Außenministeriums]:

Zaigai Teikoku kōkan kankei zakken setchi kankei, Dokkoku no bu [Missionen des japanischen Reiches, betr. Verschiedenes, Einrichtungen. Teil Deutschland], M-1-3-0-1-1-23.

Zaigai Teikoku kōkan kankei zakken [Missionen des japanischen Reichs, Verschiedenes], M-1-3-0-1, Bd. 3.

Kakkoku chūzai Teikoku meiyō sōryōji ninmen kankei zassan [Ernennung und Entlassung der im Ausland ansässigen Ehrenkonsuln des japanischen Reiches, Verschiedenes], M-2-1-0-14, Bd. 2 (Köln), Bd. 21 (Berlin), Bd. 57 (München), Bd. 59 (Stettin), Bd. 71 (Leipzig), Bd. 73 (Frankfurt/M.), Bd. 75 (Bremen), Bd. 80 (Breslau).

Bōkyōkyōtei o chūshin toshita Nichi-Doku kankei no bu, zadankai kiroku [Aufzeichnung (vom 4. April 1949) über die Gesprächsrunde betreffend die deutsch-japanischen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung des Antikominternpaktes].

Kojima Hideo, Diensttagebuch des ehemaligen Marineattachés.

Martin-Interviews: Protokolle von Interviews, geführt von Dr. Bernd Martin, mit Kojima Hideo am 19.9.1969, Taniguchi Yasumaro am 19.8.1969 und Sakai Naoe am 12.8.1969.

2. Veröffentlichte Quellen und Abhandlungen

Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D, Bd. XIII (1970). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Boyd, Carl (1980): *Extraordinary Envoy. General Hiroshi Oshima and Diplomacy in the Third Reich 1934–1939*. Washington, D. C.: University of America Press.

- Doß, Kurt (1977): *Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schülersche Reform*. Düsseldorf: Droste.
- Gaimushō no hyakunen (1969) [100 Jahre Außenministerium]. Bd. 2, Tōkyō: Hara Shobō.
- Groscurth, Helmuth (1970): *Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940* (Hg. von Helmut Krausnick und Harold C. Deutsch). Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Hagiwara Nobutoshi (1985): *Tōgō Shigenori – denki to kaisetsu* [Tōgō Shigenori – Biographie und Interpretation]. Tōkyō: Hara Shobō.
- Häussermann, Ekkhard (1976): Konrad Adenauer und die Presse vor 1933. In: Hugo Stehkämper (Hg.): *Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln*. Köln: Rheinland-Verlag, S. 207–247.
- Krebs, Gerhard (1984): *Japans Deutschlandpolitik 1935–1941. Eine Studie zur Vorgeschichte des Pazifischen Krieges*. 2 Bde., Hamburg: OAG (Mitteilungen der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens e.V., Bd. 91).
- Kurusu Saburō (1948): *Hōmatsu no 35nen. Nichi-Bei kōshō hishi* [Fünfunddreißig Jahre Schaum. Geheime Geschichte der japanisch-amerikanischen Verhandlungen]. Tōkyō: Bunka Shoin. Taschenbuchausgabe (Chūkō-Bunko), Tōkyō: Chūō Kōron 1986.
- Martin, Bernd (1969): *Deutschland und Japan im Zweiten Weltkrieg. Vom Angriff auf Pearl Harbor bis zur deutschen Kapitulation*. Göttingen: Muster-schmidt.
- Mattias, Erich und Rudolf Morsey (Hg.) (1960): *Das Ende der Parteien 1933*. Düsseldorf: Droste.
- Momose Takashi (1990): *Jiten. Shōwa senzenki no Nihon* [Enzyklopädie. Japan in der Vorkriegs-Shōwa-Ära]. Tōkyō: Yoshikawa Kōbunkan.
- Morsey, Rudolf (1977): *Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumsparterie zwischen christlichem Selbstverständnis und „Nationaler Erhebung“ 1932/33*. Stuttgart und Zürich: Belser.
- Niizeki Kin'ya (1988): *Dainiji Sekai Taisen-ka Berurin saigo no hi – aru gaikōkan no kiroku* [Die letzten Tage in Berlin vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges – Tagebuch und Erinnerungen eines Diplomaten]. Tōkyō: Nihon Hōsō Shuppan Kyōkai.
- Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof* (1948). Bd. 29, Nürnberg: Internationaler Militärgerichtshof.
- Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft* (1931). Bd. 2, Berlin: Buchhandlung des Waisenhauses.
- Sugihara Yukiko (1990): *Rokusennin no inochi no biza* [Lebensvisa für 6 000 Personen]. Tōkyō: Asahi Sonorama.
- Suzuki Kenji (1979): *Chū-Doku taishi Ōshima Hiroshi* [Der japanische Botschafter in Berlin Ōshima Hiroshi]. Tōkyō: Fuyō Shobō.

- Tajima Nobuo (1987): *Nichi-Doku Bōkyōkyōtei-zō no saikōsei – Doitsugawa no seiji katei o chūshin ni* [Rekonstruktion des Bildes von dem japanisch-deutschen Antikominternpakt – mit besonderer Berücksichtigung des politischen Prozesses auf deutscher Seite]. In: *Seijō-Hōgaku* (Seijo Law Review) (Tōkyō), Bd. 24:139–188; Bd. 25:105–142.
- Tajima Nobuo (1989): *Nichi-Doku gunji kyōtei mondai 1936–1937nen* [Das Problem einer japanisch-deutschen Militärkonvention]. In: *Nenpō. Kindai Nihon Kenkyū*. Bd. 11, Tōkyō: Yamakawa Shuppansha, S. 268–294.
- Tōgō Shigenori (1952): *Tōgō Shigenori gaikō shuki. Jidai no ichimen* [Eine Seite der Zeit. Erinnerungen]. Tōkyō: Kaizōsha (neu erschienen 1989, Hara Shobō).
- Wagner, Gerhard (Hg.) (1972): *Lagevorträge des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine vor Hitler 1939–1945*. München: J. F. Lehmann.
- Weizsäcker, Ernst von (1974): *Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950* (hg. von Leonidas E. Hill). Frankfurt/M.: Propyläen.

DIE JAPANISCHE BOTSCHAFT IM TIERGARTEN IM RAHMEN DER NATIONALSOZIALISTISCHEN UMGESTALTUNG DER REICHSHAUPTSTADT BERLIN

Jost Dülffer

Das Gebäude der japanischen Botschaft im Tiergarten ist gewissermaßen ein Nebenprodukt der nationalsozialistischen Pläne zur Umgestaltung Berlins,¹ denn der alte Bau von 1875 stand den Hitlerschen Neugestaltungsplänen im Wege. Deshalb entstand die Botschaft neu im Rahmen eines Diplomatenviertels im Tiergarten.

I. GESCHICHTE DES TIERGARTENS

Der Tiergarten ist keine künstliche Anlage wie viele andere Parks in Berlin, sondern war ursprünglich Waldgelände (übrigens mit steinzeitlichen Benutzungsspuren). Er diente seit dem 16. Jahrhundert den brandenburgischen Herzögen zur Jagd und wurde 1657/59 eingezäunt sowie mit Wild bestückt. Um 1700 wurde von der Stadt aus nach Westen eine Verbindungsstraße zur Nebenresidenz in Charlottenburg durch den Tiergarten geschlagen. Zugleich begann man mit landschaftsgärtnerischer Gestaltung. Ließ Friedrich Wilhelm I., der Soldatenkönig, den östlichen Teil abholzen und zum Exerzierplatz machen (heute: Platz der Republik), so sorgte Friedrich der Große für einen Landschaftspark, welcher auch der Bevölkerung zur Verfügung stand. Zugleich ließ er ihn durch G. W. von Knobelsdorff, der auch Schloß Bellevue baute, weiter umgestalten. P. J. Lenné gab ihm in den 1830er Jahren ein bis heute im Kern bewahrtes, wenn auch vielfach ergänztes Aussehen. Südlich des Tiergartens (ab 1831: Tiergartenstraße) gab es um 1800 auf schmalen, senkrecht zur Straße verlaufenden Grundstücksstreifen erste und einzelne Landhäuser. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde das Gebiet zwischen Tiergarten und Landwehrkanal zum vornehmsten Wohngebiet, das 1861 eingemeindet wurde. Die Villenbebauung verdichtete sich dann – im Osten aller-

¹ Wenn nicht anders genannt, lehne ich mich an eigene Arbeiten an: Dülffer/Thies/Henke 1978; Dülffer 1986; Dülffer 1989. Zum historischen Rahmen: Dülffer 1992. Von anderen Autoren bin ich besonders verpflichtet: Schäche 1984a, Schäche 1984b, Schäche 1991.

dings stärker –, und noch vor dem Ersten Weltkrieg entstanden Verwaltungsgebäude – etwa das Reichsmarineamt am Tirpitzufer 1911–1914. Nach Erstem Weltkrieg und Inflationszeit verkauften oder vermieteten in der wirtschaftlichen Notlage viele Besitzer ihre Villen zu gewerblichen Zwecken, und neben weiteren Verwaltungsgebäuden, die entstanden, siedelten sich hier auch neue diplomatische Vertretungen an. Zunächst herrschte ein repräsentativer Stil vor. Für „Neues Bauen“ charakteristisch wurde das Shell-Haus (1930–32) von Emil Fahrenkamp. Nach Krieg und Zerstörung wurde der Tiergarten selbst völlig abgeholzt, dann aber, 1949 beginnend, im Stil Lennés neu angelegt (Schmidt 1981, Güttler 1986, Münzberg 1988, Heinrich 1973, Börsch-Supan 1991). Für die Bebauung galt 1955: „Von den Häusern am Tiergartenrand sind die meisten noch Ruinen, vereinzelte erneut in Benutzung genommen ... Das gibt Hoffnung, daß auch im Bezirk Tiergarten das Neue Fuß faßt und beiträgt, Berlin als Teil der freien Welt in die Zukunft blicken zu lassen“ (Wirth 1955:71).

II. HITLERS PLÄNE FÜR EINE NEUE WELTHAUPTSTADT GERMANIA

In einer Weise, die für einen Reichskanzler und ein Staatsoberhaupt (ab August 1934) selten ist, kümmerte sich Adolf Hitler um die Stadtplanung und Gestaltung von Berlin. Bereits am 19. September 1933 – die „Gleichschaltung“ der deutschen Gesellschaft und Politik war gerade im Kern abgeschlossen – erklärte er in einer Besprechung:

Berlin ist zur Zeit eine systemlose Zusammenfassung oder eine systemlose Aneinanderreihung von Wohn- und Geschäftshäusern. Die einzigen monumentalen Anlagen sind die Linden, das Schloß und ihre unmittelbare Umgebung. Diese Anlagen sind ungefähr um das Jahr 1651 geschaffen worden und man muß schon die Großzügigkeit der damaligen Herrscher bewundern, die diese Anlagen so hingestellt haben, daß sie heute noch der städtebauliche und kulturelle Höhepunkt der Stadt Berlin sind. Dann hat man um diesen Kern herum gedankenlos ein Haus an das andere geklebt, ohne sich um die weitere zukünftige Entwicklung Berlins nach außen zu kümmern. Er betrachte es nunmehr als seine besondere Aufgabe, das was für die Stadt Berlin in der Vergangenheit vernachlässigt worden ist, nachzuholen. Berlin als Reichshauptstadt eines 65 Millionen-Volkes muß städtebaulich und kulturell auf solche Höhe gebracht werden, daß es mit allen Hauptstädten der Welt konkurrieren kann. Es muß so weit gefördert werden, daß niemals ein Zweifel darüber auf-

tauchen kann, daß Berlin auch kulturell die Hauptstadt des Deutschen Reiches ist und jeden Wettbewerb mit anderen Städten, z. B. London, Paris und Wien, aufnehmen kann (Dülffer/Thies/Henke 1978:92).

Was zunächst als ein Hobby des verhinderten Architekten Hitler scheinen mochte, bildete tatsächlich einen zentralen Faktor von Politik, von politischer und sozialer Integration nach innen, von Demonstration nach außen. Grundsätzlich galt für ihn der Primat der Aufrüstung, der sogenannten „Wiederwehrhaftmachung“ des deutschen Volkes, da die deutsche Rüstung durch den Versailler Vertrag von 1919 limitiert war und die – an sich aussichtsreichen – Revisionsbemühungen in der Weimarer Republik bis zu ihrem Ende keine vollen Erfolge gebracht hatten. Maximale Aufrüstung wurde von den Nationalsozialisten angestrebt, wobei das Ziel aber weit über das sonst in der deutschen Politik gängige Statussymbol einer Großmacht hinausging. Hitler zielte auf kriegerische Vergrößerung der deutschen Machtstellung in Europa, ja in der Welt. Diese sollte, solange es ging, friedlich vollzogen werden, daher nach Möglichkeit scheinbar schleichend durchgeführt und mit dem Argument der (auch territorialen) Revision von Versailles verbrämt werden. Das hatte seine Ratio auch in der internationalen Politik. Vor offizieller Verkündung der deutschen „Wehrhoheit“ im März 1935 ging die Aufrüstung im Geheimen vor sich, und auch nachher war es zweckmäßig, aus Gründen außenpolitischen Bluffs Tempo und Ausmaß der deutschen Kriegsvorbereitungen nicht offiziell nach außen zu tragen.

Hier nun erhielten Architektur und Städtebau eine entscheidende Funktion: Sie demonstrierten zugleich die nationale Größe, sollten also in der Gegenwart sozialintegrativ wirken. Sie sollten aber auch als über Generationen hinweg bleibende Manifestationen die Größe der NS-Zeit dokumentieren und aufbewahren. In Hitlers Worten vor Offizieren 1939:

Wir sind ohne Zweifel das stärkste geschlossene Volk, das es unter den Kulturvölkern überhaupt gibt. Wenn wir demgegenüber nun das Selbstvertrauen des deutschen Volkes, seinen eigenen Stolz in Erwägung ziehen, dann müssen wir hier leider eine Diskrepanz feststellen ... Es scheint mir daher notwendig, daß eine Staatsführung auf allen Wegen versucht, dieses Selbstvertrauen als eine der wesentlichsten Voraussetzungen für das Geltendmachen der berechtigten Lebensansprüche herzustellen und zu steigern, und zwar mit allen Mitteln.

Man wird mir nun sagen: Ja, sie rüsten doch auf. – Meine Herren, das sieht ja leider das Volk nicht, weil ich darüber ja nicht ganz offen sprechen kann ... Ich fühle mich hier keineswegs vereinsamt in der

Weltgeschichte, sondern ich weiß, daß sämtliche meiner Vorgänger, die es unternommen haben, – sagen wir – große Werke aufzurichten, große Bauten zu erstellen, daß alle diese meine Vorgänger nicht begriffen worden sind, daß sie deswegen bekritelt [sic] worden sind. Aber ich weiß auch, daß die nachkommenden Generationen nicht nur stolz darauf gewesen sind, sondern daraus zum großen Teil sogar lebten, daß jedenfalls aber ein großes Kulturvolk ohne die Dokumente seiner Kultur überhaupt nicht denkbar ist und daß es gar keinen besseren Weg gibt, um ein Volk zum Selbstbewußtsein zu erziehen, als grandiose Gemeinschaftsleistungen dem einzelnen zu zeigen, daß so ein Volk mindestens ebenbürtig ist all den anderen Nationen (Dülffer/Thies/Henke 1978:296f).

Hier handelte es sich um keine aufgesetzte oder erst später erfundene Begründung, denn schon 1925 hatte es in *Mein Kampf* geheißt:

Würde das Schicksal Roms Berlin treffen, so könnten die Nachkommen als gewaltigste Werke unserer Zeit dereinst die Warenhäuser einiger Juden und die Hotels einiger Gesellschaften als charakteristischen Ausdruck der Kultur unserer Tage bewundern ... So fehlt unseren Städten der Gegenwart das überragende Wahrzeichen der Volksgemeinschaft, und man darf sich deshalb auch nicht wundern, wenn diese in ihren Städten kein Wahrzeichen ihrer selbst sieht ... Die Zeit erstickt in kleinster Zweckmässigkeit ... (Hitler 1941:291f).

Gedacht war also an eine Architektur, die dem einzelnen deutschen „Volksgenossen“ durch den gigantischen Maßstab der Bauten und Straßen zwar ein Gefühl der eigenen Kleinheit und Ohnmächtigkeit, ja einer Unterwerfung nahelegte, dennoch ihn aber als Teil des formierten Ganzen – etwa in Marschkolonnen – auch zur eigenen Erhebung, zur Teilhabe am Großen einlud. Bei „Fremdvölkischen“ dachte Hitler in der Tat daran, diese nach dem Krieg zur Demonstration deutscher Weltherrschaft und zur Einschüchterung mit den deutschen Stadtbauten zu konfrontieren. Kurz: es handelte sich um eine Weltherrschaftsarchitektur, die deutsche Größe sowohl vorbereiten als auch dauerhaft dokumentieren sollte – nicht zuletzt durch die Verwendung von Granit, der noch nach tausenden von Jahren vom NS-Städtebau künden sollte.

Gerade diese Verklammerung von militärischer Eroberungsabsicht und Umkrempelung der Städte war Hitlers genuine Idee. Bei aller Skepsis vor Personalisierung von Initiativen: ohne den „Führer“ des Dritten Reiches war dies nicht denkbar. Niemand sonst setzte einen solchen Nachdruck auf eine in der deutschen Geschichte unvergleichliche Bauwut. Sie umfaßte nicht nur Berlin, sondern – das sei wenigstens kurz erwähnt –

auch andere Orte, wie das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg, München als „Stadt der Bewegung“, Hamburg und (ab 1938) Linz an der Donau als Hitlers Heimatstadt. Diese fünf Städte wurden 1940 als „Führerstädte“ mit Priorität kanonisiert. Zum Teil ebenfalls auf Hitlers Wünsche zurückgehend, setzte darüber hinaus eine Bauwut überall im Reich ein: die kleinen „Führer“, die Gauleiter der NSDAP zumeist, suchten es Hitler gleichzutun und begannen ihrerseits mit der Umgestaltung ihrer „Residenzstädte“. Ein „Gauforum“ als Aufmarschplatz und repräsentative Bebauung, oft brutal in Altstadtsubstanz eingreifend, war das Minimum. Angesichts der ungeheuren Kosten konnte schon in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre kaum mehr von einer Wirkung der Hitlerschen Parole „Alles für die Rüstung“ die Rede sein. Und mit Weltherrschaft hatte das duodez-fürstliche Repräsentationsbedürfnis der Funktionäre des NS-Regimes dann auch nicht mehr viel zu tun.

Eine Verlängerung der Straße „Unter den Linden“ nach Westen gab es schon seit 1700 – das wurde gesagt. Sie ließ sich zu einer Ost-West-Achse ausbauen, deren Erweiterung am 20. April 1939 festlich begangen wurde. Der Gedanke an eine senkrecht dazu stehende Nord-Süd-Achse stammte von Martin Mächler, der diese Idee zwischen 1917 und 1919 entwickelt hatte. Derartige Pläne lagen auch 1933 dem Berliner Stadtbauamt vor, als es sich daneben mit dem Problem einer Neugestaltung der zahlreichen Berliner Kopfbahnhöfe herumplagte, zerschnitten doch damals (und bis heute) die Bahnanlagen die Stadt. Sie sollten in irgendeiner Form durch die Nord-Süd-Achse abgelöst werden. Hitler war schon in den letzten Jahren vor der „Machtübernahme“ mit den allgemeinen Problemen der Berliner Stadtplanung vertraut. In diesem Rahmen diskutierte der neue Reichskanzler mit den Behörden der Reichshauptstadt, der Reichsbahn u. a. wiederholt die anstehenden Probleme. Es ging um die Museumsinsel, den Neubau einer Universitätsstadt und manch andere Dinge. Zentrale Bedeutung hatte der Plan eines Achsenkreuzes. Entscheidend wurde, daß Hitler mit seiner diktatorialen Kompetenz *erstens* ein weit radikaleres Vorgehen als in den bisherigen Planungen veranlaßte und *zweitens* bereits am 5. Juli 1934 zusagte: „Führer kündigt an, daß er nach Besprechung mit Reichsfinanzminister plant, 20 Jahre lang einen Betrag von 60 Millionen RM jährlich, also im ganzen 1,2 Milliarden RM, für die Umwandlung Berlins zu einer würdigen Reichshauptstadt und repräsentativen Weltstadt in den Reichshaushaltsplan einzusetzen“ (Dülffer/Thies/Henke 1978: 106). Dabei blieb es trotz Bedenken des Finanzministers auch für die folgenden Jahre, und neben den Mitteln der Stadt Berlin suchten die Planer dann auch die jeweils mit Bauten bedachten Stellen (Ministerien u. a.) zur Finanzierung heranzuziehen. Das ergab zumindest auf dem Papier ungeahnte Möglichkeiten; die Gelder wurden vorerst aber gehortet. Fortan

ließ sich insofern auch aus dem Vollen schöpfen, als nicht mehr – wie Karl Maria Hettlage als ehemaliger Stadtkämmerer Berlins und späterer Finanzexperte Speers bemerkte (Reichhardt/Schäche 1985:68) – die Mittel die Ziele bestimmten, sondern es umgekehrt ging.

Gebaut wurden in diesen ersten Jahren ab 1933 aber nur das Reichsluftfahrtministerium im Ministerviertel (später Haus der Ministerien, heute Treuhandgebäude) und der Flughafen Tempelhof. Bei letzterem ist bemerkenswert, daß er zwar für zivile Zwecke errichtet war, aber dennoch auf Hitlers Anordnung zum Teil aus Rüstungsmitteln finanziert wurde. Das bedeutete eine charakteristische Umkehr der offiziellen Prioritäten von NS-Politik. Beide Vorhaben (und einige kleinere Unternehmungen) gehörten ebensowenig zum Kern der Neugestaltung Berlins wie die zwischen 1936 und 1939 gebaute Neue Reichskanzlei, deren Funktion bis 1950 durch ein noch ganz anderes repräsentatives Gebäude im Zuge der Achse ersetzt werden sollte. Von den eigentlichen Neubauten ist also nicht nur so gut wie nichts erhalten, sondern kaum etwas überhaupt fertiggestellt worden – sieht man von Gebäuden wie etwa der japanischen oder italienischen Botschaft ab.

Das lag zum einen daran, daß nach Hitlers Geschmack die Berliner Behörden nicht großzügig genug dachten, nicht rigoros genug planten, so daß er nach einigem Zögern ob seiner Eignung den jungen Architekten Albert Speer am 30. Januar 1937 zum Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt ernannte. Dieser fühlte sich mit seiner Vollmacht fortan nicht nur allen Stellen der Berliner Bauverwaltung übergeordnet, sondern beanspruchte auch reichsweit die Planungskompetenz für die meisten anderen Städte, ohne dabei volle Erfolge verbuchen zu können. In Berlin hieß das sehr bald konkret, daß er z. B. alle Bauten über 50.000 m³ umbauten Raumes genehmigte, und endete damit, daß Speer Ende 1941 die Absetzung von NS-Oberbürgermeister Lippert durchsetzte. Dieser war durchaus zur Kooperation, nicht aber zur Unterwerfung bereit gewesen: „Die einmalige Natur meiner Aufgabe erfordert den klaren Vorrang einer Stelle, die für das Gesamtwerk verantwortlich ist,“ erklärte Speer. „Das bin ich“ (Dülffer 1989:76).

Zwar stellte Speer einen Generalbebauungsplan auf, der weit über die Stadtgrenze hinausreichte und neben Autobahnring und anderen Straßen auch z. B. im Süden eine neue Wohnstadt für 300.000 Menschen vorsah. Aber trotz propagandistischer Ankündigung blieben dieses Gesamtprojekt und der Wohnungsbauaspekt sekundär. Auch wenn es seit dem Ersten Weltkrieg große Defizite an Wohnungen gab (Ribbe 1987:988), wurde die maximale Zahl an Wohnungsneubauten in Berlin von 1930 (43.854) in den folgenden Jahren nicht mehr annähernd erreicht. In der Weltwirtschaftskrise sank die Zahl 1933 auf 7.988 ab, stieg dann noch einmal bis

1937 auf 18.746 und fiel bereits in den folgenden beiden Jahren wieder ab. 1940 waren es nur noch 7.079 neue Wohnungen, die in Berlin fertiggestellt wurden.

Priorität hatte allein die Nord-Süd-Achse mit einer Repräsentativbebauung für öffentliche Stellen, im Südteil dann aber auch Kinos, Läden und Freizeiteinrichtungen. Funktional war sie trotz enormer Breite nicht, sondern als Aufmarsch- und Repräsentationsraum gedacht – trotz Hitlers Lieblingsidee einer autogerechten Stadt, die den für die nächste Generation erwarteten Individualverkehr gleichermaßen aufnehmen sollte. Denn die Achse selbst war dafür viel zu breit; im Süden ging sie durch einen großen „Südbahnhof“ hindurch. Jenseits der Spree im Norden war ein ebensolcher „Nordbahnhof“ vorgesehen, der – wegen des sumpfigen Geländes – ein 1.200 m langes und 500 m breites Badebecken bis zur Spree vorgelagert bekam. Die Straße selbst sollte so zum Teil die alten Bahnanlagen benutzen. Daher galt:

Um die Bebauung der bisherigen Reichsbahngelände zu diesem Termin [1950] zu ermöglichen, muß im Jahre 1945 der Südbahnhof und im Jahre 1948 der Nordbahnhof dem Verkehr übergeben werden. Etwa ein halbes Jahr nach der Eröffnung des Südbahnhofes, also noch im Jahre 1940, wird die Neue Straße einerseits bis zur Charlottenburger Chaussee und andererseits bis zum südlichen Autobahnring dem Verkehr übergeben. Da die Freimachung des jetzt bebauten Geländes längere Zeit beanspruchen wird, beginnt die Errichtung der meisten ... Großbauten erst im Jahre 1939 ... Bis zum Jahre 1945 sollen auch die Randbauten an der Großen Straße vom Tiergarten bis zum Reichsbahngelände beendet sein (Dülffer/Thies/Henke 1978:139).

Zu diesem Zeitpunkt bestand Berlin dann tatsächlich zu einem großen Teil aus Ruinen.

Aber den Kern bildeten doch zwei andere Bauten, einmal:

Versammlungsbau und Großkundgebungs-Platz. Wer später die große Halle des neuen Südbahnhofes verläßt, sieht am anderen Ende der gewaltigen, neuen Hauptstraße Berlins in einer Entfernung von 5,5 km, auf dem Gebiet der heutigen Alsenstraße, mitten im Zentrum der Stadt einen Versammlungsbau sich erheben, der in seinen Abmessungen dem ausgedehnten Weichbild und der Bedeutung Berlins als Reichshauptstadt entspricht. Vor diesem Großbau gestattet der Königsplatz mit einer Fläche von über 220.000 m² die Veranstaltung der Großkundgebungen des Reiches mit etwa 1.000.000 Teilnehmern (Dülffer/Thies/Henke 1978:138).

So stand es in einer Pressemitteilung im Januar 1938. Hinter dem Versammlungsbau verbarg sich die Große Halle. Auf dem südlichen Abschnitt war ein gigantischer Triumphbogen geplant. Für beide Bauten existieren Zeichnungen von Hitler bereits aus der Mitte der zwanziger Jahre, die Speer willig und in ständigem Austausch mit seinem „Führer“ in die Realität umzusetzen suchte. Als Anhaltspunkt für das Ausmaß mag dienen, daß die Halle einen quadratischen Unterbau mit einer Seitenlänge von 315 m haben sollte. Eine Kuppel von 290 m Höhe, bekrönt nach ersten Überlegungen mit einem Reichsadler auf Hakenkreuz, dann 1939 ersetzt durch einen Adler auf der Weltkugel, ragte bis in die Wolken hinein. 150.000 bis 180.000 Menschen sollte das damals größte Bauwerk der Welt fassen. Der Triumphbogen war zur Ehrung des nach NS-Ideologie unbesiegten Heeres des Ersten Weltkrieges gedacht, sollte später mit Beutegeschützen des kommenden Weltkrieges flankiert werden. Krieg und Tod wurden hier also an zentraler Stelle sinnfällig gemacht. Die Proportion von 170 m Breite, 119 m Tiefe und 117 m Höhe übertraf erneut alle historischen Vorbilder – sollte er doch doppelt so hoch sein wie der Arc de Triomphe in Paris.

Gerade wegen der knappen Zeitvorgabe – der Kern sollte ja 1945 fertig sein, 1950 eine Weltausstellung in dem neuen „Germania“ zur Demonstration der zwischenzeitlich militärisch errungenen Weltmachtstellung stattfinden – machte sich Speer mit brutaler Energie an die Arbeit. Das Gesetz zur Neugestaltung deutscher Städte vom 4. Oktober 1937 blieb zwar ein wenig hinter seinen Vorstellungen zurück, da es auf Hitlers Wunsch eine Entschädigung bei der nun per Verwaltungsakt möglichen Enteignung vorsah. Aber die bald darauf von Speer in großer Zahl erlassenen „Bereichserklärungen“ erfaßten immer weitere Bereiche der Berliner Innenstadt. Im Juni 1938 gab es 24 solcher Bereichserklärungen; zur gleichen Zeit wurde an 16 Stellen spektakulär mit dem Bau begonnen. Im März 1942 zählte man 109 Bereichserklärungen. Man schätzt, daß 150.000 bis 200.000 im Bereich der beiden Achsen lebende Menschen letztlich ihre Wohnungen hätten räumen müssen: 45.000 Wohnungen waren es für die Nord-Süd-Achse, 7.000 für die Ost-West-Achse – und das trotz der bereits bestehenden Wohnungsnot. Die Räumungsverfügungen Speers arbeiteten für gewerbliche Bauten wie Wohnhäuser seit 1938 mit kürzesten und für die Bewohner und Nutzer unerträglichen Räumungsfristen. Die Konzentrierung von Juden in wenigen Häusern, dann das Freiwerden von deren Wohnungen im Zuge der „Endlösung“ wurden von Speer tatkräftig für die Lösung „seiner“ Wohnungsprobleme benutzt,² ging es doch so-

² Vgl. etwa zu einem späteren Zeitpunkt den Schriftwechsel: Speer an Bormann, 13.12.1941: „Der Führer hat mir vor etwa zwei Jahren die Berliner Judenwoh-

wohl beim Bau der Großen Halle wegen der ungeheuren Baugröße – man spricht von 5 Milliarden RM Kosten unter Einschluß der Randbebauung – als auch bei den Bahnhöfen wegen der Auflassung der alten Bahnanlagen um äußerste Beschleunigung. Darüber hinaus plante man im Februar 1939 im Westen Berlins eine „Arbeiterstadt Große Halle“, die 1940 begonnen wurde. Für die Neuaufnahme der Bauten, schließlich für die Nachkriegszeit vorgesehen, rechnete Speer mit einer Steigerung der Beschäftigten im Laufe der Jahre auf 182.500 Bauarbeiter, ein Vorhaben, das nur durch ausländische Arbeitskräfte zu bewerkstelligen sein würde. Die Naturstein- und Ziegelproduktion überforderte alle bestehenden Kapazitäten in Deutschland und auch in Europa, und so war es erneut Speer, der frühzeitig darauf drängte, Konzentrationslager für beide Zwecke anzulegen. Himmler zeigte sich für die SS durchaus kooperationswillig, und so entstanden zunächst im Altreich, dann aber auch tendenziell in weiten Teilen des deutsch beherrschten Europas derartige Zwangsanstalten *auch* und gerade zur Steinproduktion für die Reichshauptstadt und weitere Führerstädte.

Alle diese Vorgänge machen es unmöglich, die Neugestaltungspläne von Berlin allein mit kunsthistorischen Maßstäben zu sehen. Sie waren in der begonnenen und im Krieg bis 1941 nur vorläufig unterbrochenen Ausführung auch Teil des Zwangs- und Terrorsystems, produzierten für die durch Räumung und Abbruch betroffenen Menschen statt sozialer Integration soziale Entwurzelung durch Entrechtung. Auf die symbolisch-funktionale Bedeutung in Richtung auf die Weltherrschaftspläne, gipfelnd in Adler über Weltkugel auf der Großen Halle, wurde bereits hingewiesen. Generell zeichnete sich der Stil durch Monumentalität und Maßstablosigkeit aus. Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, daß neben dem modernen Bauen, der neuen Sachlichkeit der zwanziger Jahre, immer auch eine konservative Architekturrichtung bedeutsam war. Manche Autoren haben bemerkt, daß von Washington bis Moskau in diesen Jahrzehnten demokratische oder eben auch kommunistische Staaten gleichermaßen einen Hang zum pathetischen Monument bei geplanten wie verwirklichten Bauten aufwiesen. Was die nationalsozialistischen Vorhaben auszeichnete, war grundsätzlich eine Anhäufung technischer Rekorddaten, die bereits zum Teil zitiert wurden: höher, breiter, tiefer. Gerade

nungen für meine Abrißmieter zur Verfügung gestellt“ (später für Bombengeschädigte verwandt); vgl. Speer an Oberst Schmundt (Führerhauptquartier), 14.12.1941: Vorschlag, Judenwohnungen während des Krieges Ordensträgern der Wehrmacht nach abgestufter Würdigkeit zuzuweisen, BAP, Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt (GBI), Rep. 46.06, Bd. 24, Bl. 57 f., bzw. Bd. 25, Bl. 300–302.

was zentrale Bauten anlangte, so kümmerte sich Hitler mit Hilfe von Speers sachkundigen Diensten auch in Detailfragen darum. Da man wußte, was dem „Führer“ gefiel, ahmten das viele amtliche Auftraggeber wie Architekten auch sonst im Reich auf ihre Weise nach. Man plünderte von der griechischen oder römischen Antike über die französische Revolutionsarchitektur bis hin zu Schinkel die bisherigen Stilelemente, hatte eine Vorliebe für Säulen und Pfeiler in langen Reihen, Kuppeln, Naturstein, richtete viele Gebäude auf einen zentralen Punkt aus – etwa auf einen „Führerbalkon“ hin. Darüber hinaus war es charakteristisch, repräsentative Gebäude mit Orten zum formierten Feiern oder zum Aufmarsch von Menschen in Massen zu verbinden: mit Plätzen, Straßen und Hallen. Es ging auch um die räumlich-psychologische Zentrierung auf den „Führer“ durch Architektur und Städtebau.

Dabei wurden die Einzelelemente von Architektur funktionslos, verloren gerade durch Häufung an ästhetischer Wirkung. In vielem wurde der beabsichtigte Neo-Klassizismus „zu einer lärmenden und neureichen Repräsentationsarchitektur“, wie Speer selbst rückblickend erkannte (Speer 1969:151; dazu auch insgesamt Speer 1978), auch wenn er sich noch 1978 in einem monumentalen Bildband mit jener Architekturleistung feiern ließ. Man kann in diesen Rahmen auch noch die Straßenlaternen an der Straße des 17. Juni, der vormaligen Ost-West-Achse, die auf Speer zurückgehen, einordnen und als Teile faschistischer Staatsbaukunst bezeichnen (Herding/Mittig 1975). Aber viel Sinn und Erkenntnisgewinn scheint mir im Aufweis ihrer vormals funktionalen Verklammerung nicht erzielt zu sein, auch wenn sich diese noch an Einzelheiten festmachen läßt.

III. DER BAU EINER BOTSCHAFT FÜR JAPAN

Dieser Realitätsverlust gilt letztlich auch für die neuen Diplomatenbauten. Die Überlieferung über die Verlagerung von diplomatischen Vertretungen ins Tiergartenviertel ist außerordentlich dünn. Die folgenden Ausführungen stützen sich im Kern auf Forschungen Wolfgang Schäches. Sowohl das Bundesarchiv Koblenz als auch das Auswärtige Amt erklärten auf Anfrage, man habe dort keine spezifischen Vorgänge ausfindig machen können. Beim Bezirksamt Tiergarten liegt in der Grundbuchakte kein Hinweis auf japanische Mitwirkung am Bau des Botschaftsgebäudes vor.³ Im Landesarchiv Berlin gibt es Splitterüberlieferungen zur Bausicherung und

³ So die mündliche Auskunft von Dr. Ikuta Chiaki, Japanisch-Deutsches Zentrum Berlin, Juni 1992.

Rekonstruktion in den Jahren unmittelbar nach 1945. Die an sich umfangreichen Bestände des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt (GBI) im Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, vermögen ebenfalls keine wesentlichen Einsichten in die Baugeschichte der Botschaft zu vermitteln.

Mit dem Neugestaltungsgesetz vom 5. Oktober 1937 war – wie gesagt – die Möglichkeit zur Enteignung gegen Entschädigung gegeben. Gegenüber ausländischen diplomatischen Vertretungen als exterritorialem Besitz kam das natürlich nicht in Frage. Aber wegen ihrer Lage zumeist im Bereich der künftigen „Großen Halle“ mußten sie auf dem Verhandlungswege dazu bewegt werden, anderweitige Standorte zu akzeptieren. Speer sprach über dieses Problem mit Hitler und richtete danach am 13.12.1937 an den zuständigen Protokollchef des Auswärtigen Amtes, den Gesandten von Bülow-Schwante, ein Schreiben, in dem er bat, mit den betroffenen ausländischen Missionschefs (wie im übrigen auch sonst mit bedeutenderen „Eigentümern und Großmietern“) Verhandlungen aufzunehmen,⁴ bevor die Absichten öffentlich verkündet würden – gedacht war an den fünften Jahrestag der Machtübernahme und den ersten Jahrestag der Bestallung Speers, den 30. Januar 1938. Über diese Verhandlungen habe ich nichts ermitteln können. Gedacht wurde vom GBI zunächst einmal an ein geschlossenes neues Diplomatenviertel am Ostrand des Grunewalds (Schäche 1984a:21f; Schäche 1984b:21f). Dieser Plan verband eine landschaftlich gesehen exklusive Lage mit einer doch recht schematischen, fast kasernenhaft wirkenden Konzentration der Siedlungen für diplomatische Vertretungen um eine Nord-Süd-Achse und je eine östliche bzw. westliche Parallelstraße. Die Pläne „stießen auf nicht erwartete einhellige Ablehnung und mußten deshalb von der GBI, noch im Vorentwurfsstadium befindlich, aufgegeben werden. Die vermeintliche Exklusivität des Grunewaldes konnte durch seine Abgelegenheit nicht die notwendige örtliche Nähe der Botschaften zu den relevanten politischen Instanzen an und um den Wilhelmplatz ersetzen; zudem schreckte die Ghettoatmosphäre, die dieses sterile, künstliche Plan-Gebilde bestimmte“ (Schäche 1984a:20).

Bereits im Juni 1937 aber informierte Speer vertraulich den Chef des Protokolls im Auswärtigen Amt von Hitlers Zustimmung zu seinem eigenen (Speers) Plan, „die wegfallenden Botschaften und Gesandtschaften wieder im Tiergarten unterzubringen“.⁵ Dort gab es bereits 13 diplomatische Vertretungen. In diesem Zuge wurde die 12. Bereichsanordnung im Rahmen des Neugestaltungsgesetzes für den Bezirk Tiergarten im

⁴ Zit. nach Speer an Lammers, 13.12.1937 (Dülffer/Thies/Henke 1978: 125).

⁵ BAP, Schreiben vom 24.6.1937, GBI Rep. 46.06, Bd. 29.

März 1938 erlassen, womit hier die beschleunigte Enteignung von vorhandener Bausubstanz vor allem zugunsten der diplomatischen Vertretungen – aber längst nicht nur für diese – möglich wurde. Betroffen waren im einzelnen die diplomatischen Vertretungen folgender Staaten: Schweiz, Spanien, Dänemark, Norwegen, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Argentinien, Finnland, Japan, Frankreich (Generalkonsulat) und Italien, Haus des Fascio (Generalkonsulat).

Die Italiener legten sehr bald einen eigenen Entwurf für ihre neue Botschaft vor, aber gerade das war dem GBI unwillkommen, und so kam es zu einigen, vermutlich unerquicklichen Auseinandersetzungen mit dem Achsenpartner, bis der vom GBI bestimmte Architekt Friedrich Hetzelt akzeptiert wurde. Jedenfalls wurde dies der größte und repräsentativste Baukomplex. Für die japanische Botschaft ist von vergleichbaren Auseinandersetzungen nichts bekannt. Nach allem, was wir wissen, akzeptierten die Japaner die Nominierung der Architekten Ludwig Moshamer für den Außenbau und Cäsar Pinnau für die Innengestaltung. Moshamer hatte sich zuvor zu den Bauten für Thingstätten wohl im NS-Sinne geäußert und auch einen mittleren Verwaltungsbau in Berlin errichtet (Moshamer 1967:229–233). Pinnau gehörte zu Speers „junger Garde“, d. h. zu den Architekten, die zunehmend eine verschworene Gemeinschaft um den GBI bildeten und diese auch nach dessen Avancement zum Reichsminister für Rüstung Anfang 1942 beibehielten. Er jedenfalls wurde aus dem Kreis seit dieser Zeit für den künftigen Neubzw. Wiederaufbau Bremens nach dem Krieg vorgesehen, gelegentlich auch einmal für die Zusammenarbeit mit Konstanty Gutschow für einige andere Städte. Er starb 1978, und Joachim Fest schrieb 1982 die Einleitung zu einer Würdigung seines architektonischen Gesamtwerkes – zumeist für die Jahre nach 1945 (Pinnau 1982; Durth 1986:211, 234–37). Insgesamt sollte die japanische Botschaft der italienischen an Repräsentativität nur wenig nachstehen.

Der GBI übernahm die Bauleitung für das neue Diplomatenviertel nicht selbst, war Speer doch mit den Großaufträgen im Bereich der Achse voll ausgelastet. Vielmehr delegierte er diese an die Reichsbaudirektion Berlin, behielt sich aber die Oberhoheit und jederzeit das Einspruchsrecht vor. Die Reichsbaudirektion wiederum sorgte für den schnellen Abriß von im Wege stehenden Häusern – so in der Tiergartenstraße (Wirth 1955), wo an der Stelle der künftigen japanischen Botschaft an Nr. 25 ein Wohnhaus mit schmaler Straßenseite von 1872 und an Nr. 26a ein „Miethaus in würdiger Form“ von 1860 stand. Dieses enthielt zuvor im Hof ein Barockportal von 1689, über dessen weiteren Verbleib nichts bekannt ist. Man ging also auch hier in rücksichtslosem Tempo vor, denn mit den meisten Neubauten im Tiergarten für Diplomatengebäude wurde bereits

1938 begonnen⁶ – als erstes das französische Generalkonsulat am 27.2.1938, für das man das vorhandene Gebäude Tiergartenstr. 24 nur auszubauen brauchte. Dies wurde nach seiner Fertigstellung im Krieg zur benachbarten japanischen Botschaft geschlagen.⁷ Eine politisch motivierte Terminierung beim Baubeginn ist dabei insgesamt nicht zu erkennen. Es scheint sich um rein bautechnische Gründe gehandelt zu haben. Mit der italienischen Botschaft begann man am 1.10.1938, mit der japanischen Botschaft am 5.11.1938. Die Möglichkeit, daß dies mit dem Jahrestag der Ergänzung des deutsch-japanischen Antikomintern-Paktes durch den italienischen Beitritt am 6.11.1937 zu tun gehabt haben könnte, ist ohne weitere Belege wohl zu verwerfen. Am 31.1.1939 begann man sogar mit dem Bau der neuen Gesandtschaft der Tschechoslowakei (Rauchstr. 17/18), der dann nach der Angliederung Böhmens und Mährens am 10.4.1939 zunächst eingestellt, dann jedoch für den neuen Vasallenstaat Slowakei vorgesehen wurde, Anfang Juli 1939 kurzfristig für noch unbekannte Zwecksetzung wieder aufgenommen und offenbar bei Kriegsbeginn endgültig eingestellt wurde. Das italienische „Haus des Fascio“ an der Ecke von-Schröder-Str. 4 – Graf-Spee-Str. 26–30 wurde bis Kriegsbeginn nicht angefangen und fiel daher ganz fort. Attraktiv suchten die deutschen Behörden den ausländischen Missionen den Tausch ihrer angestammten Diplomatenquartiere durch zweierlei Maßnahmen zu machen: Die neuen Grundstücke und Gebäude waren in der Regel repräsentativer, und die Kosten trugen die Deutschen. Während die italienische Botschaft über 55.000 m³ umbauten Raums umfaßte und etwa 4,5 Millionen RM kostete, umfaßte die japanische Botschaft nur 27.730 m³ (davon 8.300 m³ für das Kanzleigebäude);⁸ ihre Kosten sind unbekannt. Zum zweiten wurden alle Funktionen diplomatischer Vertretung, die bislang oft verteilt gewesen waren, nunmehr auf einem Grundstück untergebracht. Im Erdgeschoß des Hauptgebäudes fanden sich vor allem Repräsentationsräume, im er-

⁶ Die folgenden Angaben nach einer Aufstellung (Abschrift) Reichsbaudirektion vom 1.7.1939, BAK, R 120/1975.

⁷ Botschafter Ōshima erbat eine Erweiterung der japanischen Botschaftskanzlei wegen der (im Rahmen des Dreimächtepaktes) gebildeten militärischen und wirtschaftlichen Kommissionen (Schreiben Auswärtiges Amt an Speer, 28.2.1941); dem wurde am 9.4.1941 stattgegeben (Auswärtiges Amt an Ōshima, Abschrift), nachdem sich der GBI zunächst geweigert hatte, mit der Begründung, daß Hitler selbst das Gebäude dem Oberkommando des Heeres zur Verfügung gestellt habe. Vorgänge in: BAP, GBI, Rep. 46.06, Bd. 382, Bl. 24–27.

⁸ Schäche 1984a: 28, Schäche 1984b: 28. Bei den Instandsetzungsplanungen im Mai 1951 wurden für das eigentliche Botschaftsgebäude 17.420 m³, für die Kanzlei 8.838 m³ und für Wohnbauten, Garagen 1.608 m³ vermessen, was zusammen 27.866 m³ ergibt; LA, Rep. 202, Acc. 3994, 63325.

sten Obergeschoß die Botschafterwohnung und die Gästeräume (hinzu kamen im zweiten Obergeschoß eine Reihe Bedienstetenräume). Im Osten, mit separatem Eingang, wurde in einem schmalen Nebengebäude das Generalkonsulat der Japaner untergebracht, das bislang an der Ahornstraße, von der Botschaft weit entfernt, gelegen hatte. In diesem Flügel befand sich auch der Konferenzsaal.

An einer eigenen architekturgeschichtlichen Würdigung des nach Kriegsschäden in den achtziger Jahren abgerissenen und dann wieder aufgebauten Hauses möchte ich mich nicht versuchen. Es weist einen ausgeprägten Repräsentationsstil auf, gekennzeichnet durch die elf Achsen des Hauptgebäudes an der Straßenfront (davon sieben Pfeiler), die mit dem Kanzleigebäude in einer Einheit gesehen werden müssen. Wolfgang Schäche schreibt:

Die Architektur des Gebäudes war ... politisch eindeutig besetzt. Es galt weniger, den Gastländern einen angemessenen baulichen Rahmen zu schaffen, als sie vielmehr in ihrer Gesamtwirkung der „künstlerischen Gestaltung der im repräsentativen Neuaufbau Berlins verkörperten Baugesinnung“ anzupassen, um den eigenen Machtanspruch zu materialisieren. Obschon das festgesetzte formale Repertoire an einigen Gebäuden durch architektonische Elemente der jeweiligen Länder modifiziert war, drückte der monumentalistische Habitus, der diese Bauten qualitativ bestimmte, das ästhetische Selbstverständnis seiner Erbauer und nicht das der künftigen Nutzer aus. Die bauliche Gestaltung der Botschafts- und Gesandtschaftsbauten folgte dabei sowohl in der Grundrißorganisation als auch in ihrem formalen Gusto einem weitgehend vereinheitlichten Schema ... Das viergeschossige Hauptgebäude ist in seiner Grundrißgestaltung im wesentlichen von den im Hauptgeschoß gelegenen Gesellschaftsräumen bestimmt, denen sich die anderen Geschosse mit ihren unterschiedlichen Nutzungsbestimmungen subsumieren (Schäche 1984b:25, 43).

Die japanische Botschaft lud insgesamt zum Stilvergleich mit der benachbarten italienischen ein, so daß beide zueinander in Beziehung gesetzt wurden und sich sinnfällig ergänzten. Das Gebäude wurde bis Ende 1939 im Rohbau fertig; der Krieg wirkte also nicht verzögernd. Das Kanzleigebäude ließ sich im November 1940 beziehen. Das Hauptgebäude folgte Mitte 1942, so daß die gesamte Botschaft bis zu einem schweren Bombentreffer im September/Okttober 1944 weitgehend genutzt werden konnte.⁹

⁹ Die Grundbucheintragung mit Eigentum der Kaiserlichen Japanischen Regierung, vertreten durch die Botschaft Berlin, erfolgte für das Grundstück Tiergar-

Damit unterschied sie sich von der benachbarten italienischen Botschaft, deren Innenausbau bis Mitte 1942 ebenfalls fertig wurde, die dann aber nicht mehr voll ausgestattet und genutzt werden konnte.

Im Januarheft 1942 der Zeitschrift *Berlin – Rom – Tokio*, dem Organ der Signatarstaaten, die 1940 den Dreimächtepakt abgeschlossen hatten, stellte H. Wolff die beiden Gebäude parallel vor (Wolff 1942, Voß 1940, Alfieri/Hetzelt 1941). Dabei wurde allein die japanische Botschaft mit Vorder- und Hinterfront gänzlich abgebildet, bei der italienischen Botschaft gab es nur Teilansichten von den Eingängen zu Kanzlei und Hauptgebäude zu sehen. Speer bekundete in einem Vorspruch, er freue sich, die besten Bauplätze im neuen Diplomatenviertel den Verbündeten zur Verfügung gestellt zu haben:

Bei der künstlerischen Überwachung von Planung und Durchführung dieser Bauten ist dem Bedürfnis beider Länder nach würdiger Repräsentation in der Reichshauptstadt angemessen entsprochen und jedem Haus sein eigenes architektonisches Gepräge gegeben worden. Die Vollendung der beiden Häuser mitten im Kriege möge Sinnbild für die gemeinsame Kraft der zum Siege verbundenen drei Mächte sein.

Auch Botschafter Ōshima würdigte im Februar 1943 in *Die Kunst im Deutschen Reich* „das neue Gebäude der japanischen Botschaft“. Er lobte die Fertigstellung „trotz der Inanspruchnahme aller Kräfte durch den Krieg“. Stilistisch sprach er vom „Ausdruck des neuen Wollens in der nationalsozialistischen Baukunst“, die in diesem Falle eine „Schlichtheit der Linien und das Edle in der Haltung“ betone und so „in einem hohen Grade ... ästhetischem Gefühl Japans“ entspreche (Oshima 1943:23). Erich Voß, der Direktor der zuständigen Reichsbaudirektion, hob seinerseits nur die Leistung deutscher Architekten hervor. Die Idee eines ursprünglich vorgesehenen japanischen Gartens habe man aufgegeben, da der „Einblick in einen so geschaffenen heiligen Hain als störend empfunden wurde“. Eine Kooperation mit den Japanern scheint es weder hier noch sonst gegeben zu haben, wenn auch Voß betonte, „auf die Wünsche der Nutznießer [sei] weitgehend Rücksicht genommen worden“. Von Zusammenwirken, geschweige denn politisch bedingter gemeinsamer Architekturentwicklung war auch jetzt nicht die Rede. Das im Januar 1942 beschworene „Sinnbild gemeinsamer Kraft“ in der Architektur war tatsächlich von kraftloser Ausdruckslosigkeit. Es signalisierte äußerlich die zur gleichen Zeit mit der militärpolitischen Verständigung zwischen Deutsch-

tenstr. 25–27 am 23.10.1938; das Gebäude wurde eingetragen am 10.11.1943, aufgegeben 3.1.1945, ausgetragen 12.11.1953, LA, Rep. 202, Acc. 3994, 63325.

land und Japan verkündete und ebenso hohle gemeinsame Kriegführung. Das politische und militärische Bündnis aber blieb ein Torso; der Botschaftsbau selbst ging in seiner ideologischen Einbindung nicht wesentlich über das sonst gängige Bauprogramm im Diplomatenviertel hinaus (Voß 1943:21–40).

Immerhin überdauerte das Gebäude der japanischen Botschaft, wenn auch als Replikat, bis in die Gegenwart.¹⁰ Von den gigantischen Neugestaltungsplänen Hitlers und Speers für Berlin als Welthauptstadt dagegen wurde wenig im Krieg fertiggestellt, und die Reste dieser Bauten wurden schließlich fast vollständig nach dem Krieg abgebrochen. Das ist auch gut so – wenn wenigstens die neue Hauptstadtplanung der Gegenwart die nicht mehr sichtbaren Belastungen architektonischer Art aus der NS-Zeit zur Kenntnis nimmt und verarbeitet. Der Abriß für die NS-Hauptstadt (1937/40) und der zu diesem Zweck begonnenen Bauten nach 1945 schuf freie Räume, wie sie bislang etwa für das Kulturforum genutzt wurden.

Die neuen Hauptstadtplanungen unserer Tage wären gut beraten, wenn sie sich nicht nur räumlich quer zu den Speerschen Vorhaben legten, sondern auch inhaltlich: sie sollten die sowohl Einschüchterung als auch Größenwahnsinnige Identitätsstiftung anstrebende Repräsentationsarchitektur durch eine kommunikative wie bürgernahe ersetzen. Das sollte gerade im Bewußtsein der Vorhaben in der NS-Zeit eine wichtige Aufgabe darstellen.

¹⁰ Nach Vereinbarungen von Ministerpräsident Nakasone und Bundeskanzler Kohl nach Treffen von 1983/84 wurde eine Wiedererrichtung beschlossen. Die Ruinen wurden abgerissen, 1985 ein Regierungsabkommen geschlossen, wonach Japan den Wiederaufbau finanzierte, Deutschland das Stiftungsvermögen einbrachte. Im November 1987 wurde das Gebäude eingeweiht und ist seither Sitz des Japanisch-Deutschen Zentrums Berlin.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

1. Unveröffentlichte Quellen

- BAP = Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt (GBI), Rep. 46.06, Bd. 24, 25, 382.
BAK = Bundesarchiv Koblenz, R 120/1975.
LA = Landesarchiv Berlin, Rep. 202, Acc. 3994, 63325.

2. Veröffentlichte Quellen und Abhandlungen

- Alfieri, Dino und Friedrich Hetzelt (1941): Die italienische Botschaft in Berlin. In: *Die Kunst im Deutschen Reich* (München), Jg. 5 (August/September 1941):155–174.
- Börsch-Supan, Helmut u. a. (1991): *Kunstführer Berlin*. Stuttgart²: Reclam, S. 197–215 (Beitrag Börsch-Supan).
- Dülffer, Jost, Jochen Thies, Josef Henke (1978): *Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich. Eine Dokumentation*. Köln u. a.: Böhlau.
- Dülffer, Jost (1986): The Tripartite Pact of 27 September 1940: Fascist Alliance or Propaganda Trick? In: *The Australian Journal of Politics and History* (Brisbane), Jg. 32:228–237.
- Dülffer, Jost (1989): NS-Herrschaftssystem und Stadtgestaltung: Das Gesetz zur Neugestaltung deutscher Städte vom 4. Oktober 1937. In: *German Studies Review* (Tempe, Ariz.), Jg. 12, Nr. 1:69–89.
- Dülffer, Jost (1992): *Deutsche Geschichte 1933–1945. Führerglaube und Vernichtungskrieg*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Durth, Werner (1986): *Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970*. Braunschweig: Vieweg.
- Güttler, Peter u. Sabine (1986): *Zeitschriftenliteratur zur Architektur in Berlin von 1919–1945*. Berlin: Mann-Verlag.
- Heinrich, Gerd (1973): Berlin und Brandenburg. In: *Handbuch der historischen Stätten Deutschlands*. Stuttgart: Kröner, S. 108–111.
- Herding, Klaus und Hans-Ernst Mittag (1975): *Kunst und Alltag im NS-System*. Gießen: Anabar.
- Hitler, Adolf (1941): *Mein Kampf*. München: Eher.
- Larsson, Lars Olof (1978): *Die Neugestaltung der Reichshauptstadt. Albert Speers Generalbebauungsplan für Berlin*. Stuttgart: Hatje.
- Moshamer, Ludwig (1967): Die Thingstätte und ihre Bedeutung für das kommende deutsche Theater (Oktober 1935). In: Anna Teut (Hg.): *Architektur im Dritten Reich 1933–1945*. Berlin u. a.: Ullstein.
- Münzberg, Olaf (Hg.) (1988): *Vom alten Westen zum Kulturforum. Das Tier-*

- gartenviertel in Berlin. *Wandlungen einer Stadtlandschaft*. Berlin: Das Arabische Buch.
- Oshima Hiroshi: Das neue Gebäude der japanischen Botschaft. In: Erich Voß (1943), S. 23.
- Pinnau (1982): *Cäsar Pinnau – Architekt*. Vorwort von Joachim Fest. Hamburg: Hans Christians.
- Reichhardt, Hans-Joachim und Wolfgang Schäche (1985): *Von Berlin nach Germania*. Berlin: Transit.
- Ribbe, Wolfgang (1987): *Geschichte Berlins*. Bd. 2, München: C. H. Beck.
- Schäche, Wolfgang (1984a): *Das Gebäude der ehemaligen japanischen Botschaft in Berlin-Tiergarten*. Berlin: Transit.
- Schäche, Wolfgang (1984b): *Das Gebäude der ehemaligen italienischen Botschaft in Berlin-Tiergarten*. Berlin: Transit.
- Schäche, Wolfgang (1991): *Architektur und Städtebau in Berlin zwischen 1933 und 1945. Planen und Bauen unter der Ägide der Stadtverwaltung*. Berlin: Gebr. Mann.
- Schmidt, Hartwig (1981): *Das Tiergartenviertel. Baugeschichte eines Berliner Villenviertels*. Teil 1: 1790–1870. Berlin: Mann-Verlag.
- Speer, Albert (1969): *Erinnerungen*. Frankfurt/M. u. a.: Propyläen.
- Speer, Albert (1978): *Architektur*. Frankfurt/M. u. a.: Propyläen.
- Voß, Erich (1940): Neue Gesandtschaftsbauten in Berlin. In: *Die Kunst im Deutschen Reich, B: Die Baukunst* (München), Jg. 4 (Oktober 1940):149–169.
- Voß, Erich (1943): Der Neubau der Kaiserlich Japanischen Botschaft in Berlin. In: *Die Kunst im Deutschen Reich, B, Die Baukunst* (München), Jg. 7 (Juli 1943):21–40.
- Wirth, Irmgard (Bearb.) (1955): *Die Bauten und Kunstwerke von Berlin, Bezirk Tiergarten*. Berlin:
- Wolff, H. (1942): Sinnbild der Kraft. Die neuen Botschaftsgebäude der Italiener und Japaner von Albert Speer. In: *Berlin – Rom – Tokio* (Berlin), Jg. 4, Januar 1942:30–32.

III.
MATERIELL-MILITÄRISCHE
GRUNDLAGEN DER ALLIANZ

MENSCHEN, MUSTER UND MOTOREN: DIE TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND JAPAN VON 1930 BIS 1945

Erich Pauer

„.... Japan ist in jeder Beziehung ein modernes Land und hat bewiesen, daß es in allgemeinen und in Spezialfragen der Technik mit allen anderen Ländern Schritt halten kann ...“ (Fleschner 1930:54)

1. EINLEITUNG

Japans wirtschaftliche Entwicklung wurde nach seinem Aufstieg in den Kreis der industrialisierten Länder während des Ersten Weltkrieges auch in den 1920er Jahren vorangetrieben. Eine staatliche Schutzpolitik leistete dabei Hilfe und selbst die Weltwirtschaftskrise konnte die Mitte der 1920er Jahre wieder neu geknüpften deutsch-japanischen Beziehungen kaum beeinträchtigen. Die Kontakte zwischen japanischen und deutschen Unternehmen hatten vor allem das Ziel, technisches *know how* aus Deutschland nach Japan zu bringen, wobei allerdings – und das zeigt ein Blick auf die gesamtwirtschaftliche Situation Japans – dieses Ziel auch bei den wirtschaftlichen Kontakten zu anderen Ländern, etwa den USA, aber auch europäischen Ländern wie England, Frankreich oder Italien, verfolgt wurde. Die Kontakte zu Deutschland stellten somit zunächst keine Ausnahme dar, die weltpolitischen Veränderungen in den 1930er Jahren führten aber dazu, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Japan eine besondere Qualität bekamen.

Es besteht kein Zweifel, daß Japan nach dem Ersten Weltkrieg als Industriestaat angesehen werden muß. Trotzdem führte dieser Staat Technologie in großem Stil ein. Die Wege, die man zum Transfer von Technologie einschlug, waren vielfältig, und die Darstellung der verschiedenen angewandten Methoden zeigt auf, welche Anstrengungen die japanische Seite unternehmen mußte, um in den verschiedenen Branchen zu den anderen Industrieländern aufzuschließen. Nicht immer war der Nachholbedarf die treibende Kraft für den Transfer und die Suche nach Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen. Politische Gründe, sich etwa aus der Abhängigkeit anderer Länder befreien zu wollen, standen eben-

sooft im Vordergrund. So wandelten sich Einflußfaktoren im Laufe der Zeit ebenso wie die bevorzugten Gebiete des Technologietransfers und der Beziehungen zu ausländischen Unternehmen. Aus den Wünschen, Forderungen und Bestellungen hinsichtlich ausländischer Technologie wurden dann aber auch z. T. die Ziele der japanischen Industrie, gleichzeitig aber zeigten sich auch ihre Schwachstellen deutlich.

2. INFORMATIONEN ALS SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG

Reger Verkehr scheint in diesen Jahren auf der Strecke der Transsibirischen Eisenbahn geherrscht zu haben. Japanische Maschinenfabriken, chemische Werke u. a. sandten ihre Ingenieure und Techniker auf diesem Wege nach Europa, damit sie dort in den Labors arbeiteten und studierten, Fabriken besichtigten und Zeitschriften lasen, um auf diese Weise technisches Wissen nach Hause zu bringen.

Wurden in den 1920er Jahren zahlreiche deutsche Ingenieure nach Japan geholt, die dort Fabriken, Anlagen, ja ganze Branchen neu aufbauten (Flugzeugbau, U-Boot-Bau etc.), so war um 1930 der Ausbildungsstand der japanischen Ingenieure und Techniker so weit gestiegen, daß ausländische Hilfe nur mehr punktuell gebraucht wurde (vgl. dazu ausf. Pauer 1990). Diese waren jetzt selbst in der Lage, auf ihren Reisen technische Informationen aufzunehmen, bzw. waren sie aufgrund ihres Wissensstandes auch imstande zu entscheiden, welche Maschinen von welchem ausländischen Hersteller für japanische Unternehmen, die sich in neue Produktionsbereiche vorwagten, brauchbar waren. So reichte es z. B. um 1930 völlig aus, einzig die Maschinen zur Filmherstellung nach Japan einzuführen, um diese Branche zu etablieren (Dai Nihon Seruroido 1952:117). Ebenso kaufte zur selben Zeit die noch junge japanische Aluminiumindustrie Fertigungsanlagen in Deutschland und konnte auf diesem Wege der westlichen Industrie ein Stück näherkommen (Nihon Aruminium Kōgyō 1957:98). In diesen Bereichen waren es fast ausschließlich die Maschinen und Anlagen, die aus dem Ausland bezogen werden mußten, um eine Branche zu etablieren.

Neben Studienaufenthalten und Firmenbesichtigungen waren auch Fachmessen oft Ziel Informationen sammelnder japanischer Ingenieure. Messebesuche wurden somit oft Ausgangspunkt technischer Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Japan. So hatte z. B. Yamaoka Magoichi, der spätere Chef von Yanmar-Diesel, 1932 die Leipziger Messe besucht und dort Informationen zum Dieselmotor erhalten. Die Vorteile der Dieselmachine leuchteten ihm sofort ein, seine Suche nach einem baulich

kleinen Motor blieb aber zunächst ohne Erfolg. Erst nach langem Bemühen fand er einen 5 PS-Motor bei der Firma Schlüter in München, bestellte zwei Exemplare dieses Typs und kaufte auch bei der Firma Friedrich Dekkel AG zunächst das Vorkaufsrecht, außerdem noch die Lizenz zur Fertigung einer Einspritzpumpe für Dieselmotoren. Allerdings mußte man zu lange auf die Ankunft der Motoren in Japan warten und ging deshalb – letztlich mit Erfolg – in dieser Zeit an eine Eigenentwicklung. Auch die Einspritzpumpen erwiesen sich für den anvisierten 3 PS-Motor als nicht brauchbar (Yanmaa 1983:13–14). Ein Beispiel also, wo die versuchte Anknüpfung technischer Zusammenarbeit zwar rasch scheiterte, aber auch ein Beispiel, das verdeutlicht, auf welchem technischen Niveau japanische Ingenieure und Unternehmer bereits waren.

Die vermehrten technischen Kontakte zwangen deutsche Unternehmen verstärkt, Ingenieure nach Japan zu entsenden, nicht um technische Werke aufzubauen, sondern um die japanischen Angestellten von Firmenvertretungen und Handelshäusern im Verkauf zu schulen (vgl. z. B. Yamatake 1982:56). Man hatte auf deutscher Seite bemerkt, daß ohne entsprechende Kenntnisse vor Ort technisches Gerät nicht abzusetzen war. Schulungen des japanischen Personals in Japan selbst, aber auch die Ausbildung japanischer Ingenieure bei deutschen Unternehmen nahmen von diesem Zeitpunkt an rasch zu.

Nicht nur die japanischen Unternehmen sammelten Informationen: Auch die Botschaft in Berlin war zu Beginn der 1930er Jahre intensiv mit der Sammlung und Zusammenstellung von Berichten befaßt, die z. T. ganz spezielle technische Fragen betrafen. So weisen bereits Berichte aus dem Jahr 1933 auf enge Kontakte mit deutschen Chemieunternehmen hin, wodurch etwa Informationen über den Stand der Kohleverflüssigungstechnik in Deutschland über diplomatische Kanäle daraufhin vom Außenministerium in Tōkyō nicht nur an die entsprechenden japanischen Unternehmen, sondern auch an Heer und Marine gelangten. Handbücher und Berichte, z. T. zusammengestellt von deutschen amtlichen Stellen, sowie Angaben zu Untersuchungsmethoden und Normen, etwa für gehärtete Öle (Seifen) u. a. m., wurden ebenfalls gesammelt und weitergegeben (vgl. Gaimushō Gaikō Shiryōkan E 450 7). Nicht zuletzt führten solche Informationen und deren Weitergabe manchmal auch zu Patentverletzungen und dementsprechenden Klagen deutscher Unternehmen vor japanischen Gerichten.

Es ist aufgrund der wenigen Angaben deutlich sichtbar, was die Basis für die technischen Beziehungen zwischen beiden Ländern in jenen Jahren darstellte: die technischen Informationen. Unternehmen, Handelshäuser, selbst Regierungsstellen beteiligten sich an der Informationssammlung. Berichten deutscher Techniker, die japanische Unternehmen besucht hat-

ten, entnehmen wir das Erstaunen über die Fülle an ausländischen Informationen, die man dort in den Konstruktionsbüros auf den Tischen der japanischen Ingenieure vorfand (vgl. dazu Pauer 1990:310–311).

3. MIT DER INFORMATION ZUR IMITATION

In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre war man seitens der japanischen Unternehmen bestrebt, mehr Lizenzen von deutschen Unternehmen zu erwerben. So besaß Japan als wichtiger Textilfaserproduzent in der Zwischenkriegszeit auch großes Interesse an den Entwicklungen in der Kunstfaserindustrie. Der Noguchi-Konzern z. B. hatte schon früh seine Fühler nach Europa ausgestreckt, war aber zunächst an den italienischen Patenten interessiert. Erst später kam es dann auch zu Kontakten mit der deutschen Glanzstoff AG, von der man Patente erwarb, um in Nobeoka, auf Kyūshū, eine Kunstfaserfabrik einzurichten (Ōno 1981:68–70). Hier war man somit bei der Suche nach neuen technischen Informationen auf ein deutsches Unternehmen gestoßen, dessen Patente in Japan den Aufbau eines neuen Produktionsbereichs ermöglichten.

Die meisten deutschen Unternehmen scheuten allerdings die Kosten für die Unterhaltung eines eigenen Büros in Japan und überließen den Verkauf von Patenten und Lizenzrechten den in Japan ansässigen deutschen Handelshäusern. Darin bestand, neben dem Verkauf von Maschinen aller Art sowie dem Bau von Fabriken und Anlagen, deren Aufgabe in dieser Zeit mehr und mehr (OR 1932:180).

Allerdings schien die technische Zusammenarbeit mit Japan für viele deutsche Unternehmen in den 1930er Jahren den eigenen Interessen nicht unbedingt förderlich zu sein, und diese Erscheinung blieb z. T. bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges bestehen. Nicht selten wurde festgestellt, daß potentielle japanische Lizenznehmer zwar Verhandlungen aufnahmen und sie bis zu einem gewissen Grade weiterführten, diese aber dann im Sande verliefen. In der Zwischenzeit hatte die japanische Seite so viele technische Kenntnisse über ein Verfahren oder die Herstellung eines Produktes aufnehmen können, daß sie nicht selten daraufhin mit einem ähnlichen Produkt auf den Markt kam, ohne auf das deutsche Patent angewiesen zu sein (vgl. dazu Hoechst Archiv, Ordner 194). Diese Vorgangsweise wurde als Industriespionage angesehen und führte zu Verstimmung auf deutscher Seite. Auch der Kauf von Lizenzen, die der japanische Partner dann überhaupt nicht anwandte, rief ärgerliche Reaktionen hervor (z. B. Mannesmann Archiv R4 5357).

In den 1930er Jahren überwogen zunächst die zivilen technischen Kon-

takte, sei es im Bereich der chemischen Industrie, der Schwerindustrie oder auch der Elektroindustrie. Die Tendenz, verstärkt auch hochwertige technische Produkte (z. B. Farben, Rohre, Telefone etc.) mit Hilfe ausländischer Technologie im Lande selbst herzustellen, läßt sich an einer Reihe von Beispielen belegen. Dies heißt nicht nur, daß Produkte, die man früher aus dem Ausland bezogen hatte, nun mit Hilfe importierter Maschinen in Japan hergestellt wurden, sondern auch, daß die für eine Ausweitung der Produktion nötigen Maschinen und Anlagen jetzt von eigenen Herstellern geliefert wurden.¹ Das Schlagwort „*Kokusanka*“ – Erzeugung im Land – war von Politikern und Industriellen schon in der Meiji-Zeitaufgenommen, aber erst in den 1920er Jahren auch hinsichtlich technischer Erzeugnisse verwendet worden. In den 1930er Jahren zeichnete sich diese Tendenz noch stärker ab.

Als nächstes hieß es, sich aus der Abhängigkeit von der Einfuhr der ausländischen Technologie zu befreien. Gefordert wurde, man solle die einheimischen Erfinder fördern und mit Hilfe eigener, japanischer, Fähigkeiten und eigenen Methoden die industrielle Entwicklung vorantreiben. Deshalb sollten auch die Forschungseinrichtungen ausgebaut und die Ausbildung der Arbeitskräfte gefördert werden (siehe auch Fuji 1980:53). „*Gijutsu no kokusanka*“ (Entwicklung der Technik im eigenen Land) lautete nun die Devise! In den späten 1930er Jahren, nach dem Beginn des chinesisch-japanischen Krieges, dem Einsatz verstärkter Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat und dem Ausbau einer Kriegswirtschaft, wurde darüber hinaus der Begriff der „technischen Mobilisierung“ ins Spiel gebracht, wodurch die technische Basis der Industrieunternehmen in Japan verbreitert werden sollte. Bis dahin hatte der Fortschritt oft bei den Großunternehmen halt gemacht, und die kleinen wie mittleren Unternehmen waren zurückgeblieben. Sie arbeiteten z. T. mit veralteten Maschinen und Anlagen und wandten nicht mehr zeitgemäße Verfahren an. Die von ihnen hergestellten Produkte, zu einem wesentlichen Teil Zulieferprodukte für die technisch fortgeschritteneren Großunternehmen, genügten deshalb bald nicht mehr deren (Qualitäts-) Anforderungen. Hier sollte die „technische Mobilisierung“ ansetzen und moderne Technologie auch den kleineren und mittleren Unternehmen zugänglich machen. Die Suche nach ausländischem *know how* ging deshalb trotz umfangreicher Versuche, sich aus der Abhängigkeit zu befreien, weiter. Dabei kam ein neuer Faktor ins Spiel, der die weitere Entwicklung auch der technischen Kooperation entscheidend beeinflussen

¹ Ein solches Beispiel ist im Falle der Walzwerksanlagen des Stahlröhrenherstellers Nippon Kōkan zu bemerken: Nach dem Kauf von Anlagen aus deutscher Produktion im Jahre 1926 kamen die nachfolgenden Erweiterungen in den Jahren 1929 und 1936 von japanischen Unternehmen; vgl. Nippon Kōkan 1952:653–655.

sollte: Mit Beginn des chinesisch-japanischen Krieges 1937 wurden den Militärs die technischen Schwachstellen der japanischen Industrie deutlicher bewußt. Sie versuchten deshalb, durch entsprechende Einflußnahme den Technologieimport in ihrem Sinne zu lenken.

4. MILITÄRISCHE NUTZUNG ZIVILER TECHNIK

Die Anbindung militärischer Interessen an zunächst zivil einzuschätzende technische Kooperationen stellt eine weitere wichtige Facette der Zusammenarbeit auf diesem Feld dar und kann an zahlreichen Beispielen verfolgt werden:

Die Firma Nihon Sanso bestellte bereits 1928 die ersten Sauerstoff-Separatoren für die Sauerstoffherstellung in Deutschland. Sie sandte einen Ingenieur nach Deutschland, der neben der Technik der Sauerstoffherstellung auch den Transport von Sauerstoff, gleichzeitig aber auch die Kältetechnik bei Linde und andere technische Entwicklungen studieren sollte. Deutsche Techniker bauten 1930 die Anlagen in Japan auf, und mit der Herstellung von flüssigem Sauerstoff wurde im selben Jahr begonnen. Weitere Anlagen wurden in den Jahren danach aus Deutschland geliefert, außerdem verschiedene Lizenzen vergeben. Bislang im zivilen Bereich installiert, wurde 1934 erstmals eine Anlage zur Herstellung von flüssigem Sauerstoff derselben deutschen Firma in der Marine-Werft von Kure aufgebaut. Der dort erzeugte Sauerstoff diente nun der militärischen Nutzung, nämlich dem Antrieb von Torpedos (zusammengef. nach Nihon Sanso 1966:62–88).

Mag dies noch als Einzelfall militärischer Nutzung eines zunächst für den zivilen Gebrauch vorgesehenen Erzeugnisses angesehen werden, so wird eine solche Änderung bei anderen Beispielen noch deutlicher sichtbar: Bei der Herstellung von Aluminium war man aufgrund eigener Forschungen schon sehr weit gekommen, und zu Beginn der 1930er Jahre war es gelungen, im Lande vorhandenes, z. T. minderwertiges Rohmaterial für die Herstellung zu nutzen. Die theoretische Aufarbeitung vieler Probleme war weit fortgeschritten, demgegenüber hinkte aber die Umsetzung in die Praxis nach. Verfahrenstechnisch traten immer wieder Schwierigkeiten auf. Kein japanisches Maschinenbauunternehmen war in der Lage, entsprechende Anlagen herzustellen. Vielfach waren auch die Entwürfe der japanischen Ingenieure für die Praxis ungeeignet. In solchen Fällen wandte man sich ans Ausland und holte Spezialisten nach Japan. Zwischen 1933 und 1940 hielten sich deshalb zahlreiche deutsche Ingenieure, in der Mehrzahl Fachleute für die Elektrolyse, in Japan auf. Nach

1937 – im gerade ausgebrochenen Krieg mit China waren erstmals die Luftstreitkräfte in größerem Rahmen eingesetzt worden – forderten die Militärs eine rasche Erhöhung der Duraluminium-Erzeugung für den Flugzeugbau. Hierzu wurde das Bayer-Verfahren übernommen, und eine Reihe deutscher Ingenieure und Techniker wurde zu den verschiedenen Aluminiumherstellern zwecks Verbesserung der Produktion nach Japan gesandt (Sumitomo 1981:83–84).

Wie bei Aluminium stieg auch bei Stahl in den frühen 1930er Jahren die Nachfrage rasch an. Nicht zuletzt war hier eine rüstungspolitische Nachfrage durch den Mandschurei-Konflikt 1931/32 ausschlaggebend. Stahl hatte man bis dahin in den teuren, energiefressenden Siemens-Martin-Öfen hergestellt. Für diese war außerdem Schrott nötig, der fast ausschließlich aus den USA bezogen werden mußte. Ab 1937 begann man deshalb in der ganzen japanischen Stahlwelt Überlegungen anzustellen, für die Erzeugung ein vorteilhafteres Verfahren anzuwenden und eine Thomas-Birne aufzustellen. Den Vorteil sah man darin, daß kein Schrott mehr für die Stahlherstellung benötigt wurde und man somit auch von der Einfuhr aus den USA unabhängig werden konnte. Weitere Vorteile bestanden darin, daß es sich dabei um eine relativ einfache Technik handelte, die Herstellungszeit für Stahl gering war (so daß eine Produktivitätssteigerung zu erwarten war), keine weiteren teuren Energieträger nötig waren und man zusätzlich einen wertvollen Rohstoff, nämlich Thomas-Mehl als Dünger für die japanische Landwirtschaft, bei diesem Verfahren gewinnen konnte. Nach einer Reihe von Nachforschungen erhielt die deutsche Demag den Auftrag, eine 25-Tonnen Thomas-Birne in Japan aufzustellen.²

Nicht nur bei der Produktion von Rohstoffen jedoch ist das Eingreifen der Militärs zu erkennen: Mit der Fertigung von Dieselmotoren hatte man in Japan schon kurz nach dem Ersten Weltkrieg begonnen, und im Jahre 1936 gab es zehn Hersteller. Das eigentliche Herz der Dieselmotoren aber, die Einspritzpumpe, wurde mit Ausnahme eines Unternehmens durchweg aus dem Ausland bezogen. Um eine Produktion im Land aufzubauen, wurde über die Generalvertretung von Bosch (Illies & Co.) wegen einer Kooperation nachgefragt, wobei die ersten Verhandlungen noch zu keinem Ergebnis führten. Nach Ausbruch des chinesisch-japanischen Krieges, durch den der Bedarf an Dieselmotoren für alle Arten von Kraftfahrzeugen bis hin zu

² Nur ein Jahr benötigte man, den Betrieb aufzunehmen; vgl. Nippon Kōkan 1952:206–208, 212, 644–647. Nach dem Schrottembargo der USA wurden rasch weitere Hochöfen errichtet, die das Rohmaterial für die Thomas-Birne lieferten. 1942 konnte die Produktionsspitze in der Kriegszeit mit der Erzeugung von 350.000 Tonnen erzielt werden. Insgesamt hatte man fünf Thomas-Birnen errichtet.

Panzern rasch angestiegen war, begann das Militär verstärkt auf eine Vereinbarung zu drängen. Nach schwierigen Verhandlungen konnte Ende 1938 schließlich ein Lizenzvertrag unterschrieben werden. Die Produktionsaufnahme war für 1940 geplant. Vier japanische Ingenieure wurden nach Stuttgart entsandt, die dort nicht nur mit einer unerwartet großen Produktionsleistung konfrontiert wurden, sondern darüber hinaus Überraschung hinsichtlich der bei Bosch geforderten Präzision bei der Fertigung äußerten. Die technischen Kenntnisse, die sie nach diesem sechsmonatigen Aufenthalt nach Japan mitbrachten, wurden zur Grundlage der Fertigung von Einspritzpumpen in Japan. Aus Deutschland wurden die entsprechenden Maschinen auf den Weg gebracht (diejenigen aus japanischer Fertigung entsprachen nicht den Präzisionsanforderungen von Bosch). Zur gleichen Zeit begann man in Japan mit einer breit angelegten Schulung der Arbeitskräfte. Nach langen Verzögerungen (u. a. waren aufgrund der Kriegshandlungen in Europa die Maschinen erst verspätet – und dann auch noch in geringerer Zahl als erwartet, nämlich nur 44 statt 121 – mit Hilfe eines U-Bootes in Japan angekommen) konnte nach dem Beginn der Fertigung mittels der von Bosch gelieferten Einzelteile (die erste Einspritzpumpe lag im Oktober 1941 vor) die Eigenproduktion 1942 aufgenommen werden. Aus Mangel an deutschen Maschinen war jedoch die geforderte Präzision nur schwer zu erreichen (zusammengef. n. Jiizeru 1981:24–59; Isuzu 1987:112–118). Auch hier wurde folglich ein zunächst unter zivilen Aspekten begonnenes Projekt später für militärische Zwecke reklamiert. Gerade mit den Einspritzpumpen wurde eine besonders wichtige und hochwertige Technologie nach Japan transferiert. Die Einführung in ein Unternehmen, das zudem noch auf eine gut ausgebildete Arbeitnehmerschaft zurückgreifen konnte, war entsprechend bedeutsam.

Noch etwas aber muß festgehalten werden: Technische Kooperation auf dem von Japan bzw. japanischen Unternehmen angestrebten Niveau hieß nicht einfach Kauf oder Verkauf von Maschinen, Anlagen oder Lizenzen. Für den Transfer von hochwertiger Technologie war in den meisten Fällen wiederum ein Personaltransfer von Ingenieuren und Technikern – wenngleich meist nur für eine kurze Anlaufzeit – nötig. Diese Komponente sollte nicht außer acht gelassen werden.

Der Einfluß der Militärs war nicht nur bei der Industrie, sondern auch bei den einzelnen Handelsunternehmen zu spüren. Das Handelshaus Sumitomo (Sumitomo Gōshi Kaisha) in Ōsaka hatte 1937 einen Angehörigen nach Deutschland gesandt, der mit der Aufgabe betraut war, in ganz Europa (mit Ausnahme von England, das in einen anderen Zuständigkeitsbereich fiel) die neuesten technischen Erzeugnisse und die moderne Technologie zu studieren und nach Japan einzuführen. Einen wichtigen Bereich seiner Informationssammlung stellte die Stahlerzeugung dar. Sehr bald

aber erhielt er die Aufgabe, sich mit der (italienischen) Schnellboottechnik zu beschäftigen, und vor allem mit der Fertigungstechnik von Kurbelwellen für die Motoren solcher Boote.³ So wurden also auch die seitens ziviler Unternehmen nach Deutschland entsandten Angehörigen in die Beschaffung von Technologie für militärische Nutzung miteinbezogen.

Die Zusammenarbeit mit den Militärs hatte jedoch in Japan schon Tradition. So ist es nicht verwunderlich, daß Kawasaki (als schwerindustrielles Unternehmen mit starker Betonung des Schiff- und Kriegsschiffbaus) als Lizenznehmer für die modernen deutschen La Mont-Hochdruck-Heißdampfkessel auftrat. Der Lizenzvertrag wurde 1937 mit der deutschen La Mont geschlossen, und vier Ingenieure wurden zum Studium des Kesselbaus nach Deutschland gesandt. Die rasch importierten Kessel erprobte man sofort im Marine-Arsenal in Maizuru, und ein Versuchsschiff stellte man 1941 in Dienst (Jentschura 1970:417). Diese Kesselanlagen waren Ausgangspunkt erfolgreicher Weiterentwicklungen bei Kawasaki selbst, wo man auch das Herstellungsverfahren untersuchte und weiterentwickelte, insbesondere das Schweißen von Rohren (Kawasaki 1959:435–442). So läßt sich auch bei der Kesseltechnik der Übergang von der zivilen zur militärischen Nutzung aufzeigen, wobei hier allerdings von Anfang an beide Möglichkeiten nahe beieinander gelegen hatten.

Festzuhalten ist: Die Lizenznahme und die Einfuhr von deutscher Technologie war nicht selten Ausgangspunkt für eigene weitergehende Studien und technische Entwicklungen. Deutlich wird auch, daß Heer und Marine Ende der 1930er Jahre begannen, immer stärkeren Einfluß auf den Technologietransfer und auf technische Kontakte zu nehmen. Immer häufiger reisten Heeres- und Marinedelegationen ins Ausland, zunächst noch in die USA, später aber fast ausschließlich nach Deutschland.

5. INFORMATIONEN FÜR RÜSTUNGSZWECKE

Die Wünsche, Forderungen und Bestellungen der japanischen Militärs bezüglich moderner deutscher Erzeugnisse, nach technischer Zusammenarbeit, Hilfe bei der Ausbildung oder bei der Gewährung von Nachbaurechten, die zunächst meist direkt an die deutschen Unternehmen, später auch über die offiziellen diplomatischen Kanäle an die deutsche

³ Dieser Vertreter von Sumitomo trat im April 1941 seine Rückreise nach Japan mit dem U-Boot I-29 an. Im Juli verließ er mit den besonders geheimen gesammelten Unterlagen das U-Boot in Singapur, um mit dem Flugzeug nach Japan gebracht zu werden. Die anderen gesammelten Unterlagen, Baumuster etc. gingen mit I-29 auf der Reise nach Japan verloren. Dazu Yoshimura 1972:12:377.

Regierung herangebracht wurden, zeigen aber auch sehr deutlich die Schwachpunkte der japanischen Technik. Da man bemüht war, Devisen zu sparen und nach Möglichkeit alles im Lande zu erzeugen, wurden Importe von Erzeugnissen oder Lizenznahmen nur zugelassen, wenn es unumgänglich war und die eigenen Möglichkeiten als nicht ausreichend erschienen.

Das politische Zusammenrücken zwischen Deutschland und Japan in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre ermöglichte es den Militärs, ganz offen Rüstungsgüter in Deutschland zu beschaffen und sich in der deutschen Industrie nach den Möglichkeiten technischer Zusammenarbeit und dabei auch nach neuester Technologie umzusehen. Die Verschlechterung der weltpolitischen Lage aber führte dazu, daß daraufhin ein Abschnitt begann, in dem fast ausschließlich die militärische Nutzung ausschlaggebend für den Import einer Technologie war. Die Embargopolitik der USA gegen Ende der 1930er und zu Beginn der 1940er Jahre – so wurde z. B. schon 1938 die Ausfuhr von Flugzeugen nach Japan untersagt – unterstützte Tōkyōs Hinwendung zu Berlin gerade im rüstungstechnischen Bereich zusätzlich (Maema 1990:176).

Im Februar 1941 trafen japanische Militärdelegationen in Deutschland ein. Sowohl die aus 36 Personen bestehende Abordnung der Marine (gegliedert in die drei Gruppen Technologiepolitik, Luftfahrt und Schiffbau) wie auch die 21 Mann starke des Heeres waren mit hochrangigen Offizieren, aber auch mit Militäringenieuren besetzt. Beide Delegationen arbeiteten in Deutschland strikt getrennt. Zweck der Besuche war neben dem Studium der im Krieg auf deutscher Seite eingesetzten Waffen auch das Einholen von Informationen zur Waffentechnik bzw. zu den von der Rüstungsindustrie verwendeten Materialien etc. Diese Informationen sollten die Grundlage für eine Auswahl an nach Japan einzuführender Technologie abgeben (Yoshimura 1972:1:390). Schon im Vorfeld hatte man, getrennt nach Heeres- und Marinedelegation, den deutschen Stellen eine umfangreiche Wunschliste bezüglich Vorträgen, Besichtigungsfahrten und Einweisungen übermittelt, die größtenteils auch berücksichtigt wurde. Von deutscher Seite wurde allerdings angeordnet, genau aufzunehmen, was den Japanern zusätzlich zu den geplanten Veranstaltungen im Rahmen von Diskussionen etc. mitgeteilt wurde, bzw. man hatte auch vor, seinerseits Informationen von den Delegationsmitgliedern aus dem Partnerland einzuholen.⁴

Die beiden Abordnungen waren mit ganz konkreten Vorstellungen auf die Reise gegangen. Die im Vorfeld zusammengestellten Listen zeigen auf, welche Schwerpunkte man bei den Vorträgen und Besichtigungsrei-

⁴ Zu näheren Informationen über die Delegationen siehe auch die Unterlagen im Militärarchiv Freiburg, RM 7/1233.

sen setzen wollte. Im Falle der Marinedelegation waren dies die Bereiche Artillerie (Feuerleit-Geräte, Stabilisierungs-Kreiselgeräte, Geschützfertigungstechnik), Stahlfertigung (Spezialstähle, Klaviersaitenstahl, Kugellagerstahl, Verarbeitungstechnologie), elektro-akustische Anlagen (Funkmeßgeräte, Horchanlagen, Scheinwerferanlagen, elektrische Bauteile, Gleichrichter etc.), Schiffbau (in erster Linie Schweißtechnik, Fertigungstechnologie von Schweißstäben), Schiffs- und Hilfsmaschinen (Hochdruck-Heißdampfananlagen, Regulierungsanlagen, Schnellbootmotoren, Fertigungstechnologie der Motoren, Werkzeugmaschinen) und Navigationstechnik (militärisch-optische Geräte sowie deren Entwurf und Produktion, Kreiselgeräte, Uhren etc.). All dies waren Bereiche, in denen sich die japanische Technik eindeutig im Rückstand befand.

Man hatte sich auch im Vorfeld bereits Gedanken gemacht, welches deutsche Unternehmen wegen der einzelnen Punkte angesprochen werden könnte, welches Unternehmen auf japanischer Seite als Partner fungieren könnte, wieviele Ingenieure und Techniker (jeweils getrennt) aus Deutschland nach Japan geholt und in welchem Unternehmen sie eingesetzt werden sollten. Ebenso hielt man bereits fest, wieviele japanische Ingenieure in welches deutsche Unternehmen entsandt werden sollten.⁵ Geplant war, fast 70 deutsche Ingenieure und Techniker nach Japan zu bringen, im Gegenzug sollten von deutschen Unternehmen fast 50 japanische Ingenieure und Techniker aufgenommen werden.⁶ Zwischen 18. März und 17. Juli 1941 besuchten Mitglieder der Marinedelegation zahlreiche deutsche Unternehmen, darunter Daimler-Benz, Askania, Bosch, Ruhrstahl, Krupp, AEG, Humboldt-Deutz, Brown-Boveri u.v.a.m., um neue Produkte und Technologien kennenzulernen und um die Möglichkeit der technischen Kooperation und der Entsendung von Ingenieuren zu erkunden.

Großen Wert legten die Delegationen darauf, die neuesten Entwicklungen und Fertigungstechnologien auf dem Gebiet der Flugzeug- und der Motorenproduktion zu Gesicht zu bekommen. Japan hatte schon seit dem Ende des Ersten Weltkrieges eine größere Zahl verschiedener Flugzeugty-

⁵ Die Ergebnisse dieser Reise wurden in einem vierbändigen Bericht niedergelegt: Itō 1941.

⁶ Der beabsichtigte Austausch von Technikern und Ingenieuren blieb im übrigen nicht geheim. Zeitungsmeldungen im Frühjahr 1941 betonten bereits, daß von japanischer Seite auch erfahrene Techniker und Vorarbeiter zur Entsendung nach Deutschland ausgewählt werden sollten, ohne Rücksicht auf deren eventuelle wissenschaftliche Qualifikation (PRO FO 371/27924; F 2043/137/23, 18. März 1941). Daraus wird aber auch deutlicher, daß nicht der wissenschaftliche Austausch von Erfahrungen, sondern der Gewinn praktischer, in die Fertigung umsetzbarer Informationen für Japan im Vordergrund stand.

pen eingeführt.⁷ In der Regel erbat man sich mit der Lieferung von Flugzeugmustern gleichzeitig auch entweder die Entsendung entsprechender deutscher Ingenieure, die z. B. bei der Planung der Produktion eingesetzt werden oder bei der Planung neuer Flugzeugtypen behilflich sein konnten, oder man bat um die Einweisung eines japanischen Ingenieurs in ein deutsches Werk. So wurden einzelne Flugzeugtypen Ausgangsmodell für japanische Konstruktionen (etwa die 1936 nach Japan importierte Heinkel He 118 für den Bomber Suisei, bzw. die beiden 1938 nach Japan gebrachten – allerdings den japanischen Wünschen entsprechend umgebauten – He-119 V7 und He-119 V8 für die R2Y-1; vgl. dazu LR 1993:1:24–26). Das eingehende Studium anderer Modelle der deutschen Luftwaffe (z. B. Fieseler Storch und Me 109, eingeführt im Mai 1941) diente dazu, verschiedene, bei den japanischen Eigenentwicklungen aufgetretene Probleme zu beheben (Nihon Kōkū 1990:210–211). Ein deutlicher Schwachpunkt der japanischen Technik zeigte sich wiederholt auf dem Gebiet des Flugmotorenbaus. Zwar hatte Japan schon nach dem Ersten Weltkrieg aus Reparationsleistungen die Baurechte für den Junkers-Motor G-38 erhalten, ihn aber in etwas veränderter Form (bei Mitsubishi Kōkū-ki) nachgebaut. Schon damals hatte man Werkzeuge, Maschinen und auch Rohmaterialien von Junkers zur Fertigung übernommen, ebenso Ingenieure eingestellt. 1931 wurde der Bomber Typ 92 damit ausgerüstet (Ōtsuki 1987:41–42; Nihon Kōkū 1990:203–204). In den 1930er Jahren waren es neben Junkers vor allem die Motoren aus der Fertigung von BMW und Daimler-Benz, die das Interesse der japanischen Heeres- und Marineluftwaffe erregt hatten. Zunächst wurde aber ein weiterer Junkers Motor K-37 als Basis für japanische Eigenentwicklungen (z. B. Typ 93 von Mitsubishi Kōkū-ki für die Heeresluftwaffe) genutzt (Nihon Kōkū 1990:203–204), und 1938 kaufte Kawasaki zwei Jumo 211-C und stellte gleichzeitig zwei deutsche Ingenieure ein. Die in Japan gebildete Arbeitsgruppe bezog aber auch Angehörige anderer Flugmotorenhersteller wie Hitachi, Nakajima, Mitsubishi sowie Vertreter des Luftfahrt-Forschungsinstitutes des Heeres (Kawasaki/Shi-shi shiryō 304 – Kawasaki kōkū-ki Vol. 4 (gijutsu) S. 473–474) mit ein. Importiert wurden in den 1920er und 1930er Jahren auch BMW-Motoren in größerer Stückzahl, ab 1939 begann man sich bei Kawasaki mit dem BMW-6 und den Nachfolgeversionen zu beschäftigen (Nihon Kōkū Uchū 1982:155). Das größte Interesse brachte man aber seitens der beiden Luftwaffen, des Heeres und der Marine, dem Daimler-Benz Motor DB-601 entgegen. Dieser 12-Zylinder-V-Motor in hängender Ausführung mit Flüssigkeitskühlung besaß eine Einspritzpumpe und ein Ladegebläse und hatte im Gegensatz zu den luftgekühlten Motoren eine relativ kleine Front. In Japan besaßen we-

⁷ Ausführl. zum Technologietransfer im Bereich der Luftfahrt vgl. Braun 1986.

der Heer noch Marine einen derartigen Motortyp, und da man keine ausreichende Basis für eine Eigenentwicklung sah, bemühte man sich intensiv um eine Nachbaulizenz. Allerdings stellte die Konstruktion dieses Motors in ihrer Kompliziertheit alles bislang in Japan Vorhandene in den Schatten. Der Vertreter von Kawasaki in Paris, Hayashi Teisuke, der die Verhandlungen mit Daimler-Benz führte, äußerte in diesem Zusammenhang mehrmals, daß ihm der Nachbau, nachdem er die Flugmotorenfertigung bei Daimler-Benz besichtigt hatte, für Japan zu komplex erschiene, weshalb er die herkömmlich konstruierten Junkers-Motoren bevorzugen würde. Letztlich entschied man sich aber doch für den Daimler-Benz Motor, der dann Basismodell für verschiedene Nachbauversionen wurde. Die Lizenz für den Nachbau des Typs DB-600 ging bereits 1937 an Aichi Tokei, die Lizenz für den Typ DB-601 A/B gleichzeitig an die beiden Flugmotorenhersteller Aichi Tokei und Kawasaki, nämlich am 7. Juni 1939 (Geltungsdauer: fünf Jahre; Kosten: 1 Million Reichsmark). Zwei von Kawasaki nach Deutschland entsandte Ingenieure unterwies man zwischen Februar und September 1939 bei Daimler-Benz in vier Abteilungen: der Konstruktion, der Fertigung, der Rohmaterialien und der Fertigungskontrolle. Die aus Deutschland mitgebrachten Pläne wurden in Japan etwas verändert, und die Fertigung des Motors wurde unter der Mithilfe von zwei deutschen Ingenieuren und zwei Meistern 1941 aufgenommen. Zu Forschungs- und Übungszwecken importierte man außerdem insgesamt 16 Motoren (Kawasaki/Shi-shi shiryō 305 – Kawasaki kōkū-ki Vol. 5 (gijutsu) S. 599–602). Bei Kawasaki wurden von diesem Modell (Typenbezeichnung Ha-40) 3360 Stück gebaut (Nihon Kōkū Kyōkai 1975:877), bei Aichi Tokei (dort unter den Typenbezeichnungen Atsuta 20 und Atsuta 30) rund 1600 Stück in den Jahren 1942 und 1943; dann stagnierte dort die Produktion, vor allem aus technischen Gründen.

Die Befürchtungen des Verhandlungsführers von Kawasaki bestätigten sich prompt. Zahlreiche Schwierigkeiten tauchten im Verlauf der Produktion dieses Motors bei beiden Unternehmen auf, wobei Aichi Tokei als das technisch unterlegene Unternehmen erheblich mehr zu kämpfen hatte als Kawasaki. Der Motor selbst war vom technischen Standpunkt her gesehen hervorragend, allerdings dem japanischen Stand der Fertigungstechnik nicht adäquat. Schwierigkeiten bereiteten dabei eher Kleinigkeiten, etwa die Kurbelwellenlager. Die Lagerteile wurden in Deutschland auf automatischen Drehmaschinen gefertigt und poliert, während dies in Japan mit der Hand und häufig in der Kriegszeit durch unzureichend ausgebildete, als Ersatz eingestellte weibliche Arbeitskräfte erfolgte. Außerdem traten bei dieser Technik immer wieder Abweichungen von den vorgegebenen Maßen auf und führten zu Beschädigungen am Lager und letztlich zum Bruch der Kurbelwelle. Auch an anderen Stellen litt die

Fertigung aufgrund mangelnder Präzision durch unzureichend ausgebildete Arbeitskräfte, bei Aichi Tokei allerdings mehr als bei Kawasaki (Itami 1989:191–193). Handarbeit statt Maschinenarbeit, unzureichend ausgebildete Arbeitskräfte, mangelnde Präzisionsarbeit etc. waren somit die Ursache für zahlreiche Störfälle.

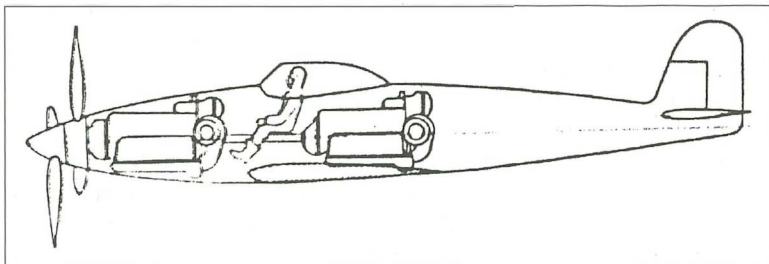


Abb. 1: Hochgeschwindigkeitsflugzeug Ki-64 mit Tandem-Motor Ha 201 (Nihon Kōkū 1990:127).

Deutsche Baumuster beeinflussten eine Reihe anderer Entwicklungen. So versuchte Kawasaki mit Hilfe eines Tandem-Motors (Ha-201, entwickelt auf der Grundlage von zwei hintereinander geschalteten Ha-40), eines besonderen Getriebes und zweier gegenläufiger Propeller ein Hochgeschwindigkeitsflugzeug (700km/h) zu bauen, für das es auch in Deutschland Vorbilder gab. Das Flugzeug (Typ Ki-64) war allerdings nach den Erprobungsflügen erst Ende 1943 einsatzbereit (Abb. 1) (Nihon Kōkū Uchū 1982:156–157). Bei diesem Flugzeug bereiteten z. B. die Propeller-verstellantriebe Probleme, und bei Sumitomo Kinzoku Kōgyō begann man auf der Grundlage der deutschen VDM-Geräte (für die 1940 ein Lizenzabkommen geschlossen worden war, vgl. Nihon Kōkū 1990:356) derartige Antriebe nachzubauen, aber auch eigene Ideen zu verfolgen (Nihon Kōkū Uchū 1982:157). Die immer größer werdenden Schwierigkeiten, die Verbindung für den Technologietransfer mit Deutschland aufrechtzuerhalten und jederzeit auf deutsche Technologie zurückgreifen zu können, führten dazu, daß man sich auf japanischer Seite während der Kriegsjahre mehr und mehr auf eigene Kräfte verlassen mußte und gezwungen war, selbständig nach Lösungswegen zu suchen, z. T. mit Erfolg.

Nicht immer waren es direkte Kontakte zu deutschen Unternehmen, die sich bei der Lösung technischer Probleme als Hilfe anboten. Die Flugmotoren bei Nakajima Hikōki waren von amerikanischen Mustern beeinflusst, trotzdem fand man für auftretende Probleme manche Lösung durch das Studium deutscher Technik. Beim Motor vom Typ „Sakae“ (ab 1933 in großer Stückzahl gebaut), eine Eigenkonstruktion von Nakajima, war neben anderen Unzulänglichkeiten die Kurbelwelle eine besondere

Schwachstelle. Bei den ersten 250 Motoren hatten alleine 50 einen Bruch der Kurbelwelle zu verzeichnen. Durch das Studium deutscher technischer Literatur fand man den Konstruktionsfehler und auch die Lösung des Problems: Eine Kugellagerkugel mußte in der Ölbohrung der Kurbelwelle gelagert werden, wodurch der Druck aufgefangen und der Bruch der Kurbelwelle verhindert werden konnte (Itami 1989:164). Die Kurbelwellenfertigung in Deutschland zu studieren, war dann auch Ziel von Sakuma Ichirō, Ingenieur dieses Unternehmens, der sich 1936/37 u. a. auch bei Krupp für die Kurbelwellenpresse und -schmiede interessierte, vor allem für die Serienfertigung (Katō 1977:129, 135).

Ein Aspekt der technischen Zusammenarbeit muß in diesem Zusammenhang noch hervorgehoben werden: Nicht nur technische Details, sondern auch Informationen über den Produktionsprozeß wurden von den japanischen Ingenieuren in Deutschland gesammelt. Kawasaki hatte z. B. 1939 drei Ingenieure (zwei aus der Fertigung, einen aus der Konstruktion) nach Deutschland gesandt, wo sie während eines etwa zehnmonatigen Aufenthaltes die Produktion von Flugzeugen unter Kriegsbedingungen studieren sollten. Davon ausgehend nahmen Überlegungen zur Umstellung der Produktion in einem Werk von Kawasaki in Akashi ihren Anfang. Dort konnte aufgrund dieser Informationen von der Werkstatt- auf die Fließfertigung umgestellt werden. Damit ergaben sich natürlich auch bei den eingesetzten Maschinen und Anlagen größere Veränderungen (Nihon Kōkū 1990:307). So blieb das Studium von Fertigungsabläufen weiterhin ein bedeutender Punkt. Bei Firmenbesichtigungen von BMW und Junkers sammelten in Deutschland stationierte Heeres- und Marineingenieure Details über die Serienproduktion von Motoren und die Massenproduktion von Einzelteilen, etwa Turbinenschaufeln und Kompressorenblättern etc.⁸

Überblickt man die Bereiche, in denen Technologie aus Deutschland zum Einsatz kam, so wird deutlich, daß sie in den 1930er Jahren verstärkt für die Produktion von Rüstungsgütern angewendet wurde, die als Offensivwaffen dienten. Der Vorrang, den im Denken der japanischen Militärs der Angriff genoß, wird auch aus dem Umstand deutlich, daß man an Defensivwaffen nur wenig Interesse zeigte. Verteidigungsanstrengungen legte man offensichtlich als Schwäche aus. Nur so ist es zu erklären, daß z. B. das Interesse der Marine an Ortungsgeräten zunächst nur schwach ausgebildet war. Erst nach dem Besuch der japanischen Marine-delegation in Deutschland im Frühjahr 1941 drängten die japanischen Militärs, die Forschungen zum Radar zu verstärken. Ein Mitglied der Marineabordnung hatte erste Informationen gesammelt und nach Japan ge-

⁸ German Technical Aid to Japan, p. 63; National Air and Space Museum, Washington.

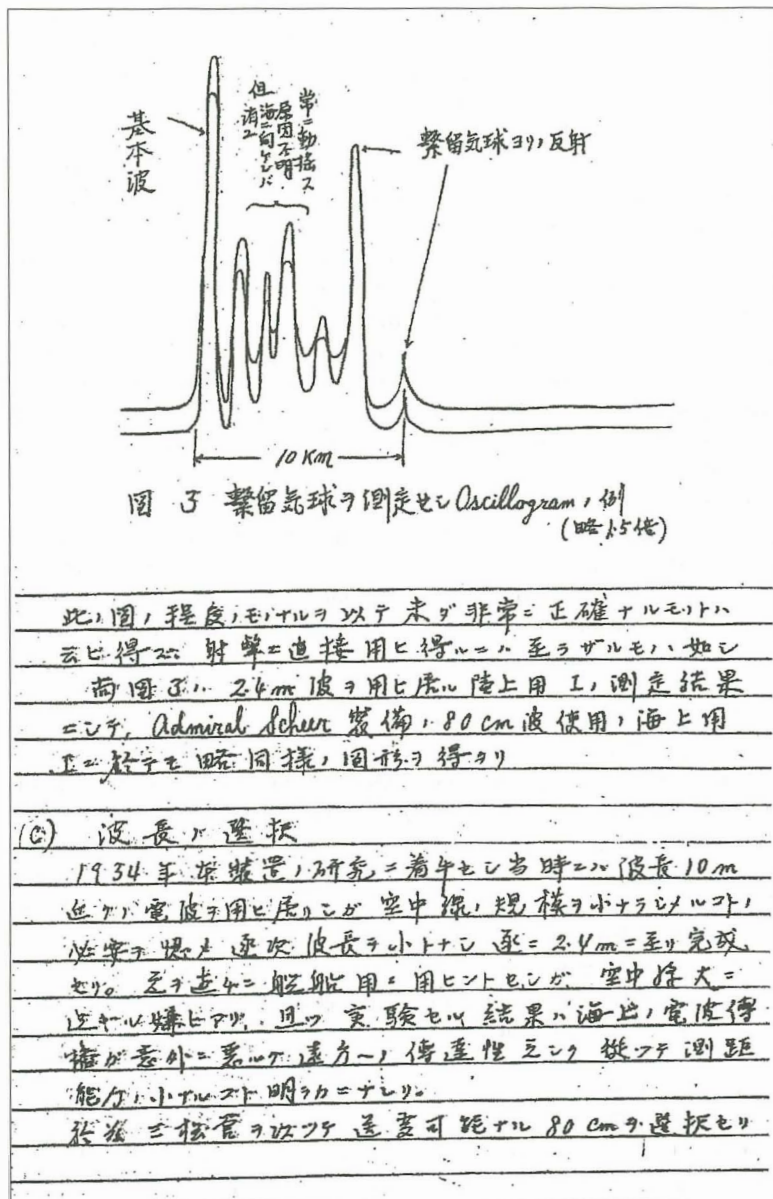
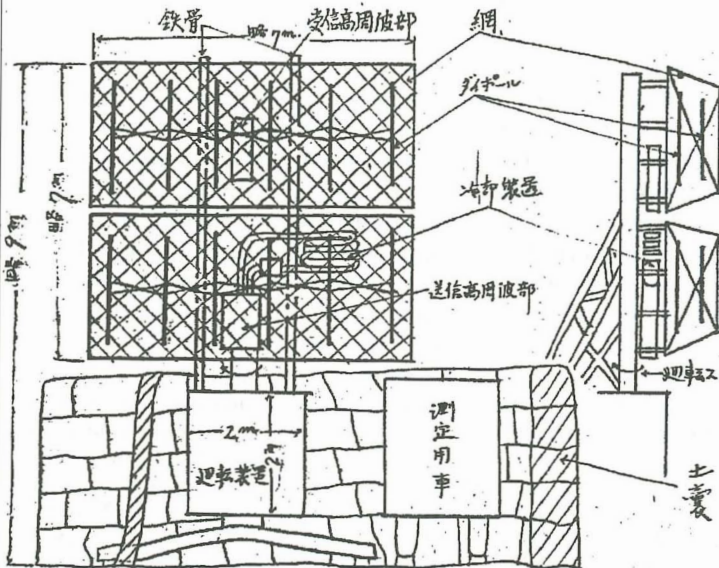


Abb. 2: Zwei Seiten aus dem handschriftlichen Bericht von Itō Yōji zur deutschen Funkmeßtechnik; links die Wiedergabe eines Oscillogramms, rechts der Aufbau der Antennen in der Nähe des U-Boot-Hafens Lorient (Itō 1941).

目下ハ之レニテ満足シ居ルモ、更ニ20 cm 電波ガ本目的ニ良ク用ヒラル可キヲ予想シ目下之ヲ鋭意研究中ナリ

(d) 陸上用

- (イ) I 2.4 m 機、現用、陸上用封空見張
波長2.4mヲ用フルモノナリ。目下英佛海峽戦線共他ニ於テ主用サレ居ルモノハ何レモ之ニシテ独海陸空軍最重要兵器、一ナリ之レガ一ツノ形ハ圖4ニ示サル。



電源自動車ニ於テ装置ヨリ50m距テオク、其ノ間ヲ太キニテ、ケーブルヲ用テ、電線用電線2組ヲ、指揮所トノ連絡、砲台トノ連絡ニ用テ

図4. Lorient 設備、封空装置

bracht (vgl. Abb. 2). Um weitergehende Unterlagen zu erhalten, nahm man Verhandlungen mit der deutschen Marine auf. Dort aber stellte man Bedingungen: Im Gegenzug zur Lieferung bestimmter Unterlagen sollten Rohmateriallieferungen (Gummi, Chinin etc.) aus dem südostasiatischen Raum nach Deutschland erfolgen. Aus diesem Grund begann man daraufhin in Japan, die Entsendung von U-Booten mit entsprechendem Frachtraum zu erwägen (Yoshimura 1972:1:390–391). Auf diese Weise gelang es, die Zusage zur Lieferung deutscher Baumuster von Funkortungsgeräten zu erhalten, aber erst nach zwei fehlgeschlagenen Versuchen konnte 1944 ein deutsches Funkmeßgerät in Japan an Land gebracht werden.⁹ In diesem Bereich lag die japanische Technik einige Jahre zurück; ohne Hilfe aus Deutschland war eine Weiterentwicklung nicht möglich.

6. TECHNOLOGIETRANSFER UND TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT UNTER KRIEGSBEDINGUNGEN

Nach 1941 waren direkter Technologietransfer und der Austausch von Ingenieuren – den man ja, wie die Yomiuri-Zeitung 1941 meldete, mit Hilfe eines eigenen Abkommens zwischen Deutschland und Japan noch forcieren wollte (PRO FO 371 / 27924) – praktisch nur mehr mit Hilfe von Blockadebrechern und U-Booten möglich. Im September 1941 erhielt so z. B. der verantwortliche Ingenieur für die Batterieentwicklung bei Torpedos auf dem in Yokohama liegenden Blockadebrecher *Doggerbank* eine dreitägige Einweisung in die Konstruktion deutscher Torpedos, wobei er

⁹ Der deutsche Ingenieur und Fachmann für Funkortung der Firma Telefunken, Heinrich Foders, war schon ein Jahr früher in Japan angekommen. Eigene Entwicklungen der Japaner waren ortsfest 1941 aufgebaut worden, auf Schiffen wurden sie erstmals im Juni 1942, in der Schlacht von Midway, eingesetzt (Yoshimura 1972:5:397). Für die Weiterentwicklung benötigte man dringend deutsche Technologie. Aufgrund der schlechten Verbindung nach Deutschland konnte aber nur unzureichende Hilfestellung gegeben werden. Der Nachbau bzw. die Entwicklung war behindert durch 1) Mangel an qualifiziertem Forschungspersonal und Technikern, die mit Präzisionsmaschinen umgehen konnten, 2) das Fehlen entsprechender Laboreinrichtungen für Hochfrequenzforschung, 3) Mangel an Isoliermaterial für HF-Zwecke und 4) Mangel an Röhren, Verstärkern etc. für Dezimeter-Wellen (nach einem mündlichen Bericht und schriftlichen Unterlagen aus dem Besitz von Ing. Heinrich Foders, Backnang; Information related to Japanese Aeronautical Industrial Activities and to Japanese Military Aircraft as Reported By German Representatives Stationed In Japan, p. 9; maschinenschriftliches MS im National Air and Space Museum/Smithsonian Institution, Washington).

die Möglichkeit hatte, deutsche mit japanischen Torpedos zu vergleichen (Nihon Kaigun 1979:87–88). Dieser Blockadebrecher hatte auch deutsche Magnet- und Sonarminen als Geschenke nach Japan gebracht. Die Ergebnisse von deren Untersuchungen flossen in die Konstruktion japanischer Typen ein, die dann ab 1944 einsatzbereit waren (Kaigun Suirai-shi Kan-kōkai 1979:283).

Ein Blockadebrecher brachte dann 1942 einen Ingenieur, der Japan über Hohlkörpergeschosse informieren sollte, nach Deutschland mit (IMTFE p. 24535). Danach war der Verkehr zwischen beiden Ländern nur mehr mit Hilfe von U-Booten möglich. Von Japan aus versuchten zwischen 1942 und 1944 insgesamt fünf U-Boote die Verbindung mit Deutschland aufrechtzuhalten, allerdings schaffte nur ein einziges erfolgreich die Hin- und Rückfahrt (NKSS 1979:351). Zahlreiche Fachleute wurden auf diesem gefährlichen Weg nach Deutschland und auch wieder zurück transportiert, um technische Daten für die Rüstungsproduktion nach Japan zu bringen.

Das japanische U-Boot I-30 gelangte im August 1942 zum U-Boot-Hafen Lorient im besetzten Frankreich und nahm zur Heimreise einen japanischen Ingenieur auf, der in Deutschland eine Ausbildung und Schulung in den Funkortungsverfahren erhalten hatte (Yoshimura 1972:2:380–381). Ebenfalls an Bord befanden sich ein Funkmeßgerät „Würzburg“ und zehn „Enigma“-Verschlüsselungsgeräte. Das Boot lief bei der Heimfahrt in der Ausfahrt von Singapur auf eine britische Mine und sank. Zwar waren der Ingenieur in Singapur von Bord gegangen und auch die Enigma-Geräte ausgeladen worden (Nihon Kaigun 1979:349–350), das Funkmeß-Gerät jedoch, das dringend in Japan erwartet wurde, war mitsamt den entsprechenden Unterlagen versunken. Mit Hilfe von Tauchern wurden nach und nach rund die Hälfte der anderen Geräte und zahlreiche Pläne aus dem gesunkenen U-Boot wieder ans Tageslicht befördert und nach Tōkyō gebracht. Das Funkmeßgerät aber blieb verloren bzw. war offensichtlich zerstört worden (Yoshimura 1972:3:392, 398).

Erfolgreicher war das U-Boot I-8, das Ende August 1943 in Brest einlief und mit dem ein Spezialist für Schiffsmotoren nach Deutschland gebracht wurde, um sich dort mit Fragen des Schnellbootantriebs auseinanderzusetzen. Während des Aufenthaltes wurde auf dem U-Boot eine deutsche Ortungsanlage eingebaut, und die Nachrichtenabteilung erhielt im belgischen Ostende mit Hilfe eines Dolmetschers Unterricht in den verschiedenen Ortungstechniken. Auf dem U-Boot erfolgten Umbauten, um Geräte, Maschinen und Pläne nach Japan zu bringen: darunter ein Schnellbootmotor (Daimler-Benz-Entwicklung), eine Vierlingskanone, Funkgeräte mit den entsprechenden Handbüchern (von den Japanern *akahon*, d. h. „rote Bücher“, genannt, weil die streng geheimen Handbücher rot eingeschlagen waren) etc. Mitte September lief das U-Boot nach Japan

aus, an Bord befanden sich neben japanischen Ingenieuren auch drei deutsche Fachleute (Yoshimura 1972:5:399 u. 1972:8:394; I-Hachi 1979:345).

Im Frühjahr 1943 sandte man zwei herausragende Marinespezialisten nach Deutschland, allerdings nur bis in den Indischen Ozean auf einem japanischen U-Boot; dort wechselten sie auf ein deutsches über. Neben einem Spezialisten für die U-Boot-Kriegführung befand sich auch ein Fachmann für den U-Boot-Bau darunter, der zwei seiner Erfindungen der deutschen Marine bekanntmachen sollte (Yoshimura 1972:4:374–375). Nach der erfolgreichen Rückkehr von I-8 sollte I-34 im September 1943 nach Europa auslaufen; dieses Boot wurde aber schon auf der Fahrt von Singapur nach Penang torpediert und sank (Yoshimura 1972:9:438–439). In Penang hätten japanische Ingenieure an Bord gehen sollen, darunter Fachleute zur Beobachtung der Startversuche von V1 und V2, ein Treibstoff-Spezialist für Luftstrahltriebwerke und ein Fachmann für U-Boot-Batterien (Kojima 1978:114).

I-29 traf im Frühjahr 1944 in Brest ein und lief Mitte April wieder Richtung Japan aus. An Bord befanden sich einige japanische Ingenieure, darunter ein Fachmann für Luftstrahltriebwerke, der sich vier Jahre lang in Deutschland aufgehalten hatte, dort die Entwicklung der Me 163 und der Me 262 verfolgt hatte und von diesen Flugzeugen auch zahlreiche Pläne mit sich führte, ein Radarfachmann u. a. Diese Personen gingen in Singapur von Bord und nahmen einen Teil der streng geheimen Unterlagen mit sich, um sie auf dem Luftweg nach Tōkyō bringen zu lassen. I-29 selbst ging dann wenig später mit allen anderen Geräten und den weiteren wichtigen Unterlagen auf der Fahrt mit dem Ziel Kure nach einem Torpedotreffer unter (Yoshimura 1972:12:376–377, 383). So war wieder die Mühe umsonst gewesen. Einzig die wenigen Unterlagen, die man buchstäblich in der Hand tragen konnte, bzw. die in Deutschland gemachten Erfahrungen gelangten nach Japan. Insgesamt waren dies aber zu wenige Muster oder Baupläne, um eine konkrete Hilfe für die japanische Rüstungsindustrie darzustellen.

Noch einmal wurden 1944 japanische Ingenieure nach Deutschland gebracht, darunter hochkarätige Fachleute ziviler Unternehmen, die von der japanischen Marine dienstverpflichtet worden waren. Es handelte sich um Spezialisten für die Bereiche Flugabwehr-Optik, Flugabwehrgeschütze, Kreiselgeräte und Schnellboot-Motoren (Yoshimura 1973:1:409–410), also jene Gebiete, in denen Japan dringend moderne Technologie benötigte. Aus diesen Angaben wird deutlich, mit welch hohem Einsatz Japan hier spielte und wie man selbst das Leben hochkarätiger Wissenschaftler und Ingenieure dem Wagnis einer gefährlichen U-Boot-Reise aussetzte, bei dem – zumindest in den letzten Kriegsjahren – die Hoffnungen, heil ans Ziel zu gelangen, eher gering eingeschätzt werden mußten.

Neben den Ingenieuren und Technikern, die während der Kriegsjahre auf dem gefährlichen Seeweg nach Deutschland kamen, war aber schon seit Mitte der 1930er Jahre die Zahl der ständig anwesenden Japaner stark angestiegen. Die auffällige Präsenz dieser Fachleute, die unermüdlich technische Informationen sammelten, wurde auf deutscher Seite bereits in den frühen 1940er Jahren beklagt. Man fühlte sich ausgenutzt, weil im Gegenzug von Japan – bedenkt man die Fülle des erhaltenen Wissens – zu wenig Gleichwertiges geliefert wurde. Auf japanischer Seite verwies man aber immer wieder darauf, daß man in Berlin eben einen großen Stab von Fachleuten aller Gebiete unterhalte und deshalb in der Lage sei, deutsche Technologie in großem Umfange aufzunehmen. Demgegenüber seien aber deutsche Ingenieure in Japan kaum präsent. Dies deckt sich mit einer Klage des OKM (Oberkommando der Marine) vom November 1943 gegenüber dem Auswärtigen Amt, in der darauf hingewiesen wird, daß die Japaner durch die Marine, aber auch durch ihre zahlreichen Firmenbesuche über fast alle Neuerungen im Bilde seien, die Unterrichtung der deutschen Seite aber durch die in dem Lande des Bündnispartners fehlenden fachlich ausgebildeten eigenen Offiziere und Techniker leide. Das Bedauern wird allerdings mit dem Hinweis etwas abgeschwächt, daß Japan ja technisch rückständig sei und man nur ausnahmsweise etwas benötigen würde (Library of Congress, Manuscript Division, Reel 74).

Betrachtet man die technische Präsenz der Japaner in Berlin im Jahre 1943, so werden die Anstrengungen deutlich, die auf ihrer Seite gemacht wurden: So befanden sich von der Heeresluftwaffe allein vierzehn Offiziere in Berlin, welche die Bereiche Flugabwehr, Funkmessung, Treib- und Schmierstoffe, Ausrüstungen, Bombenhalterungen, Werkzeugmaschinen, Motoren etc. abdecken konnten. Die Marineluftwaffe war mit acht Spezialisten für die Gebiete Flugausbildung, Flugartillerie, Rohstoffe, Werkzeugmaschinen, elektrische Ausrüstungen, Flugzeugfertigung etc. vertreten. Fünfzehn weitere werden mit Namen erwähnt, aber ohne daß eine konkrete fachliche Zuordnung erkennbar ist. Diese Ingenieure tauchten regelmäßig im Rüstungsamt der Luftwaffe auf und holten dort Informationen ein.¹⁰ Zahlreiche Reisen zu dem gleichen Zweck wurden selbst während des Krieges noch unternommen: So besuchten japanische Delegationen z. B. zwischen dem 1. Juni und dem 15. Dezember 1942 allein 52 deutsche Unternehmen, darunter auch BMW und Messerschmitt, wo-

¹⁰ Information related to Japanese Aeronautical Industrial activities and to Japanese Military Aircraft As Reported By German Representatives Stationed in Japan (maschinenschriftliches MS, 1945), p. 147; National Air and Space Museum/Smithsonian Institution, Washington; vgl. auch die Angaben für 1945 bei Yoshimura 1972:2:472.

bei den Gästen umfangreiche Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden.¹¹ Obwohl es kaum noch Möglichkeiten gab, technische Details nach Japan zu übermitteln, nahmen die Bemühungen der japanischen Fachleute, alle nur möglichen Informationen von deutscher Seite zu erhalten, gegen Ende 1944 noch an Intensität zu. Pläne, Baumuster, selbst Filme über Produktionsvorgänge (allerdings zensiert) wurden für den Transport nach Japan vorbereitet bzw. von deutscher Seite freigegeben. Darunter befanden sich technische Informationen über Entwicklungspläne von Flugzeugen für die kommenden Jahre, ganze Flugzeugmuster, Baumuster von Maschinenkanonen, Nachbaurechte für Motoren (z. B. DB 603, Jumo 222), Funkgeräte etc.¹² Selbst in den letzten Kriegstagen war man unermüdlich auf der Suche nach technischen Unterlagen über die deutschen Geheimwaffen. Am 26. März 1945 reisten vom Anhalter Bahnhof in Berlin drei japanische Ingenieure nach Süden ab. Als Spezialisten für Explosivstoffe hatten sie den Auftrag erhalten, in Konstanz das Labor von Prof. Schmidt aufzusuchen, um dort Einzelheiten über die in der V1 eingebauten Batterie zu erfahren, eventuell sogar das Patent und Unterlagen über die Bauweise zu erlangen (Yoshimura 1973:2:472).¹³

Wie sehr man auf japanischer Seite das Kriegsende in Deutschland nahen sah, beweist auch die fast abenteuerlich anmutende Idee, deutsche Fachkräfte, insbesondere Ingenieure mit Kenntnissen auf militärwissenschaftlichen Gebieten, in größerer Zahl mit Hilfe von U-Booten nach Japan „einzuführen“. Mitte 1944 wurde ein derartiger Plan den deutschen Behörden bekannt (NARS, T 82, Roll 92); allerdings ist nicht eruierbar, wie weit er tatsächlich gedeihen konnte.

Der letzte Versuch, deutsche und japanische Ingenieure sowie technische Unterlagen im Frühjahr 1945 auf U-234 nach Japan zu bringen, wurde durch die Kapitulation Deutschlands verhindert. Die beiden an Bord befindlichen japanischen Ingenieure (der Fachmann für den U-Boot-Bau, insbes. Hochgeschwindigkeits-U-Boote, Tomonaga Hideo, der als „Hoffnung“ des japanischen U-Boot-Baus galt, sowie ein Fachmann für Strahltriebwerke) verübten auf der Fahrt in einen amerikanischen Hafen Selbstmord und wurden auf See bestattet (Hirschfeld 1986:357, 366–367). An Bord dieses U-Bootes befanden sich Unterlagen für Funkgeräte, Beutetor-

¹¹ German-Japanese Technical Liaison. Information obtained from captured files of the German Air Ministry. 1945. National Air and Space Museum/Smithsonian Institution, Washington.

¹² Information related ... p. 14; German-Japanese Technical Liaison ... p. 51; National Air and Space Museum/Smithsonian Institution, Washington.

¹³ Eine Bestätigung dieses Unterfangens bzw. eine Nachricht über den Erfolg desselben gibt es allerdings nicht.

pedos, Grundminen, Schiffsgeschütze, Übersichtszeichnungen und Skizzen fast aller U-Boot-Typen der deutschen Marine, Angaben zu neuen Schweißverfahren etc.¹⁴ Nach anderen Angaben sollen sich auch Unterlagen für ein Schnellboot bzw. für ein Strahltriebwerk an Bord befunden haben, die aber vor der Aufbringung versenkt worden waren (Angaben dazu bei Yoshimura 1973:1418).

All diesen Versuchen, während der Kriegszeit mit Hilfe von U-Booten die Kontakte zwischen den beiden Ländern aufrechtzuerhalten, um technische Daten auszutauschen, blieb letztendlich der Erfolg versagt. Die Einzelheiten, die z. B. in Japan eintrafen, waren zudem meist nicht umfangreich genug, um die Bemühungen der eigenen Ingenieure in ausreichendem Maße zu unterstützen. Aus diesem Grunde wurde dann auch nach Kriegsende bei deren Befragungen durch Vertreter der Besatzungsmächte übereinstimmend berichtet, daß nicht nur die Zahl der deutschen Ingenieure, die sich in Japan aufgehalten hatten, relativ gering war,¹⁵ sondern diese auch überwiegend gekommen waren, um in der Produktion Hilfestellung zu leisten, nicht aber, um den japanischen Fachleuten bei Forschungs- und Entwicklungsaufgaben zu helfen. Die wenigen Unterlagen, die man quasi im Handgepäck mitgebracht hatte, da umfangreichere Materialsammlungen der deutschen wie der japanischen Ingenieure per U-Boot transportiert wurden und fast alle verloren gingen, bestanden (nach Aussagen Beteiligten) nur selten aus mehr als einfachen Zeichnungen (etwa vom Turbostrahltriebwerk BMW 003 A, den Flugzeugmustern Me 163, Me 262 u. a.), so daß man damit nur wenig anfangen konnte.¹⁶

Ungeachtet der Schwierigkeiten, gesammelte Informationen heil nach Japan zu bringen, versuchten die in Berlin ansässigen japanischen Fachleute, möglichst viele Daten zu erhalten. Zu diesem Zwecke hatte die japanische Seite immer auch für einen Austausch eigener Technologie ge-

¹⁴ Brief OKM an dt. Marineattaché Tōkyō, 5. Feb. 1945; Library of Congress, Manuscript Division, Reel 74.

¹⁵ Im Gegensatz dazu vermuteten die Alliierten allein im Flugzeugbau rund 40 deutsche Flugzeugtechniker in Japan; vgl. dazu PRO FO 371/27 929.

¹⁶ Es stellt sich allerdings die Frage, ob diese im nachhinein gemachten Äußerungen nicht nur Schutzbehauptungen gegenüber den Siegern gewesen sind. In diesem Zusammenhang vgl. National Air and Space Museum, Information related ... pp. 19–20, 144–145; sowie BIOS/JAP/PR 145 (ATIG report No. 80; 15. Nov. 45). Auch bei Maema (1990:178–179) wird deutlich, daß neben dem personalen Transfer und den Baumustern zusätzlich auch die Beantwortung von technischen Fragen, die in verschlüsselter Form von Japan nach Deutschland übermittelt und dort den deutschen Ingenieuren gestellt wurden, offensichtlich auch die technische Entwicklung, z. B. der Strahltriebwerke (vgl. Nihon Kōkū 1990:131), beschleunigen half.

gen deutsche plädiert und, als dies von dem Partner offensichtlich nicht ganz so ernst genommen wurde, ständig auf die Überlassung von Nachbaurechten gedrängt.

Ein solcher Technologieaustausch sollte in erster Linie die Geheimwaffen betreffen. Ein erster Fall in diesem Sinne fand bereits durch das U-Boot I-30 kurz nach Ausbruch des Pazifischen Krieges statt, wobei die japanische Seite nur wenig zur Verfügung stellte. Den von der deutschen Marine gewünschten, in Japan entwickelten Sauerstofftorpedo¹⁷ wollte die Kaiserliche Marine zunächst nicht herausgeben und bot statt dessen die Technik des Flugzeug-Torpedos an (Yoshimura 1972:1:392–393; Kaigun Suirai Kankōkai 1979:651–653).¹⁸ Erst mit dem U-Boot I-8 ging der Austausch in etwas größerem Umfang vor sich. Japan übergab jetzt einen Sauerstoff-Torpedo, ein Schwebegerät (Gleichgewichtsanlage) für U-Boote, eine Leck-Schutzanlage (für Öl-Tanks von U-Booten), Bauzeichnungen für japanische U-Boote, Übersichtszeichnungen eines Flugzeugträgers sowie von Kreuzern und Küstenschutzbooten, Zeichnungen für ein Periskop etc. (Library of Congress, Manuscript Division, Reel 74). Torpedo, Schwebegerät und Leckschutzanlage wurden als Mustergeräte betrachtet, wobei die deutsche Marine speziell am Schwebegerät Interesse hatte, dem hoher militärischer Wert beigemessen wurde. Alle anderen Unterlagen wurden dem Rahmen des gegenseitigen Erfahrungsaustausches zugeordnet. Mit den vorhandenen Unterlagen war ein Nachbau nicht möglich.

Die japanische Seite dagegen war an Mustergeräten für den Nachbau interessiert, woraus sich nicht selten Schwierigkeiten ergaben. So wurden Tōkyō 1943 zwei U-Boote (Typ IX C, vollständig ausgerüstet, auch mit

¹⁷ Beim Sauerstofftorpedo wird reiner Sauerstoff (unter Druck) als Antrieb verwendet, wobei während des Betriebs nur CO₂ austritt, das durch das Meerwasser sehr schnell zerlegt wird. Dadurch treten kaum Blasen an der Meeresoberfläche auf. Zur Entwicklung des japanischen Sauerstofftorpedos vgl. Kaigun Suirai-shi Kankōkai 1979:26–36.

¹⁸ Japanischen Berichten zufolge sollen sich deutsche Militärs in Tōkyō Anfang 1941 sehr interessiert an dem japanischen Flugzeug-Torpedo (Typ 91) gezeigt haben. Froh über diese Möglichkeit, Deutschland japanische Rüstungsgüter anbieten zu können, wurden von japanischer Seite Vorbereitungen getroffen, eine Gruppe von sechs Torpedo-Fachleuten nach Deutschland zu senden; der Ausbruch des Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion machte diese Pläne allerdings zunichte. Insgesamt 100 Flugzeugtorpedos waren auf zwei Schiffen nach Deutschland verfrachtet worden, wobei allerdings nur ein Schiff mit 50 Torpedos das Ziel erreichte. Diese Torpedos sollen bis Kriegsende in Deutschland unberührt gelagert worden sein. Vgl. dazu Kaigun Suirai-shi Kankōkai 1979:652–653. Zur Entwicklung dieses Flugzeug-Torpedos, der u. a. auch beim Angriff auf Pearl Harbor eingesetzt wurde, vgl. auch Kyū-Ichi-Kai 1985.

den neuesten Torpedos) zum Geschenk gemacht.¹⁹ Die Absicht dabei war, diesen U-Boot-Typ in Japan in größerer Zahl nachzubauen, doch erwies sich dies trotz der drei mitgesandten Fachleute (für den Schiffsrumpf, die Ausrüstung und die Schweißtechnik) als zu schwierig und wurde schließlich aufgegeben. Trotzdem blieb dieser Bootstyp wichtiges Anschauungsobjekt (Yoshimura 1972:7:407; Naitō 1980:121), und die drei deutschen Fachleute gaben während ihres Aufenthaltes in Japan wertvolle Anweisungen für Serienfertigung sowie Ausstattung von U-Booten und Anleitungen im Elektroschweißen sowie bei der Ausrüstung mit Hilfsmaschinen. Zudem machten sie die japanische Seite mit der Technik des vollverschweißten Rumpfes vertraut.²⁰ Weitergehende Folgen hatten Hinweise zur Herstellung von hochfestem Stahl, an dem Japan schon seit mehreren Jahren Interesse gezeigt hatte.²¹ Neben den U-Booten hatte Deutschland auch die Nachbaurechte des Schnellbootmotors von Daimler-Benz und des Thiel-Zünders an Japan abgegeben (Library of Congress, Manuscript Division, Reel 74). Es sah sich deshalb immer als gebender Teil an.

Vertraglich wurde die technische Kooperation zwischen Deutschland und Japan 1943 geregelt. In Zusammenhang mit dem „Vertrag zwischen Deutschland und Japan über die wirtschaftliche Zusammenarbeit“ (unterzeichnet am 20. Januar 1943) stand ein nicht zu veröffentlichendes „Abkommen zwischen Deutschland und Japan über die technische Zusammenarbeit“. Allerdings war dieses nur unzureichend auf tatsächlich ablaufende Vorgänge hin geschlossen. So war es nämlich in Zusammenhang mit den als Geschenke nach Japan gelieferten U-Booten zu einer Diskussion hinsichtlich der Disposition von Nachbaurechten gekommen, da die japanische Seite zunächst Geschenke und Nachbaurechte als Einheit betrachtete.²² Das Auswärtige Amt und auch der japanische Botschafter Ōshima waren aber zunächst übereingekommen, daß Geschenke und

¹⁹ Es waren dies die Boote U-511 und U-1224, die für die Überfahrt die japanische Bezeichnung „Satsuki 1“ und „Satsuki 2“ erhielten. Nach der Übergabe an Japan sollten diese U-Boote mit den Bezeichnungen RO-500 und RO-501 geführt werden. Von den beiden Booten kam nur „Satsuki 1“ (RO 500) 1943 in Japan an, „Satsuki 2“ (RO-501) sank auf der Überfahrt im Atlantik im Mai 1944 (Carpenter/Polmar 1986:126).

²⁰ Über die intensive Untersuchung des U-Bootes und die eingehende Befragung bzw. Hilfestellung der deutschen Ingenieure in der Kure-Werft bzw. im Forschungsinstitut für Marinetechnik (Kaigun Gijutsu-kenkyūsho) in Tōkyō, über die Details bzw. die daran beteiligten Marine-Ingenieure vgl. ausf. Naitō 1980:120–124.

²¹ Diese Technologie war später für die japanische Schiffbauindustrie in der Nachkriegszeit von Bedeutung; vgl. dazu Nihon Zōsen Gakkai 1977:614–615.

²² Aktennotiz 1. Nov. 1943; Library of Congress, Manuscript Division, Reel 74.

Nachbaurechte gesondert zu behandeln seien. Letztere sollten deshalb von Tōkyō bezahlt werden. Allerdings bestand die japanische Seite darauf, „einen möglichst bedingungslosen Austausch an Erfahrungen und Erfindungen ohne Berücksichtigung des rechnerischen Wertes des Objektes“ vorzunehmen.²³ Erst im Januar 1944 ergab sich auf der Grundlage einer Äußerung von Hitler, daß die Bezahlung der Nachbaurechte „unter den Austausch der allgemeinen Kriegserfahrungen und gegenseitigen Hilfeleistung im gemeinsamen Schicksalskampf falle“, ²⁴ eine Klärung der Situation, womit sich die japanische Seite letztlich durchgesetzt hatte.

Um der ständig neu aufflammenden Diskussion über Nachbaurechte, Geschenke, Fragen der Lizenzzahlungen etc. ein Ende zu bereiten, beschloß man die Unterzeichnung einer „Vereinbarung über die gegenseitige Zurverfügungstellung von Nachbaurechten und Rohstoffen zwischen Deutschland und Japan“ (unterzeichnet am 2. März 1944).²⁵ Diese sollte nach entsprechenden Verhandlungen durch ein „Abkommen zwischen dem Grossdeutschen Reich und dem Kaiserreich Japan über kriegswichtige Erfindungen“ ergänzt werden, das im November 1944 zur Unterschrift noch im selben Jahr vorlag. Auf diesbezügliche Rückfragen seitens der Japaner antwortete das Auswärtige Amt am 30. November 1944. Eine weitere (undatierte) Anfrage liegt zwar vor,²⁶ aber ihre Bearbeitung scheint nicht mehr vorgenommen worden zu sein.

Die Vereinbarung vom 2. März 1944 war jedoch Basis für eine Reihe von konkreten Verträgen über die Nachbaurechte zwischen deutschen Unternehmen und dem japanischen Marineministerium. Allein zwischen Juni und September 1944 wurden nachweislich sieben unter Dach und Fach gebracht (mit Zeiss, Kreiselgeräte, Atlaswerke, Elac, S&H, GEMA, Siemens-Schuckert); weitere Vereinbarungen scheinen angestrebt worden zu sein (mit Telefunken u. a.),²⁷ wie die erhalten gebliebenen Unterlagen zeigen.

²³ Vermerk vom 1.11.1943; Library of Congress, Manuscript Division, Reel 74.

²⁴ Brief M Rü an Ob. d. M., 17. Juni 1944; Library of Congress, Manuscript Division, Reel 74.

²⁵ Vgl. dazu Bundesarchiv Koblenz RW 19 Wi/II C 3.3 OKW Wi/Rü Amt.

²⁶ NARS T 179 Roll 74.

²⁷ Contracts between the German Government & the Japanese Navy 1944; Library of Congress, Manuscript Division, Reel 74.

7. ZUSAMMENFASSUNG

Japan war bereits ab 1920 als industrialisierter Staat anzusehen, der allerdings nicht nur in der Produktion, sondern auch in der Technologie nach Unabhängigkeit strebte. Dieses auch durch Ideologen und Politiker propagierte Unterfangen führte zu dem Bestreben, durch Einfuhr ausländischer Technologie alsbald zur Eigenentwicklung schreiten zu können. Es wird deutlich, in welchen Bereichen Japan eine Zusammenarbeit mit dem Ausland anstrebte und fremde Technologie, zunächst die Software, vielfach dann auch die Hardware, importieren mußte. Es waren Produkte, für die bei der Fertigung eine bestimmte Präzision notwendig war. Die dabei zu nennenden Bereiche sind die chemische Technologie einschließlich der Werkstoffe und die elektronische Industrie, daneben aber auch der Maschinenbau, vor allem bezüglich Präzisionsmaschinen und Werkzeugmaschinenbau. Die theoretische Seite dieser Technologien war in Japan bereits bekannt, und die theoretische Handhabung in Forschungseinrichtungen, aber auch in den Unternehmen, bot keine Schwierigkeiten. Dies zeigte sich auch daran, daß die Zahl der wissenschaftlichen japanischen Kräfte, die in den 1930er Jahren ins Ausland gingen, rasch abnahm, so wie auch die Zahl der nach Japan geholten ausländischen Wissenschaftler zurückging. Demgegenüber aber erkannte man immer noch Mängel bei der Umsetzung der theoretischen Kenntnisse in die Praxis. Dies drückte sich in dem unablässigen Bestreben japanischer Unternehmen aus, Fachleute für Verfahrens- und Fertigungstechnik, für die Produktion von Einzelteilen oder ganzen Produkten ins Ausland zu senden oder entsprechende Fachleute nach Japan zu holen, die für ganz bestimmte, oft eng begrenzte Felder Problemlösungen erarbeiten sollten.

Transfer von Technologie und Zusammenarbeit mit dem Ausland erfolgte in dieser Zeit somit in erster Linie auf dem Wege des Personaltransfers. Die Schwachstellen in der Verfahrens- und Fertigungstechnik sowie in den Produktionsabläufen machten einen solchen Weg ganz besonders notwendig, da es sich dabei um Gebiete handelte, die z. T. nur schwer beschrieben werden konnten und zum Teil langjährige, nur auf persönlichem Wege zu vermittelnde Erfahrung erforderten. Um sich solcher Erfahrungen zu bedienen, scheute man sogar während der Kriegszeit keine Mühen, die entsprechenden Personen nach Deutschland zu senden, wo man einen großen Stab exzellenter Fachleute versammeln konnte. An den Entwicklungen in der Kriegszeit läßt sich auch deutlich die Ambivalenz zwischen militärischer und ziviler Nutzung der eingeführten Technologien erkennen. Diese waren ursprünglich nicht selten für die zivile Nutzung vorgesehen, wurden aber von den Streitkräften übernommen, oder

ihre Einfuhr wurde unter dem Druck der Militärs sogar ganz gezielt durchgeführt bzw. durch die militärtechnischen Erfordernisse beschleunigt. Gerade nach 1937 ist dieser Einfluß auf nahezu allen Gebieten deutlich präsent; eine Trennung zwischen zivilem und militärischem Technologietransfer ist kaum mehr auszumachen.

Trotz dieses massiven militärischen Einflusses war in der Nachkriegszeit die für Rüstungszwecke nach Japan eingeführte Technologie sehr wohl auch zivil nutzbar zu machen, sei es im Bereich der Elektronik, des Schiffbaus und selbst auf dem Gebiet der Textilindustrie, sprich Kunststoffindustrie, wo die neuen Erkenntnisse der chemischen Technologie der Kriegszeit für friedliche Zwecke Anwendung fanden. Tatsache ist, daß Japan in den fünfzehn Jahren zwischen 1930 und 1945 zahlreiche Schwachstellen seiner Industrie durch einen derartigen Technologietransfer und die Zusammenarbeit mit ausländischen, besonders deutschen, Unternehmen beseitigen konnte, um sich in der Nachkriegszeit schon bald als gleichberechtigter Partner neben den anderen Industrienationen zu etablieren.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

1. Unveröffentlichte Quellen

- Bundesarchiv, Koblenz, RW 19 Wi/II C 3.3 OKW Wi/Rü Amt.
Bundesarchiv/Militärarchiv, Freiburg, RM 7/1233.
Foders: Bericht und Unterlagen aus dem Besitz von Ing. Heinrich Foders, Backnang.
Gaimushō Gaikō Shiryōkan [Archiv des japanischen Außenministeriums], E 450 7.
Hoechst Archiv, Ordner 194.
IMTFE (International Military Tribunal of the Far East), Proceedings; Imperial War Museum, London.
Kawasaki Archiv, Kōbe; Kawasaki/Shi-shi shiryō 304 – Kawasaki kōkū-ki Vol. 4 (gijutsu).
Library of Congress, Washington; Manuscript Division, Reel 74.
Mannesmann Archiv, Düsseldorf, R4 5357.
NARS (National Archives and Records Service), Washington, Records of former German and Japanese Embassies and Consulates 1890–1945, T 82, Roll 92 u. a.
National Air and Space Museum/Smithsonian Institution, Washington: German Technical Aid to Japan. Prepared by Military Intelligence Service. War Department. Military Intelligence, Washington.

Information related to Japanese Aeronautical Industrial Activities and to Japanese Military Aircraft as Reported By German Representatives Stationed In Japan (maschinenschriftliches MS).

German-Japanese Technical Liaison. Information obtained from captured files of the German Air Ministry. 1945.

PRO/Public Records Office, Kew, Surrey, England; PRO FO 371/27924;
PRO FO 371/27 929.

2. Bücher und Zeitschriften

(bei fehlenden Verlagsangaben handelt es sich um Privatdrucke):

- BIOS/JAP (1945): *Summary report on power plants, turbo superchargers, fuels and lubricants*, BIOS/JAP/PR 145 (ATIG report No. 80; 15. Nov. 45).
- Braun, Hans-Joachim (1986): *Technology-transfer Under Conditions of War: German Aero-Technology in Japan During the Second World War*. In: *History of Technology* (London), No. 11:1–23.
- Carpenter, Dorr & Norman Polmar (1986): *Submarines of the Imperial Japanese Navy*. London: Conway Maritime Press.
- Dai Nihon Seruroido KK (Hg.) (1952): *Dai Nihon seruroido sha-shi* [Geschichte der Dai-Nihon Zelluloid]. Tōkyō.
- Fleschner, Hans (1930): *Der technische Kongreß in Tōkyō*. In: *Japanisch-deutsche Zeitschrift (Nicho-Doku Gakugei)* (Berlin), N.F., 2. Jg., 3. Heft, März 1930:51–54.
- Fuji Denki Seizō KK (Hg.) (1980): *Wada Tsunesuke-san o shinobu* [Erinnerungen an Wada Tsunesuke]. Tōkyō.
- Hirschfeld, Wolfgang (1986): *Feindfahrten*. Gütersloh: Prisma-Verlag.
- I-Hachi Sen-shi Kankōkai (Hg.) (1979): *I-go dai hachi sensuikan-shi* [Die Geschichte des U-Bootes I-8]. Tōkyō.
- Isuzu Deiizeru Gijutsu 50nen-shi Henshū-iinkai (Hg.) (1987): *Isuzu deiizeru gijutsu 50nen-shi* [50 Jahre Diesel-Technik bei Isuzu]. Tōkyō.
- Itami Yoshirō (1989): *Kaigun gijutsu-sha-tachi no taihei-yō sensō* [Der Zweite Weltkrieg eines Marine-Ingenieurs]. Tōkyō: Kōjin-sha.
- Itō Yōji (1941): *Shōwa 16nen kaigun idoku gunji shisatsu-dan chōsa hōkoku* [Bericht über die Reise der Marinedelegation nach Deutschland 1941] (handschriftl. Manuskript). Tōkyō.
- Jentschura, Hansgeorg (1970): *Die japanischen Kriegsschiffe*. München: J. F. Lehmann.
- Jiizeru kiki (Hg.) (1981): *Jiizeru kiki 40nen-shi* [40 Jahre Dieselmotoren]. Tōkyō.
- Kaigun Suirai-shi Kankōkai (Hg.) (1979): *Kaigun suirai-shi* [Geschichte der Marine-Torpedos]. Tōkyō.

- Katō Isamu (1977): *Sakuma Ichirō-den* [Die Lebensgeschichte von Sakuma Ichirō]. Kumamoto.
- Kawasaki Jūkōgyō KK (Hg.) (1959): *Kawasaki jūkōgyō KK sha-shi* [Firmengeschichte der Kawasaki Schwerindustrie AG]. Kōbe.
- Kojima Hideo (1978): U-booto 234 go – Nichi-Doku no misshi [U-234 – Geheimer deutsch-japanischer Auftrag]. In: *Rekishi to jinbutsu* (Tōkyō), 8:112–119.
- Kyū-ichi-kai (Hg.) (1985): *Kōkū gyōrai nooto* [Anmerkungen zum Flugzeug-Torpedo]. Tōkyō.
- LR = *Luftfahrt Report – Typenblätter zur Luftfahrtgeschichte* (Frankfurt/M.).
- Maema Takanori (1990): *Jietto enjin ni toritsukareta otoko* [Die vom Luftstrahltriebwerk besessenen Männer]. Tōkyō: Kōdansha (¹1989).
- Naitō Hatsuo (1980): *Kaigun gijutsu senki* [Kriegsdokumentation der Marinetechnologie]. Tōkyō: Tosho Shuppansha.
- Nihon Aruminium Kōgyō KK (Hg.) (1957): *Sha-shi. Aruminium 55nen no ayumi* [Firmengeschichte – 55 Jahre Aluminium]. Tōkyō.
- Nihon Kaigun Sensuikan-shi Kankōkai (Hg.) (1979): *Nihon kaigun sensuikan-shi* [U-Boot-Geschichte der japanischen Marine]. Tōkyō: Shinkōsha.
- Nihon Kōkū Gakujutsu-shi Henshū-iinkai (Hg.) (1990): *Nihon kōkū gakujutsu-shi (1910–1945)* [Geschichte der Luftfahrtwissenschaft (1910–1945)]. Tōkyō: Maruzen.
- Nihon Kōkū Kyōkai (Hg.) (1975): *Nihon kōkū-shi – Shōwa zenki-hen* (Geschichte der japanischen Luftfahrt – Frühe Shōwa-Zeit). Tōkyō: Nihon Kōkū Kyōkai.
- Nihon Kōkū Uchū Kōgyō-kai (Hg.) (1982): *Nihon kōkū-ki sō-shū – 4, Kawasaki-hen* [Sammlung japanischer Flugzeuge – 4: Kawasaki]. Tōkyō: Shuppan Kyōdō-sha (¹1962).
- Nihon Sanso KK (Hg.) (1966): *Nihon sanso 50nen-shi* [50 Jahre Nihon Sanso]. Tōkyō.
- Nihon Zōsen Gakkai (Komp.) (1977): *Shōwa zōsen-shi I* [Schiffbau in der Shōwa-Zeit I]. Tōkyō: Hara Shobō.
- NKSS (Nihon Kaigun Sensuikan-shi Kankōkai) (Hg.) (1979): *Nihon kaigun sensuikan-shi* [Geschichte der U-Boote in der japanischen Marine]. Tōkyō: Shinkōsha.
- Nippon Kōkan KK (Hg.) (1952): *Nippon kōkan KK 40-nen shi* [40 Jahre Nippon Kōkan AG]. Tōkyō.
- ŌnoSeiji (1981): *I-shoku-ju no sōgō kagaku kōgyō. Asahi kasei kōgyō* [Kleidung – Essen – Wohnen. Eine umfassende Studie: Asahi Kasei Kōgyō]. Tōkyō: Asahi Sonorama.
- OR = *Ostasiatische Rundschau* (Hamburg).

- Ōtsuki Bunpei (1987): *Watashi no Mitsubishi-Shōwa-shi* [Meine Geschichte von Mitsubishi in der Shōwa-Zeit]. Tōkyō: Tōyō Keizai Shinpō-sha.
- Pauer, Erich (1990): Deutsche Ingenieure in Japan, japanische Ingenieure in Deutschland in der Zwischenkriegszeit. In: Josef Kreiner und Regine Mathias (Hg.): *Deutschland-Japan in der Zwischenkriegszeit*. Bonn: Bouvier Verlag 1990, S. 289–324.
- Sumitomo Kagaku Kōgyō KK (Hg.) (1981): *Sumitomo kagaku kōgyō KK-shi* [Geschichte der Sumitomo Kagaku Kōgyō AG]. Ōsaka.
- Yamatake Haneueru (Hg.) (1982): *Yamatake haneueru 75nen shi* [75 Jahre Yamatake-Honeywell]. Tōkyō.
- Yanmaa Deiiseru KK (Yanmar Diesel) (Hg.) (1983): *Nenryō hōkoku – Yanmaa 70nen no ayumi* [70 Jahre Yanmar Diesel]. Tōkyō.
- Yoshimura Akira (1972, 1973): *Shinkai no shisha* [Botschafter der Tiefe]. In: *Bungei shunjū* (Tōkyō), Januar 1972 – März 1973.

IV.
GEISTIG-IDEOLOGISCHE
GRUNDLAGEN
UND KULTURBEZIEHUNGEN

ZUR REZEPTION „HEROISCHER“ DEUTSCHER LITERATUR IN JAPAN 1933–1945

Kimura Naoji

VORÜBERLEGUNGEN

Im Vorwort eines 1976 erschienenen Sammelbandes über die deutsche Literatur im „Dritten Reich“ heißt es: „Drei Jahrzehnte nach der totalen Niederlage des Nationalsozialismus steht die Erforschung seiner Literatur noch in den Anfängen. Während die Geschichts- und Sozialwissenschaften schon sehr bald nach 1945 mit der Analyse der nationalsozialistischen ‚Bewegung‘ begannen und diese Forschungsarbeit kontinuierlich weitergetrieben haben, schloß sich die Germanistik zunächst nur allzu bereitwillig den gesamtgesellschaftlichen Verdrängungstendenzen an, entging sie doch damit auch der eigenen mißliebigen Vergangenheit“ (Denkler/Prümm 1976:7).¹ Wenn auch die Voraussetzungen etwas anders sind, gilt dasselbe weitgehend für die japanische Germanistik, da diese schon seit den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts immer von der deutschen abhängig gewesen und so im Laufe der dreißiger Jahre mehr und mehr unter deren völkischen Einfluß geraten war. Ein jüngerer Germanist veröffentlichte zwar 1978 ein Buch über die deutschen Schriftsteller, die Hitler zur Seite gestanden hatten, und kritisierte im Nachwort die japanischen Germanisten, die in der Kriegszeit die nationalsozialistische Literatur entweder ins Japanische übersetzt oder befürwortet hatten (Ikeda 1978), aber erst in einer 1989 veröffentlichten Berliner Dissertation untersuchte eine japanische Vertreterin des Faches im historisch-gesellschaftlichen Kontext eingehend, welche Rezeption die Literatur des Dritten Reiches in ihrem Lande erfahren hatte (Matsushita 1989). Anlässlich des VIII. Kongresses der IVG (Internationale Vereinigung für germanistische Sprach- und Literaturwissenschaft) in Tōkyō wurde dann 1990 eine Ausstellung über die Geschichte der japanischen Germanistik veranstaltet, und in der zweisprachigen Einführung des Ausstellungskataloges hieß es ausdrücklich: „Seit 1936 wurde die japanische Germanistik von der nationalsozialistischen Propaganda immer stärker bedrängt. Das war ein dunkles Kapitel unserer Germanistik“ (Koshina 1990:35f).

¹ Über die „mißliebige Vergangenheit“ s. auch Voßkamp 1985.

Die Aufgabe, dieses dunkle Kapitel des Faches so weit wie möglich zu beleuchten, fällt jedem Japaner schwer, nicht nur deshalb, weil das ihm zur Verfügung stehende Material nicht ausreicht, sondern auch deshalb, weil das wenige, was er weiß, für ihn sachlich nicht immer durchschaubar und für ihn persönlich manchmal peinlich ist. Ich muß im Zuge meiner Ausführungen von einem deutschen Germanisten sprechen, dessen Goethe-Kommentare ich seit dreißig Jahren ständig benutze, dem ich also wissenschaftlich viel verdanke, und von einem großen japanischen Goethe-Forscher, mit dessen Büchern ich mein Goethe-Studium angefangen habe. Dies führt zu kognitivem Unbehagen und schlechtem Gewissen zugleich. Als Germanist, der jene Zeit nicht unmittelbar erlebt hat, weiß man einerseits zu wenig darüber, um auch nur ein Mosaikbild der damaligen Germanistik zu entwerfen, und andererseits kann man sich nicht kompetent genug fühlen, um ein gerechtes Urteil zu fällen. Methodisch erinnert man sich da an Goethes naturwissenschaftlichen Aufsatz *Der Versuch als Vermittler von Objekt und Subjekt*, in dem u. a. ausgeführt wird, „daß Ein Versuch, ja mehrere Versuche in Verbindung, nichts beweisen, ja daß nichts gefährlicher sei als irgendeinen Satz unmittelbar durch Versuche beweisen zu wollen, und daß die größten Irrtümer eben dadurch entstanden sind, daß man die Gefahr und die Unzulänglichkeit dieser Methode nicht eingesehen hat“ (Goethes Werke 1955: 15). Nach Goethe ist ein jeder Versuch, durch den wir eine von uns gemachte Erfahrung wiederholen, eigentlich ein isolierter Teil unserer Erkenntnis, und durch öftere Wiederholung bringen wir diese isolierte Kenntnis zur Gewißheit. Ebenso könnte man in der Rezeptionsgeschichte noch so viele Einzelfakten zusammenstellen, ohne dadurch zur Gewißheit einer geschichtlichen Erkenntnis zu gelangen.

In moralischer Hinsicht fällt einem eine Aussage Erich Kästners zum Schluß seiner 1958 in Hamburg gehaltenen Rede *Über das Verbrennen von Büchern* ein. Angesichts des Scheiterhaufens hatte er nicht aufgeschrien. Er hatte nicht mit der Faust gedroht, sondern sie nur in der Tasche geballt. Mit diesem bedauernden Bekenntnis also sagt er: „Keiner weiß, ob er aus dem Stoffe gemacht ist, aus dem der entscheidende Augenblick Helden formt“ (Kästner 1968:16). Grund zur Beunruhigung bietet vor allem die Feststellung, daß der Goethe-Kult und die *Faust*-Begeisterung in Japan während der dreißiger Jahre sehr stark ausgeprägt waren, und daß gerade die bedeutendsten Goethe-Forscher unseres Landes sich mehr oder weniger für die deutsche Literatur des Dritten Reiches engagiert haben. Grillparzer hatte davon gesprochen, daß der Weg der deutschen Humanität über die Nationalität zur Bestialität führe (Glaser 1981:16). Warum vermochten die besten Goethe-Kenner diesen Weg nicht zu erkennen? Hatten sie ihn aber doch erkannt, warum haben sie nicht zumindest ihre Landsleute, insbesondere die akademische Jugend, davor gewarnt? Im oben erwähnten Ausstellungska-

talog wird darauf hingewiesen, daß die Nationalsozialisten sehr geschickt verfahren seien, indem sie als ersten Austauschprofessor nach dem Kulturabkommen 1938 Eduard Spranger nach Japan entsandten. Weiter wird aber bemerkt: „Eduard Spranger trat in seinen Vorträgen manchmal für den Nationalsozialismus ein. Obwohl er es gegen seine Überzeugung tat, war das Gesagte gesagt. Die Auswirkungen waren wahrscheinlich groß“ (Koshina 1991:36).² Daß so große Geister wie Kästner oder Spranger unter der nationalsozialistischen Diktatur gegen ihre eigenen Überzeugungen handeln mußten, gibt bei den Nachforschungen viel zu denken. Die seinerzeit schwierige Situation der deutschen Intellektuellen ist allerdings unbedingt zu berücksichtigen (vgl. Scholder 1982).

DIE REZEPTION DER „HEROISCHEN DEUTSCHEN LITERATUR“ IN JAPAN

Nach diesen vorausgeschickten methodisch-moralischen Überlegungen muß man an die prekäre Frage herangehen, wie die sogenannte heroische deutsche Literatur in den Jahren 1933–45 von den japanischen Intellektuellen rezipiert worden ist. Das Wort „heroisch“ wird dabei im Sinne von „volkhaft-kriegerisch“ verstanden und insofern mit der vom Nationalsozialismus bevorzugten Kriegsdichtung gleichgesetzt, als es eine nationalsozialistische Dichtung im eigentlichen Sinne nicht gegeben hat (vgl. Geißler 1965:721). Mit der Aufnahme „heroischer“ Literatur wird außerdem nur ein Teilaspekt der Rezeptionsgeschichte betrachtet, welche die deutsche Dichtung in Japan erfuhr. Diese Rezeption hatte in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts ihren Anfang genommen und in Goethes Säkularfeier von 1932 einen Höhepunkt erreicht (vgl. Brenn/Dillmann 1989; Kimura 1989). Im Jahr vor diesem Jubiläum war dann auch die japanische Goethe-Gesellschaft in Kyōto gegründet worden, damit im Gedenkjahr ein stattliches Goethe-Jahrbuch in japanischer Sprache erscheinen konnte. Als das Japanisch-Deutsche Kulturinstitut Tōkyō ebenfalls eine Festschrift zur Goethe-Säkularfeier herausgab, wandte sich Thomas Mann mit einem Beitrag „An die japanische Jugend“,³ und der deutsche Botschafter Ernst-

² Das Kulturabkommen wurde am 25. November 1938 geschlossen. Spranger war aber bereits im Jahre 1937 in Japan eingetroffen und hielt sich dort anderthalb Jahre auf. Sein Buch *Goethes Weltanschauung* erschien 1943 in der Übersetzung von Yoshio Nakagawa im Fuji-Verlag.

³ Der deutsche Text des in japanischer Übersetzung erschienenen Beitrags von Thomas Mann wurde im Heft 4 „Japanisch-Deutscher Geistesausaustausch“ des Japanisch-Deutschen Kulturinstituts Tōkyō zugänglich gemacht (1932, S. 1–15).

Arthur Voretzsch schrieb im Geiste des weltweiten Goethe-Kultes das folgende Geleitwort:

Vieltausendfältig huldigt in diesem Jahr die Kulturwelt aller Länder Johann Wolfgang von Goethe, dem großen Dichter und Denker, dem Lebensvorbild befreiter Menschlichkeit. In Goethes Gedanken lernen die Völker einander verstehen, um ihn kreisen ihre besten Geister, und festlich offenbart sich in den Ehrungen vor dem verewigten Meister sein gewaltiges Ziel: ihrer aller geistige Einheit.

Die Goethe-Feier ward zur Weltfeier.

An ihr teilzunehmen ist auch Dai Nippon eifrig und sinnvoll am Werke, getreu der sich selbst gestellten großen Aufgabe, im Wettstreit der Völker um die kulturellen Güter in der vordersten Reihe zu stehen.

Hiervon beredte Kunde zu geben, ist vor allem diese Festschrift angetan, in der ideales Streben und weisheitsvolles Tun sich in edler Form verbinden, auf daß unser Wissen um Goethe bereichert werde und das geistige Fundament sich befestige und kristallisiere zu einem metallenen Felsen als der Grundlage echter deutsch-japanischer Freundschaft.

Tokio, am 23. März 1932 (Nichi-Doku Bunkakyōkai henshū 1932:2).

Bis dahin war die deutsche Sprache und Literatur zwar an den japanischen Oberschulen und Universitäten intensiv gelehrt und gelernt worden, aber nicht im Rahmen einer zielbewußten deutsch-japanischen Kulturpolitik. Vielmehr geschah dies im Prinzip freiwillig und aus Bildungsfreude. So waren alle Richtungen der deutschen Literatur von der deutschen Klassik und Romantik bis zum Expressionismus und der Neuen Sachlichkeit in den germanistischen Kreisen vertreten. Wenn ich aber recht sehe, änderte sich die kulturelle Szene plötzlich nach dem Abschluß des Kulturabkommens von 1938 und noch mehr nach dem deutschen Blitzkrieg von 1940. Weltanschaulich war die Veränderung durch die 1938 erschienene Übersetzung von Alfred Rosenbergs *Der Mythos des 20. Jahrhunderts*⁴ und 1939 von *Adolf Hitlers Reden*⁵ vorbereitet worden. Nachdem

⁴ *Nijūseiki no shinwa* (Tōkyō, Chūō Kōronsha 1938), übersetzt von Suita Junsuke und Kamimura Seien unter Mitwirkung von Kunimatsu Kōji. Im gleichen Jahr erschien eine auszugsweise Übersetzung von Marukawa Hitoo im Rahmen einer 15bändigen Serie des Verlages Mikasa Shobō über die moderne Gedankenwelt, die folgende Bände enthielt: Bd. 1: Kierkegaard, Bd. 2: Nietzsche, Bd. 3: Shestov, Bd. 4: Heidegger, Bd. 6: Jaspers, Bd. 7: Scheler und Mannheim, Bd. 8: Simmel und Spengler, Bd. 9: Weber und Schmidt, Bd. 10: Rosenberg, Bd. 11: Pareto, Bd. 12: Bergson, Bd. 13: Gide, Alain und Valéry, Bd. 14: Dewey, James und Russel, Bd. 15: Ortega. Daraus ergibt sich der Stellenwert Rosenbergs in

Hitlers *Mein Kampf* 1925 und in den dreißiger Jahren auszugsweise übersetzt worden war, folgte im Juni 1940, wenn auch nur gekürzt, die erste japanische Ausgabe.⁶ Im Juli 1940 wurde dann von der Deutschen Botschaft Tōkyō eine Auswahl aus dem amtlichen deutschen Weißbuch in japanischer Übersetzung herausgegeben, und zwar unter dem englischen Nebentitel „100 Documents Relative to the Origin of the War“. Drei Monate später erschien ferner ein Handbuch über Deutschland, das in erster Auflage bereits 1936 vorgelegen hatte. Dem japanischen Titel *Doitsu Taikan* war die deutsche Überschrift „Groß-Deutschland, ein Überblick“ beigegeben, und der Botschafter des Deutschen Reiches in Tōkyō, General Eugen Ott, unter dem das Kulturabkommen zustandegekommen war, steuerte zum Geleit den folgenden Text in deutscher und japanischer Fassung bei:

Deutschland hat im bisherigen Verlauf des Krieges Erfolge von so gewaltigen Ausmaßen erzielt, daß ihre Auswirkungen in der Zukunft noch nicht zu übersehen sind. Die Dynamik der nationalsozialistischen Revolution hat im deutschen Volke Kräfte ausgelöst, in deren einheitlichem Einsatz das letzte Geheimnis der deutschen Kriegsführung liegt.

Das vorliegende Buch versucht, diese Gesamtenergien des in all seinen Gliedern mobilisierten deutschen Volkes aufzuzeigen. Es dient damit dem Verstehen zwischen unseren beiden Nationen in einer Zeit, die begonnen hat, das Weltbild von Grund auf zu verändern.

Tokyo, im September 1940 (Senjitokushū *Doitsu taikan*: o. S.).

Das Handbuch, dessen Geleitwort sich in der Grundhaltung von der oben genannten Goethe-Festschrift radikal abwandte und das Deutschland auf diese Weise ausschließlich von siegreich-kriegerischer Seite beschrieb,

den japanischen Fachkreisen. Im Jahre 1939 brachte dann Mudai Risaku im Rahmen einer elfbändigen Serie über Denkströmungen des 20. Jahrhunderts einen von japanischen Fachleuten erläuterten „Totalitarismus“-Band mit Schriften von Vilfred Pareto, Othmar Spann, Giovanni Gentile, Carl Schmitt und Alfred Rosenberg heraus (*Zentaishugi*. Tōkyō, Kawade Shobō 1939). Man muß aber auch den Stellenwert dieses Sammelbandes in der Zusammenstellung des Ganzen erkennen: I. Idealismus, II. Pragmatismus, III. Intellektualismus, IV. Mystik und Symbolismus, V. Fortschrittsglaube, VI. Traditionalismus und Absolutismus, VII. Humanismus, VIII. Totalitarismus, IX. Naturwissenschaften, X. Geisteswissenschaften, XI. Gesamtüberblick.

⁵ Erschienen unter dem japanischen Titel *Nachi to wa nani ka?* [Was ist Nationalsozialismus?], übersetzt von Shōichirō Satō (Tōkyō, Seinen Shobō 1939).

⁶ Näheres über die verschiedenen Übersetzungen von *Mein Kampf* bei Matsushita 1989:78–83.

war mit einem ausführlichen Inhaltsverzeichnis in deutscher Sprache versehen. Nach dem Vorwort von Mitsunaga Hoshio, dem Präsidenten der Nippon Denpō Tsūshinsha, Mitglied des Herrenhauses, gliedert sich das Buch in acht Kapitel. Zur Verdeutlichung soll der Inhalt hier in groben Zügen angegeben werden. 1. Kapitel: Außenpolitik und militärische Handlungen, 2. Kapitel: Heimatfront I (Arbeits- und Sozialpolitik), 3. Kapitel: Heimatfront II (Die Tätigkeit verschiedener Organisationen hinter der Front), 4. Kapitel: Binnenwirtschaft, 5. Kapitel: Außenhandel, 6. Kapitel: Industrie und Gewerbe, 7. Kapitel: Kultur, 8. Kapitel: Aufbauarbeit im neuen Reichsgebiet und in den besetzten Gebieten. Im Anhang sind enthalten: Ein kurzer Überblick über die nationalsozialistische Bewegung; Wichtige Organisationen in Deutschland; Führende Männer in Deutschland;⁷ Deutsch-Japanische Vereinigungen in Japan; Deutsche Firmen in Japan.

Während dieses Handbuch die militärisch-außenpolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Japan in den Vordergrund stellte, sollte die 1941 von General Ōshima Hiroshi, dem japanischen Botschafter in Berlin, eröffnete und von Kojima Takehiko besorgte NS-Reihe zur Verbreitung nationalsozialistischer Weltanschauung in Japan dienen. Es läßt sich nicht belegen, ob alle angekündigten 40 Bände der Reihe im Verlag Ars wirklich erschienen sind. Für acht Bände waren deutsche Verfasser genannt: Klause, Dürkheim, Donat, Saar, Schulze, Eckert, Kiefer und Sekkel, von denen mindestens drei Titel tatsächlich ins Japanische übersetzt wurden.⁸ Die Themen sind auf jeden Fall so mannigfaltig und erstrecken

⁷ Unter diesen sind neben Politikern und Wirtschaftsvertretern auch Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler wie die folgenden genannt: Hans Blunck, Hans Carossa, Wilhelm Furtwängler, Hans Grimm, Martin Heidegger, Ricarda Huch, Hanns Johst, Erwin Guido Kolbenheyer, Max Planck, Wilhelm von Scholz, Eduard Spranger, Richard Strauß und Josef Weinheber.

⁸ Es handelt sich dabei um Klauses *Der Sport des nationalsozialistischen Deutschland*, Dürkheims *Deutscher Geist*, übersetzt von Hashimoto Fumio, und um Jacob Saars *Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung*, übersetzt von Takahashi Kenji.

Im Jahre 1941 wurde zur Verbreitung der Informationen über Deutschland ebenfalls eine japanische Zeitschrift mit dem Titel *Doitsu Kōron* von Nichi-Doku Shuppan-Kyōkai ins Leben gerufen, zu welcher der deutsche Botschafter Eugen Ott das folgende Geleitwort schrieb:

„Ich begrüße auf das lebhafteste den Plan der ‚Nichi-Doku Shuppan-Kyōkai‘, interessierten japanischen Kreisen von Monat zu Monat einen Rückblick auf die politischen, militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Vorgänge im Umkreis des Großdeutschen Reiches zu vermitteln. Was von Tag zu Tag, von Woche zu Woche in vielen losen Blättern zerfliegt und dem Gedächtnis entfällt, wird so noch einmal am Monatsende zusammengefaßt und in den Zusammenhang

sich auf alle Bereiche der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Kunst so vollständig, daß man dem oben zitierten Schlußsatz des deutschen Botschafters aus dem Jahrbuch *Doitsu Taikan* Glauben schenken möchte, eine Zeit habe begonnen, „das Weltbild von Grund auf zu verändern“. Zur Untermauerung der nationalsozialistischen Weltanschauung wurden ansonsten in diesen Jahren nacheinander die japanischen Übersetzungen von Rosenbergs Werken *Blut und Ehre*, *Gestaltung der Idee* und *Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten*⁹ sowie eine auszugsweise Übersetzung von H. S. Chamberlains *Die Grundlagen des Neunzehnten Jahrhunderts*¹⁰ veröffentlicht.

In dieser weltanschaulichen Konstellation war Ishinaka Shōji, Anhänger der sogenannten Japanischen Romantischen Schule, einer der ersten japanischen Germanisten, die sich für „heroische“ deutsche Literatur engagierten. Im Jahre 1939 veröffentlichte er in einer Taschenbuchreihe ein Bändchen über die deutsche Kriegsdichtung (Ishinaka 1939),¹¹ wobei er als Sekundärliteratur u. a. benutzte: Walther Lindens *Volkhafte Dichtung von Weltkrieg und Nachkriegszeit*,¹² Christian Jenssens *Deutsche Dichtung der Gegenwart* (Leipzig/Berlin, Teubner 1936) und Herbert Cysarz' *Zur Geistesgeschichte des Weltkriegs. Die dichterischen Wandlungen des deutschen Kriegsbildes 1910–1930* (Halle/Saale, M. Niemeyer 1931). Umrahmt von einer kurzen Einleitung über den Sinn der Weltkriegsliteratur und

gestellt, in den es gehört.

Aus den zahllosen Einzelnachrichten und der Fülle von Sonderabhandlungen entsteht auf diese Weise ein sinnvolles Gefüge, in dem alles in die eine Richtung weist und auf das eine Endziel ausgerichtet ist: Ein neues besseres Europa. Ich wünsche dem Unternehmen der „Nichi-Doku Shuppan-Kyokai“ vollsten Erfolg“ (Tōkyō, Kogensha 1942, S. 5).

⁹ Diese drei Werke wurden jeweils übersetzt von Kamimura Seien, das zweite von Suita Junsuke und Takahashi Yoshitaka gemeinsam sowie von Noishiki Toshie (Tōkyō, Shintaiyōsha 1944).

¹⁰ Aus der Originalausgabe wurde nur der 2. Abschnitt des 1. Teils von Hoshina Kō unter dem Titel *Shinseikaikan no jinshuteki kiso* [Rassistische Grundlage der neuen Weltanschauung] übersetzt, und zwar als Bd. 10 einer Reihe über die neue Weltanschauung (Tōkyō, Kurita Shoten 1942), in der auch Richard Walter Darrés Buch *Das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse* (1929) unter dem Titel *Minzoku to tsuchi* [Volk und Boden] (Bd. 6) von Okada Sōji ins Japanische übertragen wurde.

¹¹ In dieser „Reihe für Allgemeinbildung“, die Dutzende von kulturellen Themen aufnahm, waren sonst noch enthalten: Niizeki Ryōzōs *Nachisu-Engeki* [Nationalsozialistische Theater] und Haga Tōrus *Eiyū no Seikaku* [Der Charakter des Helden].

¹² In: Zeitschrift für Deutschkunde, 48, 1934 (Leipzig):1–22.

von einer ebenso kurzen Schlußbetrachtung besteht das Büchlein aus neun Kapiteln: 1. Kriegslyrik, 2. Kriegsdichtung des Expressionismus, 3. Bekenntnisbuch, 4. Kriegsepiik der Neuen Sachlichkeit und des Nihilismus, 5. Völkische Kriegsepiik, 6. Memoiren, 7. Briefe von der Front, 8. Literatur der Kriegsgefangenschaft, 9. Literatur der Nachkriegszeit. Es nennt eine ganze Reihe von Dichtern und Schriftstellern. Da es im Anhang darüber hinaus einen Aufsatz von Hermann Feilner mit dem Titel *Deutsche und englische Kriegsepiik* auszugsweise wiedergibt und einschlägige Fachliteratur sowie bereits vorliegende japanische Übersetzungen anführt, erweist es sich als eine gute Einführung in die „heroische“ deutsche Literatur. Ishinaka bezog dann auch eindeutig Position, indem er die expressionistische Kriegsdichtung und die nihilistische Kriegsepiik der Neuen Sachlichkeit rein negativ beurteilte und den goetheschen Geist hinter der völkischen Kriegsdichtung hervorhob. Eine solche Wertschätzung „heroischer“ deutscher Literatur war ohne weiteres möglich, weil Rosenberg als Ideologe des Nationalsozialismus sich oft auf Goethe berufen hatte (vgl. Kimura 1988).

Die Auffassung, daß die deutsche Literatur im Dritten Reich sich mit Goethe leidlich vertrage, scheint auch ein Werk des deutschen Germanisten Erich Trunz bekräftigt zu haben. Sein Buch *Deutsche Dichtung der Gegenwart* (1937) wurde im Jahre 1941 unter dem neuen Titel *Hauptströmungen der nationalsozialistischen Literatur* ins Japanische übersetzt (Trunz 1941)¹³ und erschien im darauffolgenden Jahr sogar als Lehrbuch im deutschen Originaltext. Diese deutschsprachige Ausgabe war mit Einleitung und Anmerkungen von Kimura Kinji, dem einflußreichsten Goethe-Forscher Japans, versehen und eröffnete die sogenannte *Kleine Bücherei Kenkyūshas der deutschen Kultur* (Kenkyūsha Doitsu bunka shōsōsho),¹⁴ so daß

¹³ In dieser *Bücherei für die junge Generation* waren u. a. die Schriften von Karl Haushofer (Bd. 12) und Alfred Rosenberg (Bd. 19) erschienen.

¹⁴ Um den Stellenwert des 1. Bandes zu demonstrieren, werden hier alle in dieser *Kultur-Bücherei* vorgesehenen Titel angeführt: Nach der von Sagara Morio besorgten Ausgabe von Max Müllers *Deutsche Liebe* sollten erscheinen: Franz Grillparzers *Weh dem, der lügt!*, Rainer Maria Rilkes *Geschichten vom lieben Gott*, Gottfried Kellers *Pankraz der Schmoller*, Wilhelm Schäfers *Anekdoten*, Heinrich von Kleists *Prinz Friedrich von Homburg*, Hanns Johsts *Mutter ohne Tod: Deutsche Lieder*, Adalbert Stifters *Bergkristall*, Alfred Bielschowskys *Goethe als Naturforscher*, Hans Carossas *Tagebuch im Kriege*, Max Mells *Volksbuch deutscher Erzählungen*, Gustav Freytags *Die Journalisten*, Goethes *Sprüche in Prosa*, Ludwig Tieckes *Der blonde Eckbert*, Rainer Maria Rilkes *Briefwechsel mit einer jungen Frau*, Franz Grillparzers *Der arme Spielmann*, Conrad Ferdinand Meyers *Das Amulett*, Wilhelm Diltheys *Goethe*, Herbert Eulenberges *Schattenbilder*, Richard Wagners *Ein deutscher Musiker in Paris*, Gottfried Kellers *Die drei gerechten Kammacher*, Theodor

ihr eine besondere Bedeutung zukam. Es war sicherlich ein Unglück für Trunz, daß sein Werk in Japan nachdrücklich für die Propaganda „heroischer“ deutscher Literatur ausgenutzt wurde, und für die japanischen Germanisten muß sich sein Buch, sowohl in deutscher als auch in japanischer Sprache, sehr irreführend ausgewirkt haben, heißt es doch z. B. am Anfang des 2. Kapitels *Der Wandel der bürgerlichen Weltanschauung* im Hinblick auf Erwin Guido Kolbenheyer: „In den Gesprächen der Heimkehrer, welche Dwinger in *Wir rufen Deutschland* schildert, ist stets die Rede von Weltanschauung, Politik, Wirtschaft, mitunter von Geschichte und ganz selten von deutschen Dichtern. Fast nur ein einziger Name taucht mehrmals auf: Goethe. Gewiß macht er es diesen Männern nicht leicht, und gewiß greifen sie nicht zu ihm, weil einst ihre Lehrer ihn ihnen gepriesen. Aber gerade er wird ihnen lebendig als deutscher und abendländischer Geist, er, der gesagt hat, tätig zu sein sei des Menschen erste Bestimmung, er, der eine Weltanschauung der rastlosen Entwicklung und naturgesetzten Entfaltung schuf und der Ehrfurcht vor dem, was unter uns und über uns ist“ (Trunz 1941:25f).

Es spricht für Erich Trunz, daß er damals Goethe als *den* abendländischen Geist bezeichnet hat. Unmittelbar nach dem Krieg schloß ein französischer Germanist seinen Vortrag in Mainz mit einem ganz ähnlichen Urteil: „Überindividuell, überparteilich, übernational dachte Goethe. Dies ist die erste Voraussetzung zum Aufgang des Abendlandes“ (Boucher 1947:26). Es war aber gefährlich, daß Trunz auf Goethes Weltanschauung der naturgesetzten Entfaltung hinwies, weil sie so leicht im Sinn von „Blut und Boden“ uminterpretiert werden konnte. Der Autor berichtete im Anschluß an das obige Zitat, daß Frontkämpfer den *Faust* mitgenommen hätten, und vertrat im Schlußkapitel *Von den Wegen zur Einheit* die Auffassung, ein neues Bild des Menschen sei im Entstehen. Er bemerkte dazu: „Dieses Lebensgefühl erkennt unsere Gegenwart als verwandt dem altgermanischen Glauben ... verwandt Luthers Streben zu Gott ... und verwandt Goethes Lebensauffassung und seinem Bild von dem, der ewig strebend sich bemüht“ (Trunz 1941:96f). Durch eine solche Aussage hat Trunz leider der *Faust*-Ideologie in Japan, die sich genauso verhängnisvoll wie in Deutschland auswirkte, Vorschub geleistet, wahrscheinlich ohne es selbst zu wissen. Sein Einfluß ist bei Kimura Kinji zu spüren.

Dieser war seit 1932 Professor der Germanistik an der Kaiserlichen Universität Tōkyō und galt seinerzeit sowohl wegen seines angesehenen

Storms *Von Jenseits des Meeres*, Adalbert Stifters *Heidedorf*, E.T.A. Hoffmanns *Des Veters Eckfenster*, Carl Hiltys *Das Geheimnis der Kraft*, Friedrich Nietzsches *Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben*, Arthur Schopenhauers *Über Lesen und Bücher*, Paul Ernsts *Volk und Dichter*.

Lehrstuhls als auch wegen seiner Goethe-Forschung als der bedeutendste Vertreter seines Faches. In den Jahren 1920–1923 hatte er in Berlin bei Julius Petersen studiert und bildete nach der Rückkehr einen Kreis hervorragender Schüler um sich. Er widmete sich als wissenschaftlicher Autor vor allem der Goethe-Forschung und veröffentlichte mehrere Bücher zum Thema, die eine Synthese von Goethe-Philologie und geistesgeschichtlicher Betrachtung darstellten. Symptomatisch war aber, daß sein größter Bucherfolg, *Der junge Goethe* (1934), auf einem Bild beruhte, das er im Gefolge des damals in Deutschland verbreiteten Goethe-Kults und des Ideals vom faustischen Streben entwarf. Obwohl Kimura als religiöser Mensch den deutschen Dichter und dessen Hauptwerk *Faust* immer wieder buddhistisch zu interpretieren versuchte (vgl. Ashizu 1990), gingen aus seiner Goethe- bzw. Faust-Auffassung immer stärker nationalistische Auswirkungen hervor. Schließlich schrieb 1942 ein Schüler von ihm, Tomino Yoshikuni, in der Nachfolge von August Raabes Schrift *Goethes Sendung im Dritten Reich* (Bonn, Röhrscheid: 1934) ein äußerst kritikwürdiges Buch (Tomino 1942), in dem Goethe als geistiger Vorläufer Hitlers vorgestellt und der deutsche Nationalsozialismus für die Selbstlosigkeit in der japanischen Gesellschaft in Anspruch genommen wurden. Der Autor fand in Goethes Idee der Ehrfurcht, wie sie in *Wilhelm Meisters Wanderjahren* dargestellt ist, ein zeitgemäßes Erziehungsprinzip. Er hatte bereits ein Jahr zuvor ein Buch *Pädagogische Provinz* (Tomino 1941) verfaßt. Es kommt den heutigen Goethe-Forschern wie ein Alptraum vor, daß damals in der japanischen Germanistik eine solche Symbiose von Goethes Humanität und faschistischer „Nationalität“ – im Sinne Grillparzers – tatsächlich möglich war. Die Bestialität des Kriegs lauerte damals schon im Hinterhalt.

Freilich war Kimura Kinji in der Goethe-Forschung philologisch zu gründlich ausgebildet, um unwissenschaftliche Bücher zu schreiben. Vielmehr gründete er einige Fachzeitschriften sowie germanistische Monographien-Reihen und beschäftigte seine tüchtigen Schüler als Übersetzer für klassische und zeitgenössische Werke der deutschen Literatur. Noch Anfang der dreißiger Jahre ließ er aus dem von Emil Ermatinger herausgegebenen Sammelband *Philosophie der Literaturwissenschaft* (Berlin, Junker & Dünhaupt 1930) einzelne Aufsätze von Ermatinger selbst, Julius Petersen, Franz Schultz, Joseph Nadler, Fritz Stich u. a. ins Japanische übersetzen. Im Jahre 1934 veröffentlichte Kimura eine Abhandlung über die Methode zur Erforschung der ausländischen Literatur, wobei er als benutzte Fachliteratur u. a. angab: Oskar Bendas *Der gegenwärtige Stand der deutschen Literaturwissenschaft*, Julius Petersens *Die Wesensbestimmung der deutschen Romantik* sowie Werner Mahrholz' *Literargeschichte und Literaturwissenschaft*. Zehn Jahre später setzte er sich jedoch für die Kultur-

politik des nationalsozialistischen Deutschland ein und verfaßte das Geleitwort zu dem propagandistischen Werk eines Botschaftsbeamten. Es handelte sich dabei um das 1944 in deutscher und japanischer Fassung erschienene Buch von Hermann Schäfer *Deutsche Dichter der Gegenwart. Ihr Leben und ihre Werke*, das *expressis verbis* „den japanischen Freunden des deutschen Buches“ gewidmet war und in dem alle japanischen Übersetzungen aus der „heroischen“ deutschen Literatur bibliographisch aufgeführt waren. Es gilt also dieses Geleitwort genau zu untersuchen, um die nunmehr ideologisch engagierte Einstellung Kimura Kinjis kennenzulernen. Autoritär wie auf seinem Katheder beginnt er folgendermaßen:

Die deutsche nationale Revolution des Jahres 1933 gab auch der deutschen Dichtung ein neues Gesicht, ein neues Wesensgefüge. In der Geschichte der Weltliteratur gibt es meiner Ansicht nach kaum ein ähnliches Beispiel für eine so klare, entscheidende Wendung, wie sie sich seit diesem Jahre in der deutschen Dichtung vollzogen hat. Freilich ist diese Wendung nicht etwa auf einen plötzlichen Gesinnungswandel der deutschen Dichter zurückzuführen, als hätten sie über Nacht ihre Haltung geändert und ihre Dichtung bewußt den neuen politischen Machtverhältnissen angepaßt. Wenn das der Fall wäre, so wären alle die deutschen Dichter der Gegenwart keine echten Dichter, sondern lauter politische Propagandisten, die ihr künstlerisches Gewissen vollkommen eingebüßt hätten. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Sie wirkten schon seit vielen Jahren als wahre Dichter des Volkes in der Stille. Das zeigen am beredtesten die langen Reihen ihrer Werke von unvergänglicher Schönheit. Sie schöpften ihre Kraft aus Heimat und Volk, hier hatten sie die Wurzeln ihres Schaffens (Kimura in Schäfer 1944:I).

Kimura Kinji findet offensichtlich eine politische Anpassung der Dichter an die Macht verwerflich und nennt solche Dichter politische Propagandisten. Wendet man diese Kriterien auf ihn selbst an, so muß er sein Geleitwort aus eigener Überzeugung heraus geschrieben haben. Gewisse Differenzen bestehen allerdings zwischen der deutschen und japanischen Fassung, und es läßt sich nicht mehr ermitteln, woher sie stammen. In der ein halbes Jahr früher erschienenen japanischen Version¹⁵ war nach dem Nebensatz „Wenn das der Fall wäre“ eine Bemerkung eingeschoben: „was im Ausland, besonders in den anglo-amerikanischen Ländern zwecks Propaganda absichtlich betont wird.“ Im letzten Satz war dann

¹⁵ Heruman Shēfā: *Gendai no Doitsubungaku (sakka to saku hin)* [Deutsche Literatur der Gegenwart (Autoren und Werke)]. Tōkyō, Kaiseikan 1944 (übersetzt von Inaki Katsuhiko).

von Heimat und Volk keine Rede, sondern es hatte geheißen: „Unter ihnen befanden sich etliche, die ihre literarischen Anfänge schon vor dem Ersten Weltkrieg angetreten und ihren Stil nicht urplötzlich geändert, sondern vielmehr aufrecht erhalten haben.“ Immerhin arbeitete er schon lange in seiner literaturwissenschaftlichen Lehrtätigkeit mit den Kategorien von „gesund“ und „krank“ und hielt Goethe für das Heilmittel gegen Dekadenz oder Marxismus, zumal der Antikominternpakt zwischen dem Deutschen Reich und Japan 1936 zustande gekommen war. Deshalb kommt er konsequenterweise zu einem positiven Werturteil der angeblich gesunden volkhaften Dichtung. So fährt er in seinem Plädoyer fort:

Diese Dichter waren die Wegbereiter der deutschen Volksdichtung von heute, die schon seit der Jahrhundertwende vergeblich um ihre Anerkennung rang und besonders in der Nachkriegszeit vom krampfhaften Gelärm der Tagesliteratur übertönt wurde, in der dekadente, genußsüchtige und materialistisch gesinnte Literaten die Hauptrolle spielten. Als aber die Kraft der nationalsozialistischen Idee diese Fesseln zerschlug, lag mit einem Male das wahre Antlitz deutscher Dichtung klar vor den Augen der Welt, und so konnte dann im Ausland oft der Eindruck entstehen, als sei in Deutschland urplötzlich eine ganz neue Dichtung entstanden. Führende deutsche Dichter der Gegenwart, wie Paul Ernst, Binding, Kolbenheyer, Grimm, Griese oder Dwinger, sind daher nicht, wie böswillige Kritiker und Gegner im Ausland oft behaupten, Marionettenfiguren der nationalsozialistischen Regierung, sondern Künder und Gestalter der Idee des Reiches, die in langen, mühevollen Jahren ihren Kampf durchfochten und mitschufen an der Verwirklichung des Großdeutschen Reiches (Kimura in Schäfer 1944:If).

In der deutschen Fassung ist es die Kraft der nationalsozialistischen Idee, die das seit der Jahrhundertwende verdunkelte Antlitz deutscher Dichtung wieder hervortreten ließ. In der japanischen Fassung aber war diese dichterische Erneuerung auf die Säuberung zurückgeführt, welche die deutsche nationale Revolution in allen Schichten des Lebens, folglich auch in der literarischen Welt, vorgenommen habe. Jene politische Säuberung stelle also keine Revolution im gewöhnlichen Sinne dar, sondern sie befreie das deutsche Nationalleben und den deutschen Geist von allen Flecken. So seien jene führenden Dichter der Gegenwart dann auch von Anfang an an dieser Säuberung beteiligt gewesen und würden daran tatkräftig mitarbeiten, was nicht vergessen werden dürfe. Es falle einem Ausländer schwer, solche Umstände richtig einzuschätzen. Kimura Kinji aber schrieb diesen Mangel nicht nur den technischen Schwierigkeiten zu, bi-

bliographische Hinweise zu erhalten, sondern auch dem jüdischen Kapitalismus des Buchhandels:

Daß das wahre Wesen der heutigen deutschen Dichtung im Ausland so oft verkannt werden konnte, hat mannigfache Ursachen. Ein wichtiger Grund ist der, daß man die dichterischen Werke eines anderen Landes meist nur durch Zeitungen und Zeitschriften kennenlernt, die in Form von Inseraten, Kritiken oder Empfehlungen naturgemäß einen starken Einfluß auf den Leser ausüben und sein Urteil maßgeblich beeinflussen. Diese Presseberichte und Zeitschriftenartikel legt er seiner Buchauswahl zugrunde, in ihnen sucht er die entscheidende Strömung der fremden Literatur zu finden und wählt danach die ihn interessierenden Werke aus. Zu bedenken ist aber dabei, daß diese Veröffentlichungen vor 1933 stark unter der Herrschaft des Judentums standen und daher keinesfalls das wahre Wesen der deutschen Dichtung widerspiegeln. Auch wir in Japan waren eine Zeitlang diesem unechten Einfluß ausgesetzt (Kimura in Schäfer 1944:II).

Aus dem angeführten Grund ist es begreiflich, daß Kimura Kinji den Versuch Hermann Schäfers, „dem japanischen Publikum ein getreues Bild der volkhaften Dichtung des Großdeutschen Reiches unter Nennung der echten Dichter und Werke zu vermitteln“, dankbar begrüßte. Auffällig ist seine antisemitische Bemerkung, die in der japanischen Fassung noch greller zum Ausdruck kommt. Hermann Schäfer selbst hat in seinem Vorwort nichts davon erwähnt. Er wollte angeblich nur dem Bedürfnis des japanischen Publikums entgegenkommen und bedankte sich bei seinem japanischen Freund für dessen Unterstützung: „Seit dem Ausbruch des gegenwärtigen Freiheitskampfes Japans und Deutschlands ist das gegenseitige Interesse für die geistigen und kulturellen Leistungen beider Völker außerordentlich gewachsen. Besonders trifft das für die Dichtung Großdeutschlands zu; denn man möchte in Japan Bescheid wissen über all das, was das deutsche Volk während der letzten entscheidenden drei Jahrzehnte in Kampf, Leid, Läuterung und Freude bewegt hat und fortgesetzt bewegt“ (Kimura in Schäfer 1944:V). Im allgemeinen wird gesagt, daß die Japaner, die ja nach Hitler keine Arier sind, während der Kriegszeit keinem Antisemitismus gehuldigt haben. Ihre Verehrung von Albert Einstein, der 1922 auf Besuch nach Japan kam, war so groß, daß noch in den Jahren 1936–37 vier japanische Physiker Einsteins *Gesammelte Werke* in vier Bänden auf japanisch herausgegeben haben (vgl. Friese 1987 und 1990). Kimura Kinji aber scheint relativ früh in Auseinandersetzung mit der Dekadenz-Literatur und dem marxistischen Materialismus eine antibürgerliche Position bezogen zu haben. In einem 1940 erschienenen Büch-

lein *Japanischer Geist und deutsche Kultur* hatte er sich schon deutlich genug darüber geäußert:

Man sehe sich Hauptwerke der neueren deutschen Literatur von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zur jüngsten nationalen Revolution an. Ihr repräsentativster Schriftsteller ist der Nobelpreisträger Thomas Mann. Wie steht es mit der von ihm dargestellten Welt, mit ihrem repräsentativsten Werk *Die Buddenbrooks*? Jetzt ist er gewiß nur ein Dichter im Exil. Im alten Deutschland war er der am meisten gefeierte Dichter. Seine Flucht ist gleichsam als Abschied des neuen Deutschland vom alten Deutschland anzusehen. Er ist kein Jude, sondern vielmehr ein echter Arier. Er kann aber den Willen des neuen Deutschland nicht verstehen. In Amerika schreibt er immer noch über den Sieg der Demokratie. Man könnte ihm wohl die Treue zum eigenen Standpunkt zuerkennen, aber er ist das Musterbeispiel für einen Liberalen, der den Willen des Volkes nicht zu verstehen vermag. Auch wenn man ein dekadentes Leben, das aus einem kapitalistischen System entsteht, und dazu noch die gedankliche Entwicklung eines Intellektuellen darstellt, ist kein Wille, keine Schöpfung vorhanden. Es ist nur weit und breit und kann keine Zeit, keine Schärfe, keinen Willen daraus gewinnen, ganz zu schweigen von sonstigen Werken der Juden oder von pazifistischer Literatur (Kimura 1940:41f).

Wenn der Meister eine derartige Einstellung zeigt, haben die Schüler zu folgen und die Kollegen mitzuhelfen, auch wenn sie nicht so fest überzeugt sind wie er. Von 1933–45 haben viele junge Germanisten durch Vermittlung Kimuras oder seiner Kollegen Werke der volkhaften Dichtung fleißig ins Japanische übersetzt, schätzungsweise 130 bis 150 Titel (vgl. Matsushita 1989:109), Sachbücher nicht mitgerechnet. Ein Beispiel dafür ist die 1942 von Jinbō Kōtarō zusammengestellte Anthologie nationalsozialistischer Lyrik mit insgesamt 115 Gedichten. Darin haben die nachstehend genannten Dichter Aufnahme gefunden: Heinrich Anacker, Rudolf Bach, Gerhart Baron, Max Barthel, Hans Baumann, Richard Billinger, Rudolf G. Binding, Friedrich Bischoff, Herbert Böhme, Georg Britting, Wolfram Brockmeier, Karl Bröger, Hermann Claudius, Fritz Diettrich, Dietrich Eckart, Gerrit Engelke, Heinrich Frank, Hanns Johst, Friedrich Georg Jünge, Martin von Katte Zolchow, Paul Anton Keller, Erwin Guido Kolbenheyer, Max Kommerell, Hjalmar Kutzleb, Gertrud von Le Fort, Johannes Linke, Eberhard Meckel, Herybert Menzel, Eberhard Wolfgang Möller, Bōrries Freiherr von Münchhausen, Hans-Jürgen Nierentz, Josef Georg Oberkofler, Ferdinand Oppenberg, Peter Rosegger, Baldur von Schirach, Reiner Schlösser, Friedrich Schnack, Bodo Schütt, Gerhard Schumann,

Martin Simon, Heinz Steguweit, Hermann Stehr, Ludwig Tügel, Franz Tumler, Will Vesper, Georg von der Vring, Josef Weinheber, Julian Will, Otto Wohlgemuth, Heinrich Zillich und einige andere (vgl. Matsushita 1989:153).

Es stehen also noch heute bekannte Namen neben längst vergessenen. Die Träger der letzteren sind nur noch zu ermitteln entweder bei Schäfer (1944) oder Lennartz (1940). Der Herausgeber Jinbō Kōtarō gehörte der „Japanischen Romantischen Schule“ an. Er legte 1948 für die Goethe-Feier im darauffolgenden Jahr Eckermanns *Gespräche mit Goethe* in japanischer Übersetzung vor und sprach im Vorwort von Eckermann als dem Apostel des heiligen Goethe. Die Übersetzer, Nojima Masanari, Takahashi Yoshitaka, Kondō Keiichi, Fujikawa Hideo u. a. haben sich auch schon bald von den völkischen Dichtern distanziert und sich den einst quasi verbotenen Schriftstellern wie Sigmund Freud, Hugo von Hofmannsthal usw. zugewandt.

Das zweite Beispiel für die Verbreitung „heroischer“ deutscher Literatur in Japan ist die in den Jahren 1941–44 in Angriff genommene, groß angelegte Romanreihe *Deutsche Nationaldichtung der Gegenwart*. Sie enthielt Übersetzungen der folgenden Werke, doch scheinen die beiden letzten Titel nicht mehr erschienen zu sein:

- Bd. 1 Friedrich Griese: *Die Wagenburg* (Übers. Kunimatsu Kōji)
- Bd. 2 Karl Heinrich Waggerl: *Das Jahr des Herrn* (Übers. Wakabayashi Mitsuo)
- Bd. 3 Hans Fallada: *Altes Herz geht auf die Reise* (Übers. Ishikawa Keizō)
- Bd. 4 Friedrich Schnack: *Sebastian im Wald* (Übers. Usui Takejirō)
- Bd. 5 Will Vesper: *Das harte Geschlecht* (Übers. Saitō Hisao)
- Bd. 6 Erwin Guido Kolbenheyer: *Amor Dei* (Übers. Tezuka Tomio)
- Bd. 7 Ernst Wiechert: *Das einfache Leben* (Übers. Katō Ichirō)
- Bd. 8 Karl Benno von Mechow: *Vorsommer* (Übers. Harada Ikuzō)
- Bd. 9 Josef Magnus Wehner: *Sieben vor Verdun* (Übers. Wada Yōichi)
- Bd. 10 Max Mell: *Die Nympe am Rhein* (Übers. Minami Junzō)
- Bd. 11 Hermann Stehr: *Der Heiligenhof*. 2 Bde. (Übers. Naruse Kiyoshi und Abe Rokurō)

Die beiden Herausgeber, Komaki Takeo und Naruse Kiyoshi waren bedeutende Germanisten, die sich u. a. mit der deutschen Romantik und dem Sturm und Drang beschäftigt hatten. Von den jüngeren Übersetzern sind Tezuka Tomio und Kunimatsu Kōji Nachfolger Kimura Kinjis auf dem Lehrstuhl an der neu strukturierten Universität Tōkyō geworden. Nach dem Krieg ist Tezuka als Forscher über George, Rilke, Hölderlin usw. aufgetreten. In der gleichen Zeit haben zwei andere Schüler Kimura Kinjis, Takahashi Kenji und Takahashi Yoshitaka, nicht nur zahlreiche

Übersetzungen klassischer und moderner deutscher Literatur, sondern auch eigene Bücher veröffentlicht, in denen größere oder kleinere Aufsätze, Essays und Rezensionen über die deutsche Literatur im Dritten Reich enthalten waren. Da die beiden Wissenschaftler in den dreißiger Jahren in Deutschland studiert hatten, waren sie über die damalige Zeit bestens informiert.

Takahashi Yoshitakas 287 Seiten starkes Werk *Nachisu no bungaku* [Nationalsozialistische Literatur] (Tōkyō, Makino Shoten 1941) dürfte das einzige Buch sein, das es unternommen hat, die volkhafte Dichtung umfassend darzustellen. Was er über „Blut und Boden“ schrieb, war „im Grunde nichts anderes als eine Zusammenfassung der einschlägigen deutschen Fachliteratur“ (Matsushita 1989:114). Was für einen Eindruck der deutsche Bauernroman damals in Japan gemacht hat, geht aus Kunimatsu Kōjis Einführung zu dem von ihm übersetzten Roman *Die Wagenburg* hervor. Er spricht von einer mythischen Kraft in diesem Roman und sagt:

Man bewundert die neue deutsche Naturwissenschaft, übernimmt von dort die Technik und ahmt die Organisation nach. Man spricht aber nicht viel davon, was sie hervorgebracht hat und zur schöpferischen Quelle des nationalsozialistischen Deutschlands geworden ist. Ich glaube, die Kraft, welche *Die Wagenburg* Grieses durchdringt, ist es, die dazu getrieben hat, den jetzigen nationalsozialistischen deutschen Staat entstehen zu lassen und nationalsozialistische Naturwissenschaft und Technik sowie militärische Macht und politische Organisation hervorzubringen. In diesem Sinne ist es wohl begründet, daß Griese seinen Roman der deutschen Jugend gewidmet hat (Gurize 1941:12f).

Als Literaturhistoriker holt Takahashi Yoshitaka sehr weit aus. Im Vorwort seines Werkes wirft er kurz die Frage nach der Wesensbestimmung der nationalsozialistischen Literatur auf und gliedert seine Ausführungen wie folgt. 1. Kapitel: Aus der Welt der Jahrhundertwende, 2. Kapitel: Naturalismus und Neuromantik; 3. Kapitel: Nationaldichtung, 1) Heimatdichtung, 2) Metaphysische Grundlegung der Nationaldichtung, 3) Weltkrieg und Gemeinschaftsbewußtsein, 4) Blut und Boden als Geist, 4. Kapitel: Literatur der Revolutionsgeneration: 1) Romane, 2) Dramen, 3) Gedichte.

Im Nachwort erklärt Takahashi aber etwas überraschend: „Beim Schreiben der neueren deutschen Literaturgeschichte sehen wir uns besonders vor ein heikles Problem gestellt. Es ist die Frage, wie wir jüdische Schriftsteller wie Heine, Hofmannsthal, Wassermann einerseits und anti-deutsche Schriftsteller wie Thomas Mann oder Heinrich Mann andererseits behandeln sollen. Was in diesem Fall naheliegt, ist, daß wir, wenn es sich um eine von uns zu schreibende deutsche Literaturgeschichte han-

delt, nicht den gleichen Standpunkt wie die Deutschen einnehmen können und auch nicht einnehmen sollen. Der Grund ist ganz einfach. Wir sind keine Deutschen“ (Takahashi 1941:277). Was Takahashi Yoshitaka beabsichtigte, war eben nur, dem japanischen Publikum die nationalsozialistische Literatur vorzustellen. Deshalb enthielt er sich des eigenen Urteils oder der eigenen Meinungsäußerung und bemühte sich um eine sachliche Schilderung. Er hoffte zwar, daß sein Buch die Leser zum Nachdenken über das Verhältnis von Literatur und Politik anrege, überließ ihnen aber das, was darüber hinausgeht. Diese ambivalente Haltung herrschte auch in seinem 1942 erschienenen Essayband *Der planende Geist*.¹⁶ Als benutzte Literatur für sein vorangegangenes Werk (Takahashi 1941) nannte er die Literaturgeschichten von Christian Jenssen, Franz Koch, Walter Linden, Hellmuth Langenbucher, Walter Klöpzig u. a. Es gehörte zu seiner Art, ohne eindeutige Stellungnahme die nationalsozialistische Literatur vorzustellen, wie es ebenso in seiner Einleitung für die oben erwähnte Anthologie nationalsozialistischer Lyrik der Fall war.¹⁷ Nach dem Krieg hat er Lessings *Laokoon*, Goethes *Werther* und *Faust* und nicht zuletzt viele Werke Freuds ins Japanische übersetzt.

Dagegen trat Takahashi Kenji viel eindeutiger für nationalsozialistische Belange ein, sofern dies aus seinen vier Büchern *Moderne deutsche Literatur* (1937), *Moderne deutsche Literatur und ihr Hintergrund* (1940), *Deutsche Schriftsteller* (1941) und *Literatur und Kultur* (1942)¹⁸ herauszulesen ist. Daneben übersetzte er eine Anzahl Werke „heroischer“ deutscher Literatur, insbesondere die von Philipp Witkop herausgegebenen *Kriegsbriefe gefallener Studenten* (München, Georg Müller 1928) im Jahre 1938 ins Japanische. Heutzutage ist er in Japan weit bekannt als Übersetzer vieler Werke von Goethe, Hermann Hesse und Erich Kästner sowie sämtlicher Märchen von Grimm. Er hat auch Biographien von Schiller (1926), Heine (1931), Hesse (1957), der Gebrüder Grimm (1968) und Goethe (3 Bde. 1948, 1973, 1975) verfaßt. Mit einem Wort: er ist einer der bedeutendsten und produktivsten Germanisten in Japan. So widersprüchlich es auch beim

¹⁶ *Kōsō suru seishin – Doitsubungaku ronshū* [Der planende Geist – Essays zur deutschen Literatur]. Tōkyō, Ikuei Shoin 1942.

¹⁷ In seinem Essay *Karossa to sensō – minzoku* [Carossa und Krieg/Volk], der in einem Sonderband zur Erforschung der modernen Lyrik *Krieg und Dichtung* [Sensō to shi] (Tōkyō, Sangabō 1941) enthalten ist, schreibt Takahashi Yoshitaka einmal unumwunden: „Wir wollen doch von Hitler politische Tätigkeit, von Carossa Poesie erwarten“ (S. 165). Vgl. auch Hinuma 1962:23f.

¹⁸ Takahashi Kenji: *Gendai Doitsubungaku*, Tōkyō, Kensetsusha 1937; *Gendai Doitsubungaku to haikai*, Tōkyō, Kawade Shobō 1940; *Doitsusakkaron*, Tōkyō, Chikuma Shobō 1941; *Bungaku to bunka*, Tōkyō, Ayu Shobō 1942.

ersten Anblick aussehen mag: er ging schon in seinen während der Kriegszeit erschienenen drei Essaybänden oft auf Goethe, Hermann Hesse und die deutsche Jugendliteratur ein, die nach dem Krieg seine Hauptthemen geworden sind. Hermann Schäfer hatte zum Schluß seines Vorworts geschrieben: „Zweck und Ziel dieser Arbeit sollte sein: Im Sinne der engen kulturellen Verbundenheit beider Völker einen Mittler zwischen der deutschen und japanischen Buch- und Leserwelt zu schaffen. Möge das zu werden dem Buch beschieden sein“ (Schäfer 1944:VI f).¹⁹

VON DER NATIONALSOZIALISTISCHEN ÄRA ZUR NACHKRIEGSZEIT

Man muß wohl annehmen, daß auch Takahashi Kenji sich seinerzeit im gleichen Sinne um den damals wegen der Unterbrechung der Verkehrswege so schwierig gewordenen Kulturaustausch zwischen Deutschland und Japan bemüht hat. Sein Unglück war, daß er mit der nationalsozialistischen Kulturpolitik zu tun hatte. Das andere Deutschland mit seiner Widerstandsbewegung gegen Hitler ist erst nach dem Krieg durch die Übersetzung des Fischer-Taschenbuchs *Die weiße Rose* und anderen Werken in Japan bekannt geworden. Man könnte einem so bedeutenden Germanisten wie Takahashi Kenji im nachhinein vorwerfen: „Typisch für sie (die betroffenen Schriftsteller, K. N.) und die Mehrheit der japanischen Germanisten war jedoch die Bereitschaft, sei es aus Opportunismus oder Überzeugung, mit den Machthabern zusammenzuarbeiten und sich dem jeweiligen Zeitgeist anzupassen. Eine Haltung, die es z. B. Takahashi Kenji ermöglichte, 1942 Leiter der Kulturabteilung von *taisei yokusankai*²⁰ und nach dem Krieg Präsident des japanischen P.E.N. Clubs (1977–1981) zu werden“ (Matsushita 1989:67).²¹ Es ist hier geboten, auf Joh. 8,7 zu verweisen: „Wer von euch ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein auf sie!“ Denn ich weiß selbst nicht, was ich in der gleichen Lage gedacht und getan hätte.

Etwas problematischer steht es mit der Haltung Kimura Kinjis. Um einem Verlag sein Versprechen zu erfüllen, gab er 1947 seine alte Abhandlung über die Methode zur Erforschung der ausländischen Literatur in erweiterter Fassung als Büchlein heraus. Er hielt also immer noch grundsätzlich an der von Josef Ponten übernommenen Unterscheidung zwi-

¹⁹ Was Schäfers Tätigkeit nach dem Krieg anbelangt, vgl. Schäfer 1987.

²⁰ 1940 gegründete Einheitsorganisation unter staatlicher Kontrolle nach der Auflösung der politischen Parteien und anderer Vereinigungen.

²¹ Kürzlich ist dieses Thema in einem kritischen Artikel über die Verantwortung der japanischen Intellektuellen in der Kriegszeit wieder einmal aufgegriffen worden. Vgl. Sakuramoto 1992.

schen Dichtung und Literatur oder Dichter und Literat bzw. Schriftsteller fest, ließ aber nun die Bezugnahme auf Pontens öffentliches Schreiben an Thomas Mann fort (vgl. Kimura 1934:9 und Kimura 1947:29). An der Stelle, wo er Goethe als den größten Dichter hervorhob, strich er dann stillschweigend die Bemerkung: „Von den Agitatoren wie Heine oder Börne aus gesehen, wäre Goethe gewiß ein ‚Fürstendiener‘ oder ein ‚Genie mit Zahnücke‘. Vom kosmopolitischen Standpunkt, vom abstrakten Idealismus dieser Juden aus böte die gelassene Haltung des alten Dichters, der ‚weder in Berlin noch in Paris gewesen war‘, ihnen Anlaß genug zum Ärger. Es ist, als ob man die Verschiedenheit von Literatur und Dichtung vor Augen sähe“ (Kimura 1934:16 und Kimura 1947:57). Im Jahre 1948, als das Goethejahr für ihn zum zweiten Mal herannahte, ließ er ferner das obengenannte Büchlein *Japanischer Geist und deutsche Kultur* wieder auflegen. Dabei änderte er nicht nur den Buchtitel zu *Goethes Literatur* ab, sondern ließ auch aus verständlichen Gründen das alte, von der Kaiserverehrung durchdrungene Vorwort und den ersten Aufsatz *Das Wesen des japanischen Geistes* fort, in dem jene Kritik an Thomas Mann, Demokratie, Liberalismus und jüdisch-pazifistischer Literatur ausgesprochen war. Dafür kam ein neuer Aufsatz mit dem Schwerpunkt auf *Faust* und *Wilhelm Meister* hinzu. Für den erkrankten Gelehrten, der bald darauf verstarb, ohne das Goethejahr feiern zu können, war die erneute Buchpublikation ein Glücksfall. Sie legte von seinem festen Willen Zeugnis ab, im wesentlichen an seiner Goethe-Auffassung festzuhalten. Das kam darin zum Ausdruck, daß er die anderen beiden Aufsätze wiederabdrucken ließ. Beim genauen Lesen stellt sich aber heraus, daß er in dem Beitrag *Endziel der individuellen Entwicklung bei Goethe* doch über geringfügige stilistische Verbesserungen hinaus an einigen Stellen wesentliche Änderungen vorgenommen hat. Nachdem er die dreifache Ehrfurcht in den *Wanderjahren* als Goethes religiöse Staatsidee unterstrichen hatte, hatte er früher ausgeführt:

Unglücklicherweise hatte sein Vaterland zu seinen Lebzeiten noch nicht die staatliche Einheit erzielt. Es sieht nunmehr so aus, daß sein Vaterland hundert Jahre nach seinem Tode im Begriff ist, in vielerlei Hinsicht seinen Willen zu verwirklichen. Die Verwirklichung eines auf der Vervollkommnung des Individuums beruhenden, organisch-religiösen Staates aber, wovon er träumte, scheint noch in weiter Ferne zu liegen. Doch der Staat, auf den Goethe als ein Sollen aus bewiesener Überzeugung hindeutete, war schon in sehr alter Zeit, früher als in seiner Utopie dargestellt, in der menschlichen Welt verwirklicht, und war dabei, sich weiter zu entwickeln. Es ist nichts anderes als unser Vaterland. Wenn er das japanische Staatssystem

gekannt hätte, dürfte er wohl nicht gezögert haben, Japan für das fortschrittlichste, vollkommenste Staatssystem zu halten (Kimura 1940:158f.)

An dieser Stelle mußte Kimura Kinji den zweiten und dritten Satz dahingehend umändern: „Auch wenn sein Vaterland danach vorübergehend eine politische Einheit erreicht hat, scheint die Verwirklichung eines auf der Vervollkommenung des Individuums beruhenden, organisch-religiösen Staates, wovon er träumte, noch in weiter Ferne gelegen zu haben“ (Kimura 1948:209). Die daran anschließenden Sätze mußte er natürlich ganz streichen. Trotzdem heißt es im nächsten Absatz unverändert, Goethe sei davon überzeugt gewesen, daß ein idealer Staat wesentlich auf der religiösen Ehrfurcht beruhe. Damit der Staat in seinem organischen Leben völlig elastisch sein könne, sollte der Druck der Machthaber auch nicht herrschend wirksam werden. Es müßte so sein, daß jede Einheit im Staat aus spontaner unwiderstehlicher Liebe und Verehrung heraus sich dem Sinn der herrschenden Person ergibt und mit ganzer Hingabe dem Staat dient. Es scheint, daß Kimura Kinji nicht so sehr im nationalsozialistischen Sinne, sondern vielmehr aufgrund einer shintoistisch umgedeuteten Staatsauffassung Goethes für den japanischen Nationalismus eintrat. Merkwürdigerweise war das oben angeführte Goethe-Buch von Tomino Yoshikuni mit diesen Worten Kimura Kinjis ohne Anführungszeichen abgeschlossen, als ob sie seiner Weisheit letzter Schluß wären (Tomino 1942:237. Vgl. Kimura 1940:159; Kimura 1948:209). Indem Kimura Kinji einen solchen Gedankengang aus Goethes Idee der Ehrfurcht herleitete, glaubte er einst an ihre Verwirklichung im theokratischen Staatssystem Japans. Als dieser sein Glaube durch die Kriegsniederlage zerschlagen war, versuchte er noch, auf die Vision des erblindeten Faust vom freien Grund mit freiem Volk hinzuweisen (Kimura 1948:209f). Mit diesem faustischen Ideal war aber ursprünglich gemeint, daß die Japaner sich als ein freies Volk in der shintoistischen Tradition fühlen und ihre Selbstverwirklichung in der geborgenen Atmosphäre der Volksgemeinschaft erstreben sollten (vgl. Kimura 1940:160). Der große Goethe-Forscher mußte dennoch an seinem Lebensende erleben, daß eine völlig neue Zeit der Demokratie heraufgezogen war. Es ist sicherlich als eine der tragischen Auswirkungen anzusprechen, welche die „heroische“ deutsche Literatur in der japanischen Germanistik hinterlassen hat. Bekanntlich war Japan eine verspätete Nation wie Deutschland, und das verleitete wohl viele japanische Germanisten dazu, im Namen Goethes mit dem damaligen Deutschland kulturell eng zusammenzuarbeiten.²²

²² Vgl. Nishi 1962: 80–87. Das Resümee in deutscher Sprache lautet: „Unser Pro-

LITERATURVERZEICHNIS

- Ashizu Takeo (1990): Buddhistische Faust-Rezeption in Japan. In: *Studien des Instituts für die Kultur der deutschsprachigen Länder*, Sophia-Universität (Tōkyō) Nr. 8:44–58.
- Boucher, Maurice (1947): *Goethescher Geist und Zwanzigstes Jahrhundert*. Mainz: Florian Kupferberg Verlag.
- Brenn, Wolfgang und Gerhard Dillmann (Hg.) (1989): *Deutsch als Fremdsprache und Germanistik in Japan. Zur Tätigkeit deutschsprachiger Lektoren an japanischen Hochschulen*. Bonn: DAAD Dokumentationen & Materialien 19.
- Denkler, Horst und Karl Prümm (Hg.) (1976): *Die deutsche Literatur im Dritten Reich. Themen, Traditionen, Wirkungen*. Stuttgart: Philipp Reclam jun.
- Friese, Eberhard (1987): Einige Gedanken zur deutsch-japanischen Kulturarbeit der 20er Jahre und zur Gründung des Berliner Japaninstituts 1926. In: Günther Haasch (Hg.): *Japan – Deutschland Wechselbeziehungen. Ausgewählte Vorträge der Deutsch-Japanischen Gesellschaft Berlin aus den Jahren 1985 und 1986*. Berlin: Verlag Ute Schiller, S. 10–18.
- Friese, Eberhard (1990): Kontinuität und Wandel. Deutsch-japanische Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg. In: Rudolf Vierhaus u. Bernhard vom Brocke (Hg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, S. 801–834.
- Geißler, Rolf (1965): Dichter und Dichtung des Nationalsozialismus. In: Hermann Kunisch (Hg.): *Handbuch der deutschen Gegenwartsliteratur*. München: Nymphenburger Verlagshandlung, S. 721–730.
- Glaser, Hermann (Hg.) (1981): *Soviel Anfang war nie. Deutscher Geist im 19. Jahrhundert. Ein Lesebuch*. München: Carl Hanser Verlag.

blem ist nicht nur das, was wir aus der deutschen Dichtung, sondern auch was wir aus ihrer Einführung lernen können. Wenn ich dieses Problem in der Phase von Dauer und Unterbrechung in der Geschichte Japans sehe, sind zwei Zeitabschnitte bedeutsam: Der Anfang der Meiji-Periode und die Zeit des Zweiten Weltkrieges. Am Anfang der Meiji-Periode steht das Interesse für Deutschland in dem Zusammenhang von Staat und Technik im weitesten Sinne. Dabei bleibt die deutsche Dichtung außer Betracht. Nach dem Zweiten Weltkriege erkannten wir den Fehler der Nazi-„Dichtung“. Ihre Einführung war auch ein Fehler. Er entstand aus der Mischung von Kunst und Technik: Naturwissenschaft, Politik und Erziehungswesen sowie aus dem Minderwertigkeitsgefühl, das in Japan die Germanisten den Anglisten und den Romanisten gegenüber gehabt hatten. Auch heute sind diese Fehler noch nicht vollständig ausgeschaltet“ (S. 87).

- Goethe, Johann Wolfgang von (1955): *Goethes Werke*. Hamburger Ausgabe, hg. von Erich Trunz. Bd. 13, Hamburg: Christian Wegner Verlag.
- Gurize, Furidorihi (= Friedrich Griesse) (1941): *Dotō* [Brandung]. Tōkyō: Hakusuisha.
- Herrmann, Hans-Peter (1991): Germanistik – auch in Freiburg eine „Deutsche Wissenschaft“? In: Eckhard John u. a. (Hg.): *Die Freiburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus*. Freiburg: Ploetz Verlag, S. 115–149.
- Hinuma Rintarō (1962): Nachisu bungaku to hihyōteki teikō [Nationalsozialistische Literatur und literaturkritischer Widerstand]. In: *Bungaku* (Tōkyō) Nr. 30:11–24.
- Ikeda Hiroshi (1978): *Fashizumu to bungaku. Hittorā o sasaeta sakkatachi* [Faschismus und Literatur. Schriftsteller, die Hitler unterstützten]. Tōkyō: Hakusuisha.
- Ishinaka Shōji (1939): *Doitsu sensōbungaku* [Deutsche Kriegsliteratur]. Tōkyō: Kōbundō (Kyōyō-Bunko).
- Kästner, Erich (1968): *Über das Verbrennen von Büchern*. Schulausgabe, hg. von Kenji Takahashi. Tōkyō: Asahi Shuppansha.
- Kimura Kinji (1934): *Gaikokubungaku kenkyūhō* [Methoden zur Erforschung ausländischer Literatur]. In: *Iwanami-Kōza Sekaibungaku* (Iwanamis Vorlesungen zur Weltliteratur), 13. Lieferung. Tōkyō: Iwanami Shoten.
- Kimura Kinji (1940): *Nihon seishin to Doitsu bunka* [Japanischer Geist und deutsche Kultur]. Tōkyō: Kōbundō Shobō.
- Kimura Kinji (1947): *Gaku toshite no bungaku* [Literatur als Wissenschaft]. Tōkyō: Kōbundō Shobō (Kyōyō-Bunko).
- Kimura Kinji (1948): *Gēte no bungaku* [Goethes Literatur]. Tōkyō: Shimura Shoten.
- Kimura Naoji (1988): *Nachizumu no sekaikan* [Weltanschauung des Nationalsozialismus]. In: Nakai Akio und Miwa Kimitada (Hg.). *Kenryoku to ningen* [Macht und Mensch]. Tōkyō: Sairyūsha, S. 45–69.
- Kimura Naoji (1989): Die japanische Germanistik im Überblick. In: *Jahrbuch für Internationale Germanistik* (Bern) Jg. XX, Heft 1:138–154.
- Koshina Yoshio (Hg.) (1990): *Nihon ni okeru doitsugo bunka kaikoten* [Deutsche Sprache und Literatur in Japan. Ein geschichtlicher Rückblick]. Tōkyō: Ikubundō. Vgl. die Rezension von Oguri Hiroshi in *Doitsu Bungaku* (Tōkyō), Heft 86, 1991:186–188.
- Lennartz, Franz (³1940): *Die Dichter unserer Zeit. Einzeldarstellungen zur deutschen Dichtung der Gegenwart*. Stuttgart: Kröner (Kröners Taschenausgabe Bd. 151).
- Matsushita Taeko (1989): *Rezeption der Literatur des Dritten Reiches im Rahmen der kulturspezifischen und kulturpolitischen Bedingungen Japans 1933–*

1945. Saarbrücken, Fort Lauderdale: Breitenbach Publishers (Studien zur Interkulturellen Kommunikation, Bd. 7).
- Nichi-Doku Bunkakyōkai henshū (1932): *Hyakunensai kinen Gēte kenkyū* [Goethe-Forschung zur 100-Jahrfeier]. Tōkyō: Iwanami Shoten.
- Nishi Masaru (1962): *Bungaku no aru yunyū ni tsuite*. Meiji-ishin to Nachisu bungaku [Eine Einfuhr der Dichtung. Meiji-Restauration und nationalsozialistische Literatur]. In: *Doitsu Bungaku* (Tōkyō) Heft 29:80–87.
- Sakuramoto Tomio (1992): *Sensō-sekinin to sengo-sekinin* [Kriegsverantwortung und Nachkriegsverantwortung]. In: *Gekkan Asahi* (Tōkyō) Sept. 1992:56–63.
- Schäfer, Hermann (1944): *Deutsche Dichter der Gegenwart. Ihr Leben und ihre Werke*. Tōkyō: Tōkyō Kaiseikan.
- Schäfer, Hermann (1987): *Goethe in Japan – 100 Jahre einer Wahlverwandtschaft*. In: Günther Haasch (Hg.): *Japan – Deutschland Wechselbeziehungen. Ausgewählte Vorträge der Deutsch-Japanischen Gesellschaft Berlin aus den Jahren 1985 und 1986*. Berlin: Verlag Ute Schiller, S. 51–62.
- Scholder, Klaus (1982): *Die Mittwochs-Gesellschaft. Protokolle aus dem geistigen Deutschland 1932 bis 1944*. Tübingen: Siedler Verlag.
- Senjitokushū Doitsu taikan* (1940) [Sonderausgabe im Kriege. Deutschland im Überblick]. Tōkyō: Nihon Denpō Tsūshinsha.
- Takahashi Yoshitaka (1941): *Nachisu no bungaku* [Nationalsozialistische Literatur]. Tōkyō: Makino Shoten.
- Tomino Yoshikuni (oder: Keihō) (1941): *Kyōikumura* [Pädagogische Provinz]. Tōkyō: Tamagawa Gakuen Shuppanbu.
- Tomino Yoshikuni (1942): *Teinensha Gēte* [Goethe der Entsager]. Tōkyō: Daitōshuppansha.
- Trunz, Erich (1941): *Nachisu bungaku no shuchō* [Hauptströmungen der nationalsozialistischen Literatur]. Übersetzt von Yamazaki Hachiro. Tōkyō: Ikuseisha Kōdōkaku (Shinsedai Sōshō [Bücherei für die junge Generation], Bd. 25).
- Voßkamp, Wilhelm (1985): *Kontinuität und Diskontinuität. Zur deutschen Literaturwissenschaft im Dritten Reich*. In: Peter Lundgreen (Hg.): *Wissenschaft im Dritten Reich*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp (edition Suhrkamp NF 306), S. 140–162.

JAPANOLOGIE IM NATIONALSOZIALISMUS

EIN ZWISCHENBERICHT¹

Herbert Worm

„Sie, die Sie das Hitlerregime nicht erlebt haben, haben ein Recht auf Information“, konzedierte 1965 ein Redner der berühmt gewordenen Münchner Ringvorlesung über „Die deutsche Universität im Dritten Reich“ seinem studentischen Publikum, „damit Sie sich über das, was damals an den deutschen Universitäten geschehen ist, ein Urteil bilden können. Ich werde also berichten: so vollständig, so nüchtern und so objektiv, wie ich es eben vermag“ – und zwar nicht als „unbeteiligter Zeuge“, sondern als eine Art „Mitangeklagter“.

Solche Bekenntnisse – bald beißend und auf hohem Niveau von Wolfgang F. Haug als Dokument eines „hilflosen Antifaschismus“ kritisiert – waren der Versuch einer liberalen Professorenminderheit, dem für das akademische Selbstbild peinlich werdenden Druck studentischer Enthüllungsräte zu antworten. In der Regel waren es eher die größeren, gesellschaftlich exponierten und alteingesessenen Fächer der Universität, die sich zu öffentlichen Stellungnahmen gedrängt sahen. Äußerungen dieser Art aus Japanologien sind mir jedenfalls nicht bekannt.

Zwar blieben die heute mit der zeitgeschichtlichen Chiffre „1968“ charakterisierten Ereignisse der sechziger und siebziger Jahre auch für die Japanologie nicht ohne Folgen: Methodik und Ziele wurden zum Teil engagiert in Frage gestellt, eine stärkere Ausrichtung des Lehrplans an „gesellschaftlichem Bedarf“ sowie eine „umfassende kritische Analyse des gegenwärtigen Japan“ eingeklagt, doch im Unterschied zu Massenfä-

¹ Diese veränderte und teilweise erweiterte Fassung meines Vortrags erscheint ohne Quellenangaben und Anmerkungen. Ich verweise deshalb auf die Langversion, die nach Abschluß der Archivstudien in den Nachrichten der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde bei der OAG Hamburg erscheinen wird. – Ausgewertet wurden vor allem Aktenbestände des Bundesarchivs (Koblenz, Potsdam), des Berlin Document Center, des Staatsarchivs Hamburg und des Universitätsarchivs der Karl-Marx-Universität Leipzig. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Archive bin ich für ihre Hilfe sehr zu Dank verpflichtet. Gleiches gilt für Eckart Krause vom Hamburger Projekt „Hochschulalltag im Dritten Reich“ und für Dr. Rainer Hering vom Hamburger Staatsarchiv. Für das „Gegenlesen“ ein herzliches Dankeschön an Jens Heise!

chern wie der Germanistik führte die Kritik am Kanon im Verein mit einer politisch aufgeladenen Spannung zwischen den Generationen im gesellschaftlich relativ isolierten „Orchideenfach“ zu keiner Konfrontation, die das tabuisierte Thema „Japanologie im Dritten Reich“ auf die Tagesordnung eines der frühen Japanologentage gezwungen hätte.

Der durchaus erinnernde „Fall Eckardt und die Ordinarienuniversität“, der die Berliner Japanologie in den sechziger Jahren blockierte, war insofern ein Fall für sich, als es sich hierbei um eine Sorte Hochschullehrer handelte, die sich ihren in NS-Zeiten gesellschaftskonform gepflegten schamlosen Antisemitismus und geradezu pathologischen Hang zur Kollegendenunziation – gepaart mit zweifelhafter fachlicher Kompetenz – über Auschwitz und den Zusammenbruch hinaus bewahrt hatte. Er konnte deshalb auch als lokaler Einzelfall behandelt werden und führte sogar zu einer gewissen Solidarisierung der westdeutschen Professoren mit den Berliner Studenten und ihren Forderungen – und unterschwellig möglicherweise auch zu einem Abladen der „Sünden des Faches“ auf den disqualifizierten Außenseiter.

WEIßWÄSCHER AM WERK

Die Japanologie gehört zu den relativ neuen universitären Disziplinen, deren grundlegende Institutionalisierungs- und Professionalisierungsphase noch so jungen Datums ist, daß erst allmählich ein Gefühl für fachspezifische Traditionen entsteht. Wenn auch von Schulenbildung im Sinne von „Denkschulen“ nicht die Rede sein kann, so sind aus der zeitlichen Distanz inzwischen doch distinktive Konfigurationen und Praxen erkennbar, die wiederum einzelnen Leitfiguren zugeordnet werden können. Trotzdem gehört ihre Wissenschaftsgeschichte noch nicht zum selbstverständlichen Angebot des japanologischen Grundstudiums. Auch eine umfassende Fachgeschichte hat diese Disziplin, trotz der verdienstvollen Pionierarbeiten von Goch und Friese, noch nicht vorgelegt.

Was es statt dessen gibt, sind Geschichten, mündlich tradierte Erzählungen und Anekdoten, die auf Seminarfesten oder beim gemütlichen Teil der Japanologentage die Runde machen. Etwa jene über die beiden todesmutigen U-Bootfahrer – nach 1945 dann für lange Jahre die Repräsentanten der bundesdeutschen Japanologie –, die mitten im Zweiten Weltkrieg fast den Tod gefunden hätten, immerhin in ostasiatischen Gewässern. Oder jenes hartnäckige Gerücht, das partout wissen will, die Berufung des jugendlichen H. nach L. („nicht ‘mal habilitiert war der!“) sei

vor allem seinen verwandtschaftlichen Beziehungen zu Hitler – oder war es doch zu Göring? – zu verdanken gewesen.

Natürlich gab es nach 1945 genug Anlässe zur Selbstdarstellung und öffentlichen Reflexion, sei es in Form von Nachrufen, Festschriften oder fachgeschichtlichen Kurzdarstellungen. Nur liegt es offenbar in der Natur solcher Texte, daß sie einer kritischen Selbstbefragung nicht gerade förderlich sind. Noch im Jahre 1992 hält es ein allseits geschätzter und zudem alles andere als „belasteter“ Nachkriegsjapanologe für richtig, in einem sechs Seiten langen Nachruf auf seinen ehemaligen Lehrer die nationalsozialistische Vergangenheit dieses bisher wohl einflußreichsten deutschen Japanologen mit keinem einzigen Wort zu erwähnen; nicht einmal die sonst so beliebte, alles vergebende Formel von der „Verstrickung“ wird bemüht. Könnte man das darin zum Ausdruck gebrachte altbackene Wissenschaftsverständnis mit seiner biographisch scharfen Trennung von privatem und öffentlichem Wirken – wobei das politische dem tabuisierten privaten, die „reine Wissenschaft“ dem öffentlichen Leben zugeschlagen wird – gerade noch goutieren, wird der Fall bedenklich, wenn auch in der Würdigung des wissenschaftlichen Gesamtwerkes weder die eindeutig politisch eingreifenden Texte noch die zeitgeschichtlich affirmative Wahl und Durchführung der „reinen“ Themen problematisiert werden.

Mag in diesem besonderen Fall das Gefühl der Dankbarkeit und Verehrung einer rigorosen wissenschaftlichen Ethik im Wege gestanden haben, scheint bei den folgenden Beispielen vor allem der Wille eines Zeitgenossen am Werk zu sein, den selbst mitzuverantwortenden Abschnitt der eigenen Fachgeschichte für die Nachwelt schönzuschreiben.

Im Jahre 1950 etwa las man in der orientalistischen Fachzeitschrift ZDMG (*Zeitschrift der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft*), der Hamburger Lehrstuhl für Japanologie sei „leider nach 1945 den finanziellen Nöten der Zeit zum Opfer gefallen, hoffentlich nicht für immer!“ – Schreiber und Leser kannten die wahren Umstände und verstanden es somit, den Text zu deuten.

Ein Jahrzehnt später, im Jahre 1960, erfuhr man in der *Modernen Welt* – immerhin eine „Zeitschrift für vergleichende geistesgeschichtliche und sozialwissenschaftliche Forschung“ –: „Bis zum Kriegsende im Jahre 1945 nahm die Japanologie bei uns eine Entwicklung, die man im allgemeinen als günstig bezeichnen könnte.“ Oder 1966, diesmal in einer japanologischen „Gedenkschrift“: „Wir haben es oben bereits ausgesprochen, daß die an sich gesunde Entwicklung der deutschen Japanologie nach dem 2. Weltkrieg im Jahr 1945 ein jähes Ende fand. ... waren die bestehenden Lehrstühle zumeist verwaist, wurden in einigen Fällen sogar zugunsten anderer Lehrstühle umgewandelt.“ – Ja, warum wohl? Hat das am Ende etwas mit der „günstigen“ und „gesunden“ Entwicklung bis 1945 zu tun?

Radikal löst dann 1975 ein Nicht-Japanologe das heikle Entsorgungsproblem: „Einige dieser ehemaligen Lektoren [in Japan, H. W.] übernahmen später Lehrstühle für Japanologie in der Bundesrepublik, z. B. Gundert (Rektor der Universität Hamburg), Hammitzsch (Leipzig, München, Bochum)...“ – Wen kümmert's, daß Gundert in der BRD weder einen Rektorenposten – noch sonst eine Stelle innehatte, sondern von den Besatzungsbehörden entlassen worden war ... Bewußte Manipulation oder pure Gedankenlosigkeit? Der verantwortliche Herausgeber der weiter oben zitierten Schrift, Horst Hammitzsch, zufällig auch Autor der übrigen Zitate, hätte darauf vielleicht eine Antwort gewußt.

Ende der siebziger Jahre aber lief die Zeit für solche eher propagandistische Darstellungen endgültig aus. Im Jahre 1977 bezieht man sich in der Fachzeitschrift *Oriens Extremus* m. W. erstmals schriftlich, öffentlich und in deutlicher Abwehr auf die Japanologie der NS-Zeit. Damals bemerkte Roland Schneider in polemischer Absicht: „Der ‚Gegenwartsbezug‘ vieler Teile der Japanologie der Kriegszeit (selbst bei der Behandlung von vormodernen Gegenständen oft in fataler Weise – z. B. *goningumi*: Blockwartssystem u. ä. gegeben) ist nicht zu bestreiten ... Die betonte Hinwendung zu Gegenständen des vormodernen Japans nach dem Kriege, die nicht ohne Zusammenhang mit den vorhergegangenen Jahren gesehen werden kann ...“

Ins Herz der Frage aber trifft erst Peter Fischer 1979 in seiner Arbeit zu *Buddhismus und Nationalismus im modernen Japan*, wo er das Problem der Verantwortung des Wissenschaftlers an einer etwas unerwarteten Stelle wie folgt diskutiert: „Auch im Nachkriegsdeutschland stand ... eine Erforschung des japanischen Buddhismus der Vorkriegszeit nicht zu erwarten. Zu sehr hatten sich zahlreiche Wissenschaftler durch ihre Publikationen während der NS-Zeit ... diskreditiert, als daß sie sich einem Thema zugewandt hätten, das unvermeidlich Fragen nach der persönlichen Verantwortung wie auch nach der Haltung der christlichen Religionen zu NS-Staat, Unterdrückung der Bevölkerung, Judenverfolgung und Krieg aufgeworfen hätte, woran trotz vielfach bekundeter Bereitschaft zur Vergangenheitsbewältigung nur die wenigsten ein echtes Interesse besaßen.“

Unverbindlicher formulierte Fingerzeige mehrten sich in den Jahren darauf, bleiben aber nun, da sich die einst einflußreichen *sensei* auf das Altenteil zurückgezogen haben, wohlfeile Forderungen, die das Tabu zwar benennen, es aber mangels einer materialgesättigten gründlichen Detailforschung, die Roß und Reiter nennt, nicht wirklich brechen können.

Noch 1989 kann man sich auf dem „International Symposium on National Approaches to Japanese Studies“ in Tōkyō dazu nicht entscheiden. Der wissenschaftsgeschichtlich bewanderte Josef Kreiner vertritt dabei

die von ihm nicht belegte Auffassung, „German Japanology for the most part managed to escape the ideological trap between 1933 and 1945 by avoiding questions of importance and restricting itself to more philological, inward-looking studies.“ Sepp Linhart hält indes dagegen: „However, even if Japanese studies in Germany as a whole during the Nazi-period do not evoke such an ideologically one-sided impression as is sometimes assumed – although up to now there has been no systematic study of scholarship on Japan during this period – it must not be forgotten that some of the foremost scholars on Japan became advocates of Nazi ideas, a fact which can be clearly discerned from their writings.“

Auch unser Beitrag ist leider noch weit davon entfernt, eine Summe anbieten zu können. Vorgestellt werden hier bestenfalls Elemente eines personen- und institutionsgeschichtlichen Puzzles, das noch keine eindeutigen Antworten auf die Frage nach dem Verhältnis von Japanologie und Nationalsozialismus, nach ihrer Funktion und Wirksamkeit, nach den internen und externen Determinanten disziplinärer Entwicklung oder nach den sozialen Bedingungen des Wissenschaftleralltags mit seinen vielfältigen Verflechtungen und Wechselbeziehungen zu Staat und Gesellschaft erlauben.

SUBSYSTEM JAPANOLOGIE

Versucht man nämlich solchen Fragen nachzugehen, wird einem bald klar, daß die gerne als „kleines Fach“ apostrophierte Japanologie nicht einfach auf ihren universitären Primärbereich isoliert werden kann. Sieht man sie statt dessen als Teil eines gesellschaftlichen „Subsystems Japanologie“ (SJ), ergibt sich folgende vorläufige Definition und Beschreibung: Unter SJ verstehen wir dann ein mehr oder weniger engmaschig geknüpft-tes deutsch-japanisches Netzwerk staatlicher, halbstaatlicher und privater Institutionen (Verbände, Vereine, Initiativen), dessen auf das Phänomen „Japan“ gerichtete Interessen über die Zirkulation von Personen, Nachrichten und Gelder, fördernd oder ver hindernd, interaktiv geregelt werden.

Als Träger dieser Interessen seien auf deutscher Seite genannt: die drei zentralen Universitätsinstitute Seminar für Orientalische Sprachen Berlin (SOS, gegr. 1887) bzw. seine diversen ns-zeitlichen Nachfolgeinstitute, das Seminar für Sprache und Kultur Japans der Universität Hamburg (gegr. 1914) sowie das Japanische Institut der Universität Leipzig (gegr. 1932) werden flankiert von den Berliner Einrichtungen Japaninstitut e.V. (gegr. 1926), Deutsch-Japanische Gesellschaft (DJG, gegr. 1890/1929), Gesell-

schaft für Ostasiatische Kunst, Bunkenkai (Verein der japanischen Regierungsstipendiaten), Japanischer Studentenverein in Deutschland, Deutsch-Japanische Akademikertagung (1939–1944), Japanische Botschaft, Ministerien, insbesondere Auswärtiges Amt (AA), Dienststelle Ribbentrop, Reichserziehungsministerium mit Japanreferat des Reichsstudentenführers sowie, nach Kriegsbeginn, das Oberkommando der Wehrmacht mit Dolmetscher-Lehrabteilung Fernost und geheimer Japan-Gruppe in der Chiffrierabteilung seines Nachrichtendienstes. In Hamburg kam schließlich noch der Ostasiatische Verein (OAV Hamburg-Bremen, gegr. 1900) hinzu.

Auf japanischer Seite sind in Tōkyō ansässig: die Deutsche Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens (OAG, gegr. 1873, mit Ortsgruppen in Deutschland), das Japanisch-Deutsche Kultur-Institut (1927 gegr. als Schwesterinstitut des Berliner Japaninstituts), die Deutsche Schule (1904/1923), die Sophia-Universität (1913), die Evangelische Gemeinde deutscher Sprache (1885), die Deutsche Botschaft, die deutsche Presse (Deutsches Nachrichtenbüro, Völkischer Beobachter), das Außenministerium (Gaimushō) sowie diverse japanische Universitäten, Oberschulen (Kōtōgakkō) und akademische Gesellschaften. In Kyōto existierte zudem seit 1934 das Deutsche Forschungsinstitut.

Erst eine detaillierte Beschreibung und Analyse dieses Netzwerkes würde das Geflecht persönlicher Beziehungen, seien sie kollegialer, freund- oder feindschaftlicher Natur, zum Sprechen bringen, würde Machtstrukturen offenbaren, würde die Generationen, Berufsfelder und Schichten übergreifenden, vorwiegend männlichen Seilschaften mit ihren japanisch anmutenden Geber- und Nehmer-, Vorgänger- und Nachfolgerpositionen entdecken und die Bedeutung dieser zwar kleinen, aber wachsenden neuen Elitegruppierung erkennen, die sich damals um die identitätsstiftende Arbeit „draußen im ostasiatischen Feld“ zu formieren begann.

EINE AN SICH GESUNDE ENTWICKLUNG ...

Dergestalt die Unzulänglichkeit unserer derzeitigen Bemühungen vor Augen, lenke ich den Blick des Lesers zurück auf die allgemeine Situation der deutschen Japanologie im engeren Sinne. Was in der Nachkriegszeit gern als Phase des großen Aufschwungs gerühmt wurde, bezieht sich, genau genommen, auf die vor allem nach 1936 allorts geschmiedeten Ausbaupläne – Luftschlösser zumeist, die nach dem Zusammenbruch 1945 zuerst einmal für Jahre in der Versenkung verschwanden.

Neben den eingangs genannten traditionellen Zentren in Berlin, Hamburg und Leipzig, hatte es unter den ungefähr sechzig deutschen Universitäten und Hochschulen nur einige wenige gegeben, die, gewöhnlich im Rahmen von Orientalischen bzw. Ostasiatischen Seminaren, auch Japanischunterricht oder japanologische Lehrveranstaltungen anboten. Etwa in Köln (Diätendozentur), Bonn, Marburg, Jena oder Heidelberg (Dolmetscher-Institut). Oft waren es japanische Wissenschaftler, die dort als Lektoren oder Gastprofessoren den Unterricht bestritten. Die von japanischer Seite immer wieder empfohlene Besetzung japanologischer Lehrstühle mit japanischen Professoren wurde deutscherseits trotz Personalmangels nur sehr zögerlich aufgenommen. In Berlin etwa gab man Ende 1936 zu bedenken, daß „nämlich ... die Mentalität des Japaners bewußt dahin strebt, japanische Dinge in idealisierter Form darzustellen und sie so zu frisieren, daß bei den Hörern ein schiefes Bild entsteht. Das Eindringen solcher geschickten Propaganda in die Räume der Wissenschaft bedarf einer ebenso geschickten Kontrolle.“

Zusammengefaßt ergibt sich für den Stand von Juli 1942 die folgende Aufstellung: 1 ordentliche Professur in Hamburg (Wilhelm Gundert), 1 ordentliche Professur (nur für Landes- u. Volkskunde) an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät der Universität Berlin (Clemens Scharschmidt), 1 Honorar-Professur in Berlin (nebenamtlich, Martin Ramming), 1 planmäßiges Extraordinariat in Leipzig (Horst Hammitzsch), 1 außerplanmäßiges Extraordinariat in Bonn (Oscar Kressler) und 1 Dozentur in Hamburg (Walter Donat). Zählt man die raren Mittelbau-, Lektoren- und Lehrbeauftragtenstellen hinzu, werden es kaum mehr als zwei Dutzend Lehrkräfte gewesen sein, und das bei circa 1600 Lehrenden im Reich.

Weitere Lehrstühle wurden in Gutachten und Denkschriften „für die Zeit nach dem Kriege“ gefordert, so in Frankfurt, Göttingen, Bonn, München; und für eine noch spätere Ausbauphase in Marburg, Heidelberg und Breslau. Für Tōkyō gab es außerdem einen Plan zur Schaffung eines japanologischen Forschungsinstituts unter deutscher Regie.

Die noch zu Zeiten der staatlichen Unabhängigkeit vorbereitete Gründung eines Japan-Instituts an der Universität Wien fiel im März 1938 mit dem Einmarsch der deutschen Truppen und dem „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich zusammen. Sein Betrieb konnte deshalb erst im April 1939 unter japanischer Leitung (Oka Masao) und schwierigsten Bedingungen aufgenommen werden.

Eine Gründung der NS-Zeit, die bislang weitgehend übersehen wurde, soll hier noch nachgetragen werden. Eine Akte des Sicherheitsdienstes des Reichsführer-SS (SD-Hauptamt) gibt darüber in einem vom Amtschef der Gruppe VI (C 4–11, Russisch-japanisches Einflußgebiet), dem SS-Stan-

artenführer Schellenberg gezeichneten Vermerk vom 12.3.1943 die folgende Auskunft:

Bei der Bearbeitung des Heimatraumes nach nachrichtendienstlichen Möglichkeiten wurde die Frage der Heranziehung der Wissenschaft, zu der weitgehend Verbindungen bestehen, zur Unterstützung des Nachrichtendienstes besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Ausgehend von der Erkenntnis, daß derzeit im Fernen Osten eine Umgestaltung der Machtverhältnisse auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet unter Führung Japans vor sich geht, wurde die Schaffung eines Instituts für die politische Erforschung Ostasiens in Erwägung gezogen. Als Arbeitsgebiet soll das vorgenannte Institut die wissenschaftliche Erforschung des gesamten ostasiatischen Raumes einschließlich seiner Randzonen und Querverbindungen umfassen. Die Arbeit erfolgt ausschließlich nach strengen wissenschaftlichen Maßstäben in aktuell politischer Ausrichtung ... Zielsetzung ist die Erarbeitung wissenschaftlich stichhaltigen Materials auf breiter Grundlage zum Zwecke der schnellen und zuverlässigen Erstellung von Informationen und Berichten für den Auslandsnachrichtendienst des Amtes VI.

Die Leitung soll von dem hiesigen Mitarbeiter Privatdozent Dr. Walter Donat, ehemaliger langjähriger Direktor des Japanisch-Deutschen Kulturinstituts in Tokio, übernommen werden. In der Person Dr. Donat, der als anerkannter Fachmann für Ostasien vom Amtschef VII [SS-Standartenführer Professor Dr. Alfred Franz Six, Weltanschauliche Forschung und Auswertung, H. W.] als Ordinarius für Japanologie im Auslandswissenschaftlichen Institut der Universität vorgesehen ist, ist die Gewähr geboten, daß das Ostasien-Institut des Amtes VI für den Auslandsnachrichtendienst eine wertvolle Unterstützung sein wird.

Von den sechs vorgesehenen Länderreferaten waren nach diesem Dokument zwei für Japan und ein weiteres für „Mandschukuo“ (zusammen mit der Mongolei und Tibet) reserviert. Der Standardetat des Instituts belief sich auf 204.360 RM, bei einem Personalstand von insgesamt 30 Mitarbeitern; mit 20.400 RM Jahresgehalt gehörte Donats Stelle zu der am höchsten dotierten Position eines Japanologen im ganzen Reich. (Zum Vergleich: mein Vater kam als gefragter Facharbeiter in der kriegswichtigen Metallindustrie Süd-Württembergs auf einen „guten“ Jahreslohn von 2.304 RM).

Weiter heißt es in Schellenbergs Text:

Nach außen hin, vor allem den Japanern gegenüber, wird das Institut durch das Auslandswissenschaftliche Institut der Universität

Berlin getarnt. Aufgrund einer Vereinbarung mit dem Amtschef VII werden dem Leiter des Ostasien-Instituts des Amtes VI für den Briefverkehr mit Dienststellen, Instituten und sonstigen Behörden die Kopfbögen des Auslandswissenschaftlichen Instituts zur Verfügung gestellt werden. Die Pläne für das Ostasien-Institut wurden bereits Ende November v. J. nach mündlichem Vortrag des Amtschefs VI vom Reichsführer SS genehmigt.

DIE TRADITIONELLEN ZENTREN DER JAPANOLOGIE. DATEN UND ZAHLEN

a) Hamburg

Gesamtdaten über Studierende der Japanologie im Deutschen Reich sind bislang noch nicht systematisch erhoben worden, so daß wir uns vorerst mit recht unvollständigen Angaben begnügen müssen; Hochrechnungen für die Geisteswissenschaften insgesamt kommen für 1938 auf ca. 5.000 Studierende.

Für Hamburg liegt allerdings mit der von Gundert 1936 angelegten „Stammrolle des Seminars für Sprache und Kultur Japans“ eine aussagekräftige Quelle vor. Erstmals können nun über Studienverlauf und Zusammensetzung der Studentenschaft des Seminars Angaben gemacht werden, die über die üblichen pauschalen Seminarstatistiken hinausgehen. Danach stieg bei insgesamt 1.700 Immatrikulierten in der Japanologie die Teilnehmerzahl von SS 1936 auf WS 36/37 um über 100% von 8 auf 17, um sich bis SS 1939 bei durchschnittlich 12 einzupendeln. Mit dem Ausbruch des Krieges aber hat ihre Zahl, wie Gundert im Herbst 1941 berichtet, „schlagartig abgenommen. Augenblicklich sind alle männlichen Studierenden, die unter normalen Umständen ihr japanologisches Studium am hiesigen Seminar fortsetzen würden, zum Heeresdienst eingezogen.“

Bis 1945 waren in den 17 Semestern bzw. Trimestern insgesamt 56 Studierende (41 Männer, 15 Frauen) für Japanologie eingeschrieben. Überraschend hoch ist der Anteil der Gasthörer: genau die Hälfte; möglicherweise ein Indiz für das im Zeichen der „Achsenfreundschaft“ in der Öffentlichkeit merklich gestiegene Interesse am MIRACOLO NIPPONICO. Von den Hauptstudenten sind 50% als stud. phil. und 28% als stud. iur. eingeschrieben, der Rest verteilt sich auf stud. dolm., stud. naut. und stud. rer. pol. Bei den Gasthörern finden sich die folgenden Berufsgruppen: Lehrer, Kaufmännische Angestellte, Juristen, Militärs, Journalisten, Hausfrauen, Schriftsteller, Zahntechniker sowie Schüler und Schülerinnen. Eine Überprüfung der Verweildauer kommt zu dem Ergebnis, daß ein Groß-

teil das 3. Semester nicht überdauert. Vier schließen mit einem Diplom ab und drei melden sich bei Kriegsausbruch zur Notpromotion. Ganze fünf der ermittelten Namen treten auch in der Nachkriegszeit japanologisch in Erscheinung.

b) Berlin

In Berlin hatte man zwar das Seminar für Orientalische Sprachen (SOS) sowie das Japaninstitut, deren Mitarbeiter zeitweilig auch als Lehrbeauftragte oder Honorarprofessoren an der Universität engagiert wurden, aber die Gründung eines eigenen Lehrstuhls für Japanologie im Rahmen der Philosophischen Fakultät, analog zum bereits 1912 eingerichteten Ordinariat für Sinologie, war in der Weimarer Zeit trotz verschiedener Initiativen nicht gelungen. Nach 1933 ließ dann die Japan-Lobby keine Zeit verstreichen, um den neuen Herren die alten Pläne mit Nachdruck ins Gedächtnis zu rufen. Wenigstens die Hauptstadt Berlin sollte eine Neugründung wert sein, denn „Deutschland kann jetzt von Japan viel lernen und sollte die verschiedensten Gebiete des japanischen staatlichen, völkischen und geistigen Lebens, auch zu seinem eigenen Nutzen, studieren ... Die Lage gebietet daher“, schreibt Admiral a. D. Paul Behncke – der populäre „Held der Skaggerakslacht“ und spätere Präsident der einflußreichen Deutsch-Japanischen Gesellschaft – 1935 an den neuen Erziehungsminister, „auch bei nüchternster Betrachtung, eine stark betonte und anderen Ländern und Wissensgebieten gegenüber bevorzugte Beschäftigung mit Japan.“

Ein anderer Privatmann, seines Zeichens „Orientalistischer Mitarbeiter der Antikomintern“, forderte zur gleichen Zeit eine forcierte Reorganisation des SOS:

Aufgabe wird sein, dem Seminar reformmäßig seinen ursprünglichen *p o l i t i s c h e n* Charakter wiederzuverleihen und es durch Dienstbarmachung für die nationalsozialistische Weltpolitik zu neuem Leben zu erwecken. – Die nationalsozialistischen Aufgaben und Ziele des Seminars liegen auf einer Ebene mit denen des Propagandaministeriums und des Außenpolitischen Amts. Die zu leistende Arbeit gliedert sich in Angriff und Abwehr: das Seminar hat zu seinem Teile für die Wahrheit und gegen die Lüge über das nationalsozialistische Deutschland in der Welt mitzukämpfen.

Mit dem Ziel einer Modernisierung der Herrschaftstechniken entstand 1940 schließlich, in Zusammenführung der durchaus divergierenden Interessen von Erziehungsministerium, Auswärtigem Amt und Reichsführer-SS aus dem altherwürdigen SOS durch Fusion mit anderen Einrich-

tungen die neue Auslandswissenschaftliche Fakultät (AWF) sowie das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut (DAWI) – das sich 1944 nur mit Mühe einer vollkommenen Einverleibung in das Reichssicherheitshauptamt/Auslandsnachrichtendienst/Abt. VI G (siehe Ostasien-Institut!) widersetzen konnte.

Zu den aus seinen Vorläuferinstituten übernommenen Japanologen Clemens Scharschmidt und Martin Ramming gesellten sich 1942 noch der Regierungsrat im Propagandaministerium Dr. habil. Leopold Scheidl aus Wien (Geographie Ostasiens) und 1943 der AA-Mitarbeiter Dr. habil. Walter Donat (Volks- und Landeskunde Japans); somit war auch bei den Japanologen der AWF die für diese Fakultät festgestellte 60%ige Parteimitgliedschaft (universitätsweit lag sie bei 34%) fast erreicht.

Das Lehrangebot dieser Dozenten wurde gelegentlich durch Gastvorträge ergänzt: 1942 las Wilhelm Gundert über „Fremdvölkisches Kulturerbe und Eigenleistung in Deutschland und Japan“, Otto Kümmel, der General-Direktor der Staatlichen Museen Berlin, über „Wege zum Verständnis der japanischen Kunst in Deutschland“, Major z. V. Otto Mossdorf, Schriftleiter bei der nationalkonservativen *Deutschen Allgemeinen Zeitung* Berlin, über „Der soldatische Charakter des deutschen und japanischen Volkes“, Horst Hammitzsch über „Die völkische Wiederbesinnung im Schrifttum des 18. und 19. Jahrhunderts in Deutschland und Japan“ und Albrecht Fürst von Urach, Japan-Korrespondent des *Völkischen Beobachters* und späterer Mitarbeiter des AA, über „Die künftigen Neuordnungsprobleme Deutschlands und Japans“.

Unter den 53 Diplomabgängern der Jahre 1933 bis 1940 sind neben den Geisteswissenschaftlern vor allem die Juristen auffällig stark vertreten. Mit der Hamburger Japanologin Maria-Luisa Hirsch hatte zwar 1926 eine der ersten Frauen am SOS mit dem Sprachdiplom abgeschlossen, insgesamt aber scheinen sie – zumindest unter den AbsolventInnen – bis 1940 in der Minderheit gewesen zu sein. Erst das Kriegsesemester 1942/43 ist dann „vom Studentischen her gesehen von einem starken Übergewicht des weiblichen Elements geprägt“. Nach der Seminarchronik legten im Sommersemester 1942 zwei Männer und fünf Frauen ihre Sprachprüfung in Japanisch ab: „Von den Männern ist einer kriegsverletzt, der andere war für die Prüfung von der Wehrmacht für einige Tage beurlaubt. Alle Kandidaten außer einer Frau hatten das Abiturium“. Über das Wintersemester 1942/43 wird berichtet:

Die Teilnahme an den verschiedenen Kursen wies Zahlen auf, wie sie in den 55 Jahren seit Einrichtung des japanischen Unterrichts in Berlin nie erreicht wurden. Am Anfängerkursus (1. Semester) nahmen 27 Hörer teil, so daß in Erwägung gezogen werden mußte, die-

se für eine durchgreifende praktische sprachliche Ausbildung viel zu große Menge in 2 Parallelkurse aufzuteilen. – Zu der Sprachprüfung hatten sich 10 Kandidaten gemeldet, von denen 9 bestanden, und zwar 3 Männer und 6 Frauen, die sämtlich im Besitz des Reifezeugnisses sind und mindestens 5 Semester dem Studium des Japanischen gewidmet hatten. Von den Männern ist einer ein kriegsversehrter aktiver Offizier, einer ist wissenschaftlicher Angestellter bei einer militärischen Behörde und einer ist Student. Auch von den Frauen arbeiten drei neben dem Studium bereits halb- oder ganzjährig bei Behörden.

c) Leipzig

In Leipzig existierte seit 1932 ein Japanisches Institut, gleichwohl war man unzufrieden. Angesichts der Tatsache, daß „die Sprache des Ordnungsvolkes des Fernen Ostens, das Japanische, immer mehr in den Vordergrund“ trete und immer mehr Universitäten des Reiches bestrebt seien, „Lehrstühle für Japanisch neu zu errichten, obwohl geeignete Lehrkräfte dafür gar nicht zur Verfügung stehen,“ hätten Japans Botschafter und sein Stab bei einem Besuch ihre Verwunderung darüber zum Ausbruch gebracht, „daß das einzige aus japanischen Geldmitteln (Motoyama-Stiftung) gespeiste Deutsche Japaninstitut von Deutschland aus stiefmütterlich mit einem Extraordinariat bedacht sei! ... In der Tat“, gibt dieses Schreiben an den Dekan der Philosophischen Fakultät warnend zu bedenken, „muß dieser Umstand den in Ehrenfragen sehr empfindlichen Japanern auffallen, und kann von ihnen nicht anders gedeutet werden, als daß man ihr Geld und ihre kulturelle Mitarbeit nicht wünscht. Da durch den machtpolitischen Aufstieg Japans das japanische Selbstbewußtsein außerordentlich gestärkt worden ist, kann es nicht ausbleiben, daß diese falsche Meinung recht unangenehme Rückwirkungen auf unsere eigenen kulturellen Bestrebungen in Japan haben wird ...“

Die Zahl der Studierenden, heißt es in diesem Werbetext, übertreffe „die älteren Studienorte, wie Berlin und Hamburg um das 10–20fache“. Diesen „im Kriege erzielten Fortschritt“ dürfe man, „außer dem Umstande der Bestellung eines festbesoldeten Lektors, auch der Tüchtigkeit von Professor Dr. H. zugute schreiben“. Eine Mitteilung, die im November 1943 von Hammitzsch selbst dahingehend präzisiert wird, daß unter den 26 Studierenden „vier Volljapanologen“ seien.

GUNDERTS BERUFUNG NACH HAMBURG

Wilhelm Gunderts Berufung nach Hamburg war die erste Besetzung eines japanologischen Lehrstuhls nach den neuen NS-Leitlinien. Sie war jedoch keine Folge der politisch und/oder rassistisch begründeten Vertreibungs-politik im Hochschulbereich, die manchen Wissenschaftler um Amt und Heimat brachte. In der Tat findet sich unter den hundertten von Namen mehr oder weniger prominenter Hochschullehrer, die gleich in den ersten Jahren der NS-Herrschaft in die Emigration getrieben worden sind, zwar mancher Sinologe oder Orientalist, aber kein einziger Japanologe. Das Jahr 1933 bildet so gesehen für die engere Fachgeschichte keine gravierende Zäsur.

Aus der unmittelbaren Umgebung des Faches jedoch, ganz gewiß aber im vorhin skizzierten „Subsystem Japanologie“, sind durchaus Opfer zu beklagen. Genannt sei hier nur Alexander Chanoch – 1923 von Florenz promoviert und danach in Berlin bei der Deutsch-Japanischen Gesellschaft in leitender Stellung – sowie die oben bereits erwähnte Maria-Luisa Hirsch, ebenfalls eine Florenz-Schülerin. Chanoch, gleich im April 1933 als „Jude und Kommunist“ von höchster Stelle denunziert, ist vermutlich sofort emigriert, Frau Hirsch, ab Juli 1933 wegen kommunistischer Untergrundarbeit in einen Hochverratsprozeß verwickelt, konnte 1937, nach Gefängnis, Schutzhaft und KZ, dank der Hilfe ihres ehemaligen Lehrers am SOS, Clemens Scharschmidt, und der des holländischen Manyōshū-Gelehrten und Faschisten Jan Lodewijk Pierson, nach England entkommen.

Im Dezember 1934 erreichte die Abschrift eines Ersuchens die Hochschulbehörde Hamburg, welches das Auswärtige Amt an das Reichserziehungsministerium gestellt hatte. Das Anliegen:

Der langjährige deutsche Leiter des Japanisch-Deutschen Kulturinstituts in Tōkyō, Dr. Gundert, hegt den dringenden Wunsch, nach Deutschland zurückzukehren, um hier eine akademische Lehrtätigkeit aufzunehmen. Dr. Gundert ist jetzt 54 Jahre alt. Er war ursprünglich Theologe und ist als Missionar vor etwa 25 Jahren nach Japan gekommen, war im Verlauf seines Aufenthalts Lehrer an japanischen Schulen und hat sich in Japan eine tiefgründige Kenntnis der japanischen Sprache, Literatur, Religion und Religionsgeschichte angeeignet, als deren wohl unbestritten bester deutscher Kenner er heute anzusehen ist. Seine jetzige Stellung gewährt ihm weder ein auskömmliches Einkommen noch irgendeine Sicherung für die Zukunft. Es kommt hinzu, daß Dr. Gundert infolge der täglichen Kleinarbeit im Institut kaum zu wissenschaftlicher Arbeit kommt.

Es bedrückt ihn, daß er seine eigentlichen Fähigkeiten nicht zur vollen Entfaltung bringen kann.

Außerdem habe man vernommen, so das Ersuchen weiter, daß Professor Florenz in Ruhestand getreten sei und befürworte daher die Erfüllung von Gunderts Wünschen. Die Emeritierung des bereits siebzigjährigen Karl Florenz – Gründungsordinarius der Hamburger, ja der deutschen Japanologie – war in der Tat für März 1935 festgelegt und eine Berufungskommission war bereits tätig geworden.

Mit einem Schreiben vom 17. Dezember 1934 bittet Rektor Rein – treibende Kraft schon vor 1933 für die Etablierung einer „völkisch“ ausgerichteten „politischen Universität“ – seinen ehemaligen Kollegen, den Sinologen Otto Franke um Rat und faßt seinen Eindruck von den zwei in die engere Wahl gezogenen Kandidaten dahingehend zusammen, „daß Dr. Ramming die mehr politischere Natur ist gegenüber dem aus der Mission hervorgegangenen Dr. Gundert. Gerade aber auf den politischen Einschlag kommt es uns im Rahmen der gesamten Universitätspolitik von Hamburg besonders an.“

Frankes postwendende Antwort aus Berlin bestätigt im großen ganzen des Rektors Eindruck und meint zu Gundert noch, für sein Empfinden sei dieser „etwas gar zu japanisch“ und gehöre „zu den Ausländern, die so fasziniert vom japanischen Wesen sind, daß sie dabei Kritik und geschichtliches Augenmaß verlieren“ – allerdings könne sich dieser Zug „in einer deutschen Atmosphäre“ wieder geben.

Der Kommissionsbericht urteilt abschließend:

Während Gundert sein Augenmerk fast ausschließlich auf Religion und schöne Literatur richtet, bleibt bei Ramming das Literarische zwar keineswegs unbeachtet, aber im Vordergrund steht bei ihm, der acht Jahre hindurch als Botschafts-Dolmetscher zu den politischen und wirtschaftlich leitenden Kreisen Japans Beziehungen pflegen mußte, das Interesse am öffentlichen Leben Japans, an Geschichte, Recht, Wirtschaft, Presse, also an Dingen, deren Kenntnis man bei einem Hamburgischen Professor der Japanologie zu einem gewissen Grade voraussetzen muß.

Nach Zustimmung der Philosophischen Fakultät und mit Ermächtigung des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) in Berlin beginnen im Juni 1935 die Berufungsverhandlungen mit Ramming. Einige Zeit später jedoch heißt es in einem Brief Rammings an einen Kollegen in Japan: „Sie haben wohl gehört, daß ich von Hamburg einen Ruf als Nachfolger von Florenz erhalten habe, allerdings mußte ich den sehr ehrenvollen Antrag aus Rücksicht auf uns

übergeordnete Stellen ablehnen. Was die Hamburger weiter unternehmen, ist vorläufig noch nicht geklärt.“

Was war passiert? Nach offenbar erfolgreichen Verhandlungen war der Ruf an Ramming zwar ergangen, doch hatte dieser schließlich durch Schreiben vom 7. September abgelehnt. Der Erziehungsminister ließ Hamburg wenig später lapidar mitteilen: „Ich habe in Aussicht genommen, Dr. Gundert vom Japan-Institut in Tokio zum Sommersemester 1936 auf den dortigen Lehrstuhl für Japanologie zu berufen. Dr. Ramming kommt hierfür nicht mehr in Frage.“ Ende November kommentiert der Kollege Rammings aus Kyōto: „Ich freue mich, von Ihnen von Ihrem Ruf nach Hamburg zu hören. Sie hätten ideal dorthin gepaßt. Rücksichten auf übergeordnete Stellen sind bitter und machen sich nie bezahlt. Ich erhoffe für Sie trotzdem das Beste. Dr. Gundert ist von hier vor wenigen Tagen auf dem Schiffswege abgereist, wie er sagt, um sich in Hamburg vorzustellen.“

Handelte es sich hier vielleicht um das Resultat einer der vielen universitätspolitischen Parteinterventionen jener Jahre? Hatte es bei Franke über Ramming nicht geheißt: „Politisch hält er sich ganz zurück“, um dann aber gleich beschwichtigend hinzuzufügen, „es ist mir aber wiederholt aufgefallen, wie er in feiner Weise die deutsche Würde gegenüber den Japanern zu wahren weiß.“ Auch in der obligatorischen Kandidatenbeurteilung durch die Hochschulkommission der NSDAP in München könnte man eine für Ramming nachteilige feine Unterscheidung entdecken, wenn dort eine Berufung Gunderts ausdrücklich „befürwortet“, bei ihm dagegen nur festgestellt wird, gegen seine Berufung bestehe „keine Erinnerung“.

Zwar war Ramming (Jg. 1889) wie Gundert (Jg. 1880) dann auch im Nationalsozialistischen Dozentenbund (NSDoB), bei der NS-Volkswohlfahrt und im Reichskolonialbund organisiert, doch Mitglied der NSDAP wie Gundert (seit dem 1.4.1934) war Ramming eben nicht. Auch prangte sein Name nicht wie der Gunderts unter der Funktionsbezeichnung „Obmann f. Tokyo und den Norden“ auf einem Briefkopf des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB). – „Nicht gedient“ galt im übrigen für beide Kandidaten.

Eine andere und, wie mir scheint, zwingendere Lesart legt der Inhalt eines Schreibens vom 7. Juli 1935 nahe: „Der deutsche Leiter des Japaninstituts, Dr. Martin Ramming, hat einen Ruf an die Hamburger Universität erhalten als Nachfolger des abgehenden Japanologen Professor Dr. Florenz. Vom Standpunkt der Interessen des Japaninstituts lege ich den allergrößten Wert darauf, daß Dr. Ramming an seinem jetzigen Posten verbleibt“, schreibt Dr. Wilhelm Solf in bestimmender Manier an einen leitenden Mitarbeiter des Reichserziehungsministeriums und beendet sei-

nen Brief mit der Anregung: „Ich würde es mit Dank begrüßen, wenn ich möglichst bald Gelegenheit hätte, weitere Einzelheiten im Zusammenhang mit gewissen Organisationsplänen, wie wir sie neulich miteinander besprochen haben, mit Ihnen mündlich zu erörtern. Vielleicht haben Sie die Güte mich anzutelefonieren, wann ich Sie am Kronprinzen Ufer aufsuchen kann.“

Das Ergebnis der aufgrund dieser Intervention geführten Verhandlungen auf höchster Ebene ist bekannt. Vielleicht war dies, wenige Monate vor seinem Tod, eine der letzten kulturpolitischen Weichenstellungen Solfs gewesen. Dieser Orientalist und Diplomat war als Krönung seiner AA-Karriere von 1920 bis 1928, also in äußerst schwierigen Zeiten, auf den Posten des Deutschen Botschafters nach Tōkyō berufen worden. In dieser Stellung war er u. a. auch maßgeblich an der Einrichtung der beiden Institute in Berlin und Tōkyō beteiligt. Beide, Gundert und Ramming, waren ihm somit über Jahre als Mitarbeiter unterstellt gewesen, sie waren sozusagen „seine Japanologen“. Sein Verhältnis zu Gundert, der in Japan zu Solfs Beraterkreis gehört hatte, scheint jedoch aus verschiedenen Gründen enger gewesen zu sein. Auch Senioritätserwägungen mögen eine Rolle dabei gespielt haben, letztlich doch dem Wunsch des älteren Gundert zu entsprechen.

Während Solf jedoch Gundert nach Tōkyō signalisierte, daß dieser es nun wagen könne, nach Deutschland aufzubrechen, wird im Reichserziehungsministerium die neue Karte R.210 für Ramming angelegt, mit folgender Ersteintragung: „Einsender: Solf Bln/Inhalt: Prof. i. Bln möglich?“ Solfs Loyalität galt demnach immer noch beiden, nur daß Ramming mit der Berufung zum ordentlichen Professor der Japanologie an der Universität Berlin noch bis zum 9. Januar 1945 warten mußte; genau genommen hat sie ihn, lebenszeitlich gesehen, sogar um 10 Monate vor seinem einstigen Rivalen in Hamburg erreicht. – Es sollte im übrigen die letzte Berufung eines Japanologen in nationalsozialistischer Zeit sein.

Die mit diesem Fall illustrierten besonderen Beziehungen zwischen der Japanologie und dem Auswärtigen Amt reichen, soviel ist schon deutlich geworden, weit in die Jahre vor 1933 zurück, und zwar in jene wilhelminische Zeit, als der Bedarf des AA nach einem Korps linguistisch vorgebildeter Beamter „... für den Kampf ums Dasein unter fremdartigen Menschen und Einrichtungen“ zur Gründung des oben bereits beschriebenen SOS in Berlin geführt hatte, zu dessen ersten Studenten ja auch der spätere Gründungsordinarius der universitären Japanologie, Karl Florenz, gehörte. Fast alle Japanologen der ersten Generationen waren danach auf die eine oder andere Weise mit dem AA mehr oder weniger intensiv, zeitweilig in direkter Abhängigkeit, verbunden. Auch nach 1945 wurde japanologisches Botschaftspersonal, das sich kurz zuvor noch als Teilhaber einer

SS-geführten europäischen Japanologen-Elite gesehen hatte, fürsorglich mit Pöstchen in Tōkyō etc. versorgt. Und wie in den Zeiten davor sah man sich nach Ablauf des Dienstverhältnisses verpflichtet, wegen einer adäquaten Unterbringung an deutschen Universitäten zu antichambrieren – diesmal allerdings ohne Erfolg.

Zurück nach Hamburg: Am 8. Juli 1936 wurde der 56jährige Wilhelm Gundert vom Reichserziehungsminister mit Wirkung vom 1. März d. J. nach Hamburg berufen, und zwar „mit der Verpflichtung, die Sprache und Kultur Japans durch Forschung und Lehre in enger Verbindung mit den praktischen Fragen und Aufgaben der Gegenwart, seien sie allgemein kultureller, politischer oder wirtschaftlicher Art, durch Vorlesungen und Übungen zu vertreten“. Pflichtbewußt versuchte der neue Ordinarius seinem Versprechen nachzukommen – damals noch in dem festen Glauben, der „weise Plan eines gütigen Gottes“ habe ihm den Weg gewiesen. Von 1937 bis 1938 versah er außerdem das Amt des Dekans der Philosophischen Fakultät, danach, bis April 1941, auch das des Rektors und „Führers der Hochschule“; das entsprach nach dem Hamburger Besoldungsgesetz einem bescheidenen Anstieg des Jahresgehalts von RM 14.000 (plus Kinderzuschlag) auf 16.459.

Im Juni 1936 führte sich Gundert mit einer programmatischen Antrittsvorlesung ein, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt: Eine neue Stunde habe für die deutsche Japanologie geschlagen, heißt es da, „eine Stunde, die gerade dieser unserer Arbeit zum ersten Male eine klare sinnvolle Ausrichtung bringt und damit uns, die wir an ihr stehen, eine bisher nicht gekannte Zielsicherheit und Freudigkeit zu schenken vermag“. Zu verdanken habe man, so Gundert weiter, diese Sinnstiftung der nationalsozialistischen Bewegung, erst sie habe der alten *l'art pour l'art*-Japanologie gezeigt, was ihr eigentlich fehle, nämlich die „klar(e) Bezo-genheit des Japanforschers auf sein eigenes Volkstum“.

Den zweiten wichtigen Anstoß zur Erneuerung des Faches sieht Gundert in der politischen Bedeutung Japans: Die Welt täte gut daran, „einmal den Atem anzuhalten und sich zu fragen: was ist es um dieses Land? woher kommt ihm diese Kraft? und wo will es mit ihm hinaus?“ Und weiter: „... jedes handeltreibende Volk Europas und Amerikas weiß von der unwiderstehlichen Kraft der japanischen Exportoffensive zu erzählen. Diese Entwicklungen vollziehen sich alle mit einer derartig naturgesetzlichen Sicherheit, daß der Gedanke, sie könnten nun auf einmal haltmachen, nur aus dem Reiche frommer Wünsche herzuleiten ist.“

Angesichts dieser Umstände könne man sich über den Zustand der Japanologie nur wundern: „Als ein letztes Anhängsel an die Orientalistik, an Ägyptologie und Assyriologie“ behandle die europäische aber auch die deutsche Wissenschaft die Erforschung Japans, hatte Gundert bereits

ein Jahr zuvor in seiner „Japanischen Religionsgeschichte“ bemerkt, nun fordert er den zügigen Ausbau des Faches und ermutigt die Studierenden, sich vermehrt, wenn auch nicht in Massen, der „Japankunde“ zuzuwenden: „Was wir brauchen, ist eine Auslese, eine Vorpostentruppe, die für einen höchst eigenartigen Beobachtungsdienst in vorgeschobenem Gelände besonders vorbereitet und geschult ist.“ Ausdauer und Wagemut seien allerdings gefragt, denn keineswegs garantierten japanologische Kenntnisse schon „eine wirtschaftlich gesicherte Zukunft“. Der diplomatische Dienst, die Presse und die hansische Kaufmannschaft seien also gefordert, bei Neueinstellungen sich solcherart Vorgebildeter zu erinnern. Auch die Japanologie selbst aber müsse nun, um den neuen Anforderungen gerecht zu werden, ihre bisherige Ausrichtung ändern und „bei ihrer wissenschaftlichen Betrachtung mit klarem Tatsachensinn von der Gegenwartsbedeutung Japans“ ausgehen.

Mißverständnisse ahnend, fügt er hinzu: „Wie sehr uns an Japan vor allem seine Gegenwart wichtig ist, so wenig dürfen wir darum gerade um dieser Gegenwart willen seine Vergangenheit aus dem Auge lassen.“ Nationalsozialistische Wissenschaft sei Dienst am eigenen Volk, woraus folge, daß der Gegenstand unserer Forschung „immer und in allem nur das japanischen Volk“ sein könne. In Japan aber habe sich „ein Volk sozusagen in Reinkultur“ entwickeln können, „als ein Ganzes, das von den frühesten Anfängen an bis heute eine in sich geschlossene Einheit darstellt“. Das Studium der japanischen Sprache „und zwar in allen ihren Entwicklungsstufen“ bleibe deshalb weiterhin die fachliche Grundlage der Japanologie. Allein eine gediegene philologische Vorbildung, nun aber kombiniert mit einem zweijährigen Studienaufenthalt in Japan selbst, werde mit der Zeit genügend Fachleute heranbilden, um „die ungute Kluft zwischen allgemeiner Japanschriftstellerei und philologisch unterbauter wissenschaftlicher Arbeit“ überbrücken zu können. Ein solcher Ausbildungsgang liefere aber auch das Rüstzeug für die Behandlung der, wie er es nennt, „eigentlichen Grund- und Kernfrage der Japankunde“: nämlich die Frage nach „Wesen und Bedeutung des Tennotums“, dem „Schlüssel zum Geheimnis dieses Volkes“.

Im Einklang mit seiner Antrittsvorlesung zeichnet sich Gunderts Lehrangebot dann insgesamt zwar durch die Aufnahme gegenwartsbezogener Themen aus und demonstriert damit einen gewissen Bruch mit der Ära Florenz. Von einem Übergewicht solcher Veranstaltungen aber kann nicht die Rede sein. Der Seminarbetrieb mit seinem Zwang zu zeitraubender und mühsamer Arbeit am Originaltext – und daran wollte er ja erklärmaßen festhalten – mag dabei als konservatives Moment gegen propagandistische Höhenflüge gewirkt haben.

Auch die von Gundert vergebenen Diplomarbeiten können nicht ohne

weiteres unter „ns-inspirierte Japanologie“ verbucht werden, mit einer Ausnahme vielleicht: „Die japanische Ernährung und ihre Fragen unter Berücksichtigung neuerer japanischer Literatur“ aus dem Sommersemester 1937. Diese Hausarbeit zur „Auslandsprüfung über Japan“ – wie dieses Diplom genannt wurde – stammte von Richard Huch (geb. 1914) und führt, nach Gunderts Gutachten, „in überzeugender Beweisführung zunächst zu dem überraschenden Ergebnis, daß Japan heute die Selbstversorgung erreicht hat und diese durch gewisse Umstellungen auch im Fall eines Kriegs durchführen kann“. Die mit „ausgezeichnet“ benotete Arbeit erschien sofort im Jahr darauf in gedruckter Form als Veröffentlichung des Seminars. Ein begeisterter Rezensent schrieb: „... die japanischen Staatsmänner betrieben eine kluge Politik, wenn sie ... keine Geburtenbeschränkung aufkommen ließen ... Das stetige Wachsen der japanischen Volkskraft ... drängte daher zur Expansion ... Heute beweist die Schlagkraft der japanischen Armee, mit welcher weiser Vorsehung die Regierung Staat und Volk für die große Auseinandersetzung um die Neuordnung Asiens vorbereitete.“

Wer nun aber glaubt, angesichts solch traditionsferner Interessen auf eine Schmalspur-Japanologie schließen zu dürfen, befindet sich im Irrtum. Das Protokoll der mündlichen Prüfung – jeweils 30 Minuten über japanische Sprache, Geschichte und Geistesgeschichte – zeigt jedenfalls einen in jeder Hinsicht anspruchsvollen Fragenkatalog. In der Sprachprüfung etwa wird zur Übersetzung nicht nur ein druckfrischer Zeitungsartikel über eine aktuelle außenpolitische Frage aus der Feder Tokutomi Sohōs – später als Kriegsverbrecher der Klasse A eingestuft – vorgelegt, sondern auch ein Gedicht des Meiji-Tennō sowie ein Abschnitt aus der klassischen Kriegshistorie *Heike monogatari*. Die Fragen in Geschichte und Geistesgeschichte beziehen sich weitgehend auf die Vormoderne. Der einzige zeitgenössische Literat jedoch, der zur Sprache kommt, ist Yamamoto Yūzō, ein für seine linken Sympathien und seine Konflikte mit der Militärpolizei bekannter Schriftsteller. Die anderen beiden Diplomarbeiten stehen insofern in der florenzischen Seminartradition, als sie literaturhistorische Themen behandeln, ihre moderne Thematik jedoch stellt eine Erweiterung dar.

Gunderts Paukenschlag vom Sommer 1936 blieb nicht die einzige öffentliche Erörterung des „Japanologie-Problems“. Nur ein Beispiel sei hier kurz vorgestellt, auch weil es teilweise als direkte Antwort auf Gunderts Ausführungen – die im selben Jahr schon in der Fachzeitschrift *ZDMG* nachgedruckt wurden – konzipiert war. „Ich könnte Ihnen auch im Namen der Wissenschaft erwidern,“ heißt es in Otto Kümmlers Rede zur Feier des zehnjährigen Bestehens des Japaninstituts Berlin am 4. Dezember 1936, „daß es höchst unwissenschaftlich ist, nach dem Nutzen einer Wis-

senschaft zu fragen, denn Gegenstand der Wissenschaft ist zunächst die Erkenntnis, nicht der Nutzen der Erscheinungen. Wir wollen doch das Wort Richard Wagners nicht vergessen, daß ‚deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen treiben‘.“ Eine Abfuhr erteilte der prominente Kunsthistoriker auch Gunderts eurozentrischer Auffassung, Japans Größe liege vor allem in seiner politischen Geschlossenheit, „während es in rein geistiger Beziehung kaum etwas aufzuweisen (habe), was sich den Schöpfungen der ganz Großen anderer Länder“ – genannt wurden Konfuzius, Buddha, Homer, Shakespeare, Schiller, Goethe, Bach – „völlig gleichwertig an die Seite stellen könnte ...“

Auch in anderer Hinsicht blieb Gunderts Rede nicht ohne Wirkung. Durch eine „Vorschulung für das Studium der Ostasienkunde ...“, die einen Teil des Wissensstoffes bereits in den voruniversitären Bildungsgang verlegt“ (Donat), sollte eine effektivere Nutzung universitärer Arbeitskraft erreicht werden. Eine immer wieder diskutierte Forderung, die schließlich 1944 zu einem Schulversuch am Joachimthalschen Elitelyzeum in Templin führte, wo Japanisch – gegen den erbitterten Widerstand der Altsprachler – vom dritten Schuljahr an als zweite Fremdsprache eingeführt wurde.

DIE ASSISTENTENSTELLE

Was Karl Florenz während seiner zwanzigjährigen Tätigkeit in Hamburg nicht gelungen war, die Einrichtung einer Assistentenstelle, sollte sich nun dank der neuen „praktisch-politischen Bedeutung“ des Faches verwirklichen lassen. Die wichtigste Aufgabe dieser Stelle sah Gundert in der bislang vernachlässigten Nachwuchsförderung: „Es klafft zwischen der ältesten oder doch älteren und der jüngsten Generation von deutschen Japanologen eine empfindliche Lücke“, heißt es seinem Antrag, „die baldmöglichst ausgefüllt werden sollte.“ Nicht zuletzt müßten jene jungen Wissenschaftler eine Chance erhalten, „die sich während ihres Aufenthaltes in Japan gründlich in die Japanologie eingearbeitet“, in Deutschland aber bislang trotz ihres wertvollen Expertenwissens keine Verwendung gefunden hatten.

Doch selbst für Gundert, der es verstanden hatte, in kürzester Zeit Zugang zu den maßgeblichen Kreisen zu finden, sollte sich die Einrichtung dieser mit bescheidenen 4.200 RM dotierten Stelle nicht als Selbstgänger erweisen. Selbst die Schützenhilfe Seiner Exz. Admiral a. D. Behncke von der DJG-Zentrale Berlin, der extra aus der deutschen Hauptstadt angereist

war, um anlässlich des Ostasiatischen Liebesmahls bei höchster Stelle vorstellig zu werden, wirkte, wenn überhaupt, nur mit Verzögerung.

Zum September 1937 schließlich bewilligt, hatte Gundert während seiner neunjährigen bewegten Amtszeit insgesamt fünf sogenannte „wissenschaftliche Hilfskräfte“ engagiert. Der erste – in Gunderts Worten „vor allen Dingen eine ganz ruhige Natur von anspruchslosem Auftreten, die in allen ihren Äußerungen den engen blutmäßigen Zusammenhang mit dem guten Durchschnitt niederdeutschen Volkstums verrät“ – quittierte bereits nach fünf Monaten seinen Dienst und schlug die erfolgversprechendere Offizierslaufbahn ein. Der zweite gab ein noch kürzeres Gastspiel, um danach bei der DJG in Berlin und bei der Reichsstudentenführung mit SS-Aspirationen Karriere zu machen. Der dritte blieb wenigstens ein Jahr lang, bis er als Japanexperte in die Auslandspresseabteilung des Propagandaministeriums, später dann ins SS-Hauptamt, übernommen wurde. Der vierte dann, seinen ersten echten, da promovierten Assistenten, Carl Mibach – ein Kressler-Schüler aus Bonn –, hielt es wiederum nur drei Monate in Hamburg, auch er wurde vom Propaganda- bzw. Reichsluftfahrtministerium engagiert. Alle vier hatten ohne Probleme ihre „arische Abstammung“ ebenso wie ihre politische Zuverlässigkeit nachweisen können – drei waren Mitglied der NSDAP, einer beim NSLB. Der fünfte und letzte jedoch schlug etwas aus der Art und soll hier kurz vorgestellt werden.

Spätestens bei der Lektüre des Einstellungs-Fragebogens dürfte Gundert klar gewesen sein, daß sein neuer Mitarbeiter nicht ganz dem idealen Volksgenossen für den „Dienst auf vorgeschobenem Posten“ entsprach. Weder Arbeitsdienst noch Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen hatte er vorzuweisen, noch war der einstige Student der Rechte im NS-Studentenbund oder später, als Referendar, im NS-Rechtswahrerbund gewesen. Auch während seines selbstfinanzierten Studienaufenthaltes in Japan, in den Jahren 1937 bis 1941, soll er gezeigt haben, wie einem fürsorglich denunziatorischen Schreiben aus Tōkyō an einen Mitarbeiter der DJG Berlin zu entnehmen ist, daß er „nicht den Anforderungen entspricht, die wir heute an einen politischen Menschen stellen. Er ist nämlich in keinerlei Organisation tätig gewesen und hat dadurch ... einen gewissen Mangel an Einsatzbereitschaft gezeigt. Die heutigen Verhältnisse in Deutschland werden ihm Gelegenheit geben, das Versäumte nachzuholen.“ Hinsichtlich der wissenschaftlichen Qualifikation des dergestalt zur heimischen Resozialisation Empfohlenen gab es immerhin zu vermelden, „daß er sich nach fachmännischem Urteil sehr viel Japanisch angeeignet hat und daß er durch die Energie, mit der er sich hierfür eingesetzt hat, gezeigt hat, daß mehr in ihm steckt, als man auf Grund seines Verhaltens vermuten könnte. ... Ich befinde mich in Über-

einstimmung mit den hiesigen Stellen, insbesondere mit Herrn Dr. Donat“, heißt es abschließend, „wenn ich Herrn Benl Ihnen empfehle, denn ich stehe auf dem Standpunkt, daß jedem Menschen im Leben wieder eine Chance gegeben werden muß.“

Auch mangels einer Alternative entschied sich Gundert für den unsicheren Kantonisten. Zwei Empfehlungsschreiben einflußreicher japanischer Persönlichkeiten, des Tōdai-Literaturwissenschaftlers Hisamatsu Sen'ichi und vor allem des prominenten Präsidenten der Japanisch-Deutschen Medizinischen Gesellschaft, Ishibashi Chōei, dürften ihm seine Entscheidung erleichtert haben.

HAMMITZSCHS BERUFUNG NACH LEIPZIG

Zwei Aspekte stehen hier im Mittelpunkt: erstens der Verdacht der Lehrstuhlarisierung, da die Vakanz in Leipzig nicht Folge einer Emeritierung war, sondern die der Flucht des Gründungsprofessors. Zum zweiten soll die nach 1945 kolportierte Behauptung, die Wiederbesetzung mit Horst Hammitzsch sei vor allem außeruniversitären Einflüssen – diesmal allerdings von seiten der NSDAP – zu verdanken, überprüft werden.

„Augenblicklich wird auch in Leipzig, wo Ueberschaar sang- und klanglos verschwunden ist, ein Japanologe gesucht, es kommen dort wohl in erster Linie Ramming und Böhner in Frage“, berichtet im April 1938 ein Sinologe einem Kollegen nach China. Der im Brief erwähnte Hans Ueberschaar war nach zwanzigjähriger Tätigkeit als Deutsch-Lektor 1932 aus Japan nach Leipzig berufen worden. Im Oktober desselben Jahres tritt der planmäßige außerordentliche Professor in die NSDAP ein – gehört somit zu den „Alten Kämpfern“ – und engagiert sich für sie als Kulturwart, als Fachberater der Kulturpolitischen Abteilung Leipzig sowie in der Leitung der „Gaufachschaft Hochschule Sachsen“.

Vier Jahre später, im Dezember 1936, wird er mit der Begründung, die Staatsanwaltschaft habe gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen Vergehen nach § 175 eingeleitet, aus der Partei ausgeschlossen. Das gerichtliche Verfahren wird zwar kurze Zeit später wegen Verjährung etc. wieder eingestellt, doch hinderte dies nicht das Ministerium für Volksbildung in Dresden daran, gegen das Votum des ostasienwissenschaftlichen Fachvertreters und des Dekans der Philosophischen Fakultät, nun selbst ein förmliches Dienststrafverfahren mit Lehrverbot zu eröffnen.

Spätestens jetzt gab es für Ueberschaar keine Zeit mehr zu verlieren: Nach „Röhm-Putsch“, Verschärfung der einschlägigen Gesetze und Intensivierung der Strafverfolgung setzte 1935/36 in Deutschland die sy-

stematische Verfolgung von Homosexuellen ein, wobei besonders rigoros, laut Vorschrift, verfahren werden sollte, „wenn der Täter der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehört oder eine führende Stellung einnimmt“. Nach Aussage eines Zeitzeugen verschwand Ueberschaar tatsächlich „sang- und klanglos“, indem er sich, eine Aktentasche mit dem Nötigsten als Gepäck, mit Unterstützung hochstehender japanischer Bekannter seiner bevorstehenden Gestapo-Verhaftung durch Flucht nach Japan entzog.

Im März 1938 erfährt Hammitzsch in Nagoya, wo er nach seiner Promotion in Leipzig eine Stelle als Deutsch-Lektor angetreten hatte, „die Affäre“ sei zwar immer noch nicht entschieden, man „rechnet aber damit, daß der Betreffende nicht auf seinen Posten zurückkehren wird. Er dürfte jetzt im Osten sein, wo er nach eigenen Angaben sich als Kriegsberichterstatter betätigen wollte.“

Einen Monat später jedoch lag der zwischenzeitlich eingesetzten Berufungskommission bereits Gunderts Großgutachten vor, das einen ausführlichen Gesamtüberblick über die Bewerberlage bietet. Unter den 14 Namen stehen in Gunderts Papier auf Platz 1 Hermann Bohner, gefolgt von Ramming. Auf Platz 4 Walter Donat, Platz 6 Hammitzsch. Allein sechs von insgesamt zwölf Seiten seines Gutachtens sind einem Loblied auf Bohner gewidmet – wie Gundert selbst Theologe und ehemaliger Ostasienmissionar.

„Mit Dr. Walter Donat ... kommen wir in eine jüngere Generation von Japanologen ... In dieser jüngeren Generation ist Donat ohne Frage führend, und ich wundere mich,“ moniert der Gutachter, „warum sein Name in ihrer Liste fehlt. ... Auch in den Organisationen der NSDAP in Japan hat er führende Stellungen. Er stellt einen neuen Typ der Japanologie dar, dem wie ich hoffe die Zukunft gehört. Er wäre nach der wissenschaftlichen, wie nach der organisatorisch-repräsentativen Seite hin für den Leipziger Posten glänzend geeignet.“ Für eine Berufung nicht in Frage kommt dagegen Position 13, Bruno Petzold, ein „großer Kenner des japanischen Buddhismus“ zwar, doch „dem nationalsozialistischen Deutschland gänzlich entfremdet“.

Die im Juli dann beim Reichserziehungsminister eingereichte Berufsliste zeigt folgende Reihung: Ramming, Bohner, Donat und Hammitzsch. Vor allem die Aufnahme eines vierten Platzes mit dem 28jährigen Hammitzsch, der ganze drei Veröffentlichungen vorzuweisen hatte, darunter seine mit „Gut“ angenommene Dissertation von 92 Seiten, einen Aufsatz von 27 Seiten (Gundert: macht „dünnen Eindruck“) sowie eine achtseitige Übersetzung, wollte begründet sein.

Man war nicht so vermessen, ihn mit den ersten Positionen auf eine Stufe stellen zu wollen, argumentierte deshalb vorwiegend zukunftsbe-

zogen („arbeitet dem Vernehmen nach an einer größeren Schrift“) und entschied pragmatisch: „Nur wenn wider alles Erwarten keine der drei vorerwähnten Persönlichkeiten für den Leipziger Lehrstuhl zu gewinnen sein sollte, würde eine [sic] Berufung Hammitzsch's näher getreten werden können, da seine solide Arbeitsweise, sein anständiger Charakter und sein tüchtiges Wesen die Hoffnung rechtfertigen, daß er wenigstens die unterrichtlichen Bedürfnisse erfüllen könnte.“

Hammitzsch selbst war sich seines schmalen Oeuvres durchaus bewußt und versuchte deshalb auf der politischen Schiene Eindruck zu machen: „In den ersten Jahren meines japanischen Aufenthaltes kam ich wenig zur wissenschaftlichen Arbeit, da sich mir an der 8. Hochschule zunächst eine große Aufgabe kultureller Aufklärungsarbeit bot“, heißt es in seinem von einem amtlichen Erstleser (Dekan?) mit Randbemerkungen wie „Stil!“, „seltsames Deutsch!“ übersäten „Lebenslauf“. Hammitzsch fährt fort:

Mein Amtsvorgänger hier war über 20 Jahre tätig gewesen und schließlich wegen seines Alters nach der Heimat zurückgekehrt. Ihm scheint es, wohl wegen seiner langen Abwesenheit von der Heimat, schwer gewesen zu sein, den jungen japanischen Studenten ein vollkommenes Bild des neuen Deutschlands zu vermitteln. ... neben meiner amtlichen Tätigkeit bin ich, in meiner Eigenschaft als Pg., Vertrauensmann der Deutschen Gemeinde Nagoya für die NSDAP, die Botschaft und das Generalkonsulat. Die Ausgestaltung der Staatsfeiertage und auch die Aufziehung des WHW [Winterhilfswerk der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt unter Aufsicht des Propagandaministeriums, H. W.] für die Gemeinde liegt in meiner Hand, und gerade diese Aufgabe eines Zusammenführens der teils schon recht langen Zeit in Nagoya ansässigen Deutschen in das Gebundensein der deutschen Volksgemeinschaft bietet mir größte innere Befriedigung.

Zur fachlichen Arbeit führt der Bewerber aus, „daß sich diese vor allem gegenwärtigen Fragen zuwenden muß ... Das Ziel meiner japanologischen Studien sehe ich in der Erlangung eines Lehrstuhles für Japanologie, und als meine Lebensaufgabe betrachte ich das Studium der in der völkischen Eigenart Japans verwurzelten geistigen Kräfte, welche der innere leitende Auftrieb dieses in so gewaltigem Emporschnellen zur Großmacht erwachsenen Volkes sind.“

Über das politische Profil der anderen Bewerber sind wir hinreichend informiert, erstaunen macht jedoch die von Gundert über Bohner vorgebrachte Einschätzung: „Politisch steht er bei aller Eigentümlichkeit seiner Persönlichkeit und seiner geistigen Entwicklung unbedingt auf Seiten des

nationalsozialistischen Deutschland.“ Alle vier scheinen jedenfalls, jeder auf seine Art, dem System gewogen und insofern auch professorabel.

Wie aber verhält es sich mit dem eingangs zitierten Gerücht über Hammitzsch' besondere Beziehungen zu Hitler? Die erste Eintragung in seiner Personalakte H. 782 beim Reichserziehungsministerium lautet: „Tag: 17.11.1938/Einsender: Angela Hammitzsch [sic]-Hitler/Inhalt: Unterbringung ihres Neffen/Tag: 31.1.39/Erlaß: Antwort.“ Bei dieser Angela H.-H. handelt es sich tatsächlich um eine Schwester Adolf Hitlers. Fest steht darüber hinaus, daß sie mit Hammitzsch' Onkel, Prof. Dr. ing. Martin H. verheiratet war und beide beste Beziehungen zu Teilen der NS-Prominenz pflegten. Den Wortlaut der oben genannten Korrespondenz kennen wir noch nicht, doch daß diese Tante während der laufenden Berufungsverhandlungen einiges unternommen hat, um ihren Neffen aufs rechte Gleis zu bringen, findet sich auch in anderen Quellen bestätigt.

So schreibt Onkel Martin im November 1939 an Hammitzsch nach Nagoya:

Ich bin aber ganz Deiner Auffassung, daß der Deutsche jetzt dort seine Pflicht zu tun hat, wo ihn das Vaterland besonders braucht. – Wenn also der deutsche Botschafter in Tokio Deine weitere Anwesenheit in Japan für dringend wichtig hält, so ist es in diesen Zeiten nur richtig, daß Du als Nationalsozialist Deine Pflicht tust. Vielleicht ist es zweckmäßig, daß Du auch persönlich dem Reichsminister für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft [sic] von der veränderten Sachlage und der dadurch eintretenden Behinderung, dem Ruf an die Göttinger Universität jetzt nachzukommen, in einem geeigneten Schreiben Mitteilung machst. Wenn auch, wie Du schreibst, die Angelegenheit durch die deutsche Botschaft in Tokio geregelt werden soll, so kann doch ein persönlicher Brief Deinerseits an Dr. Rust nur vorteilhaft, aber auch wünschenswert sein, zumal Tante Angela in der Angelegenheit zweimal mit Dr. Rust persönlich in Berlin Rücksprache genommen hat.

Mit diesem Dokument wäre immerhin die versuchte Einflußnahme belegt, auch wenn sie sich nicht direkt auf die Berufung nach Leipzig, sondern auf das Angebot der Göttinger Universität, einen Lehrauftrag für Hammitzsch einzurichten, bezieht. Gegen eine strikt verschwörungstheoretische Erklärung spricht indes ein Schreiben von dem Leiter des Sächsischen Ministeriums für Volksbildung. In diesem Rechenschaftsbericht an den Reichserziehungsminister informiert dieser detailliert über den unglücklichen Verlauf der Berufungsverhandlungen mit Böhner, der den zuständigen Beamten an den Rand der Verzweiflung gebracht zu haben scheint. Nach über acht Monaten ergebnislosen Verhandelns wird darin

um die Erlaubnis zum Abbruch der Bemühungen um den Kandidaten gebeten. Wie ernsthaft danach dann mit Ramming und Donat verhandelt wurde, entzieht sich jedoch meiner Kenntnis.

Vorläufiges Fazit: Vielleicht war es doch eine ganz normale Berufung, bei der Hammitzsch eben äußerstes Glück hatte ...

EINE HABILITATION IN HAMBURG

Das meines Wissens einzige japanologische Habilitationsverfahren der ganzen NS-Zeit fand bald nach Gunderts Berufung im Herbst 1936 in Hamburg statt. Auch in diesem Fall lassen sich Spuren einer direkten Einflußnahme durch das Auswärtige Amt belegen: „Das Auswärtige Amt hat sich, um Herrn Dr. Donat seine Habilitation zu ermöglichen, in der Tat damit einverstanden erklärt, daß er seinen Posten an dem Deutsch-Japanischen Kulturinstitut in Tokio verspätet antritt, obwohl diese Verspätung seines Dienstantritts in verschiedener Hinsicht unerwünscht ist“, quengelt das AA bei der zuständigen Stelle im REM mit einer Note vom 21. August 1936 und fordert, „daß die Termine für die Habilitation des Herrn Dr. Donat im kommenden Semester möglichst frühzeitig angesetzt und nicht erneut hinausgeschoben werden“.

Die Intervention des AA war nötig geworden, nachdem Walter Donat – der 1925 von Julius Petersen in Berlin über das Thema „Die Landschaft bei Tieck und ihre historischen Voraussetzungen“ promoviert worden war – auf seinen Zulassungsantrag vom Dekan der Philosophischen Fakultät folgende Mitteilung erhalten hatte: „Ich sehe mich zu meinem großen Bedauern nicht in der Lage, das Verfahren endgültig zu eröffnen, ehe mir nicht die gesamte Habilitationsschrift vorliegt ...“ Ob nun mit oder ohne abgeschlossener Schrift: Ende November kam das Verfahren mit der mündlichen Prüfung zu einem vorläufigen glücklichen Abschluß.

Die Fürsorge des AA hatte jedoch weniger Dr. Donat als dem berühmten Professor Eduard Spranger gegolten, mit dessen Hilfe das Amt in Japan einen brillanten kulturpolitischen Coup zu inszenieren gedachte, und dessen Abreise ins Land der „Achsenfreunde“ ursprünglich auf September terminiert gewesen war. So kam die neue deutsche Führung des Kulturinstituts dank der Kooperation der Hamburger doch noch rechtzeitig an ihren „Einsatzort“ Tōkyō, wo Spranger dann durch zahllose Vorträge mit und manchmal auch gegen die Hilfe seines Adlatus – und nazistischen Aufpassers – Donat für bescheidene 1000 RM monatlich (bei vollen Bezügen in Berlin) der „kulturpolitischen Dekoration der frischge-

backenen deutsch-japanischen Freundschaft“ (Karl Löwith) unermüdlich dienen durfte.

Der damalige deutsche Botschafter in Tōkyō bescheinigte dem scheidenden Spranger ein Jahr später: „Auf hoher geistiger Warte stehend haben Sie die Ideale, von denen die Wissenschaft des nationalsozialistischen Deutschlands beseelt ist, praktisch betätigt und ihren Zehntausenden von Hörern ein Stück deutschen Geisteslebens vermittelt. Sie haben dabei ebenso explicite wie auch implicite den Hörern den Grundgedanken nationalsozialistischer Wissenschaftsauffassung nahegebracht, den Gedanken, daß jede Wissenschaft volksgebunden ist und auf den völkischen Kräften beruht.“

Es handelte sich um ein Bemühen, das dem Kulturwart der Landesgruppe Japan der NSDAP, Donat, offenbar nicht weit genug ging, wollte dieser doch – im offenen Konflikt mit Spranger – zusätzlich „einige weltanschauliche Impulse behandeln, hinter denen heute der Führer, die Partei und ein überwiegender Teil des deutschen Volkes steht [sic]“, und darüberhinaus „den Japanern zeigen, wie diese Impulse die Wissenschaft ebenso befruchten wie sie das ganze deutsche Leben befruchten. Also auch über die ‚rassische Verwurzelung‘ unserer Wissenschaft.“

Für seine Habilitationsschrift in Hamburg hatte Donat – EK II, Verwundetendenabzeichen, Frontkämpferkreuz – sich das Thema „Der Heldenbegriff in der japanischen Literatur von den Anfängen bis zur epischen Gattung der Gunki-mono“ gewählt. Als Gutachter wirkten neben Gundert noch die Parteigenossen Fritz Jäger (Sinologie) und Rudolf Petsch (Literaturwissenschaft).

Gunderts Gutachten hebt zunächst die Wahl des Themas hervor: „Denn dieses betrifft nicht irgendeine nebensächliche Teilfrage, die nur für den engsten Fachkreis Interesse hätte, sondern geht bewußt auf die Frage los, die für eine im Dienst und Auftrag des deutschen Volkes betriebene Japanologie das Kernproblem bilden muß, nämlich die Frage nach Wesen und Bedeutung des japanischen Volkes, und zwar vom Standpunkt unseres Volkstums aus und für unser Verständnis.“ Nach weiteren Lobhudeleien kann aber auch Gundert nicht umhin, kritisch anzumerken, die Arbeit weise „gewisse wenn auch schwache Spuren davon auf, daß der Verfasser zwar an die in Japan geleisteten Vorarbeiten reichliche Zeit gewandt hat, bei der Niederschrift in Deutschland aber im Gedränge war und darum etwas flüchtig arbeiten mußte“. Nach einer „wissenschaftlichen Aussprache“ vor der Fakultät über „Formprinzipien der japanischen Poesie“, konnte schließlich der Antrag, Donat die Würde eines Dr. phil. habil. für das Fach „Japanologie“ anzuerkennen, gestellt werden. Die Annahme der Arbeit selbst war von Gundert und Jäger „mit allem Nachdruck“, von Petsch „auf das wärmste“ empfohlen worden.

Erst vier Jahre später, im Juni 1941, kam es dann während eines Heimaturlaubs – der kriegsbedingt zu einem Daueraufenthalt wurde – zur obligatorischen Lehrprobe in Hamburg. Das Thema: „Grundzüge des Japanischen Geistes.“ Ich zitiere aus Gunderts Bericht an den Dekan der Philosophischen Fakultät:

Ein weiterer Vorzug des Vortrages bestand in seiner politisch klaren Ausrichtung, indem seine Fragestellung deutlich vom Standort des nationalsozialistischen Deutschland ausging, dessen zentrales Interesse im Blick auf Japan der Frage gilt, was uns an dem Geist dieses Volkes verwandt ist und was fremd. Auch in rednerischer Hinsicht stand der Vortrag auf einer bemerkenswerten Höhe. Dr. Donat ist unter den deutschen Japanologen ohne Frage diejenige Persönlichkeit, die für die Entwicklung und den Ausbau einer deutschen japanologischen Wissenschaft an deutschen Universitäten zu allererst in Frage kommt. In einer jungen und von wenigen betriebenen Wissenschaft wie der Japanologie ist der Prozentsatz an Dilettanten einerseits und an zwar kenntnisreichen aber politisch völlig unbrauchbaren Einspannern andererseits naturgemäß besonders hoch. Dr. Donat ist nicht nur einer der ganz wenigen, die diesen gefährlichen Extremen entgangen sind, er verbindet auch wissenschaftliche Kenntnis und Urteil mit politischer Tüchtigkeit in besonders glücklicher Weise.

Mit den Worten des Dozentenbundführers der Hansischen Universität im Auftrag der NSDAP gesagt: „Der Verleihung der Lehrbefugnis für Japanologie an Dr. phil. habil. Donat stimme ich zu. Die bisherige Tätigkeit des Genannten insbesondere auch im Ausland bietet in vollem Umfang die Gewähr, daß er sich jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einsetzen wird. ... Heil Hitler!“

PUBLIKATIONSWEGE

Die 1887 in Japan gegründete Deutsche Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens (OAG) kann in unserem deutsch-japanischen Subsystem Japanologie ohne Zweifel eine zentrale Position für sich in Anspruch nehmen. Aufgrund der in ihr wirksamen spezifischen Interessenkoalition (AA, Handelskapital, Wissenschaft und Kunst) möchte ich vorschlagen, das von ihr organisierte Vortrags- und Verlagswesen als Ausdruck des „Kollektivgeistes“ der deutschen Kolonie in Japan zu verstehen, und zwar im Guten wie im Schlechten: So ist es ihr beispielsweise in der Weimarer

Zeit, trotz eher konservativer Grundstimmung, durchaus möglich, prominente Durchreisende wie Erika und Klaus Mann oder den „Herrn Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld“ zum Vortrag einzuladen (letzterer über „Sexualethnologie“), oder OAG-Mitgliedern wie dem jüdischen Philosophen und Juristen Professor Sternberg die Gelegenheit zu bieten, einen ganzen Vortragszyklus „Über Geschichte des Sozialismus“ zu gestalten. Auch die Themen des Dr. Donat sahen damals noch anders aus: „Saikakus Liebende Frauen“ bot er im Mai 1930 an.

Nach einer Schrecksekunde zeigte man sich auch bald nach 1933 wieder gelehrig: die Themen ihrer Japanologen und Japanexperten lauten nun eben „Grundlagen der nationalen Erziehung in Japan“ (1934), „Die nationalpolitische Auswertung historischer Gestalten in der Schulerziehung Japans“ (1934), „Literatur und Drama im Dienste der nationalen Erziehung Japans“ (1935), „Hirata Atsutane. Ein geistiger Kämpfer Japans“ (1936) oder „Pflege des Soldatengeistes in der Kaiserlich Japanischen Wehrmacht“ (1939). Der Oberbücherwart der Gesellschaft legt außerdem franziskanischen Padres nahe, in die zweite Auflage ihres Deutsch-Japanischen Wörterbuchs unbedingt auch „die Wörter des neuen Deutschlands“ aufzunehmen, etwa „der Führer“, „Nationalsozialismus“, „Arbeitsdienst“, „Gefolgschaft“, „Erbmasse“ und „Blutlinie“.

Die „Schulung der Japan-Deutschen“ durch die im Mai 1933 in Tōkyō gegründete NSDAP-Filiale, mit den „scharfen Hunden“ aus der Managerklasse alteingesessener Handelshäuser wie C. Illies & Co als nazistische Speerspitze, mag etwas nachgeholfen haben, doch der Eindruck einer vorauseilenden Selbstgleichschaltung drängt sich auf. Bis 1938 sollen dann 97,2% der unter Führung der Partei in die nun „juden- und emigrantenfreie“ Deutsche Gemeinde zusammengefaßten Tōkyō-Deutschen Mitglied geworden sein.

Die OAG Tōkyō bot neben den erwähnten populärwissenschaftlichen bis propagandistischen Versuchen in Heftchenformat gelegentlich auch die Chance zur Veröffentlichung gewichtiger japanologischer Forschungsarbeiten, für den Ausbau einer Japanologie in Deutschland jedoch, mit ihrem Bedürfnis nach schneller und direkter Kommunikation, konnte sie kein ideales Forum mehr bieten. Gunderts Antrittsvorlesung beispielsweise mußte in der ZDMG, dem Fachorgan der klassischen Orientalistik – von der man sich ja gerade emanzipieren wollte! – erscheinen und ist ein Indiz dafür, daß es damals an einer japanologischen bzw. ostasienwissenschaftlichen Fachzeitschrift fehlte. Noch Jahre sollte es dauern, bis die empfindliche Lücke, die durch die Vertreibung des jüdischen Verlegers und Sinologen Dr. Bruno Schindler (Leipzig) und den Verlust seiner von 1923 bis 1935 führenden *Asia Major* entstanden war, geschlossen werden konnte. Noch 1941 klagte Hammitzsch: „Von beson-

derer Bedeutung aber ist eine Stiftung, die es ermöglicht, eine Fachzeitschrift herauszugeben. Im Augenblick fehlt den deutschen Fachgelehrten fast vollständig die Möglichkeit der Veröffentlichung ihrer Arbeiten. Oft muß sogar, wie ich hörte, der Druck eines Aufsatzes vom Verfasser selbst bezahlt werden – ein recht unwürdiger Zustand.“

Zwar gab es in Berlin seit 1935 *Nippon*, mit dem Untertitel „Zeitschrift für Japanologie“ (hinter vorgehaltener Hand hieß es aber: „japanische Propaganda!“), sowie, für Rezensionen und kleinere Beiträge, die *Orientalische Literaturzeitung* und für den Bereich Kunst die *Ostasiatische Zeitschrift* (seit 1912/13), in Hamburg außerdem die mit ihren japanologischen Personalmeldungen immer aktuelle *Ostasiatische Rundschau* des O.A.V., doch als eigentliche Fachzeitschrift galt allein die in Tōkyō seit 1938 an der katholischen Sophia Universität herausgebrachte, anfangs vorwiegend deutschsprachige *Monumenta Nipponica*. „Diese Zeitschrift ist inhaltlich und auch äußerlich ausgezeichnet aufgezogen“, schrieb Hammitzsch, fuhr dann aber fort: „Leider liegt die Gefahr nahe, daß im Ausland die Ansicht aufkommt, die deutsche Japanologie sei ganz in den Händen der Jesuiten.“ Dagegen half letztlich nur der japanologische „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“, in dessen Rahmen es Gundert tatsächlich noch 1944 gelingen sollte, die raren privilegierten Papierzustellungen für das erste und einzige Heft einer neuen Folge von *Asia Major* zu beschaffen – natürlich ohne jede Erwähnung, geschweige denn ein Wort des Dankes an Ihren einstigen Gründer, Bruno Schindler.

Um so attraktiver und profitabler hat sich, besonders nach 1936, die allgemeine Japan-Publizistik entwickelt. In Gunderts pathetischen Worten: „Vor den kleinen Kreis von Fachleuten, die bisher in stiller Verborgenheit ihrer Forschungsarbeit obliegen und je nach Neigung ihren Spezialproblemen nachgehen konnten, ist mit einem Schlage die breiteste Öffentlichkeit getreten und heischt Antwort auf brennende Fragen, fordert Belehrung über eine ihr fremde und weithin rätselhafte Welt, die zu verstehen ihr plötzlich dringendes Bedürfnis geworden ist.“

Auch die etablierten bürgerlichen Verlage wittern nun Morgenluft, bitten und bedrängen die wenigen Experten und solche, die sich dafür ausgeben. Übersetzungen werden angeregt, Pläne für Sammelbände, ja ganze Japan-Reihen von Romanen, Novellen, Lyrik, Dramen, Essays und Biographien geschmiedet, Fördermittel und Druckkostenzuschüsse eingeworben. Auch auf dem Büchermarkt der „Feldpostauflagen“ (oft gekürzte Ausgaben, billig und mit hoher Auflage gedruckt) ist das Thema Japan vertreten. Beispielsweise mit Fritz Rumpfs *Volksmärchen aus Japan*, einem Beitrag Hammitzschs in *Unseren Söhnen im Felde* 1943 (F. A. Brockhaus Verlag, Erstauflage 18.000, Honorar RM 150,—) oder Eugen Herrigels *Das*

Ethos des Samurai, vom Soldatendienst des Reichsstudentenführers als „Feldpostbrief der Philosophischen Fakultät“ vertrieben.

Da stehen schließlich auch die offen nationalsozialistischen Blätter nicht mehr zurück und Japanologen erhalten die Ehre, „einen Aufsatz von etwa 15 Schreibmaschinenseiten über die Ethik der Japaner oder über ein ähnliches Thema“ liefern zu dürfen. „Ich weiß, daß Sie derzeit bei der Wehrmacht sind, aber vielleicht finden Sie doch Zeit, diesen zu schreiben“, bittet die Gauleitung Sachsen im Auftrag des reaktionären Verlags J. F. Lehmanns für *Deutschlands Erneuerung*. Schwerpunkthefte über Japan organisieren *Die Bewegung*, das Zentralorgan des NSD-Studentenbundes, die *Nationalsozialistischen Monatshefte* von Alfred Rosenberg sowie *Wille und Macht*, das „Führerorgan der nationalsozialistischen Jugend“ unter Leitung Baldur von Schirachs. Schließlich lockte *Berlin – Rom – Tokio*, die aufwendig produzierte „Monatsschrift für die Vertiefung der kulturellen Beziehungen der Völker des Weltpolitischen Dreiecks“, herausgegeben unter der Schirmherrschaft des Reichministers des Auswärtigen, Joachim von Ribbentrop, den potentiellen Mitarbeiter mit dem Satz: „Für gute Honorarzählung ist unsere Zeitschrift bekannt.“

Doch wer genau hinsieht, entdeckt auch hinter hohen Auflagen nicht immer nur platte nationalsozialistische Agitation bzw. „Achsenpropaganda“. Klaus Antoni kam kürzlich nach einer beispielhaft sorgfältigen, wissenschaftshistorisch informierten Lektüre von Rumpfs oben erwähnter Märchensammlung – die immerhin am 25. November 1938, dem Tag des Deutsch-Japanischen Kulturabkommens erschienen war – zu dem Schluß: „Während anderen Autoren jener Zeit die Volkskunde und insbesondere der Märchenschatz zur Quelle politischer Propaganda wurden, postulierte Rumpf, allein durch den Nachweis der grenz- und kulturüberschreitenden Verbreitung angeblich ethnisch determinierter Märchenstoffe, daß auch die japanische Volksüberlieferung dem interkulturellen Vergleich zugänglich ist.“ Außerdem macht Wolfram Eberhard in einer zeitgenössischen Rezension aus dem Exil in Ankara in der *Orientalischen Literaturzeitung* darauf aufmerksam, daß die Erwartung, Erzählungen „von heroischen Taten der Ritter und ihrer Gefolgsleute (seien) typisch für das japanische Volk“, im Märchen kaum erfüllt würden: „Wohl kommen gelegentlich bei ihm Ritter vor, aber sie sind nicht viel anders dargestellt, als ein besonders reicher Bauer, und nichts besonders ritterlich-heroisches wird von ihnen berichtet.“ Ob angesichts solcher Einschränkungen die Überzeugung eines anderen Rezensenten, „daß dieses Buch ein wertvoller Baustein zum Ausbau des gegenseitigen Verständnisses zwischen den beiden Nationen darstellt“, auch von gewissen japanischen Kulturpropagandisten geteilt wurde, deren Schlagworte „Unvergleichlichkeit“, „Einzigartigkeit“ und „Homogenität“ lauteten, mag bezweifelt werden.

Weder als Feldpost- noch als Volksausgabe, doch deshalb nicht minder erfolgreich verkaufte sich 1942 eine der ersten deutschsprachigen Anthologien moderner japanischer Erzählungen mit dem verführerischen Titel *Flüchtiges Leben*. Diese Auswahl traf offenbar den Nerv der Zeit, so daß in ihrer Folge „verschiedene Verlagsanstalten beschlossen haben, weitere Übersetzungen japanischer Literatur herauszubringen“. Geplant waren Natsume Sōsekis *Kokoro*, Shiga Naoyas *An'ya kōro* und Shimazaki Tōsons *Hakai*, Literatur mithin, die, wie es im Vorwort des Übersetzers von *Flüchtiges Leben*, Oscar Benl, heißt, nicht „von der göttlichen Verehrung des Tennō, nicht von Bushidō und auch nicht von der unvergleichlichen Tapferkeit des japanischen Soldaten“ handelt.

Ein erfreuliches Stück Resistenz also, Abweichung von der offiziellen Linie? Ja und Nein. Könnte diese neue Tendenz mit ihren „dekadenten“ Geschichten von Freude, Kummer und Schmerz im japanischen Alltag im deutschen Kontext jener Jahre nicht sogar als höchstwillkommene Systemstabilisierung gewertet werden, wenn man bedenkt, das sich der Sicherheitsdienst der SS gerade damals genötigt sah, für seine geheimen Lageberichte einen längeren Exkurs über die „Sicht Japans in der Bevölkerung“ ausarbeiten zu lassen, nachdem die von ihm gepflegte angewandte Diskursanalyse ergeben hatte, daß das ganze Bushidō-Geraune der Medien – vom *Schwarzen Korps*, dem „Organ der Reichsführung der SS“, bis zur neuen *Gartenlaube* – langsam kontraproduktive Auswirkung zu zeitigen drohte?

„Der Umstand, daß in Japan eine nichtchristliche religiös-weltanschauliche Grundhaltung Leben, Politik und kriegsmäßigen Einsatz formt und bestimmt und offenbar große Erfolge aufweist, führe“, heißt es im Lagebericht vom August 1942, „vielfach zu Vergleichen mit der weltanschaulich-religiösen Situation im Reich selbst“. Insgesamt ließen sich dabei gewisse Entwicklungen im Japanbild der deutschen Volksgenossen beobachten, die allmählich einer gewissen Korrektur bedürfen.“ ... „Für die bisherige Anschauung, daß der deutsche Soldat der beste der Welt sei, hätten z. B. die Schilderungen über die japanischen Schwimmer, die Minen vor Hongkong beseitigten, oder über die japanischen Flieger, die sich in Todesverachtung mit ihrer Bombenlast wortwörtlich auf die feindlichen Schiffe stürzten, ... einige Verwirrung gebracht ..., habe z. T. zu so etwas wie ‚Minderwertigkeitskomplexen‘ geführt. Der Japaner stelle sich sozusagen als ‚Germane im Quadrat‘ dar.“

Gewiß, ein extremes Beispiel vielleicht, doch sollte damit auch nur auf das Fehlen von wirkungs- und rezeptionsgeschichtlichen Analysen hingewiesen werden, die über den subjektiven Eindruck, den ein Blick in die einschlägigen Bibliographien der Zeit vermitteln mag, hinausgehen. Vor der pauschalen Bewertung auf hoher Ebene müßten zuerst einmal syste-

matisch gewonnene Aussagen (auch unter Berücksichtigung des damals herrschenden Systems der Meinungsmanipulation durch Geheimhaltung, Vorzensur, Sprach- und Maßregelung) nicht nur über die Wirkung der Politik auf die Japanologie, sondern auch über die Wirkung japanologischer Arbeit auf Entscheidungen der Politik und auf Einstellungen der Bevölkerung vorliegen.

SCHLUSSBEMERKUNG

Unser Beschreibungsversuch mag trotz aller Vorläufigkeit eine Ahnung von Alltag und Binnenperspektive der damaligen Japanologenszene vermittelt haben. Dabei bin ich mir meiner zuweilen plakativen Art der Textkollage durchaus bewußt, doch war die längst fällige, feingesponnene ideengeschichtliche Untersuchung von mir nicht versprochen worden. Somit ist auch die Frage der Fragen, ob es überhaupt eine genuin nationalsozialistische Japanologie gab oder doch „nur“ nationalsozialistische Japanologen, immer noch nicht geklärt. Wir wissen nun zwar, daß von den 40 bislang untersuchten Japanologen und Japanexperten, die zwischen 1933 und 1945 an Schulen, Universitäten, Forschungs- oder Vermittlungsstellen in Deutschland oder Japan Dauer- bzw. Zeitstellen bekleidet hatten, mindestens 38 Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen waren, davon 21 in der Partei selbst; ein einziger bereits vor 1932, zwei erst seit 1941. Auch wissen wir, daß einige davon der SA oder der SS angehörten. Ob sich aber ihr so dokumentiertes politisches Engagement auch in ihrer wissenschaftlichen Produktion widerspiegelt, und wenn ja, wie, vermag ich noch nicht zu sagen. Zwar ist ein Wissenschaftler auch für die Formulierung von Titeln und die Wahl des Publikationsforums verantwortlich, doch dürfen solche möglicherweise nur äußerlichen Zeichen allein noch nicht als hinreichender Grund für eine Abqualifizierung genügen.

Die Rekonstruktion des politisch-sozialen Feldes muß vielmehr in Beziehung gesetzt werden zu der des ideengeschichtlichen Zusammenhangs. Erst dann könnten auch Fragen nach rhetorischer Anpassung zur Verteidigung akademischer Handlungsräume oder nach der Differenz von „völkischem“, „rassistischem“ und „antisemitischem“ Diskurs (etwa im Falle Gundert und Donat; Hammitzsch spricht noch 1975 von „art-eigen und artfremd“!) seriös behandelt werden. Problematisiert würde in diesem Zusammenhang dann auch die japanologiespezifische doppelte Abhängigkeit ihrer Produktion von, einerseits ihren Leitwissenschaften, deren man sich in methodischer und theoretischer Hinsicht bedient (und

denen man sich je nach akademischer Primärsozialisation verpflichtet weiß), sowie andererseits von einem japanischen Wissenschaftssystem, dessen Themen, Forschungstrends und -strategien gerade in dieser Phase japanologischer Primärakkumulation von großer Bedeutung gewesen sein dürfte – und dessen Standards zudem eher von den Vorstellungen einer autoritären und herrschaftsstabilisierenden Gehorsamskultur denn von einer der Freiheit der Wissenschaft geprägt waren.

Vor diesem Hintergrund noch eine Anmerkung zu unserem Umgang mit der Fachgeschichte: Die eingangs zitierten Beispiele aus der Fachgeschichtsschreibung haben deutlich gemacht, daß die historisch-philologisch orientierte deutsche Japanologie der Nachkriegszeit in keiner Weise der Aufgabe des Historikers zu methodisch kontrollierter Erinnerung nachgekommen ist. Statt dessen hat sie ein eher fragefeindliches, konflikt-scheues und harmoniesüchtiges Fachklima geschaffen, in dessen Schatten sie auch die eigenen Unzulänglichkeiten, Verfehlungen und Verstrickungen in der Vergangenheit nicht durch Benennung, Erklärung und Reflexion, sondern durch Verdrängung (oder gar Einschüchterung) zu bewältigen versuchte. Eine Haltung, die weder für wissenschaftliche Redlichkeit noch für eine entwickelte demokratische Kultur spricht.

Wenn es nun aber stimmt, daß nur eine möglichst offene und selbstkritische Reflexion der eigenen Vergangenheit zu einer einigermaßen gesicherten Identität verhilft, stellt sich angesichts unseres Befundes die Frage nach der Identität unseres Faches, nach Kontinuität und Diskontinuität von Interesse, Denkweise und Lernkultur – und zwar über die aktive Dienstzeit der „schuldiggeworden“ Vätergeneration hinaus: Wir, die ungefährdeten Nachgeborenen haben ja nicht nachgefragt, birgt diese Arbeit des intensiven Nachfragens doch schwer kalkulierbare Risiken ...

JAPANS JUDENPOLITIK (1931–1945)

Françoise Kreissler

Die jüdische Realität lag seit jeher außerhalb des soziokulturellen und soziopolitischen Erbes der japanischen Geschichte. Daher waren die Voraussetzungen für den Judenhaß in Japan äußerst ungünstig. Zwar blieb bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts Antisemitismus ohne Juden ein in Ostasien unbekanntes Phänomen, doch schon um die Jahrhundertwende, als Nationalismus und Ultranationalismus in Japan mit einer kulturellen und z. T. auch wirtschaftlichen Verwestlichung parallel liefen, fanden sich Politiker und Intellektuelle, die den Theorien des rassistischen Antisemitismus zuneigten. Während aber im Lande selbst die wenigen – ausländischen – Juden nie Opfer antisemitischer Maßnahmen wurden, bewirkte Japans aggressive Außenpolitik in ihrer ersten Phase, ab etwa 1931, eine strenge Politik der Kontrolle gegenüber den jüdischen Gemeinden in der Mandschurei, in Nordchina und – einige Jahre später – verschärfte Maßnahmen gegen jüdische Emigranten in Shanghai, bis hin zu ihrer sozialen und wirtschaftlichen Ausgrenzung. Ausgehend von einer wohlwollenden Indifferenz den Juden gegenüber fand in den dreißiger und vierziger Jahren der theoretische bzw. propagandistische Antisemitismus Anklang in intellektuellen und militärischen Kreisen Japans, eine Judenfeindlichkeit, die im Zuge der Invasion Chinas ab 1937 zu pragmatischen antijüdischen Maßnahmen führte.

Als Japan sich Mitte des 19. Jahrhunderts dem internationalen Handel öffnete, ließen sich auch jüdische Kaufleute aus Europa, dem Irak, Indien und Syrien in den Häfen von Nagasaki, Kōbe und Yokohama nieder. Der Vertragshafen Yokohama war bereits Ende der 1860er Jahre das wichtigste Zentrum jüdischen Lebens in Japan. In den darauffolgenden Jahren und bis zum Ende des 1. Weltkriegs stieg die jüdische Einwanderung in sehr beschränktem Umfang, wenn auch regelmäßig, weiter an, wobei die Revolutionsereignisse in Rußland in den Jahren 1905 und 1917 jeweils Höhepunkte der Einwanderungswelle darstellten. Die Mehrheit dieser russischen Flüchtlinge siedelte zwar in Nordchina und in der Mandschurei, doch lag das Zentrum der jüdischen Hilfsorganisationen im Fernen Osten in Japan, von wo aus die Weiterwanderung der Flüchtlinge in die USA und nach Lateinamerika organisiert wurde.

Für die japanischen Regierungskreise und die Bevölkerung des Landes galten die jüdischen Einwanderer schlicht als Ausländer, die sich nicht

von den anderen in Japan angesiedelten fremden Geschäftsleuten unterschieden, umso mehr, als letztere sich zwar zu ihrem Judentum bekannten, dieses jedoch als die religiöse Komponente ihres Privatlebens betrachteten, die keinen Einfluß auf ihr Wirtschafts- und Sozialleben im Gastland haben sollte.

Während des russisch-japanischen Krieges (1904–1905), als der amerikanische jüdische Bankier Jacob H. Schiff der Regierung in Tōkyō hohe Anleihen für die Kriegführung gegen Rußland gewährte, nahm man in Japan vermutlich zum ersten Mal einen jüdischen Einfluß auf die Politik und Wirtschaftskreise der westlichen Welt zur Kenntnis, umso deutlicher, als Schiff seine Antipathien gegen das zaristische Rußland mit seinen blutigen Pogromen zu Anfang des Jahrhunderts offen bekundete.

Das distanzierte und neutrale Verhalten dem Judentum gegenüber änderte sich erst im Zuge der nachrevolutionären Ereignisse in Rußland, als japanische Truppen am Sibirien-Feldzug gegen die bolschewistische Rote Armee an der Seite der weißrussischen Soldaten und Offiziere teilnahmen (1918–1922). Erstmals wurden japanische Armeekreise mit der sogenannten „Judenfrage“ konfrontiert und erhielten Kenntnis von der antisemitischen Literatur, namentlich den *Protokollen der Weisen von Zion*, dem unter den weißrussischen Offizieren stark verbreiteten antisemitischen Standardwerk. Die ersten Anzeichen von Antisemitismus innerhalb der japanischen Armee blieben ohne direkte Auswirkungen auf die in Japan ansässigen Juden und wiesen einen ausschließlich ideologisch-theoretischen Charakter auf, im Gegensatz zu Rußland, wo traditionell pogromartige Ausschreitungen Folge des Antisemitismus waren. Dieser „intellektuelle“ Antisemitismus fand zwar in den darauffolgenden Jahren einen nicht zu unterschätzenden Anklang bei Armeeangehörigen und auch bei ultranationalistischen japanischen Intellektuellen, erwies sich aber nur als Randerscheinung im politischen Spektrum des Landes. Erst zu Beginn der dreißiger Jahre, insbesondere seit Hitlers Machtübernahme 1933 in Deutschland und den sich daraus ergebenden engeren Beziehungen zum „Dritten Reich“, machten sich in Japan stärkere antisemitische Tendenzen bemerkbar. Die in Deutschland erfolgreiche nationalsozialistische Ideologie, für die der Antisemitismus einen wesentlichen Faktor bedeutete, erweckte beim japanischen Partner deutliches Interesse, wenn auch nur beschränktes Verständnis.

Es sollten noch einige Jahre vergehen, bevor der Antisemitismus in den militärischen und zivilen Gesellschaftskreisen Japans stärkeren Anklang fand, denn in den ersten Jahren des „Dritten Reiches“, etwa von 1933 bis 1935, litten die deutsch-japanischen Beziehungen in ganz beträchtlichem Maße unter der nationalsozialistischen Rassenpolitik: mit Einführung des Arierparagraphen in die neue deutsche Gesetzgebung (April 1933: „Ge-

setz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“) drohte die praktische Anwendung einer Rassenklassifizierung, die auch Japan in die Reihen der „farbigen Völker“ einstuft und an die von Wilhelm II. Anfang des Jahrhunderts angeprangerte „gelbe Gefahr“ erinnerte (Fox 1969:46–50). Diese zweifellos rassistische Politik, die von den nationalsozialistischen Machthabern als ausschließlich innenpolitischer Faktor konzipiert worden war, griff nun auch in den Bereich der Außenpolitik über und wirkte sich insbesondere auf die deutsch-japanischen Beziehungen aus. Bereits im Herbst 1933 reagierten die japanischen diplomatischen Kreise auf die diskriminierende Rassenpolitik des „Dritten Reichs“ und beschlossen, in Berlin zu intervenieren. Der japanische Botschafter in der Reichshauptstadt bemühte sich, vom Auswärtigen Amt eine klare Stellungnahme zu erzwingen. Auf eine entsprechende Anfrage erhielt er von Staatssekretär von Bülow die beschwichtigende Antwort, daß es Deutschland im Grunde nur darauf ankomme, Mischehen, d. h. eine Rassenmischung, zu vermeiden. Diese Erklärung wurde von japanischer Seite vorerst widerspruchsfrei hingenommen, auch wenn die japanischen Diplomaten es sich nicht nehmen ließen, darauf hinzuweisen, daß die Einstufung der Japaner als „Farbige“ unheilvolle Implikationen für die zwischenstaatlichen Beziehungen haben würde (Fox 1969:46–50). In Japan selbst reagierte die Presse ihrerseits aufs heftigste gegen den segregativen Rassenstandpunkt der Deutschen und erstattete ausführlich Bericht über die neue rassistische Gesetzgebung im nationalsozialistischen Deutschland, die bei der deutschen Bevölkerung zur Verachtung aller nicht-weißen Völker führe und bereits manche rassistischen Ausschreitungen gegen in Deutschland lebende „Nichtarier“ hervorgebracht habe.¹ Während man im „Dritten Reich“ die Reaktionen des Auslands geflissentlich überging, konnten die deutschen Diplomaten in Tōkyō die überempfindlichen Reaktionen der Japaner nicht überhören und mußten sich bemühen, eine Regelung des Problems einzuleiten. Botschafter von Dirksen erinnerte seine Vorgesetzten in Berlin ausdrücklich daran, daß es zwar Aufgabe der deutschen Diplomaten sei, dem japanischen Partner die politische und v. a. rassenpolitische Lage in Deutschland zu erläutern, daß aber die endgültige Lösung dieser Frage schließlich in Berlin liege. Er mahnte eine eindeutige Stellungnahme Berlins an, um eventuelle zukünftige Konflikte aus dem Weg räumen zu können.² Um das Auswärtige Amt von der Not-

¹ Bericht der Deutschen Botschaft Tōkyō, 7.10.1933 an das Auswärtige Amt (AA) Berlin. Auswärtiges Amt, Politisches Archiv (Bonn) (künftig: AA/PA), Presse-Abt., P 49, Bd. 1.

² Bericht der Deutschen Botschaft Tōkyō, 10.1.1934 an AA, AA/PA, Pol. Abt. IV, Po 6 OA, Bd. 1.

wendigkeit einer schnellen Lösung dieses Fragenkomplexes zu überzeugen, versuchte von Dirksen, seinen deutschen Kollegen anhand eines historischen Rückblicks die japanische Mentalität näherzubringen. Dabei ging er insbesondere auf die Sensibilität der Japaner in Bezug auf die Rassenfrage ein:

Der berechtigte Stolz des Japaners auf seine politischen und militärischen Erfolge in den letzten Jahrzehnten, auf die alte Kultur seines Landes sowie auf das stürmische Tempo von dessen technischer Entwicklung, verbunden mit dem Gefühl innerer Überlegenheit über die meisten anderen Völker, erzeugte in ihm eine mimosenhafte Empfindlichkeit, sobald er Rassenvorurteile spürte oder zu spüren glaubte.³

Mit diplomatischer Akribie zählte der deutsche Botschafter die seit Beginn des Jahrhunderts verschiedenen diskriminierenden, wenn nicht gar rassistischen, Meinungsäußerungen bzw. Maßnahmen der Europäer und Amerikaner den Japanern gegenüber auf. Er erinnerte an die Worte des Kaisers von der „gelben Gefahr“, die „böse Wirkungen“ hinterlassen hätten, an die von den Japanern 1918 geforderte Gleichberechtigung der Rassen im Versailler Vertrag, die von der Pariser Konferenz abgelehnt worden war und bei den japanischen Delegierten eine Schockwirkung hinterlassen habe, sowie an die 1924 von den Amerikanern getroffenen, die Einwanderung japanischer Staatsbürger beschränkenden Maßnahmen. Diese Erfahrungen in der Vergangenheit, meinte der Botschafter, seien eine verständliche und ausreichende Erklärung für das mißtrauische Verhalten der japanischen Öffentlichkeit gegenüber der neuen deutschen Rassenpolitik:

Vor allem aber interessierte man sich hier lebhaft für die neuen deutschen Maßnahmen, weil man darin den Ausdruck eines allgemeinen deutschen Vorurteils gegen fremde Rassen erblickte. Diese zunächst allgemein kritische und reservierte Haltung schlug in offene Abneigung und feindselige Gesinnung um, als zunächst einige belanglose Einzelfälle von Belästigungen japanischer Kinder und ... vor allem der bekannte Strafgesetzentwurf mit seinen Bestimmungen über die Strafbarkeit des Eheschlusses mit Angehörigen „farbiger Rassen“ bekannt wurde.⁴

Der Botschafter hielt es demzufolge für wünschenswert, daß sich die deut-

³ Ebd.

⁴ Ebd.

schen Behörden jeder Maßnahme enthielten, die in Japan im Sinne einer Diskriminierung aufgefaßt werden könnten, und erwähnte in diesem Zusammenhang – als negative Beispiele – die in Deutschland erfolgte Entlassung von Nachkommen aus deutsch-japanischen Mischehen, die Nichtaufnahme von Kindern, die aus Mischehen stammten, in deutsche Schulen und Studentenorganisationen usw. Außerdem erschien es angemessen, so Botschafter Dirksen, einerseits die deutsche Öffentlichkeit vor Ausschreitungen gegen Angehörige der asiatischen Rassen zu warnen und andererseits von der Presse in Deutschland zu erzwingen, daß sie sich in Zukunft in ihrer Berichterstattung der Anwendung solcher Begriffe wie „gelb“ und „gelbe Rasse“ in Zusammenhang mit dem Fernen Osten enthalte. Schließlich könne man auch von den Parteistellen erwarten, daß sie anlässlich von öffentlichen Veranstaltungen und Diskussionen über die „farbigen Völker“ diese Frage auf keinen Fall mit der „Arierfrage“ in Verbindung brächten. Mit solchen und ähnlichen Ratschlägen, die keineswegs zur Regelung der Frage beitrugen, sondern nur zur Vertuschung des offenen Konflikts verhalfen, meinte die deutsche Botschaft in Japan die negativen Reaktionen auf die Rassegesetzgebung des „Dritten Reiches“ mildern und die mehr als unerfreuliche Lage der deutschen Diplomaten in Japan verbessern zu können. Wie sich die NS-Gesetzgebung für die Opfer auswirkte, ist allerdings weder in den offiziellen Berichten der Reichsvertretungen noch des Auswärtigen Amts nachzulesen, da diese Frage vermutlich nicht in den für Diplomaten zuständigen Bereich fiel. Einer der wenigen deutschen Emigranten, die in Japan Zuflucht fanden, der Philosoph Karl Löwith, urteilte folgendermaßen über das Ehepaar Urban, das gezwungen worden war, Deutschland wegen der neuen Rassegesetze zu verlassen:

Freundliche Leute, ... die ebenso gut mit den Gleichgeschalteten wie mit den Ausgeschalteten umgehen konnten, da sie nicht wußten, wohin sie selber gehörten ... Als Mischling hatte U. in Deutschland keine Chance in seinem Beruf (er war Botaniker und Spezialist für Kartoffelkultur), und so wurde er Deutschlehrer an einer Schule in Japan, wogegen er seinem japanischen Aussehen zum Trotz Japanisch erst lernen mußte. Die Tragikomödie dieses Ehepaares war, daß es die deutsch-japanische Freundschaft verkörperte und eben deshalb zwischen zwei Stühlen saß, zwischen Japanern und Deutschen, von denen keiner sie für voll nahm (Löwith 1989:124).

Ein Urteil, das die Rücksichtslosigkeit der rassistischen Politik treffend widerspiegelt und die irrationalen Implikationen für das Individuum offen darlegt. Aus den zeitgenössischen Akten geht eindeutig hervor, daß die deutschen Institutionen und Behörden, die um die Förderung der

deutsch-japanischen Beziehungen bemüht waren, des öfteren versuchten, im Sinne einer Abmilderung der rassistischen Gesetzgebung bezüglich Japans zu intervenieren, denn deutsche Stellen befürchteten, daß diese Gesetzgebung die Gefahr in sich berge, Abwehrreaktionen gegenüber dem deutschen Partner auszulösen. In diesem Zusammenhang sei hier die Gesamtproblematik um die deutschen Künstler, die aus rassistischen Gründen Deutschland zu verlassen hatten und von denen mehrere in Japan eine Anstellung fanden, nur global erwähnt. In den Akten des Auswärtigen Amtes ist nachzulesen, daß Botschafter von Dirksen bereits ab 1934 sich regelmäßig und eingehend mit der Frage der jüdischen Künstler in Japan auseinandersetzen mußte, da die deutschen Diplomaten in dieser Frage regelmäßig mit der lokalen Auslandsorganisation der NSDAP in Konflikt gerieten. Die Deutsche Botschaft hatte, indem sie sich auf die wichtige Rolle intensiver kultureller Beziehungen mit Japan berief, die heikle Aufgabe, das Gleichgewicht zwischen der von der NSDAP verfochtenen antisemitischen Ideologie und der vom Auswärtigen Amt vertretenen Realpolitik herzustellen. Von Dirksen selbst versuchte sich soweit wie möglich an seine Vermittlerrolle zu halten und deutete in seinen Berichten an das Auswärtige Amt in Berlin nur mit allergrößter Vorsicht seine persönliche Stellungnahme an.⁵

Nachdem jüdische Musiker, die in den ersten Jahren des „Dritten Reiches“ emigriert waren, an Musikhochschulen und in Orchestern in Japan eine Anstellung gefunden hatten, stand für die gleichgeschalteten Deutschen die Frage an, wie sie sich diesen gegenüber zu verhalten hätten. Während die NSDAP-Ortsgruppe sich auf die nationalsozialistische Rassenideologie stützte und konsequent einen Boykott aller Veranstaltungen forderte, an denen jüdische Künstler beteiligt waren, lag der deutschen Botschaft daran, mit diplomatischem Taktgefühl zu argumentieren und vorsichtshalber auf die mit einem antijüdischen Boykott verbundenen Risiken hinzuweisen:

... so besteht die ernste Gefahr, daß dadurch das politische Element in die japanisch-westliche Musik hineingetragen und die hiesige Stellung der deutschen Musik gefährdet wird ... In Japan ..., wo

⁵ Botschafter von Dirksens Stellungnahme lautete:

„Wenn man es lediglich vom Gesichtspunkt der deutschen Innenpolitik und des theoretischen und angewandten Nationalsozialismus ansieht, so liegt es so klar, daß eine Anfrage nicht nötig wäre. Vom Auslande her gesehen spielt es aber stark in die internationalen kulturellen Beziehungen hinein.“ (Bericht der Deutschen Botschaft Tōkyō 30.4.1934 und Brief des NSDAP-Auslandskommissars für Ost- und Südost-Asien, F. X. Hasenöhrl, 4.6.1934, AA/PA, Pol. Abt. IV, Po 26 Japan, Bd. 1.

gegenüber allen Rassenfragen, auch wenn sie den Japaner unmittelbar nichts angehen, eine äußerst starke Empfindlichkeit herrscht, bietet eine Beurteilung der Musik unter Rassengesichtspunkten ihre ganz besonderen Gefahrenmomente.⁶

Hinter diesem, in diplomatischem Amtsdeutsch verfaßten, Bericht verbirgt sich eine gewisse Irritation bezüglich der Einmischung der NSDAP-Stellen, die auch im Ausland in einer mehr als penetranten Weise darauf bestanden, eine linientreue rassistische Politik zu verfolgen und zu praktizieren. Die Reaktion der Auslandsorganisation der NSDAP blieb eine im nationalsozialistischen Sinne rational ideologische, die der diplomatischen Problematik grundsätzlich aus dem Weg ging und die außenpolitischen Interessen Deutschlands auf ihre Weise zu wahren trachtete:

Die Aufgabe des Auslandsdeutschtums besteht darin, das Wirtsvolk über die deutsche Kultur und deutsche Kunst zu unterrichten und aufzuklären. Deutsche Kultur und deutsche Kunst sind aber *arische* Kunst, haben somit mit jüdischen Künstlern nichts gemeinsam.⁷

Die örtliche NSDAP betrachtete sich in Sachen „deutscher Kunst“ nicht nur als Aufklärerin der Japaner, sondern deklarierte sich auch zur einzig zuständigen Instanz für „die deutsche Kultur“. Allerdings gelang es weder den deutschen Diplomaten noch den parteitreuen Auslandsdeutschen, die unglückliche Konfliktsituation aus dem Wege zu räumen. Beide mußten sich letztendlich doch damit abfinden, daß in Japan jüdischen Künstlern aus Deutschland weiterhin des öfteren die Möglichkeit geboten wurde, ihre Karriere fortzusetzen. Die Frage der Anstellung jüdischer Künstler an staatlichen und privaten japanischen Musikhochschulen wurde von den Japanern nämlich als eine rein innenpolitische Angelegenheit betrachtet. Es lag nicht in ihrer Absicht, sich von Nationalsozialisten bzw. deutschen Diplomaten maßregeln zu lassen.⁸ So unerfreulich für das na-

⁶ Bericht der Deutschen Botschaft Tōkyō 30.4.1934, ebd.

⁷ Brief Hasenöhrle an Ortsgruppenleiter Tōkyō/Yokohama 4.6.1934, ebd.

⁸ Als z. B. der 1936 aus dem „Dritten Reich“ emigrierte Dirigent Rosenstock die Leitung des neuen Symphonieorchesters in Tōkyō übernahm, eine Stellung, um die sich mehrere „deutsche Dirigenten“ erfolglos beworben hatten, sprach ein Vertreter der deutschen Botschaft im japanischen Ministerium des Äußeren vor und versuchte, natürlich im Interesse der deutsch-japanischen Beziehungen, den japanischen Partner dazu zu bewegen, in Zukunft keine jüdischen Musiker mehr einzustellen. Enttäuscht mußte der deutsche Diplomat feststellen, daß sein japanischer Kollege dem Anliegen wenig Verständnis entgegenbrachte; viel eher meinte dieser dazu, die japanische Öffentlichkeit könne eine solche Maßnahme als Rassendiskriminierung auffassen. Ohnehin könne die japanische Regierung

tionalsozialistische Deutschland auch diese Reaktion des japanischen Partners sein mochte, so bestand seit September 1935, als die Nürnberger Gesetze erlassen wurden, eigentlich kein Grund mehr zu rassenpolitischen Unstimmigkeiten zwischen Deutschland und Japan. Denn die neuen Gesetze hatten eindeutig einen rein antisemitischen Charakter. Unter den Begriff „Nichtarier“ fielen fortan nur Juden, aber keine Angehörigen der Völker Asiens.

Japanische Regierungsstellen und die Öffentlichkeit des Landes brachten für die „Judenfrage“ anfangs ein sehr geringes Interesse auf und dies nur insofern, als, wie oben erläutert, Deutschlands Einstellung zum Antisemitismus auf die japanische Innenpolitik einwirkte. Die Auseinandersetzung mit der Theorie des Antisemitismus blieb Sache einzelner Propagandisten, die sich ursprünglich mehr aus antikommunistischer denn aus antisemitischer Überzeugung dieser Frage angenommen hatten. Oberstleutnant Yasue galt als einer dieser Experten für „Judenfragen“, der in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg das Judentum eingehend erforscht, ja sogar eine Reise nach Palästina unternommen hatte, über die er anschließend ein Buch verfaßte. Dieses wies zwar einige antisemitische Aspekte auf, enthielt aber gleichzeitig eine sehr positive Bewertung über die jüdischen Niederlassungen in Palästina (Shillony 1981:158-159). Yasues Artikel „Über die jüdische Nationalfrage“, im September 1933 in einer japanischen Wirtschaftszeitung publiziert, informiert in beispielhafter Weise über die antisemitischen Klischees, die damals in japanischen Armeekreisen kursierten. Das Wort „Jude“, so Yasues Auffassung, sei von dem Wort „Geld“ untrennbar; der Reichtum der Juden bringe ihnen Macht auf der ganzen Welt ein usw. usf., Klischees, die vom Verfasser in ihrer antisemitischen Urform übernommen wurden. Desgleichen galten die Juden als traditionelle Förderer der Weltrevolution, womit Yasue die antisemitische Theorie der Juden als Kapitalisten und gleichzeitig als Verbündete der Kommunisten einfach übernahm:

Im Klassenkampf stehen die Juden gleichzeitig auf beiden Fronten. Es gibt zwar Leute, die behaupten, daß die kommunistischen Juden den Sturz der Kapitalisten erstreben und deshalb nicht die Verbün-

ein Vorgehen gegen jüdische Emigranten nur dann ins Auge fassen, wenn sich diese politisch betätigen würden, was bisher nicht der Fall gewesen sei. Der deutsche Diplomat konnte schließlich das Ergebnis der Unterredung nur als „unerfreulich“ bezeichnen. (Bericht der deutschen Botschaft Tōkyō an AA, 29.8.1936, AA/PA, Pol. Abt. VIII, Po 2, Bd. 1) S. auch: Juden in Japan – Sie reißen in Deutschland aus, in Nippon lassen sie sich nieder. In: *Der Stürmer*, 1937, Nr. 1 (Jan. 1937).

deten jüdischer Kapitalisten sein können, aber das halte ich für eine falsche Argumentation.⁹

Im Laufe der dreißiger Jahre wurde diese antisemitische Argumentation noch von anderen japanischen Autoren weitergeführt, die dabei den Schwerpunkt auf den von Juden ausgeübten Einfluß auf das internationale Finanzkapital und auf die Juden als Urheber des Bolschewismus bzw. Kommunismus legten: „Scheinbar miteinander unvereinbare Welten verbinden sich zu einer planmäßigen Angriffsstellung der Juden gegen alle anderen Völker der Welt“, schrieb Mutō in seinem 1938 erschienenen Buch *Der Angriff der Juden gegen Japan*.¹⁰ Für die japanischen „Theoretiker“ des Antisemitismus waren die Juden selbstverständlich die Urheber des 1. Weltkriegs, repräsentierte der Völkerbund „ein getarntes Organ für die Durchführung des Weltherrschaftsprogramms der Juden“, während das jüdische Finanzkapital bereits die gesamte westliche Welt beherrschte und die Juden dabei waren, erfolgreich ihre zweite Waffe im Osten einzusetzen: schon hatte der Bolschewismus Sowjetrußland überrannt. Die Revolution in Rußland galt als die Rache der Juden am russischen Volk, das bis 1917 über die Juden geherrscht hatte.¹¹ Die judenfeindliche, aber von einem westlichen Standpunkt aus gesehen eher traditionelle Interpretation der Weltgeschichte führte auch zu einer „originellen“ Neuinterpretation der Geschichte Asiens. Im Zusammenhang mit China ging Yasue von der Feststellung aus, daß in der Wirtschaftsmetropole Shanghai die ökonomische Macht vor dem Zwischenfall (1932) gänzlich in Händen der Engländer, Japaner und Amerikaner gelegen habe, fügte jedoch hinzu, daß, wenn man:

die Staatsangehörigkeit außer Betracht (läßt) und nur auf die Rasse (sieht), so ergibt sich, daß weder Engländer noch Amerikaner dort etwas zu sagen haben, daß vielmehr alle Macht in Händen von Juden ist.¹²

Er wies zusätzlich auf die Verdrängung der Japaner vom Shanghaier Markt durch die Juden hin: „Was Japan nach dem Shanghai-Zwischenfall in Shanghai verloren hat, ist alles von jüdischem Kapital gewonnen worden.“ Mit solch' allgemeinen judenfeindlichen Klischees, die eine perfekte Assimilierung der herkömmlichen antisemitischen Propagandamethoden bewiesen, beabsichtigte Yasue, die Machtposition der Juden in der

⁹ AA/PA, Pol. Abt. IV, Po 6 OA, Bd. 1

¹⁰ AA/PA, Inland II A/B, 83-26 Japan.

¹¹ Ebd.

¹² AA/PA, Pol. Abt. IV, Po 6, Bd. 1.

Weltpolitik zu verdeutlichen, die nach seiner Auffassung seit Beginn des 20. Jahrhunderts das Geschick der Weltgeschichte bestimmten. Für Japans jüngste Geschichte z. B. war die japanfeindliche Politik vom jüdisch dominierten Völkerbund im Jahre 1932 entscheidend, die Yasue folgendermaßen resümierte:

Es ist nicht zu viel gesagt, daß Japans Kampf gegen den Völkerbund ein Kampf der japanischen gegen die jüdische Rasse war. Aus diesem einen Beispiel geht klar hervor, wie sehr die Juden in der europäischen und amerikanischen Politik und Diplomatie das Heft in Händen haben.¹³

Obwohl Yasues Darstellung der wirtschaftlichen und politischen Weltmacht der Juden den klassischen antisemitischen Klischees entsprach, so wichen doch die daraus zu ziehenden Konsequenzen in entscheidendem Maße von den allgemeinen antisemitischen Schlußfolgerungen der westlichen Welt ab, die zu Diskriminierung, Ausschaltung und schließlich, im deutschen Machtbereich, Vernichtung des Judentums führten. Für Yasue und die meisten antisemitischen Propagandisten war eine aktive antisemitische Bewegung in Japan keine Notwendigkeit, solange die Juden keine ernsthafte Gefahr für das japanische Reich bedeuteten:

Suchen sie nicht in allen Staaten, die Macht an sich zu reißen? Der nächste wird Japan sein. Darum gilt es, sich zu hüten ... Ich glaube, wir sollten uns weder radikal gegen sie, noch für sie einstellen, aber wir sollen sie beobachten und auf unserer Hut sein.¹⁴

Zwar gebe es in Japan selbst keine jüdischen Staatsbürger, aber auch für Japan würden die Juden eine Gefahr darstellen, denn je weiter dieses in den Weltwirtschaftsmarkt vordringe, umso mehr sehe es sich mit dem jüdischen Einfluß konfrontiert. Während Yasue noch 1933 den unter jüdischem Einfluß stehenden Völkerbund der antijapanischen Politik beschuldigte, so paßte er einige Jahre später die antisemitische Argumentation der politischen Lage an und stellte die Herrschaft des jüdischen Finanzkapitals in China nun als Ursache von dessen Konflikt mit Japan hin. China, folgt man den Ausführungen des Autors, sei sowohl durch das jüdische Finanzkapital als auch durch die Bolschewisierung mit Hilfe der UdSSR zum Krieg gegen Japan angestiftet worden. Und Mutō, der Spezialist der „Judenfrage“, folgerte daraus: „Japan führt Krieg gegen die

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd.

kapitalistischen und bolschewistischen Juden, die sich beide hinter dem chinesischen Volk verstecken ...“¹⁵

Das schon altgediente Argument des jüdischen Komplotts, der jüdischen Weltverschwörung, wurde demzufolge auch im Zusammenhang des japanisch-chinesischen Konfliktes bemüht, wobei allerdings die nicht ganz unberechtigte Frage offenbleibt, an welches Publikum sich in Japan eine solche Argumentation wenden sollte. Daß die überwiegende Mehrheit der Japaner der judenfeindlichen Propaganda Gehör schenkte, darf wohl in Zweifel gezogen werden. Vielleicht darf man aber die Annahme wagen, daß die von Shillony in seiner Studie *Politics and Culture in Wartime Japan* erwähnten Gesellschaften zur Erforschung des Judentums, die in den dreißiger Jahren gegründet worden waren und regelmäßig antisemitische Veröffentlichungen publiziert hatten, ein interessiertes und treues Publikum für solche Propaganda abgaben (Shillony 1981:157).

Eine maßgebliche Persönlichkeit war z. B. General Shiōden, Gründer einer solchen antisemitischen Forschungsgruppe (*Kokusai Seikei Gakkai*). Er hatte nach dem Ersten Weltkrieg an der Sibirien-Intervention teilgenommen und war unter den Einfluß antisemitischer, weißrussischer Offiziere geraten. Seit 1928 im Ruhestand, unternahm er Ende der 30er Jahre einen Deutschlandbesuch, bei dem er die Bekanntschaft von Julius Streicher machte und das Antifreimaurer-Museum in Nürnberg besuchte. Von seiner Reise nach Japan zurückgekehrt, ließ er Streicher einen Brief zukommen, den dieser im Juli 1939 im *Stürmer* veröffentlichte und in welchem Shiōden die erfreuliche Nachricht mitteilen konnte, daß das zahlreiche Informationsmaterial, das er aus Deutschland mitgebracht habe, nun ins Japanische übersetzt werde: „Das wird dazu beitragen, daß die Japaner die Wahrheit über den jüdischen Weltherrschaftsplan erfahren“, lautete der stolze Schlußsatz des Briefes an den *Stürmer*.¹⁶ Ende der dreißiger Jahre erschienen immer mehr antisemitische Schriften: Bücher, Artikel und Übersetzungen von deutschsprachiger judenfeindlicher Literatur, bis bei Ausbruch des Krieges im Pazifik die antisemitische Welle ihren Höhepunkt erreichte, die in öffentliche Kundgebungen ausartete und mit der Wahl General Shiōdens in das Parlament (1942) auch in der politischen Szene einen, wenn auch beschränkten, Platz fand. Shillony führt noch eine Reihe anderer Politiker und Intellektueller an, die in den vierziger Jahren judenfeindliche Schriften veröffentlichten. Deren antisemitische Argumentation zielte auf die angebliche jüdische Beeinflussung von Kul-

¹⁵ AA/PA, Inland II A/B, 83-26 Japan.

¹⁶ Der Brief des Japaners. In: *Der Stürmer*, 1939, Nr. 28 (Juli 1939). S. auch: Hanns Eisenbeiß: Die Juden in Japan. In: *Der Stürmer*, 1939, Nr. 23 (Juni 1939) und: Juden in Japan. In: *Der Stürmer*, 1942, Nr. 26 (25. Juni 1942).

tur, Presse und Politik der westlichen Welt, gemeint waren namentlich die USA und Großbritannien, deren Regierungen sich von jüdischen Cliquen manipulieren ließen. Die Theorie von den Juden als Drahtziehern der Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik der angelsächsischen Mächte ließ nun auch eine als antisemitisch getarnte antiamerikanische Propagandawelle zu.

Im September 1941, einige Wochen vor Ausbruch des Krieges mit Amerika, kündigte die Tageszeitung *Hōchi* eine öffentliche Versammlung in Tōkyō an, bei der u. a. die Parole ausgegeben wurde: „Die Juden sind die Feinde der Welt“. Die deutsche Presseagentur *Transocean* wollte in diesem Treffen den Anfang antijüdischer Demonstrationen im ganzen Lande sehen und fand – oder erfand – dafür Motive, die genau in das deutsche Antisemitismus-Konzept paßten: der Grund für das Auftauchen solcher antisemitischer Haßgefühle in Japan seien die seit Ende der dreißiger und Anfang der vierziger Jahre eingewanderten europäischen Juden, die in Japans Großstädten auf ihre Weiterreise in die USA warteten und sich aufführten, als seien sie auf Urlaub.¹⁷ Die japanische Presse blieb bei ihrer Interpretation: die britische bzw. amerikanische Politik sei den jüdischen Einflüssen ausgesetzt, da die Juden die Verantwortung für die Wiederwahl Roosevelts zum US-Präsidenten trügen, da die Juden Churchill dazu angestiftet hätten, Deutschland den Krieg zu erklären, da die Juden Stalin unterstützten, überall schmiedeten die Juden Komplote, um die Weltherrschaft an sich zu reißen und eine neue – „jüdische“ – Weltordnung zu etablieren.¹⁸

Mit dem Ausbruch von Japans Krieg gegen die USA und das britische Königreich wandte sich der japanische Antisemitismus z. T. vom Antibolschewismus ab und nahm die Form des Antiamerikanismus an. Gleichzeitig wurden nunmehr auch die in Japan lebenden Juden Gegenstand eines zunehmenden Interesses von judenfeindlichen Kreisen. Die Tageszeitung *Hōchi* z. B. warnte die japanische Öffentlichkeit davor, den armen jüdischen Flüchtlingen allzugroßes Mitleid entgegenzubringen, schließlich hätten die Juden eine unbegrenzte finanzielle Macht, seien die Urheber des Freimaurertums und seien auch die Erfinder höchst unmoralischer sozialer Einrichtungen wie Kaffeehäuser, Tanzlokale usw., woraus *Hōchi* die Schlußfolgerung zog, daß die Anwesenheit von 3000 jüdischen Flüchtlingen in Japan die Gefahr von subversiven Tätigkeiten in sich birge.¹⁹ Diese antisemitische Pressekampagne, aber auch die größere Auf-

¹⁷ Japanese Launch Camouflaged Anti-Jewish Campaign. In: *China Weekly Review*, 6.9.1941.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebd.

merksamkeit, welche die Regierung allgemein den Ausländern in Japan schenkte, blieb nicht ganz ohne Folgen für die jüdischen Flüchtlinge. So wurden z. B. im Laufe des Sommers 1941 mehrere hundert von ihnen, v. a. aus Polen und dem Baltikum, nachdem sie ursprünglich von den japanischen Behörden die Genehmigung bekommen hatten, sich auf unbegrenzte Zeit im Lande aufzuhalten, zwangsweise nach Shanghai verschifft.²⁰ Kurz darauf fand Anfang September 1941 in Tōkyō eine antisemitische Demonstration statt, anlässlich derer mehrere Vorträge über die „Judenfrage“ gehalten wurden und auf der eine Resolution angenommen wurde. Danach bekämpfte das japanische Volk das Streben der Juden nach der Weltherrschaft aufs schärfste, da dieses diametral im Widerspruch zum Geiste der Japaner stehe. Diese Demonstration stand unter der Schirmherrschaft der „japanischen Anti-Spionage-Gesellschaft“, die antisemitische Propaganda betrieb und an das japanische Volk den Aufruf richtete, die jüdische Geschichte zu erforschen, um die Notwendigkeit einer antisemitischen Politik zu begreifen.²¹

Der Ausbruch des Pazifischen Krieges trug zur Aktivierung der antisemitischen Propagandakampagne bei. Zwischen Januar und April 1943 veranstaltete die Zeitung *Osaka Mainichi* in der japanischen Hauptstadt eine antijüdische und antifreimaurerische Ausstellung, in der das Freimaurertum als eine internationale Geheimorganisation der Juden angeprangert wurde. Die deutsche Botschaft in Tōkyō stellte aus diesem Anlaß mit Genugtuung fest, daß sich rund 1,5 Millionen Besucher eingefunden hätten, daß die Ausstellung noch in fünf weiteren Provinzstädten gezeigt werden sollte, daß eine antijüdische Broschüre in über 30.000 Exemplaren zur Verfügung stehe, und daß parallel zu der Veranstaltung auch eine öffentliche antijüdische Kundgebung stattgefunden habe, auf der u. a. der frühere japanische Botschafter in Rom, Shiratori Toshio, eine Ansprache gehalten habe. Botschafter Stahmer meldete eigens nach Berlin, daß sowohl die Ausstellung als auch die Kundgebung über Mittelsmänner durch die Botschaft finanziell unterstützt worden seien.²²

Hatte die antisemitische Propaganda in Japan keine praktische Auswirkung für die jüdische Bevölkerung im Lande, sieht man von der Verschiffung jüdischer Flüchtlinge aus Europa nach Shanghai im Sommer 1941 ab, so ergaben sich aus der Besetzung des chinesischen Kontinents durch die japanische Armee systematische antijüdische Maßnahmen. Ja-

²⁰ Ebd.

²¹ Japanese Staged their Anti-Jewish Demonstration. In: *China Weekly Review*, 13.9.1941.

²² Telegramm Botschaft Tōkyō an AA, 23.4.1943. AA/PA, Inland II A/B, 83-26 Japan.

pan sah sich zum ersten Mal mit einer verhältnismäßig zahlreichen jüdischen Bevölkerung konfrontiert, insbesondere in der Anfang der 30er Jahre besetzten Mandschurei, ab 1937 auch in Nordchina und ab Ende 1937, bzw. Dezember 1941, in Shanghai.

Bis zur Ankunft der jüdischen Flüchtlingswelle aus Europa, Ende der dreißiger Jahre, hatte das Zentrum des Judentums im Fernen Osten in der Mandschurei und in Nordchina gelegen. In Harbin hatten sich seit Ende des 19. Jahrhunderts v. a. russische Juden angesiedelt, als sich mit dem Beginn der Errichtung der Ostchinesischen Eisenbahn neue Handelsperspektiven im Fernen Osten eröffneten. Mit der einsetzenden Weltwirtschaftskrise, der japanischen Invasion (1931), der Gründung des Staates Manchukuo (1932) und dem fortschreitenden japanischen Einfluß auf den mandschurischen Markt, dem eine kontinuierliche Verdrängung der Ausländer folgte, wanderten schon Anfang der dreißiger Jahre zahlreiche jüdische Familien nach Nordchina (v. a. Tianjin) und Südchina (v. a. Shanghai) weiter.

Erst ab 1937, mit der Ausdehnung des Konflikts auf das gesamte chinesische Festland, zeigte die japanische Besatzungsmacht ein wachsendes politisches Interesse an den jüdischen Gemeinden in der Mandschurei und in Nordchina. In diesem Jahr betrug die jüdische Bevölkerung Harbins ungefähr 8000 Personen, von insgesamt etwa 500.000 Einwohnern. Ein Bericht des dortigen deutschen Konsulats betonte, daß der soziale und wirtschaftliche Einfluß der Juden weit größer sei, als es ihre Zahl vermuten ließe. Namentlich Banken, Versicherungsinstitute, verschiedene Handelsfirmen und sogar diplomatische Vertretungen, „die alle mindestens einen jüdischen Angestellten oder Beamten haben“, unterstützten dem jüdischen Einfluß. Dem Konsulatsbericht war eine Namensliste der jüdischen Angestellten und Beamten an dem litauischen, polnischen, tschechischen, belgischen und portugiesischen Konsulat beigelegt.²³

Japans Politik gegenüber den jüdischen Gemeinden in der Mandschurei kann 1937 noch als ungeplant bezeichnet werden. Sie beschränkte sich darauf, die dortigen Mitglieder unter strenger Aufsicht der mandschurischen bzw. japanischen Behörden zu halten. Oberst (seit 1937) Yasue, der Ende der dreißiger Jahre mit der Kwantung-Armee in Dairen stationiert war, führte die japanischen Absichten im September 1938 in einer Rede über die „Judenfrage“ aus. Der auf japanische Anregung gegründete „Nationalrat der Jüdischen Gemeinden im Fernen Osten“, der einerseits die Funktion des Gesprächspartners mit den japanischen Behörden übernommen hatte, andererseits aber auch für ein „linientreues“ Verhalten der

²³ Bericht deutsches Konsulat Harbin an AA, 17.1.1937, AA/PA, Inland II A/B, 83-75, Bd. 13.

jüdischen Bevölkerung gegenüber der Besatzungsmacht haftete, schuf günstigste Bedingungen für eine totalitäre Kontrolle. Als japanischer Verbindungsoffizier zu den jüdischen Gemeinden wurde Yasue eingesetzt, der seit den zwanziger Jahren als „Judenspezialist“ galt. Daß die von der japanischen Armee ausgeübte Kontrolle effizient gewesen sein muß, läßt die Resolution vermuten, die im Dezember 1937 anläßlich des 1. Kongresses der jüdischen Gemeinden in Harbin angenommen wurde:

- 1) Das jüdische Volk im Fernen Osten verurteilt den Kommunismus und spricht seinen Dank aus für die von Japan unternommenen Bemühungen, um gegen die Sowjetunion zu kämpfen, den Feind der Menschheit.
- 2) Da Japan und Manchukuo dem jüdischen Volk ihren Schutz garantieren, wird letzteres im Sinne der Interessen der beiden Völker handeln.²⁴

Deutlicher konnte die freiwillige oder erzwungene Kooperationsbereitschaft der jüdischen Gemeinden kaum ausgedrückt werden. Yasue äußerte in einer seiner späteren Reden seine Zufriedenheit, da er im Laufe einer Inspektionsreise durch die Mandschurei und Nordchina hatte feststellen können, daß sich die ortsansässigen Juden an die Harbiner Proklamation hielten und sich sozusagen widerspruchslos der japanischen Kontrolle beugten.²⁵ Nach Annahme dieser Resolution durch die jüdische Gemeinde waren keine japanfeindlichen Reaktionen mehr zu erwarten, so daß die nächste Etappe zur Behandlung der „Judenfrage“ darin bestand, eine möglichst systematische Strategie gegenüber der jüdischen Bevölkerung in den von Japan besetzten Gebieten festzulegen. Yasue war der festen Überzeugung, daß eine Vorgangsweise nach deutschem Muster außer Frage stand. Er, der in seinen antisemitischen Schriften von der Theorie der jüdischen Weltmachtposition ausgegangen war, um seinen Landsleuten die Gefahr der „jüdischen Weltverschwörung“ zu verdeutlichen, zog nun die Schlußfolgerung, daß, wenn die Juden tatsächlich einen so entscheidenden Einfluß auf Presse, Wirtschaft, Politik ausübten, Japan sie sich nicht zum Feinde machen sollte. Eine strenge Kontrolle müsse genügen. Wenn möglich, solle man die Juden registrieren lassen, und falls von jüdischer Seite der Versuch unternommen werden sollte, antijapanische Aktionen in die Wege zu leiten, so wäre eine schnelle, effiziente Unterdrückung mit Sicherheit eine ausreichende Gegenmaßnah-

²⁴ AA/PA, Inland II A/B, 83-26 Japan.

²⁵ Im Gegensatz zu den mandschurischen Gemeinden mußte die jüdische Gemeinde von Tianjin zur Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden gezwungen werden und sich dem antikommunistischen Komitee anschließen.

me. Dazu kam es nur in Ausnahmefällen, denn die jüdischen Gemeinden suchten schon aus Eigeninteresse eine Annäherung an die japanische Besatzungsmacht. Notgedrungen vertraten demzufolge die Leiter der jüdischen Gemeinden den Standpunkt, daß ihnen keine andere Wahl bleibe, als sich der Situation anzupassen und den Japanern zu vertrauen. Der Berliner Philharmoniker Hellmut Stern, der als Kind mit seinen Eltern nach Shanghai emigriert war und dessen Eltern aber schon nach kurzer Zeit nach Harbin weitergezogen waren, da sie in der Mandschurei ein Arbeitsangebot erhalten hatten, erinnert sich an den Alltag eines jüdischen Emigrantenkindes aus Europa:

Die Japaner und ihre chinesischen oder russischen Kollaborateure überwachten streng alle Einrichtungen der Europäer, auch die jüdische Gemeinde. Gegen die Erlasse der Japaner zu verstoßen, war gefährlich. Hingegen ließen sie uns großen Freiraum auf dem religiösen Sektor ... Wir Juden wurden aber nicht nur von diesen (weiß-russischen) Antisemiten bedroht. Von den Japanern wurde ich geschlagen, weil sie mich für einen Russen hielten. Von den chinesischen Kindern wurde ich als „Langnase“ ... beschimpft ... Übrigens wurde ich auch noch von den jüdischen Kindern als Deutscher gehänselt ... (Stern 1990:42).

Die jüdische Selbstschutzpolitik wurde auf den drei Tagungen der jüdischen Gemeinden im Fernen Osten, die 1937, 1938 und 1939 in Harbin abgehalten wurden, öffentlich definiert. In Anwesenheit und mit Teilnahme von offiziellen Vertretern der japanischen Armee und der mandschurischen Regierung endeten diese Tagungen jährlich mit den von japanischer Seite wiederholten Beteuerungen, daß Japan und Manchukuo in allen das Judentum betreffenden Fragen sich immer sehr entgegenkommend verhalten hätten. Den Juden, als nationale Minderheit, würden keine Einschränkungen des kulturellen, religiösen und nationalen Lebens auferlegt. Sofern sie sich in ihrem öffentlichen und privaten Leben an die Gesetze des Gastlandes hielten, hätte die jüdische Bevölkerung keine diskriminatorischen Konsequenzen zu befürchten. Es gelte lediglich, sich an die Grundsätze des mandschurischen Reiches zu halten, das auf der Zusammenarbeit aller Völker aufgebaut sei. Derartige Sympathiekundgebungen von offizieller Seite veranlaßten Dr. A. Kaufmann, den Leiter der Harbiner jüdischen Gemeinde, in deren Namen seine Dankbarkeit an die Regierungen von Japan und Manchukuo auszusprechen.²⁶ Ferner betonte der „Nationalrat der Jüdischen Gemeinden im Fernen Osten“ in einem

²⁶ Bericht des deutschen Konsulats Harbin, 13.12.1938, AA/PA, Inland II A/B, 83-29, Bd. 2.

Rundschreiben seine Solidarität mit Japan und Mandschukuo und gab vor, daß das Judentum im Fernen Osten Pflichten gegenüber den Gastländern habe, „die erfüllt werden müssen als ein Zeichen der Loyalität, Anerkennung und Dankbarkeit“. ²⁷ Diese Art von Anpassung der jüdischen Gemeinden an die örtlichen politischen Gegebenheiten entsprach naturgemäß den Erwartungen der japanischen Machthaber. Das gegenseitige Sichbeobachten, das der Konfliktvermeidung galt, bewirkte hingegen bei den deutschen Diplomaten offene Verärgerung. Das Deutsche Konsulat in Harbin konnte in seiner Berichterstattung an das Reichsaußenministerium in Berlin nur mehr mit grimmiger Verachtung feststellen, daß „die wohlwollende Behandlung der Juden zu einer Richtlinie in der gegenwärtigen japanischen Außenpolitik geworden ist“. ²⁸

Nach Ansicht der Harbinder deutschen Diplomaten war das Motiv dafür darin zu suchen, daß Japan sich wirtschaftliche Hilfe von England und Amerika erhoffte, „und da ferner in jüdischen Finanzkreisen in London und New York gewisse Widerstände bestehen sollen, so bedürfen die Gründe für die japanische Haltung keiner Erläuterung“. ²⁹

Die auf Kooperation mit Japan und der Mandschurei ausgerichtete Politik der jüdischen Gemeinden erfuhr durch den Ausbruch des Krieges im September 1939 in Europa eine Wende, die dennoch keine negativen Folgen auf die jüdisch-mandschurischen und jüdisch-japanischen Beziehungen hatte. Anlässlich der dritten und letzten Tagung der jüdischen Gemeinden im Fernen Osten, die Ende Dezember 1939 in Harbin stattfand, erklärte Dr. Kaufmann in seiner Rede, daß angesichts des europäischen Konflikts sich die Juden auf die Seite Englands stellen würden, und zwar trotz der von den Briten betriebenen Politik, welche die Einwanderung jüdischer Siedler in Palästina zu verhindern suche. ³⁰ Erneut wurde von den jüdischen Delegierten das humane Verhalten der japanischen bzw. mandschurischen und chinesischen Behörden hervorgehoben, während die japanischen und mandschurischen Ehrengäste die Juden zu weiterer Mitarbeit aufriefen und die Gleichberechtigung aller in China ansässigen Völker hervorhoben, eine Stellungnahme, die der deutsche Konsulatsbericht erneut herablassend zu kommentieren mußte. Sogar Oberst Yasue, dessen antisemitische Schriften von deutscher Seite in der Vergangenheit gelobt worden waren, sah sich nun der Kritik der deutschen Diplomaten ausgesetzt: „Herr Yasue gehört wohl zu den japani-

²⁷ Ebd.

²⁸ Bericht des deutschen Konsulats Harbin, 29.1.1939, ebd.

²⁹ Ebd.

³⁰ Bericht des deutschen Konsulats Harbin, 23.1.1940, ebd.

schen Kreisen, die glauben, durch betont judenfreundliches Verhalten guten Eindruck bei den jüdischen Finanz- und Regierungskreisen in USA machen zu können“.³¹

Im Jahr darauf war für Dezember die 4. Tagung des Nationalrats der jüdischen Gemeinden in Ostasien geplant. Wie jedoch ein vertraulicher Bericht des deutschen Konsulats in Dairen an die Gesandtschaft in Hsinking, der Hauptstadt Manchukuo, mitteilte, gelang es nach Intervention der deutschen Diplomaten, die Tagung zu verhindern und die Amtsenthebung Yasues zu bewirken. Das verbuchte die deutsche Dienststelle in Dairen mit großer Befriedigung als eindeutigen diplomatischen Erfolg:

Von Gouvernementsseite wurde mir noch vertraulich zu verstehen gegeben, daß man es angesichts der Einstellung des Dritten Reiches sowie des faschistischen Italien den Juden gegenüber für unvereinbar mit dem außenpolitischen Auftreten Japans hält, nach dem Abschluß des Dreimächtepakts irgend ein Interesse an jüdischen Fragen zu zeigen.³²

Die engere Zusammenarbeit mit den deutschen und italienischen Partnern, die beeindruckenden militärischen Erfolge der Wehrmacht in Westeuropa und, ab Juni 1941, in der Sowjetunion, der sich mit den Westmächten anbahnende Konflikt und schließlich der Ausbruch des Krieges im Dezember 1941 führten zur vollständigen Isolierung der in der Mandchurei ansässigen Juden. Sie hatten jegliche Verbindung zum westlichen Ausland verloren, insbesondere zu den USA, hatten zunehmend ihre wirtschaftliche Rolle eingebüßt, standen gänzlich unter japanischer Kontrolle und waren zusätzlich ständig dem virulenten Antisemitismus der weißrussischen Emigranten ausgesetzt. An ihrer Anpassungs- und Kooperationswilligkeit war nicht mehr zu zweifeln, und Japan verlor nach und nach jedes politische Interesse an ihnen. Seit Pearl Harbor verlagerte sich die japanische Judenpolitik zunehmend nach Shanghai. In diese Stadt war schon ab 1938/39 das Zentrum des Judentums in Ostasien verlegt worden, als nach der „Reichskristallnacht“ mehrere tausend deutsche und österreichische Juden dorthin geflüchtet waren. Die meist mittellosen Emigranten ließen sich überwiegend im Stadtteil Hongkou nieder, der eigentlich zu der Internationalen Niederlassung gehörte, von den japanischen Streitkräften aber schon seit mehreren Jahren besetzt gehalten wurde und der Kontrolle der Kaiserlichen Marine unterstand. Für jüdische Emigranten aus dem „Dritten Reich“ bestand für die Einreise in die in-

³¹ Ebd.

³² Bericht des deutschen Konsulats Dairen, 23.12.1940, ebd.

ternational verwalteten Konzessionen Shanghais bis zum Sommer 1939 kein Visumzwang. Obwohl in Berlin und Wien die Vorstände der jüdischen Gemeinden vor den außergewöhnlich schwierigen Lebensbedingungen in Ostasien warnten, unternahmen sie doch ihr Möglichstes, um nach der „Reichskristallnacht“ vielen Emigrationswilligen, vor allem aber ehemaligen KZ-Häftlingen, die sich nach ihrer Entlassung bei der Gestapo verpflichten mußten, Deutschland innerhalb kürzester Zeit zu verlassen, zur Ausreise nach Shanghai zu verhelfen.³³

Im Sommer 1939 löste diese Immigrantenwelle (ungefähr 15.000 Menschen) bei den Verwaltungsbehörden der Konzessionen Panikreaktionen hervor, so daß sämtliche in Shanghai ansässigen ausländischen Gemeinden sich für geeignete Maßnahmen einsetzten, um die Einwanderung von jüdischen Flüchtlingen aus Europa einzudämmen. Die japanischen Behörden faßten als erste im August 1939 den Beschluß, jede weitere Zuwanderung in den von ihnen kontrollierten Stadtteil vorübergehend zu verhindern, bald gefolgt von der Verwaltung der Internationalen Niederlassung und der Französischen Konzession. In kürzester Zeit wurden nun die Bedingungen bekanntgegeben, unter denen künftig Einwanderer aus dem „Dritten Reich“ in Shanghai zugelassen würden. Die Auswirkungen der Immigrationsbeschränkungen im August 1939 sind auf Grund des Kriegsausbruchs in Europa und der dadurch erheblich erschwerten Auswanderung nach Ostasien kaum einzuschätzen.

In den darauffolgenden Jahren gelang es einem Teil der nun in Shanghai ansässigen jüdischen Emigranten, sich ein neues Leben aufzubauen, obwohl die mittellosen Europäer bei den meisten ausländischen Bewohnern der Stadt auf Distanz und soziale Ausgrenzung stießen. Auch die alteingesessenen jüdischen Gemeinden der Stadt, ob sephardisch oder aschkenasisch, gewährten ihnen zwar finanzielle Unterstützung, zogen es aber vor, die sozialen Kontakte auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Nach der Inbesitznahme der Internationalen Konzession von Shanghai durch die Japaner (Dezember 1941) erfolgte im Jahr darauf die Internierung der meisten Staatsangehörigen der mit Japan kriegführenden Nationen. Die jüdischen Emigranten, die vom nationalsozialistischen Deutschland bereits 1941 ausgebürgert worden waren und seitdem als staatenlose Flüchtlinge galten, entgingen vorläufig jeder weiteren Diskriminierung, bis sich Anfang 1943 unter den Leitern der jüdischen Emigrantengemeinde das Gerücht verbreitete, demzufolge die japanischen

³³ S. die Berichte in der jüdischen Presse ab Ende 1938, v. a. *Gemeindeblatt der jüdischen Gemeinde* (Berlin), *Jüdische Rundschau* (Berlin), *Jüdisches Nachrichtenblatt* (Berlin).

Behörden nun auch die Internierung der europäischen Flüchtlinge in Erwägung zögen.

Mitte Februar 1943 wurde schließlich von den Japanern eine Proklamation erlassen, welche die Errichtung einer „Restricted Area“ im nördlichen Teil von Hongkou ankündigte. Von der Proklamation betroffen waren alle staatenlosen Flüchtlinge, die nach dem Jahre 1937 nach Shanghai eingewandert waren, eine Definition, die ausschließlich auf die jüdischen Flüchtlinge aus dem „Dritten Reich“ zutraf.

Laut D. B. Rabinowich, der jahrelang im Vorstand der „Shanghai Jewish Aschkenazi Communal Association“ tätig war, bezog sich der Entwurf der Proklamation ursprünglich auf die „jüdischen Flüchtlinge“ und wurde nach längerer Besprechung zwischen den japanischen Behördenvertretern und den Verantwortlichen der jüdischen Gemeinde umgeändert. Rabinowich bemerkte dazu: „Die Idee hinter diesem Vorschlage war, daß nach Auslassen des Wortes ‚jüdisch‘ die Proklamation ihren antisemitischen Anstrich verlieren sollte.“³⁴

Nach Bekanntgabe der Proklamation versuchten die japanischen Behörden, die jüdischen Emigranten zu beschwichtigen, und veröffentlichten in der Emigrantenzeitung *Shanghai Jewish Chronicle* (9.5.1943) eine Stellungnahme, in der sie die „Designated Area“ weder als ein Ghetto noch als Gefängnis definiert wissen wollten. Nun erst war das Wort „Ghetto“ gefallen:

The area designated in the Proclamation is neither a Ghetto nor jail, but an area which is full of hope for the refugees in which they may build a haven for themselves where they may carry on peacefully with great advantage to themselves. All concerned should do their best with this view in mind.³⁵

Das Leben der jüdischen Emigranten spielte sich nun in dieser „Designated Area“ ab, die sie nur mit Genehmigung der japanischen Besatzungsmacht verlassen durften und in der von den japanischen Machthabern ein spezielles Überwachungsbüro zur Regelung der jüdischen Angelegenheiten eingerichtet wurde (Kranzler 1977:493-527). Während die Staatsangehörigen der alliierten Mächte in den japanischen Internierungslagern den Schutz der neutralen Staaten (Schweiz, Schweden, Portugal) oder des Internationalen Roten Kreuzes genossen, wurden die staatenlosen jüdischen Flüchtlinge in ein politisches Niemandsland verwiesen, in dem sie

³⁴ Eidesstattliche Erklärung von D. B. Rabinowich, Tel-Aviv (Institut für Zeitgeschichte, München, Fb 237).

³⁵ *Shanghai Jewish Chronicle*, 9.5.1943.

bis Kriegsende, im Sommer 1945, allein dem Wohlwollen der japanischen Besatzer unterstanden.

Die judenfeindliche Propaganda, die im Japan der zwanziger Jahre hauptsächlich von Armeeingehörigen durch zahlreiche Propagandaschriften und Übersetzungen verbreitet wurde,³⁶ fand in der japanischen Gesellschaft und unter den Politikern des Landes einen relativ geringen Anklang, insofern als der Antisemitismus weder Partei- noch Regierungsprogramme bestimmte und keine staatsideologische Basis hatte, so daß er in seiner ersten Phase auf eine rein theoretische Ebene beschränkt blieb. Hinzugefügt sei, daß Japan in der Vergangenheit keinen Anteil an den Auseinandersetzungen um die „Judenfrage“ hatte und an der Ausarbeitung antisemitischer Theorien nicht beteiligt war, auch wenn diese den Weg nach Japan fanden.³⁷

Zwischen der antisemitischen Propaganda und den antijüdischen Maßnahmen, die zu Beginn der dreißiger Jahre in der Mandschurei und an deren Ende in Shanghai ergriffen wurden, kann eine gewisse Kontinuität nicht geleugnet werden. Einige Angehörige der Armee bzw. der Marine, die sich in den zwanziger Jahren als Spezialisten der „Judenfrage“ profiliert hatten, wurden nämlich nach der Invasion des chinesischen Festlandes gerade wegen ihrer profunden Kenntnisse in der Mandschurei oder in Shanghai eingesetzt, um die Kontrolle über die jüdischen Gemeinden zu übernehmen. Wenn sie bis zu diesem Zeitpunkt den Antisemitismus unreflektiert propagandistisch auszuwerten gewußt hatten, so stand ihnen nun, als die jüdischen Gemeinden in China zu einer realpolitischen Komponente der japanischen Außenpolitik geworden waren, die von ihnen noch bis vor kurzem oft in der *Stürmer*-Standardsprache vertriebene antisemitische Propaganda im Wege. Dieses primitive Agitationsmittel erwies sich offensichtlich als unvereinbar mit der Realpolitik, der sie sich nunmehr verpflichtet fühlten. Um den Interessen der japanischen Außenpolitik zu entsprechen, sollte der Weg von der Theorie – der traditionellen antisemitischen Propaganda – zur Praxis – den antijüdischen Maßnahmen – sich mehr zum Vorteil Japans als zum Nachteil der betroffenen jüdischen Gemeinden erweisen. Während sich die antisemitische Propaganda gegen einen irrealen Feind richtete, trafen die antijüdischen Maßnahmen Flüchtlinge, die vor dem europäischen

³⁶ H. Kublin erwähnt in seinem Artikel über 100 Beiträge und Bücher, die zum Thema Antisemitismus erschienen und sich zum Großteil auf ausländisches Informationsmaterial stützten.

³⁷ Kublin stellt den Standpunkt der japanischen Antisemiten folgendermaßen dar: „The bête-noire of Japanese anti-Semites was in all probability not the Jew, in whom the overwhelming number of Japanese were manifestly not interested, but rather the revolutionary of any kind of political color.“

Antisemitismus in China bzw. in japanisch besetzten Gebieten und sogar in Japan selbst (Shatzkes 1991:257–273) Zuflucht gefunden hatten. Daß die japanische Judenpolitik in der Mandschurei und in Nordchina sich von der in Shanghai praktizierten Politik unterschied, lag an der unterschiedlichen Bedeutung der jeweiligen jüdischen Gemeinden. Die in der Mandschurei relativ alteingesessene Gemeinde, größtenteils russischer Abstammung, war stark antikommunistisch und gleichzeitig pro-zionistisch eingestellt. Seit Beginn der japanischen Besetzung galt ihre Situation eher als prekär, indem sie einerseits über keinerlei diplomatischen Schutz verfügte und andererseits dem virulenten Antisemitismus der weißrussischen Emigranten ausgeliefert war, die in diesem Sinne nur zu bereitwillig den Japanern ihre Dienste anboten. Diese labile Situation, die innerhalb der jüdischen Gemeinde die Tendenzen zur Ghettoisierung verstärkten, wurde von japanischer Seite geschickt ausgenutzt, wobei es für die Besatzungsmacht zusätzlich nur von Vorteil sein konnte, die ausländischen Gemeinden gegeneinander auszuspielen und ihnen durch gegenseitige Kontrolle jede politische Rolle und Ambition zu nehmen. Im Gegensatz zu den Gemeinden in der Mandschurei setzte sich die seit Ende der 30er Jahre in Shanghai etablierte Gemeinde aus mitteleuropäischen Juden zusammen, die in Europa in ihrem jeweiligen Land assimiliert gewesen, zum Teil der Religion entfremdet waren, und erst wieder im Laufe der Dissimilation in Europa und der erzwungenen Emigration nach China einen Ghettoisierungsprozeß erlebten.

Wenn es die politische Lage oder die strategischen Absichten erforderten, beschuldigten die Japaner die in ihrer Einflußsphäre lebenden Juden der Sympathie oder der Kollaboration und Spionage zugunsten der Sowjetunion oder der Angelsachsen und verlangten von ihnen eine klare Stellungnahme gegen die Feinde des Kaiserreiches. Während eine derartige Strategie in der Mandschurei und in Nordchina, ohne allzu großen Widerstand von jüdischer Seite, zu zufriedenstellenden Ergebnissen führte, war eine eindeutige Stellungnahme gegen die Angelsachsen von den jüdischen Flüchtlingen in Shanghai kaum zu erwarten. In diesem Zusammenhang kann deshalb die Errichtung der „Designated Area“ als eine Vorsichtsmaßnahme gegen eine Bevölkerungsgruppe interpretiert werden, die in ihrer Mehrheit zu ihrem unkooperativen Verhalten stand. Die japanische Präsenz in der „Designated Area“ trat aber jedesmal in Erscheinung, wenn die Behörden an der politischen Loyalität der jüdischen Emigranten zu zweifeln begannen. Insofern spielte in den dreißiger und vierziger Jahren der Antisemitismus als Komponente einer antiwestlichen Politik, die ursprünglich antikommunistisch, nach Pearl Harbor aber im wesentlichen antiamerikanisch ausgerichtet war, vor allem eine strategische Rolle. Aus Sicht der jüdischen Gemeinde hatte jedoch die japanische Judenpolitik reelle Implikationen mit antisemitischem Charakter.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

1. Unveröffentlichte Quellen

Auswärtiges Amt, Politisches Archiv, Bonn (AA/PA):

Inland II A/B, 83-26 Japan.

Inland II A/B, 83-29, Bd. 2.

Inland II A/B, 83-75, Bd. 13.

Pol. Abt. IV, Po 6, Bd. 1.

Pol. Abt. IV, Po 6 OA, Bd. 1.

Pol. Abt. IV, Po 26 Japan, Bd. 1.

Pol. Abt. VIII, Po 2, Bd. 1.

Presse-Abt., P 49, Bd. 1.

Institut für Zeitgeschichte München (Archiv):

Fb 237 (Eidesstattliche Erklärung von D. B. Rabinowich, Tel-Aviv)

2. Literatur

Der Brief des Japaners. In: *Der Stürmer*, 1939, Nr. 28 (Juli 1939).

Eisenbeiß, Hanns (1939): Die Juden in Japan. In: *Der Stürmer*, Nr. 23 (Juni 1939).

Fox, John P. (1969): Japanese Reactions to Nazi Germany's Racial Legislation. In: *Wiener Library Bulletin* (London), Vol. XXIII, Nr. 2/3:46–50.

Japanese Launch Camouflaged Anti-Jewish Campaign. In: *China Weekly Review* (Shanghai), 6.9.1941.

Japanese Staged their Anti-Jewish Demonstration. In: *China Weekly Review* (Shanghai), 13.9.1941.

Juden in Japan. In: *Der Stürmer*, 1942, Nr. 26 (25.6.1942).

Juden in Japan – Sie reißen in Deutschland aus, in Nippon lassen sie sich nieder. In: *Der Stürmer*, 1937, Nr. 1 (Jan. 1937).

Kotsuji, Abraham (1964): *From Tokyo to Jerusalem*. New York: Bernard Geis Associates.

Kranzler, David (1977): Japanese Policy Toward the Jews 1938–1941. In: *The Japan Interpreter* (Tōkyō), Vol. 11, Nr. 4:493–527.

Kublin, Hyman (1958): Star of David and Rising Sun. In: *Jewish Frontier* (New York), Vol. XXV, Nr. 4:15–22.

Löwith, Karl (1989): *Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933*. Frankfurt/Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

Shanghai Jewish Chronicle (Shanghai), 9.5.1943.

Shatzkes, Pamela S. (1991): Kobe: A Japanese Haven for Jewish Refugees, 1940–1941. In: *Japan Forum*, Vol. 3, Nr. 2 (Sept. 1991):257–273.

Shillony, Ben-Ami (1981): *Politics and Culture in Wartime Japan*. Oxford: Clarendon Press.

Stern, Hellmut (1990): *Saitensprünge*. Berlin: Transit.

Stoß, Alfred (1934): *Der Kampf zwischen Juda und Japan. Japan als Vorkämpfer freier Volkswirtschaft*. München: Ludendorffs Verlag.

MUSIK UND POLITIK, TŌKYŌ 1934–1944

MIT DEUTSCHEN BEITRÄGEN

Detlev Schauwecker

Japan hatte bei der Aufnahme westlicher Musik vor über hundert Jahren zu einem weiten Teil auf deutsche Traditionen zurückgegriffen. So war es später, in den dreißiger Jahren bis Kriegsende, nicht ungewöhnlich, daß die politische Annäherung und Bündnispolitik beider Staaten im Musikleben Ausdruck fanden. Wir entdecken die Orientierung in japanischen Musikzeitschriften und auf der Bühne, wo Festkonzerte und Lieder dieser Politik galten. – Auf deutscher Seite feierte man damals in Konzertsälen japanische Künstler wie den Dirigenten Konoe Hidemaro und die Violinistin Suwa Nejiko, und die Hinweise auf den fernen Bündnispartner blieben in den Konzertbesprechungen nicht aus.

Die gemeinsame Politik fand auf der japanischen Musikbühne ihre Grenzen, als die divergierenden totalitären Konzepte beider Staaten unüberhörbar wurden: einmal, als Deutschland heimatliche antijüdische Regelungen in die japanische Musikwelt zu tragen versuchte, zum anderen, als letztere auf „vollen“ chauvinistischen Kurs einschwenkte. Man nutzte einander, so gut es eben ging, doch noch ehe das gemeinsame Spiel zu Ende war, trat ein Ensembleteil von der Bühne.

Ich gehe im folgenden diesen Vorgängen auf bzw. hinter den Bühnen der Musikmetropole Tōkyō nach; die Kontrolle und Lenkung des japanischen Musiklebens durch die Regierung des Landes wird hierbei berücksichtigt. Der Beginn, 1934, ist durch eine erste breitere Zensurwelle in japanischer Schlagermusik gegeben, gleichzeitig durch erste deutsche interne Debatten zur Tätigkeit jüdischer deutscher Musiker in Japan.

Die Arbeit ist nach sieben Themen gegliedert:

1. Einige Musikinstitutionen (1890er bis 1920er Jahre).
2. Ein Tōkyōter Spannungsfeld zwischen deutscher und französischer Musikpflege (1935).
3. Restriktionen im japanischen Musikleben, mit NS-deutschen Vorgaben (1934–1944).
4. Ein musikalisches Festprogramm zum „2600jährigen Bestehen des japanischen Kaiserreiches“ und die Würdigung des Richard-Strauss-Beitrags (1940).

5. Deutsch-japanische Begegnung in Tönen (1938–1942).
6. Deutsche Einwirkungsversuche auf die Tätigkeit deutscher jüdischer Musiker in Japan (1934–1944).
7. Die Abkühlung der deutsch-japanischen Beziehungen (1942–1945).

Die Arbeit hat zunächst viel mit der japanischen Kulturpolitik zu tun, später vor allem mit deutscher Kulturpolitik auf japanischem Boden. Ich habe einige Informationen zu Musikeinrichtungen dieser Zeit¹ vorausgestellt und ausführlicher eine Episode aus dem Jahre (1935) vor der deutsch-japanischen Liäson (deutsch-japanischer Antikominternpakt 1936): sie führt uns das Tōkyōter Konzerteleben und daselbst den Hort deutscher Musikpflege lebhaft vor Augen.

1. EINIGE MUSIKINSTITUTIONEN

In den 1880er Jahren hatte Izawa Shūji (1851–1917), maßgeblicher Pädagoge eines anglo-amerikanisch orientierten Konzepts in Japan, für die Musikerziehung eine – von den USA her angeregte – Verbindung von japanischer und westlicher Musik angestrebt. Auch in der Musik trachtete man nach einem Gleichklang mit dem „Fortschritt westlicher Zivilisation“. Es kam 1887 zur Gründung der „Kaiserlichen Musikakademie Tōkyō“, auch: „Musikakademie Ueno“ genannt. Als zweite öffentliche Musikakademie trat in den zwanziger Jahren, in einer gewissen Opposition zur Bindung ihrer Tōkyōter Schwester an die deutsche Musiktradition, die Musikakademie Ōsaka hinzu.

Der Nachfolger Izawas als Leiter der Musikakademie Tōkyō, Muraoka Han'ichi (1853–1929), fügte im folgenden Jahrzehnt eine an Deutschland ausgerichtete romantisch-nationale Komponente hinzu. Ihm galten ein Hans Sachs oder Martin Luther als Vorbild, das auf die Musik des Volks zurückgriff. Damit löste man sich nicht nur von einem konfuzianischen Musikkonzept, sondern distanzierte sich auch gleich von einer französischen Musiktradition, die man in Anlehnung an ein deutsches Frankreichbild nun als „höfisch“, d. h. verschwenderisch, hinstellte. Die Akademie maß nun nationaler Bildung und Vaterlandsliebe Gewicht bei, und das Erziehungsprogramm fand von dort Eingang in den Gesangunterricht an Schulen. Seit der Leitung der Musikakademie Tōkyō durch Muraoka überwogen im ausländischen Lehrpersonal dort deutsche Musiklehrer. So lag in den dreißiger und frühen vierziger Jahren die Leitung des Aka-

¹ Siehe hierzu die reichhaltige Materialsammlung im Jubiläumsband der Kunsthochschule: Tōkyō Geijutsu Daigaku... 1987.

demieorchesters in Händen von Klaus Pringsheim (1883–1972) und Helmut Fellmer (1908–1977).

Die im folgenden erwähnten japanischen Komponisten und Dirigenten waren fast ausnahmslos Absolventen dieser zentralen Ausbildungsstätte für westliche Musik; außer Landes hatten sie ihre Studien meist in Deutschland ergänzt. – Die Tōkyōter Akademie lebt seit 1949 als Musikfakultät der Staatlichen Kunsthochschule Tōkyō fort.

In den 1890er Jahren fanden im kleinen Rahmen erste Konzerte europäischer Repertoires statt. Ein Vierteljahrhundert später kam es zur Gründung kleinerer Ensembles. Maßgeblicher Förderer dieser Gründungsbewegung war der 1914 von seinen Berliner Musikstudien zurückgekehrte Dirigent Yamada Kōsaku (1886–1964), ein namhafter japanischer Komponist der folgenden Jahrzehnte.

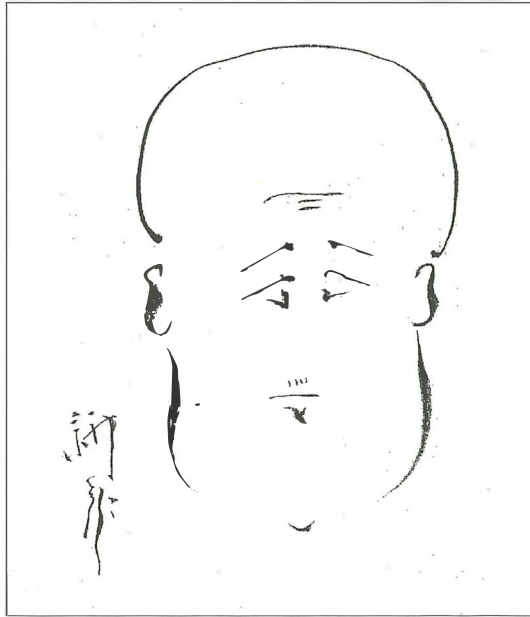


Bild 1: Selbstporträt von Yamada Kōsaku in späteren Jahren (Nihon Kindai Ongakkan [Archiv für Neuere Musik Japans], Tōkyō).

Im Jahre 1925 gründeten Yamada Kōsaku und der – in jenem Jahr aus Berlin zurückgekehrte – Dirigent Konoe Hidemaro (1898–1973) in Tōkyō das Japanische Symphonieorchester, Vorläufer des heutigen Japanischen Rundfunksymphonieorchesters. Seine Dirigentenbetreuung lag bei Josef König (1925–1929), Nicolai Schiferblatt (1929–1936) und Joseph Rosenstock (1936–1945); letzterer übernahm zudem von Konoe Hidemaro den Posten des Chefdirigenten. Das Orchester konnte bald nach seiner Grün-

derung mit dem Rundfunk zusammenarbeiten und vor dem Hintergrund dieser wirtschaftlichen Absicherung die führende Position im Lande einnehmen.

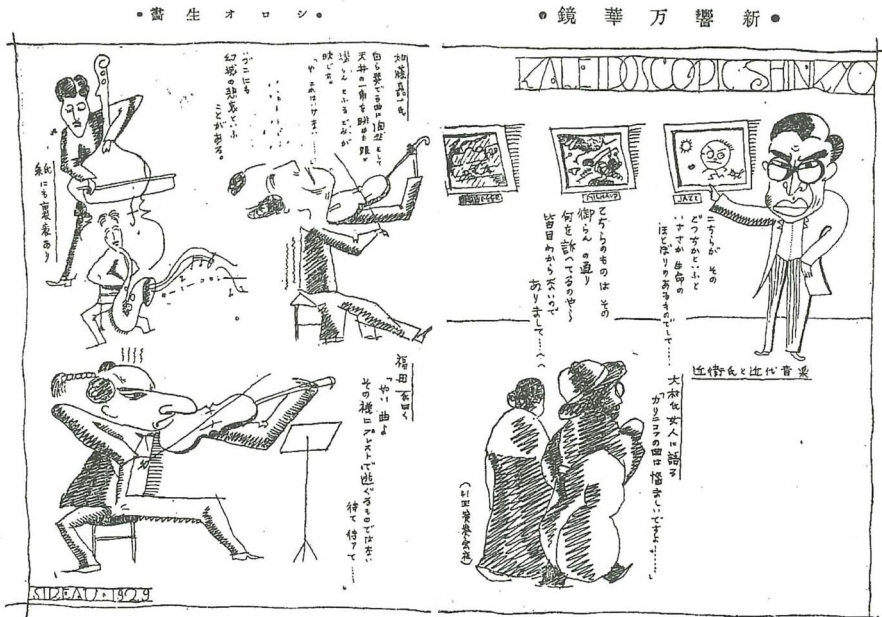


Bild 2: Karikatur von Sureau zum Japanischen Symphonieorchester aus dem Jahre 1929 (damals „Neues Symphonieorchester“ genannt); aus der Zeitschrift des Orchesters (*Firuhāmonī*, Juni 1929, S. 10f). Oben rechts: „Herr Konoe und die moderne Musik“. (Unter dem Bild „Jazz“:) „Hier haben wir es eher mit mehr Lebensglut zu tun ...“; (unter dem Bild „Milhaud:) „Hier sind wir nun, wie Sie sehen, bar eines jeden Urteils ...“

Es sei für die Tōkyōter Musikwelt der Kriegsjahre ferner das Zentral-Symphonie-Orchester erwähnt, das 1940 aus einem Musikensemble in Nagoya hervorgegangen war. Es wurde bis 1943 von Manfred Gurlitt (1890–1972) dirigiert und lebt heute als Tōkyō Philharmonie-Orchester fort. – Die Gründung der weiteren etwa 20 Orchester, die heute bestehen, lag vor allem in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg.²

² Siehe hierzu den Überblick über die Orchester des Landes und ihre Konzerte in Ogawa 1983.

2. EIN SPANNUNGSFELD ZWISCHEN DEUTSCHER UND FRANZÖSISCHER MUSIKPFLEGE IN TŌKYŌ

Seit der Meijizeit übernahm Japan aus dem einen oder anderen westlichen Land Traditionen oder Lehrschulen. Die Gruppierungen um sie herum spiegelten im innerjapanischen Spektrum geistige oder politische Standorte wider. Hierbei machte man sich bis zu einem gewissen Grad das nationale Selbstverständnis jenes Lands zu eigen, an dessen Schule man sich orientierte: Man stand der einen oder der anderen Nation näher bzw. ferner. Nationale Selbstdarstellung ferner Länder – im folgenden Fall: Deutschland versus Frankreich – reichte auf diesem Weg in japanische interne Auseinandersetzungen hinein.

So beeinflussten sich einerseits Vertreter der betreffenden Länder – seien sie nun Hochschullehrer, Diplomaten oder Musiker – zur Erfüllung ihrer Mission und andererseits entsprechende Zirkel japanischer Anhänger gegenseitig. Es entstanden Symbiosen und – man denke an den in der Deutschland-Novelle Mori Ōgais *Die Tänzerin* geschilderten Tōkyōter Freundeskreis – eigentümliche Lager; von einem solchen wird hier die Rede sein.

Die Kaiserliche Musikakademie war, wie oben erwähnt, die Domäne einer an Deutschland orientierten Musiktradition geworden. Das Repertoire ihres Orchesters füllten vor allem deutsche Kompositionen. Das japanische Symphonieorchester wies dem gegenüber ein breiteres Spektrum auf, wenngleich auch hier der deutsche Anteil überwog. So kam es bei der Programmvorbereitung zur hundertjährigen Wiederkehr des Geburtstages von Saint-Saëns, 1935, zu einer kleinen kulturpolitischen Kontroverse, die der deutsche Botschafter, Herbert von Dirksen (1882–1955), dem Auswärtigen Amt in Berlin aufmerksam mitteilte.

v. Dirksen hatte in einem vorangehenden Schreiben, von dem später noch die Rede sein wird, auf die zunehmenden Aktivitäten Frankreichs im Tōkyōter Kulturleben hingewiesen. Er merkte an: Es würde zugunsten der französischen Musiktradition in Japan zu Buche schlagen, wenn die deutsche Botschaft ihre bisherige Förderung an Bedingungen – es handelte sich um amtliche antijüdische Einwirkungsversuche – knüpfen würde, die japanischerseits nicht akzeptiert würden. Musiker und Publikum würden gewissermaßen zum anderen Lager, der französischen Musikpflege, abwandern.

Der Botschafter ging einige Monate später, in einem Schreiben vom 17. Dezember 1935, auf dieses Spannungsfeld französischer und deutscher Musiktradition in Japan gesondert ein. Wenngleich er den ausgetragenen Spannungen nicht viel Gewicht beimessen wollte, führte er zu der rühri-

gen Konkurrenz in diesem „Kampf um den musikalischen Einfluß in Japan“ aus:³

... so zeigt sich doch deutlich, in welchem Maße fremdländische musikalische Darbietungen und Einflüsse hier unter dem Gesichtswinkel nationalen Prestiges zu werten sind und wie notwendig es ist, durch überraschende Leistungen gewonnene Positionen zu behaupten.

In der Anlage des Schreibens gab der Botschafter die Übersetzung zweier Zeitungsartikel wieder. Sie spiegelten eine Kontroverse zwischen dem japanischen Außenministerium und der Kaiserlichen Akademie Tōkyō wider, ferner die Interessen des französischen und deutschen Botschafters, die sich in dem Ministerium kreuzten.

Die halbstaatliche Rundfunkanstalt hatte bereits im Oktober ein eigenes Festkonzert und die Aufführung einer Saint-Saëns-Oper aus Paris übertragen. Man plante nun, nach Vorsprache des französischen Botschafters, Fernand J. M. Pila, beim japanischen Außenministerium einen Saint-Saëns-Abend für den folgenden Monat. Die von der Kulturabteilung des Ministeriums erbetene Mitwirkung der Kaiserlichen Musikakademie blieb hier letztlich aus. Die Akademie begründete dies, nicht ohne die geplante Veranstaltung in verletzender Weise abzuwerten, „... daß sie bereits ein festes Konzertprogramm aufgestellt habe und nicht in der Lage sei, an einer solchen Propaganda-Veranstaltung teilzunehmen.“

Der Zeitungskommentar hierzu lautete:

Sie hat ihr Herbstprogramm ... veröffentlicht, wonach nur deutsche Stücke von Liszt, Wagner und Pringsheim vorgeführt werden. Die Kulturabteilung [des Außenministeriums] ist der Ansicht, daß die Kaiserliche Akademie zu viel Gewicht auf die deutsche Musik lege und die französische, italienische und russische außer acht lasse. Über die kühle Haltung der Musikakademie ist sie sehr aufgebracht ... So besteht zwischen dem Außenministerium und der Musikakademie Ueno eine große Meinungsverschiedenheit.

Die genannte Kulturabteilung war in Not geraten, da sie eine auf eine vage Zusage des Akademiedirektors, Norisugi Yoshihisa (1878–1947), hin dem französischen Botschafter eine Mitwirkung verbindlich zugesagt hatte. Zum Standpunkt der Musikakademie heißt es im gleichen Artikel – und es klingt die oben erwähnte Vorstellung von einer französischen höfischen Unterhaltungsmusik an:

³ AA/PA: J. Nr. 4508. – Die im folgenden erwähnten beiden Zeitungsartikel erschienen am 11.10. und 4.12.1935 in der *Miyako Shinbun*.

Sie behauptet, daß sie eine Akademie sei und deswegen nicht in der Lage sei, an einer Unterhaltungsveranstaltung mitzuwirken. Aber sie hat vor kurzem ein Konzert veranstaltet, um den Geburtstag des deutschen Tondichters Richard Strauss zu feiern.

Mit anderen Worten: Die Kaiserliche Akademie hatte, wie wir noch sehen werden, im Vorjahr die deutsche Botschaft um Förderung ihrer Richard Strauss-Veranstaltung gebeten, schlug nun aber die Anregung der französischen Botschaft zu einer vergleichbaren Festveranstaltung aus. Norisugi lenkte in einer abschließenden Stellungnahme unverbindlich ein, verwahrte sich dann jedoch mit empfindlicher Polemik gegen Eingriffe in Kompetenzfragen seiner Akademie:

Wir haben nicht gerade Saint-Saëns außer acht gelassen ... Ich muß zugeben, daß die Musikakademie früher viel Gewicht auf die deutsche Musik gelegt hat. Aber jetzt ist es nicht mehr der Fall. Die Akademie hat Musikforscher nicht nur nach Deutschland, sondern auch nach Frankreich oder Italien gesandt. Sie ist bereit, aus allen Ländern schöne Musik einzuführen. Das Außenministerium muß in erster Linie ein solches Vorurteil ablegen ... Neulich hat sich die französische Botschaft darüber beschwert, warum die Akademie nicht die französische Musik vorführe. Kann ein festgesetztes Erziehungsprinzip eines Landes so einfach auf Anregung eines fremden Landes geändert werden? Japan ist ein selbständiges Land, nicht ein Abessinien.

Das Statement rief mit der Anspielung auf den damaligen Einmarsch Italiens in Abessinien eine Bevormundung durch westliche Mächte in Erinnerung; die ungleichen Verträge westlicher Nationen mit Japan lagen erst wenige Jahrzehnte zurück, und nicht weit von dem Kaiserreich, in Indochina, war Frankreich Kolonialherr. Die Assoziation bekräftigte vom Politischen her eher, an einer Domänen-Politik der deutschen Musiktradition festzuhalten.

Das Gewicht, das der deutsche Botschafter innerhalb seiner kulturpolitischen Aufgabe der Musik beimaß, erhellt sich auch aus folgender Botschaftskorrespondenz vom Winter 1935: Durch den aus Deutschland zurückgekehrten Dirigenten Kishi Kōichi gelangte eine Notiz in die Presse, die Berliner Philharmoniker würden mit Furtwängler eine Zepelinreise nach Japan planen. Die Meldung stellte sich bald als „Ente“ heraus, und das Berliner Orchesterbüro dementierte dann auch, es sei „natürlich ein Unsinn ...“, da der neue Zeppelin nur 50 Passagiere mitnehmen kann“⁴. v. Dirksen hatte jedoch umgehend den detaillierten

⁴ Schreiben vom 18.11.1935 an das Propagandaministerium (zum Schreiben IX

Plan einer Japantournee ausgearbeitet: Ihre geschätzte Besucherzahl lag bei – sage und schreibe – einhundertfünfzigtausend.

Soviel zu einer Episode am Rande. Der Spielraum, wie er in dieser Auseinandersetzung 1935 noch zutage trat, soll, wie wir nun sehen, in den Folgejahren von der Regierung rapide eingengt werden.

3. RESTRIKTIONEN IM JAPANISCHEN MUSIKLEBEN

Es werden hier maßgebliche Schritte bei der staatlichen Steuerung der japanischen Musikwelt in der Dekade nach 1934 festgehalten. Bei Einführung neuer Regelungen beobachten wir wiederholt – in Fachzeitschriften, der Presse oder in den aufgezeichneten Rundfunk-Nachrichten-Kommentaren – Hinweise auf eine vergleichbare und als vorbildhaft hingestellte Praktik in Deutschland.

Zunehmender Nationalismus und Militarismus im Japan der dreißiger Jahre fanden in der schwunghaft aufgekommenen Schallplattenindustrie erstmals 1934, drei Jahre nach dem japanischen Mandschurei-Einfall, in einer Zensurwelle gegen „dekante“ Unterhaltungsmusik einen spürbaren Ausdruck. Kriegslieder, eher wehmütigen Tons, über den japanischen Truppeneinsatz auf dem Festland mehrten sich.

Als 1937 der japanisch-chinesische Krieg im vollen Umfang ausbrach, traten vehementere nationale Klänge, über Rundfunk und Schallplatte verbreitet, hinzu und verdrängten die alten Soldatenweisen aus der Zeit des japanisch-russischen Krieges (1904/05). Da der Konflikt als „Zwischenfall“ umschrieben war und später die „Großostasiatische Wohlfahrtssphäre“ proklamiert wurde, blieb in dieser Gruppe der Soldatenlieder ein aggressiver feindlicher Tenor allgemein aus.

Der Aufruf zur „geistigen Gesamtmobilmachung des Volkes“, erlassen 1938 unter dem ersten Kabinett des Fürsten Konoe, wurde zwei Jahre später verschärft, als dessen zweite Regierung zur „neuen nationalen Organisation“ aufrief. Die Restriktionen für Musik eskalierten schließlich im Pazifischen Krieg, in einer „dem Kriegsziel förderlichen“ Musikpolitik. Soldatenlieder nahmen in dieser letzten Phase auch einen Ton an, der den Feind schmähte.

Man wies zur Förderung eines militanten Liedrepertoires früh auf das Horst-Wessel-Lied⁵ hin, in späteren Jahren etwa auf KdF (Kraft-

9905–01/14.9.Tōkyō 2/12); siehe auch das Botschaftsschreiben AA/PA, J. Nr. 3270.

⁵ *Ōngaku Shinbun*, Nr. 193, vom 21.8.1937, zit. nach Akiyama 1966:520.

durch-Freude)-Veranstaltungen, als man reguläre musikalische Unterhaltungen für die „Mitsstreiter hinter der Schußlinie“ in den Fabriken etc. einrichtete.

Das Repertoire zu Kaiserstreue und Heldentod wurde seit 1937 durch eine Vielzahl von Aufträgen an prominente Dichter und Komponisten und durch regelmäßige Wettbewerbe erweitert – ja, Stimmen wurden laut, das Musikleben des Landes insgesamt als nationalen Wettbewerb staatlich zu fördern und zu leiten: als Fest und Staatsakt, *matsuri* in beiderlei Bedeutung.

Bild 3: So war noch im August 1938 die Werbung für einen neuen transportablen Grammophonkasten: unter den Sängern für den „beliebten Schlager und Jazz“: Ginger Rogers, Mills Brothers, Bing Crosby, Louis Armstrong usw. In: *Ongaku Shinchō*, August 1937, unpaginiert.



Hierbei wurde einem von Nobutoki Kiyoshi (1887–1965) vertonten Text eine Sonderstellung eingeräumt; die archaischen Zeilen behandelten das Thema der Kaiserstreue in einer verlorenen Schlacht. Das Auftragswerk aus dem Jahre 1937 hatte den Rang einer Quasi-Nationalhymne, kündigte im Radio bedeutendere Ansprachen von Politikern an und wurde seit 1938 landesweit im Rahmen des „Volksgrußes“ angestimmt; dieses neu

eingeführte Ritual zur Kaisertreue ging größeren Veranstaltungen voraus. Das Lied soll – offensichtlich wider den Willen des damit gefeierten Komponisten – bis Kriegsende immer wieder erklingen und häufiger als die Nationalhymne zu hören gewesen sein:

Wenn ich ans Meer ging' und säh' gebleichte Gebeine im Wasser
treiben, wenn ich in die Berge ging' und säh' Gräser aus Gebeinen
wachsen – ich blieb doch meinem Kaiser treu, an seiner Seite den
Tod zu finden, ohne den Blick zurückzuwenden.⁶

Ein ausgefallener chauvinistischer Aufruf aus den Reihen des „Japanischen Komponistenverbandes“ forderte 1938 zu einem landesweiten Auführungsboykott aller westlichen Kompositionen zugunsten japanischer Musik auf. Der Aufruf stieß auf heftigsten Widerspruch des „Großen Japanischen Musikverbandes“ und fand nur darin Zustimmung, „mit Jazz und den seichten, billigen Schlagern nichts zu tun haben zu wollen ...“. – Der halbstaatliche Rundfunk hatte die monatlichen Jazzmusiksendungen bereits seit Ende 1937 eingeschränkt (Nihon Hōsō Kyōkai 1940:157) und spätestens 1938 vom Sendeprogramm gestrichen.

Orchester standen, wie wir noch für die Jahre 1938 und 1940 ausführen werden, nun häufig im Dienste politischer Festveranstaltungen. Großkundgebungen fallen auf, etwa eine Festübertragung der „Shōwa-Hymne“ (1940), deren prominenter Komponist, Yamada Kōsaku, hierbei ein 500köpfiges Chor- und Orchesterensemble dirigierte, oder gar Chorauführungen mit drei-, ja, später wiederholt zehntausendköpfiger Besetzung (Nihon Hōsō Kyōkai (1941):160; Ōsaka Ongaku Daigaku (1970): 320, 326, 339). – Auch die Orchesterbesetzung der – später noch zu behandelnden – deutschen „Japanischen Festmusik“ von Richard Strauss, mit circa 150 Spielern bei der der Tōkyōter Uraufführung, fällt in diese Gruppe der Gigantomanie; die beiden Länder trafen sich hier.

Im Oktober 1940 wurde im Zuge der staatlichen Kontrolle über die einzelnen Kulturbereiche der „Große Japanische Musikverband“ aufgelöst. Der daraufhin 1941 gebildete „Kulturverband für Japanische Musik“, bis Kriegsende mitpräsidiert von Yamada Kōsaku, wurde der jungen Informationsabteilung unterstellt. Die Kontrolle traf im einzelnen die Bereiche Musikaufführung (Pflichtausweis der Mitgliedschaft als Voraussetzung für einen Auftritt), Komposition und auch die Fachzeitschriften: Bis dahin circa 20, wurden sie 1941 nach amtlicher Verfügung auf etwa sechs Titel reduziert und von der Informationsabteilung maßgeblich gesteuert.

⁶ Kindaichi/Anzai 1991:202f; der Text stammt von dem Manyōshū-Dichter Otomo no Yakamochi (XVIII, Nr. 4094).

Diese Abteilung bildete den zentralen Propaganda-Apparat. Er wurde bald auch für den Kulturbereich des Außenministeriums zuständig und steuerte bis zum Kriegsende allein oder in Mitverantwortung die einzelnen Kulturorganisationen (*bunka kyōkai*). – Im Schriftverkehr der deutschen Botschaft wurde der Musikverband, der dieser Abteilung unterstellt war, kurz und bündig „Japanische Musikkammer“ genannt.

Die Regierung rief im Jahre 1940 zur festlichen Begehung des „2600jährigen Bestehens des Japanischen Kaiserreiches“ auf. Mit Hilfe kultureller Festprogramme sollte landesweit die Loyalität gegen Kaiser und Reichsregierung gefestigt werden. Ich gehe auf eine solche Veranstaltung unten ein.

Nach Ausbruch des Pazifischen Krieges wurden die Musikschaffenden laut „Weisung der Informationsabteilung vom 12. Dezember 1941“ (*Rekōdo Bunka* 1942:50) auf eine dem Kriegsziel förderliche Tätigkeit festgelegt. Für Programme amerikanischer und englischer Musik wurden nur unverfängliche Werke bereits verstorbener Komponisten zugestanden, bzw. volkstümliche Musik, wenn sie nicht als anglo-amerikanische Volksmusik gekennzeichnet wurde.

Die Richtlinien zur Aufführung amerikanischer und englischer Musik vom Dezember 1941 wurden 1943 zu einem generellen – tausend Titel umfassenden – „Verbot von Feindmusik“ präzisiert. Hier waren nun auch englisch oder amerikanisch beeinflusste Werke japanischer Komponisten einbezogen. Gleichzeitig wurde der Vertrieb entsprechender Schallplatten verboten und ihre Einziehung eingeleitet; die Bevölkerung kam den Anweisungen jedoch nur zögernd nach. – Aufführungen von Chopin- und Debussy-Kompositionen wurden nach heftigen Protesten gegen die Verbote wieder gebilligt.



Bild 4: So wurde die „Großreinigung anglo-amerikanischer Schallplatten“ und ihre „Herausdestillierung“ gefordert (*Rekōdo Bunka*, Februar 1943, S. 10).

Eine Autorität im Musikleben, die bei der Durchsetzung eines national und der Kriegszeit angemessenen Repertoires in damaligen Fachzeitschriften oft zu Wort kam, Horiuchi Keizō (1897–1982), merkte hierzu an: „Es gibt für den Japaner keinen Grund, daß er amerikanische oder englische Lieder singen muß, wenn die Deutschen ihr eigenes berühmtes Loreley-Lied verbieten ...“ (*Ongaku no Tomo* 1943:12).

Wir hören die Beliebtheit anglo-amerikanischer Lieder heraus, zugleich den Modus, Restriktionen im eigenen Land durch einen Hinweis auf den Allianzpartner Deutschland Autorität zu verleihen.



Bild 5: So sollte dann die „musikalische Riesenbombe“ gespielt werden, die „am Himmel Großostasiens losgeht“ (*Rekōdo Bunka*, Februar 1943, S. 9).

Artikel zu dem genannten Erlaß, so Beiträge des erwähnten Autors, modifizierten das – wie in Deutschland – standardisierte englisch-amerikanische Feindbild: merkantil, materialistisch orientiert versus geistige oder ideelle Orientierung des eigenen Landes; das galt auch für das Bild vom Juden und seiner Musik. Ein Komponist wie Mendelssohn-Bartholdy wurde jedoch – man berief sich auf eine Regelung der NS-Kulturpolitik

– aus der indizierten Gruppe herausgenommen. Wir finden in japanischen Schallplatten-Inseraten und in Konzerten daher auch weiterhin die damals im Land sehr beliebten Mendelssohn-Werke.⁷

Dem gleichfalls 1943 ausgesprochenen Verbot von Jazzmusik folgten im April 1944 und, noch einmal verschärft, zwei Monate später, das Verbot von Jazz-Instrumenten wie elektrische Stahl-Gitarre, Banjo, Ukulele und Schlagzeug.⁸ Ostasiatische Hochburg des Jazz war in jenen Jahren das „International Settlement“ in Shanghai, und wer sich als profilierter Jazzspieler aus Japan dorthin nicht abgesetzt hatte, blieb in der Heimat um musikalische Nahrung aus dem Nachbarland bemüht. – Die wiederholten Verbote machen deutlich, daß das japanische „Volk der Hundertmillionen“ nicht in der erwünschten Geschlossenheit hinter der Regierung stand, wie es durch den Slogan suggeriert werden sollte.

Im Oktober 1943 hatte man in einem weiteren Schritt die Mitwirkung ausländischer Musiker am japanischen Konzertleben nun auf Angehörige der Achsenpartner eingeschränkt. Das japanische Musikleben, so der „Japanische Kulturverband für Musik“, sei in den Dienst des mit den Dreierpaktmächten gemeinsam verfolgten Kriegsziels zu stellen; daher erwarte der Verband, daß in der Zusammenarbeit mit ausländischen Musikern nur Staatsangehörige der Achsenmächte in Betracht kämen.⁹ – Das Verbot führte unter anderem zu Konzertsendungen ohne Namensnennung der indizierten Interpreten, bzw. zum Vertrieb von Schallplatten, auf denen diese Namen gelöscht waren.

Der japanische Rundfunk förderte seit 1942 Aufführungen japanischer Kompositionen unter einem japanischen Dirigenten und verzichtete hierbei offensichtlich auch auf Deutsche. Dies führte, wie wir noch sehen werden, zu Spannungen mit der deutschen Botschaft.

Soviel sei zur Eskalation von Reglementierungen im Musikleben während der Kriegsjahre gesagt. Im eingeschränkten internationalen Repertoire zur westlichen Klassik nahmen deutsche Kompositionen breitesten Raum ein. Sie klangen im Juni 1945 mit dem Abschluß des symphonischen Beethovenzyklus' durch das Japanische Symphonieorchester aus – und mancher Zuhörer hat wohl in jenen Tagen des Bombenhagels an Amerika gedacht, als er „Freude schöner Götterfunken“ hörte.

Der Musikkritiker Sonobe Saburō erinnert sich an die damalige Orientierung der Musikwelt nach Deutschland:

⁷ Zur Diskreditierung jüdischer (Musik-)Kultur s. etwa: *Rekōdo Bunka*, Februar 1943:3f, 9–12.

⁸ Mitteilung in *Ongaku Bunka*, Jg. 2, H. 4 u. 6, zit. nach Akiyama 1966:564f.

⁹ Gaimushō Gaikō Shiryōkan, 9.1.1.1.C 1–3; das entsprechende Rundschreiben wird in musikgeschichtlichen Darstellungen behandelt.

Gleich nach dem ... Dreimächtepakt ... 1940 nahm die Japonisierung des Nationalsozialismus und Faschismus rapide zu. Immer wieder ging es um Deutschland, und es stellte sich der lächerliche Zustand ein, daß der militaristische Nationalist, der eigentlich doch am meisten chauvinistisch und japanisch hätte sein müssen, umgekehrt am meisten dem Ausland huldigte ... (Sonobe 1956:208f).

Der Zustand war so lächerlich nicht, konnten doch neue Regelungen, wie oben wiederholt aufgezeigt, eben auf dem Wege der Huldigung des Allianzpartners dem Volk nahegelegt werden. – Eine solche Ehrenbezeugung zielte auch in der im folgenden behandelten Veranstaltung auf innenpolitische Wirksamkeit.

4. DAS FESTKONZERT ZUM 2600JÄHRIGEN BESTEHEN DES KAISERREICHS JAPAN, 1940

Die Regierung hatte im Jahr 1940 unter dem Motto „Feier zum 2600jährigen Bestehen des Japanischen Kaiserreiches“ landesweit zu Kulturfesten aufgerufen. Ich greife eine Veranstaltung vom 7. Dezember 1940 heraus, die einige moderne Kompositionen des Auslands in diesen Rahmen stellte. Die Festveranstaltung, abgehalten im Kabukisaal Tōkyō, wurde wenig später in Ōsaka wiederholt.

Anläßlich der Feier kamen, unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten Konoe Fumimaro, folgende Werke zur Uraufführung:

Jacque Ibert: Overture de fête,
Veress Sándor: Szimfonia,
Ildebrando Pizzetti: Sinfonia in La und
Richard Strauss: Festmusik.

Die genannten Komponisten waren etwa ein Jahr zuvor über die japanischen Auslandsvertretungen von dem Festkomitee um Werke ersucht worden. Eine in Auftrag gegebene Komposition Benjamin Brittens war abgelehnt worden (s. u.).

Première of Musical Compositions
in honour of
26th Centennial of the Founding of the Japanese Empire

Saturday, December 7th, 1940, at 1 o'clock
Kabukiza Theatre, Tokyo

I

1. Homage
2. Silent Tribute to the Fallen
3. National Anthem
4. Greetings—Prince Fumimaro Konoe, President of the Association

II

1. Ouverture de Fête JACQUES IBERT (*France*)
Conductor—Kosçak Yamada
2. Szimfonia VERESS SÁNDOR (*Hungary*)
Preludio: Allegro moderato
Andante
Allegro vivace
Conductor—Kunihiko Hashimoto

III

3. Sinfonia in La ILDEBRANDO PIZZETTI (*Italy*)
Fondazione dell'Impero Giapponese
Andante, non troppo sostenuto ma teso
Andante tranquillo
Rapido
Andante faticoso e pesante
Conductor—Gaetano Comelli
4. Festmusik RICHARD STRAUSS (*Germany*)
Conductor—Helmut Fellmer

Bild 6: Die englische Fassung des Festprogramms; s. Text.

Der Beitrag von Richard Strauss

Als Höhepunkt dieser Veranstaltung zur 2600-Feier wurde der deutsche Beitrag, komponiert von Richard Strauss, herausgestellt. Seine „Japanische Festmusik“¹⁰ – eine fünfzehnminütige programmatische Musik mit wagnerischen Anklängen – verwebt eine liebeliche beschauliche Seite von Land und Leuten mit einer jähren, dynamischen. Das Werk ist damit eine Vertonung jener dualistischen Japansicht, die in diesen Jahren in Deutschland und anderen Ländern ein standardisiertes Bild von dem Inselreich geworden war.

Ich zitiere hierzu eine charakteristische Besprechung der Strauss-Partitur aus der Dresdner Zeitung *Der Freiheitskampf*:

Die ... Klangbilder der Partitur zeichnen zunächst eine idyllische Szene am Meeresstrand ... Aus dem Gongmotiv ... wird später ein heroisches Thema des Samurai-Kriegers gewonnen, das ... in ein zart getöntes Stimmungsbild des Kirschblütenfestes übergeht. In die ... Klänge tönt dumpfes Grollen, und mit jähren Gewalt ersteht das farbensprühende Bild eines Vulkanausbruchs. Die entfesselte Natur spiegelt sich wider in einer Kampfszene, die durchführungsartig das „Japan-Motiv“, das das ganze Werk durchzieht, kontrapunktisch auswertet ... Das Gongmotiv der Einleitung kündigt den Sieg, und [das Werk klingt aus] in einer jubelnden Huldigung für die Majestät des Kaisers ...¹¹

Strauss hat, in anderen Worten, ein für die Barockzeit charakteristisches Sujet auf Japan transferiert: Heimkehrende Heerscharen legen dem Herrscher jubelnd den Sieg zu Füßen.

Das Sujet erfüllte dann auch die Erwartungen des Festausschusses. Es huldigte einmal dem Tennō. Zum anderen lag der Ansporn zu einem siegreichen Ausgang ganz im Sinne der japanischen Kriegspropaganda – stand das Land doch seit neun Jahren in blutigen Auseinandersetzungen

¹⁰ Das Typoskript befindet sich im Besitz der Familie Strauss. Eine photomechanische Ablichtung gelangte nach Japan; die Partitur erschien dann in der vierbändigen Festausschussausgabe der ausländischen Beiträge (im Besitz des Verfassers). Das Kaiserliche Palastarchiv fertigte, auf Anregung des Verfassers, eine Ablichtung für Frau Alice Strauss und ihr Archiv an.

Zwei Tonaufzeichnungen existieren aus jener Zeit: Zur Aufführung durch die Berliner Philharmoniker, Dirigent: R. Strauss, im Archiv des Frankfurter Rundfunkhauses (ferner auch: Deutsche Grammophon), und durch ein zur Tōkyōer Festveranstaltung zusammengestelltes Großorchester, Dirigent H. Fellmer, im Archiv des Palastamts.

¹¹ Vom 12.12. 1940; zit. nach Botschaftsakten.

Seiner Majestät
Ihre Kaiser von Japan
in tiefstem Ehrfurcht
gewidmet.
Richard Strauss.



Bild 7: Titelblatt der Festausgabe des Richard-Strauss-Beitrages. In der Mitte des Sonnenemblems: Die Zahl 2600 in Kranichform, darum herum in Stilisierung: Kiefer, Chrysantheme, Kirsche, Sonnenstrahl; oben und unten: Wolken (Archiv des Kunaichō [Kaiserliches Palastamt], Tōkyō).

mit China. – Das Bild von einem dynamischen siegreichen Japan entsprach auch dem propagierten Bild NS-Deutschlands von seinem jungen fernöstlichen Bündnispartner.

Außerungen des für den Ministerpräsidenten Konoe Fumimaro vorbereiteten Festrednerkonzepts finden sich im Programmheft wieder.¹²

Es ist in der Musikgeschichte der Welt zum ersten Mal, daß ein Land, anlässlich seines Jubiläumsfestes ... mit Festmusik-Kompositionen aus verschiedenen Ländern beschenkt wird, und wir können wahr-

¹² Die Akte zur Vorbereitung des Festkonzerts befindet sich im Gaimushō Gaikō Shiryōkan: 3.5.0.7–2; ein Programmheft ist im Nihon kindai ongaku shiryōkan, Tōkyō, Azabu, die verbändige Prachtausgabe der ausländischen Beiträge im Besitz des Verfassers.

haftig dieses Ereignis geradezu auch als den konkreten Ausdruck des großen Ideals von [unserem ersten Kaiser] Jimmu tenno ansehn: der vereinten Welt unter einem Dach.

Die ausländischen Komponisten werden mit dieser Wertung ihrer Beiträge, einer Art Huldigung an ein welthegeemoniales Japan, nicht gerechnet haben. Dem deutschen wird besonderer Dank ausgesprochen für

die große symphonische Dichtung: „Festmusik, gewidmet dem Großen Japanischen Kaiserreich zu seinem 2600jährigen Bestehen“, für die Richard Strauss, der Stolz der deutschen Musikwelt der Gegenwart, die Arbeit an seinen anderen Kompositionen für ein Jahr niederlegte, um sich mit ganzem Herzen dieser Komposition zu widmen.

Strauss hatte das Angebot, mit der beträchtlichen Summe von 10.000 Yen – „10.000 Reichsmark (die Tantiemen von drei ausverkauften ‚Rosenkavalier‘-Vorstellungen)“¹³ – dotiert, im Februar des gleichen Jahres angenommen und das Werk am 23. April in Meran fertiggestellt. Er übergab der Botschaft das Opus zwei Monate später und führte den Klavierauszug dort im festlichen Rahmen vor. Strauss hatte in einem privaten Brief knapp den Abschluß der Komposition erwähnt, aber er „hat in seinem Alter kaum mehr über das Werk geredet“.¹⁴

Eine Schwierigkeit bereitete die Widmung des Komponisten:

Seiner Majestät
dem Kaiser von Japan in tiefster Ehrfurcht
gewidmet.

Die Wendung schien – wie Kurusu, der japanische Botschafter in Berlin, in einem Schreiben an Außenminister Arita einräumte – die Unantastbarkeit des Kaisers zu gefährden: „Es ist unserer Ansicht nach das erste Mal, seiner Majestät, dem Kaiser, eine Widmung auszusprechen.“ Man solle es jedoch bei der Formulierung belassen, da sie „einem alten Brauch Deutschlands folgt und nicht nur die hohe Ehre des Komponisten zum Ausdruck bringt, sondern auch die Bedeutung der Festmusik vertieft“.¹⁵

Noch ein weiterer Vorgang hinter den Kulissen verband sich mit dem

¹³ Wilhelm, Kurt: Richard Strauss – persönlich.

¹⁴ Persönliche Mitteilung des Strauss-Biographen Ernst Krause an den Verfasser, in einem Brief vom 13.5.1987.

¹⁵ Kurusu an Außenminister Arita 19.2.1940 (Gaimushō Gaikō Shiryōkan L, 3.5.0.7–2, 2.1.4.2.1–5).

Beitrag von Richard Strauss: „Strauss versprach sich von diplomatischen Kontakten größere Sicherheit für ... Alice“, seine jüdische Schwiegertochter. Er hatte seine Zusage an die Bedingung geknüpft, daß die japanische Botschaft in Berlin sich an maßgeblicher Stelle für ihn verwende und dort die Zusage dieser Sicherheit erhalte.¹⁶ Damit steht die Strauss'sche Festmusik in einem engen Zusammenhang mit dem Rassismuswahn jener Jahre in Deutschland, und der Komponist wird die „Gelegenheitskomposition“¹⁷ mehr im Gedanken an seine geliebte Schwiegertochter als an den fernen japanischen Kaiser geschrieben haben.

Es sei zu dem Festkonzert in Tōkyō noch die abgelehnte Auftragsarbeit von Benjamin Britten erwähnt. Das Opus des Pazifisten – Britten hoffte auf ein baldiges Ende des japanisch-chinesischen Krieges – macht zugleich deutlich, wie sehr Strauss einem militanten Bushidō-Japanbild entgegengekommen war.

Britten hatte von Amerika eine Sinfonia da Requiem¹⁸ mit folgenden Sätzen eingereicht: „Lacrymosa, Dies Irae, Requiem Aeternam.“ Die japanische Botschaft wies die Komposition empört zurück, die christliche Grundlage des Stückes sei eine gezielte Beleidigung des japanischen Kaisers. Die britische Botschaft in Tōkyō teilte dem japanischen Außenministerium daraufhin mit:

... jemand hat in New York offensichtlich Britten mitgeteilt, es sei eine Trauermusik auf den Tod des ersten Kaisers, Jimmu Tennō, ... erwünscht ... und Britten ging dann noch ... so weit, das japanische Wort ... hierfür herauszufinden. ... Musikexperten in Japan empfanden natürlich, daß die Komposition nicht geeignet sei für ein glückliches Ereignis wie das 2600jährige Jubiläumsfest.¹⁹

Wir finden neben diesem Festprogramm eine Anzahl von Kompositionen

¹⁶ Krause (Krause 1955) erwähnt diese Tatsache in seiner Strauss-Biographie und teilte dem Verfasser mit, daß er diese Information von Fritz Schuh erhalten habe und kein Zweifel an ihr bestehe. – Der damalige japanische Botschafter in Berlin, Kurusu Saburō (1886–1954), geht in seinen Erinnerungen (Kurusu 1949, 1952) auf diesen Vorgang nicht ein.

¹⁷ Wilhelm 1984: „Wirkt das Stück ... nicht wie eine Gelegenheitskomposition?“

¹⁸ Siehe auch White 1983:39. – Das in England als verschollen gegoltene Typoskript befindet sich, wie ich dem B. Britten-Archiv (Britten-Pears Library, Aldeburgh, Suffolk) vor einigen Jahren mitteilen konnte, im Besitz der Bibliothek der Staatlichen Kunsthochschule Tōkyō; die Uraufführung des Werks fand 1941 in New York statt.

¹⁹ Gaimushō Gaikō Shiryōkan, L 3.5.6.9–3.

und musikalischen Veranstaltungen, die nun eigens der Allianzpolitik galten.

5. DEUTSCH-JAPANISCHE BEGEGNUNG IN TÖNEN

Ich greife für die Jahre 1938 bis 1942 einige musikalische Aktivitäten heraus, die der deutsch-japanischen und deutsch-italienisch-japanischen Annäherung bzw. ihrer Kriegspartnerschaft galten. Zunächst soll ein Blick auf den Veranstaltungskalender des Jahres 1938 geworfen werden. Er zeigt eine Häufung dieser Feiern im Herbst, da in den November folgende Ereignisse fielen:

- Zweite Jährung des Antikominternabkommens (25.11.)
- Erste Jährung des italienischen Vertragsbeitritts (6.11.)
- Abschluß eines deutsch-japanischen Kulturabkommens (25.11.).

Wir finden folgende musikalische Veranstaltungen:

- die Begrüßung der Hitlerjugend-Abordnung durch ein Konzert des Musikakademie-Orchesters im August
- eine Rundfunkveranstaltung mit Vortrag eines „Grußlieds an die Hitlerjugend“ (s. u.); bereits im Januar des Jahres hatte es einen musikalisch eingerahmten deutsch-japanischen Funkaustausch von Jugendadressen gegeben
- drei Revueprogramme des Frauenensembles „Takarazuka Gekidan“:
 1. „Hallo Berlin“, Programm in Tōkyō 1.–31. Oktober
 2. „Der Spendertrupp der deutschen Jugend“, „Operetten-Revue“ in Takarazuka 12.–25. Oktober
 3. „Berlin – Roma“, „Revue“ in Takarazuka 1.–30. November
- eine Konzertveranstaltung der „Deutsch-Italienisch-Japanischen Freundschaftsgesellschaft“ am 24. November mit Kompositionen aus den drei Ländern, unter anderem mit dem Vortrag eines japanischen „Antikominternliedes“²⁰
- am gleichen Tag ein Festkonzert des Orchesters der privaten Musikakademie Musashino mit deutschen und italienischen Werken
- Abschluß des Reigens durch Musikparaden u. ä.

Politik gab sich also festlich in Klängen. In den folgenden vier Beispielen

²⁰ Laut Schreiben der deutschen Botschaft vom 29.11.1938 an das Auswärtige Amt (künftig: AA), AA/PA, J. Nr. 2226/38; zu dem „Antikomintern-Marsch[lied]“, einer deutsch-italienisch-japanischen Koproduktion, siehe auch: *Asahi Shinbun* 16.11.1938.

sehen wir, daß diese Musik die Etappen jener fatalen Annäherung näher festhielt: Begegnung, gemeinsames Ziel, Kriegstod und Ehrung der Gefallenen. – Das vierte Beispiel, aus dem Jahr 1942, ist einer Leipziger Veranstaltung entnommen; es verdeutlicht ein vergleichbares Vorgehen auf deutschen Bühnen.

1. Für das Jahr 1938 war ein „Grußlied an die Hitlerjugend“ erwähnt worden. Schauen wir uns die erste und die dritte Strophe dieses im Auftrag des „Großjapanischen Jugendverbandes“ von dem prominenten Dichter Kitahara Hakushu (1885–1942) verfaßten und von Oda Shingo (eigentlich: Takashina Tetsuo, 1896–1945) vertonten Gedichtes an:

Es leuchtet und strahlt
das Hakenkreuz.
Willkommen, Freunde aus dem fernen Westen!
Hier und jetzt trifft ihr uns,
zugewandt der Morgensonne.
Wir sind die Jugend Ostasiens, Japan.
Lang lebe die Hitlerjugend!
Lang lebe der Nationalsozialismus!

Und die dritte Strophe:

Wir danken. Im Lichte
das Hakenkreuz!
Verstehen ist dies:
Einzigartige Traditionen.
Wir rufen es uns zu: alles für die Kultur zu geben.
Unsern Mitstreitern sei Glück beschieden! Auf dieser Reise.
Lang lebe die Hitlerjugend!
Lang lebe der Nationalsozialismus!

Die Zeilen – mitunter dunklen Sinnes – verklären eine nationale Einzigartigkeit, wie dies auch in der Präambel des wenige Monate darauf unterzeichneten deutsch-japanischen Kulturabkommens durchklingt:

Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die deutsche und die japanische Kultur in dem deutschen völkischen und nationalen Leben einerseits und in dem ureigenen japanischen Geist andererseits ihre wahren Grundlagen haben, ...

Die Dichterzeilen leiten, noch ehe man sich über die jeweilige Einzigartigkeit verständigt hat, zu einem kulturellen Auftrag über. Japanischerseits war damit das kriegerische Vorgehen in China abgedeckt; auf der deutschen Seite lagen die Dinge noch anders. Mithin mußte ein gemein-

sames Ziel der „Reise“ sich im Dunst einer militanten Jugendlager-Aufbruchsstimmung verlieren.

Die Sondierung nach Ost und West entsprang zudem einer chauvinistischen Haltung des Dichters, wie uns auch sein erboster Einspruch gegen eine Sendung des Liedes verdeutlicht; man hatte das Wort „hittora yūgento“ (Hitlerjugend) in deutscher Aussprache gesungen. Der Willkommensgruß hielt gleichzeitig auf Distanz:

Ich, Hakushu, unvergänglich, bin ein Dichter Japans ... Ich erfülle in dieser Haltung mit dem Gedicht den Treuedienst am Vaterland ... Ich stehe mit dem Grußlied ... immer nur im großen Geist des Kaiserreichs ... Ich laß mich in dem Gedicht Japans doch von außen her, durch ein – dem Deutschen scheinbar angeborenes – Zungenrollen, nicht einwickeln!²¹

2. Die Unterzeichnung des Dreimächtepaktes gab den Anlaß für die Entstehung des Auftragsliedes „Mit erhobenen Flaggen dreier Länder“ in der Vertonung durch Yamada Kōsaku. Nun, in der Kriegsstimmung, konnte das Lied „Die Schwurfreunde, Arm in Arm“ zu einem globalen gemeinsamen Ziel aufbrechen lassen. Die gemeinsame Regierungssparole von der „Neuordnung“ der Welt fand gleich in der ersten Strophe ihren Platz, als „Morgendämmerung der Ordnung“. In den Stichworten der folgenden Strophen klingt gleichfalls Charismatisches an: Vom „Licht der Hoffnung in der Welt“, vom „baldigen Frieden“ dank vereinter Kräfte ist die Rede und, in einer vierten abschließenden Strophe, von der „neuen Gerechtigkeit“, zu der man sich für die Welt berufen sieht.

3. Die gemeinsame Aufbruchsstimmung zur inzwischen gefundenen „Neuordnung“ wandelte sich bald in eine Opferbereitschaft für sie. Im Jahre 1941 fand eine festliche Bekanntmachung des ersten „deutsch-japanischen Leistungswettbewerbs“ – damit war ein Aufsatzwettbewerb in beiden Ländern gemeint – an der Kaiserlichen Universität Tōkyō statt. Der Chor der Musikabteilung stimmte nach Absingen der japanischen und der deutschen Nationalhymne das bereits zitierte Kriegslied von den „Gebeinen“ der Krieger an, die „im Wasser treiben“. Dem Absingen folgte die Bekanntgabe der Aufsatzthemen, unter anderem zur „Neuordnung“ durch den Achsenpartner (*Asahi Shinbun* 21.1.1941). In diesem Umfeld dürfte das Lied auch die Opferbereitschaft des deutschen „Kameraden“ einbeziehen.

4. Das Verfahren, allein durch die Programmfolge beide Länder zu „verklammern“, können wir im folgenden Jahr, 1942, auch auf einer deut-

²¹ Zit. nach Kojima/Kawachi 1990:148f. Dort auch die Wiedergabe des folgenden Liedtextes (S. 258f).

schen Bühne beobachten. Im fortgeschrittenen Krieg galt es nun, gefallenen Helden beider Länder die Ehre zu erweisen.

Der Leipziger Uraufführung des japanischen Dramas *Chūshingura* in deutscher Bearbeitung war eine Kranzniederlegung am Völkerschlachtdenkmal durch Prominenz aus beiden Ländern vorausgegangen. Unmittelbar vor Beginn der Aufführung stimmte ein Chor eine Kantate von Johann Nepomuk David (1895–1977) an. Ihre Worte stammten – wie es in der Zeitung hieß – von Adolf Hitler: „Wer seinem Volke so die Treue hält, der soll nie von seinem Volk vergessen werden.“

Der Kantatentext – ein auch in Japan damals nicht seltener Zirkelschluß der Treue – dürfte sich, in dem Festtagsprogramm zeitlich zwischen der Ehrung deutscher Gefallener und japanischer Helden der Treue plazierte, auf die gefallenen und in Zukunft noch fallenden Soldaten der beiden Länder beziehen (Schauwecker 1990: 421f).

Gemeinsamkeit, so ersehen wir aus den Beispielen, wurde vage und mit Vorsicht umschrieben. Die politischen und ideologischen Ambitionen beider Länder divergierten zu stark, und Walhalla und der Yasukuni-Schrein lagen nach wie vor weit auseinander. Die Musik überspielte die Divergenzen und großen Zwischenräume besser, als es Worte vermochten. Im Folgenden werden wir aber sehen, daß sich darin Differenzen verbargen, die bald nicht länger überspielbar waren.

6. DEUTSCHE EINWIRKUNGSVERSUCHE AUF DIE TÄTIGKEIT JÜDISCHER DEUTSCHER MUSIKER IN JAPAN

Ich komme zu den wiederholt unternommenen Versuchen Berlins, im Sinn heimischer rassistischer Politik darauf hinzuwirken, daß jüdische deutsche Musiker ihre Tätigkeit in Japan einstellen mußten. Wir begegnen diesen Bemühungen auch in anderen Bereichen, so z. B. im Literaturbetrieb:

- in einer Kritik am Bestand von Werken jüdischer Autoren in der Bibliothek des deutschen Forschungsinstituts Kyōto und an der dortigen Zusammenarbeit mit einem japanischen Herausgeber, der in seiner Zeitschrift jüdische „Propagandisten gegen das heutige Deutschland“ zu Wort kommen lasse;²² ferner etwa

²² In einem „Kulturpolitischen Bericht vom 15. Dezember 1934“ von H. Eckardt an die Auslandsorganisation der NSDAP; Anlage 1 eines Schreibens der Reichsleitung der NSDAP, Außenpolitisches Amt, an das AA, vom 12.1.1935 (AA/PA, IV Ja 60,2); es handelte sich einmal um den Autor F. Werfel, zum anderen um eine von dem Germanisten T. Sekiguchi herausgegebene Zeitschrift.

- in einer Stipendienpolitik, die einen führenden japanischen Germanisten aus „seinen liberalistischen Vorurteilen“ über „die Juden im deutschen Schrifttum“ „herausreißen“ sollte.²³

Die Verfasser der beiden Schreiben hat Botschafter v. Dirksen in einem privaten Brief in Hinsicht auf ihr Zusammenspiel als „siamesische Zwillinge“ bezeichnet. Sie standen in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre in leitender Stellung am deutschen Forschungsinstitut Kyōto bzw. am deutschen Kulturinstitut Tōkyō und förderten in den beiden Häusern eine nationalsozialistische Politik.

In der Eskalation des Versuchs, die antijüdische Politik auf den Bündnispartner Japan auszudehnen, gab es Förderungen für Übersetzungen und zumindest für eine der – von der Informationsabteilung mitgetragenen – Ausstellungen zum Thema „Juden“ auch eine Mitfinanzierung der Botschaft durch, wie es in deren Unterlagen hieß, „Hintermänner“.

Zur Resonanz dieser Aktivitäten sei angemerkt: Einzelne japanische Gruppen vermeinten bereits im amerikanischen Beistand für China eine jüdische Aktivität sehen zu müssen und variierten in zahlreichen Publikationen westliche Klischee-Muster eines antisemitisch geprägten Feindbildes, demzufolge „der Jude“ nun auch Japan und seine Ostasiatische Wohlfahrtssphäre bedrohe. Sie bedienten sich in den zahlreichen Publikationen hierzu eben auch nationalsozialistischer Vorgaben. – Versuche der deutschen Regierung, vor einem antisemitisch-rassistischen Hintergrund Kontakte mit jenen japanischen Gruppen zu knüpfen, können wir als mehr oder weniger gescheitert betrachten.

Ich komme zur Musik zurück:

a. Das Funk-Austauschkonzert Tōkyō-Berlin, 1934, und seine Nachwirkungen

Die Aktivität der NSDAP und ihrer Vertretung in Japan setzte im Bereich der Musik 1934 ein. Sie ging in der folgenden Dekade etappenweise mit der Einengung und schließlich Aufgabe der zunächst noch liberalen kulturpolitischen Tätigkeit der deutschen Botschaft in Tōkyō einher. Die unheilvolle Wendung zu der deutsch-internen Auseinandersetzung wurde durch drei Vorgänge eingeleitet, die eng aufeinanderfolgten:

1. Im Frühjahr 1934 wurde die NSDAP-Ortsgruppe Tōkyō/Yokohama auf die Ankündigung eines Shanghaier Konzerts in der „Deutschen

²³ Walter Donat, Schreiben vom 24.5.1941; es handelte sich um den Germanisten Kimura Kinji. Donat war zudem Kulturwart der NSDAP-Ortsstelle und leitete später die deutsche Seite des japanisch-deutschen Kulturausschusses Tōkyō; in den letzten Kriegsjahren war er dann in Berlin.

Shanghai Zeitung“ aufmerksam. In dem Konzert sollten zwei prominente jüdische deutsche Künstler gastieren: der Violinist Robert Pollak (1880–1962) sowie der Dirigent und Komponist Klaus Pringsheim,²⁴ beide tätig an der Kaiserlichen Musikakademie Tōkyō. Der Ortsgruppenleiter der NSDAP-Vertretung Tōkyō/Yokohama, Scharf, führte in einem Schreiben an Herbert v. Dirksen aus: Die Aufforderung der deutschen Zeitung an die deutsche Kolonie Shanghai und an den deutschen Generalkonsul zu „regster Anteilnahme“ und „einem würdigen Empfang“ sei angesichts des „kürzlichen Erlasses“ durch den Propagandaminister,²⁵ der die Zusammenarbeit mit jüdischen Künstlern auf deutschen Bühnen untersagte, „eine Unmöglichkeit“.

Scharf suchte sich gleichzeitig durch eine Anfrage bei seinem Shanghaier Vorgesetzten, dem „Landeskommissar“ der NSDAP-Auslandsorganisation für den ostasiatischen Bereich, der Richtigkeit seines Verhaltens zu versichern. Dieser bestätigte dann auch am 4. Juni: Er erwarte „von jedem Parteigenossen, daß er einer Veranstaltung, bei der jüdische Künstler auftreten, fernbleibt“. Und es sei „auch für deutsche Volksgenossen, die Nichtmitglieder der NSDAP sind, ungehörig, solche Künstler durch Besuch ihrer Veranstaltungen zu fördern“.

Der Botschafter wies jedoch den Vorschlag Scharfs, in Zukunft Konzerte mit jüdischer Beteiligung zu boykottieren und Listen der in Ostasien tätigen jüdischen deutschen Künstler anzufertigen, entschieden zurück, da

dieses Problem ... nicht nur aus dem Gesichtswinkel heimatlicher Innenpolitik betrachtet werden kann, sondern im Rahmen der außenpolitischen Beziehungen geprüft werden muß ... [und] solche Künstler im Auslande, wo man den Unterschied zwischen Ariern und Nichtariern nicht kennt ... oder gar mißbilligt, ... als Vertreter der deutschen Musik angesehen werden ...²⁶

In einem späteren Schreiben nach Berlin ersuchte der Botschafter um eine baldige „grundsätzliche Klärung der Zweifelsfrage“.²⁷ Herbert von Dirksen erwähnt die hier behandelten Vorgänge in seinen 1949 erschienenen

²⁴ Pringsheim war Schwager von Thomas Mann. Dessen Kinder Klaus und Erika hatten, von ihrer Weltreise über Japan zurückgekehrt, ihren Onkel, K. Pringsheim, von der sich ihm bietenden Übernahme einer Professur in Tōkyō informiert.

²⁵ Vom 5.3.1934 (Erlaß Nr. 108), über den generellen Ausschluß der Zusammenarbeit mit jüdischen Künstlern auf deutschen Bühnen (durch Aufnahmeverweigerung in entsprechende Verbände).

²⁶ Botschaftsschreiben vom 30.4.1934, AA/PA, J. Nr. 1347/II.

²⁷ Dirksen an AA 18.3.1934, AA/PA, J. Nr. 2302.

Lebenserinnerungen „Moskau – Tokio – London“ nicht. Dem Diplomaten wurde später eine „ausgesprochen antisemitisch[e]“ Haltung nachgesagt (Wistrich 1983:53f), und wir finden in seiner Korrespondenz zu dem hier behandelten Thema Wendungen, die geeignet sind, dieses Urteil zu bestätigen. In seinem realen Vorgehen als Botschafter blieb jedoch ein liberales Konzept gewahrt.

2. Die Kontroverse zwischen Scharf und v. Dirksen spitzte sich wenig später zu. Wir kommen damit zu dem zweiten und eigentlichen Punkt der Auseinandersetzung im folgenden halben Jahr:

Pringsheim hatte im Auftrag der Kaiserlichen Musikakademie Tōkyō den deutschen Botschafter um Unterstützung für das Zustandekommen einer Rundfunk-Konzertübertragung ersucht: Anlässlich des 70. Geburtstags von Richard Strauss wollte man die Alpensymphonie des Jubilaten, vom Akademieorchester unter seiner, Pringsheims, Leitung gespielt, nach Deutschland senden. v. Dirksen leitete den Plan nach Berlin weiter.

Scharf wandte sich seinerseits an die Reichsleitung der Auslandsorganisation der NSDAP, um von dort auf die Entscheidung im Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda einzuwirken: Man möge einer Konzertübertragung nach Berlin nur zustimmen, wenn Pringsheim durch einen japanischen Dirigenten ersetzt werde.

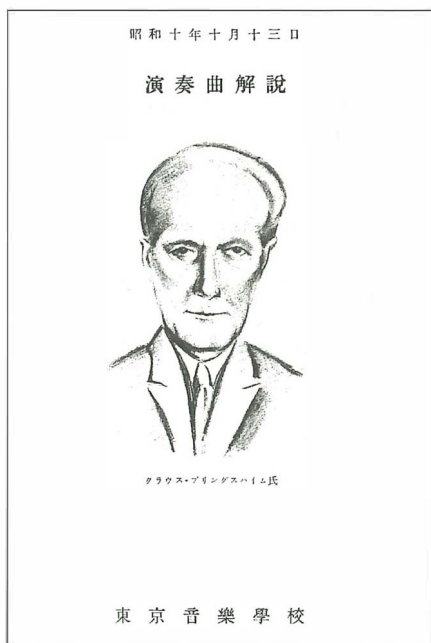


Bild 8: Klaus Pringsheim, auf dem Titelblatt eines Programms der Tōkyōer Musikakademie am 13.10. 1935.

Die Funkübertragung – damals über ein Telefonkabel an die Peripherie der Stadt und von dort drahtlos in ferne Länder – hatte einen delikaten Fall zwischen Innen- und Außenpolitik geschaffen: Im Berliner Konzertsaal sollte man ein Konzert unter einem jüdischen Dirigenten hören, der dieses im Ausland dirigierte.

3. Das Propagandaministerium pflichtete in einem Brief vom 15. Juni 1935 an das Auswärtige Amt dem Vorschlag Scharfs bei. Es argumentierte dabei – und ich komme zum dritten Vorgang – mit einem von der japanischen Botschaft in Berlin erhaltenen Gesuch. Sein Inhalt war, zur Neu-besetzung eines Professorenpostens an der Kaiserlichen Musikakademie Tōkyō einen Berliner Musiker freizustellen; es werde, so mußte v. Dirksen aus Berlin erfahren, hierbei „japanischerseits Wert darauf gelegt ..., einen deutschen arischen Künstler zu verpflichten“. Damit war das Anliegen des Botschafters erschwert. Ein kurz darauf von Berlin an den NSDAP-Ortsleiter in Tōkyō geleiteter Brief bestätigte ausführlicher diesen Sachverhalt:

... daß sowohl der Minister [für Propaganda] wie das Auswärtige Amt offiziell von der Berliner japanischen Botschaft befragt worden sind, ob sie einem offiziellen Ruf eines arischen Musikers, des Professor Kniestadt von der Berliner Staatsoper, an die staatliche Akademie in Tōkyō-Ueno zustimmen würden.

Man glaube daher, „daß alle von der Botschaft [in Tōkyō] befürchteten Weiterungen nicht eintreten werden“.²⁸ – Kniestadt hat im folgenden Jahr den Ruf abgelehnt.

Eine Bestätigung dieses der deutschen Rassenpolitik entgegenkommenden Gesuchs der Botschaft durch japanische Dokumente steht noch aus. Ein verfänglicher Punkt mochte gewesen sein, daß eine amtliche Beantragung der diplomatischen Vertretung nach Freistellung eines Musikers eine arische Auswahl implizierte, denn jüdische Musiker durften auf deutschen Bühnen nicht mehr spielen. Dies hätte der japanischen Botschaft klar gewesen sein müssen. In der Berliner Gesprächssituation war das Wort „arisch“ in der Tat erst durch eine – japanischerseits dann bestätigte – Rückfrage in die Formulierung gelangt, die nun gegen den Standpunkt des Tōkyōer Botschafters ausgespielt werden konnte.

Berliner Stellen übten nun über die Ablehnung der Konzertsendung hinaus Druck auf v. Dirksen aus: er solle auch seinerseits auf die Entlassung Pringsheims hinwirken. v. Dirksen lehnte jedoch jedes Eingreifen ab.

²⁸ AA/PA, Abt.VII Men/Gr 83–20 28/6. – Zur folgenden Ablehnung: Schreiben vom 8.7.1935, IV Ja 844.

Pringsheim hatte von Oktober 1931 an bis zu seinem Ausscheiden 1937 Zweijahresverträge mit der Kaiserlichen Musikakademie Tōkyō abgeschlossen. Der Druck, dem v. Dirksen im Frühsommer 1934 auswich, kann daher darauf abgezielt haben, einer Vertragsverlängerung vom Jahr 1935 an entgegenzuwirken. In der Tat wurde im Sommer 1935 von Berlin ein weit massiverer Druck auf den Botschafter in dieser Angelegenheit ausgeübt.

Soviel sei zu dem Ausgangspunkt einer bis in den Oktober 1934 reichenden umfangreichen Korrespondenz berichtet. In ihr bildete sich das bereits angesprochene Muster heraus: Der Botschafter bemüht sich über das Auswärtige Amt, im Propagandaministerium eine Befürwortung der Konzertsendung unter Pringsheim zu erwirken; der NSDAP-Ortsgruppenleiter will über seine Auslandsorganisation die Entscheidung im Propagandaministerium von der Leitung eines japanischen Dirigenten abhängig machen. Der Ortsgruppenleiter war durch seine vorgesetzte Behörde gedeckt, wie v. Dirksen in einem Privatbrief erwähnte.²⁹

Zunächst aber muß dieser kulturpolitische Boden gegenüber der Ortsgruppe abgestimmt werden, da Scharf auf diesem Gebiet sehr tätig ist und empfindlich darauf pocht, daß er von der Auslandsabteilung bindende Weisungen zu aktiver Betätigung erhalten habe.

Der zunehmenden Denunzierung Pringsheims in den NSDAP-Berichten stand ein liberales Konzept des Botschafters gegenüber. v. Dirksen schloß grundsätzlich eine Ersetzung Pringsheims aus, denn:

1. entfalle der dieser Aufgabe gewachsene Dirigent Konoe Hidemaro infolge eines Zerwürfnisses mit dem Akademiedirektor Norisugi;

2. büße im Fall einer Boykottierung des Vorhabens die deutsche Botschaft in Japan an Vertrauen und Sympathie zugunsten jüdischer Musiker ein. – Die Richtigkeit dieser Einschätzung der japanischen Meinungslage finden wir, zwei Jahre später, in einer japanischen Zeitungsnotiz und in einer Stellungnahme des japanischen Außenministeriums bestätigt (s. u.);

3. sei ferner bei Boykottierung auch ein Rückgang des deutschen Musikeinflusses an der Kaiserlichen Musikakademie und im Land zu befürchten, dies zugunsten Frankreichs, das – wie in einem anderen Zusammenhang bereits angesprochen – in seiner Kulturtätigkeit in Japan außerordentlich aktiv geworden sei;

4. greife zudem das Problem auch „ins rein Gesellschaftliche“, da „der überwiegende Teil der deutschen Kolonie, sei es aus Überzeugung, sei es aus der Besorgnis, national nicht für voll genommen zu werden, die Kon-

²⁹ Vom 1.10.1934; AA/PA, IV Ja 1231.

zerte hiesiger jüdischer Künstler nicht mehr besucht und diese selbst gesellschaftlich boykottiert“.³⁰

Das Propagandaministerium teilte schließlich die Genehmigung zur Rundfunkübertragung des Konzerts unter Pringsheims Leitung in einem Brief vom 28. Juni dem Auswärtigen Amt mit:

Da vom innenpolitischen Standpunkt aus gesehen keinerlei Bedenken gegen die Übertragung des Festkonzerts des in Japan tätigen deutsch-jüdischen Dirigenten Pringsheim durch den deutschen Runkfunk bestanden haben, es vielmehr nur begrüßt werden kann, wenn im Gegensatz zu den meisten Emigranten auch einmal von deutschen Juden im Ausland in Richtung unserer Politik gearbeitet wird, ist die deutsche Botschaft ... verständigt worden ...³¹

Das Einlenken muß einem Kompromiß zwischen der liberalen und der nationalsozialistischen Seite innerhalb des Propagandaministeriums entsprungen sein. Wir werden für das Folgejahr, 1935, sehen, daß diese Gruppierung sich zugunsten der Parteiorganisation verschob.

Es kam dann am 30. Oktober 1934 zu einem Austauschkonzert – seit dem November 1933 die vierte derartige Sendung zwischen beiden Ländern. Aus dem Konzertsaal der Kaiserlichen Akademie wurden – anstelle der zunächst geplanten Alpensymphonie – „Der Abend“ und „Hymne“ unter Pringsheims Leitung gesendet. Zu dieser Programmänderung war es durch ein Schreiben des Leipziger Verlegers der Alpensymphonie, Leuckert, gekommen: Er hatte beim Propagandaministerium „eine Unterbindung der Übertragung“ dieser Symphonie „durch die Kaiserliche Musikakademie“ beantragt, „da das Notenmaterial dazu von der Music Library Tōkyō unrechtmäßig erworben sei“.³²

Da der Verlag die Möglichkeit einer doch naheliegenden Schlichtung durch nachträglichen Verkauf der Aufführungsrechte nicht anbot, ist denkbar, daß hier ein letzter Boykott-Versuch vorlag; zudem hätte der Verleger, wenn aufführungsrechtliche Einwände bestanden haben, doch für das Orchester nicht „eine Unterbindung der Übertragung“, sondern wohl generell: „der Aufführung“ beantragen müssen. Möglicherweise wollte Pringsheim kein Risiko in der ministeriell einmal gebilligten Konzertsendung eingehen und entschied sich für die genannten beiden schwierigen Chorwerke.

Im zweiten Teil des Austauschkonzerts wurde aus der Berliner Phil-

³⁰ Schreiben vom 30.4.1934, AA/PA, J.Nr. 1347/II.

³¹ AA/PA Abt. VIII Men/Gr. 83–20 28/6.

³² Schreiben des AA vom 21.8.1934 an das Propagandaministerium. Ebenda.

harmonie die Tondichtung „Also sprach Zarathustra“ nach Japan gesendet, gespielt von den Berliner Philharmonikern unter Leitung von Werner Richter-Reichhelm. Während Zeitungen in Japan von einer klaren Übertragung berichteten, notierte ein deutscher Pressebericht: „... die atmosphärischen Störungen wirken sich in sehr eigenwilligen Zutaten und Rubati aus ...“³³

Im Grußaustausch zwischen dem Akademiedirektor und Richard Strauss wurde Klaus Pringsheim namentlich gewürdigt. Auf dem Berliner Programmzettel des Konzerts ist sein Name aber nicht aufgeführt. In der Berliner Presse wurde das Ereignis erwähnt, doch meist ohne Nennung Pringsheims. Gleichwohl blieb es ein Erfolg der liberalen Seite. Der Beitrag Herbert v. Dirksens lag darin, von außen, durch Nutzung einer außenpolitischen Argumentation, auf inländische Verhältnisse eingewirkt und hierbei den antisemitischen Erlaß ausgeschaltet zu haben. Er hatte damit den Spieß umgedreht, der ihm von der NSDAP-Seite entgegengehalten worden war. Denn diese dachte an die Ausweitung heimischer Verhältnisse auf das Ausland. Das Austauschkonzert wirkte jedoch in umgekehrter Richtung. Die Veranstaltung mag das deutsche Inland an liberalere Zeiten erinnern haben.

Pringsheim ersuchte 1935 in gleicher Weise wie im Vorjahr die Botschaft um Förderung einer Konzertübertragung anlässlich des 250. Geburtstags von J. S. Bach. Die kontroverse Stellungnahme der NSDAP-Ortsvertretung und der deutschen Botschaft kreuzten sich, wie im Vorjahr, im Berliner Propagandaministerium, das nun jedoch im Sinne der Parteivertretung entschied.

Gründe für diesen Beschluß lagen darin, daß – wie v. Dirksen nun, *expressis verbis*, erfahren mußte – die Kulturkompetenz des Auswärtigen Amtes in die Hände des Propagandaministeriums übergegangen war.³⁴ Die Partei mit ihrer Auslandsorganisation hatte entsprechend zu dieser Schwächung des Auswärtigen Amtes an Einfluß auf außenpolitische kulturelle Entscheidungen gewonnen. Damit war die Möglichkeit für ein weiteres Austauschkonzert geschwunden.

b. Die Auseinandersetzung um Pringsheims Vertrag mit der Musikakademie

v. Dirksen wurde nach der Ablehnung für die Übertragung eines Bachkonzerts im Sommer 1935, und damit wenige Monate vor dem Auslaufen von Pringsheims damaligem Zweijahresvertrag mit der Akademie, wie-

³³ Deutsche Allgemeine Zeitung, 31.10.1934.

³⁴ AA/PA, zu IV Ja 668, unter Bezug auf „den Entwurf eines Runderlasses an alle Missionen“ – 113–15 6/5.

derholt gedrängt, dessen Entlassung zu betreiben. Außerdem versuchte die Auslandsorganisation der NSDAP in einem Brief vom 1. Juli 1935 an das Auswärtige Amt, eine Zwangsrepatriierung zu betreiben: „Die Leitung der Auslandsorganisation ... wiederholt den Antrag, daß auch nunmehr energische Schritte unternommen werden, den jüdischen Dirigenten heimzuberufen.“³⁵

v. Dirksen konnte jedoch am 14. September dem Auswärtigen Amt über „Herrn Klaus Pringsheim“ folgendes mitteilen, wobei er seinen Standpunkt zur rechtlichen und diplomatischen Seite eines eventuellen „positiven amtlichen Vorstoßes“ unterstrich:

... daß die Staatliche Musikakademie Tōkyō-Ueno den Vertrag mit Herrn Klaus Pringsheim bedauerlicherweise erneuert hat ... Da Herr Pringsheim von deutscher Seite nicht abberufen werden kann, weil er Angestellter eines japanischen staatlichen Instituts ist, wird zur Zeit leider nichts übrig bleiben, als die weitere Entwicklung abzuwarten ... Von einem positiven amtlichen Vorstoss gegen Pringsheim verspreche ich mir keinen Erfolg. Er würde als Einmischung in innerjapanische Angelegenheiten angesehen und verstimmen.³⁶

Es sei dahingestellt, welches Gewicht der Wendung im gleichen Brief beizumessen ist: „bisher leider erfolglos[e] ... gelegentliche Einwirkung auf einflußreiche japanische Stellen“; eine solche „Einwirkung“ hätte den bisherigen Ausführungen des Botschafters widersprochen. v. Dirksen wurde auch nach der Vertragsverlängerung Pringsheims von Berlin aus dazu angehalten, „die Angelegenheit weiter im Auge zu behalten ... [um] eine grundsätzliche Änderung der Einstellung der maßgebenden Kreise zur Frage nicht-arischer deutscher Künstler herbeizuführen“. Damit war nicht nur Pringsheim angesprochen, sondern auch der größere Teil unter seinen deutschen Kollegen.

Eine Vertragsverlängerung Pringsheims wurde von dem Direktor der Musikademie im Oktober 1937 nicht bewilligt. Zur Nachfolge wurde Helmut Fellmer aus Deutschland berufen. Pringsheim nahm, wenn wir seiner ausgeschmückten Biographie (Katō 1950:223) folgen, als Gründe der Ablehnung an:

- einen Druck, der von deutschen Stellen über das Außenministerium auf den Akademiedirektor ausgeübt worden sei. Von der nicht auszuschließenden Wirkung eines Gesprächs durch den deutschen Bot-

³⁵ AA/PA, IV Ja 827.

³⁶ AA/PA, IV Ja 1409/4.

schaftssekretär im japanischen Außenministerium im Jahre 1936 wird weiter unten noch die Rede sein;

- ferner ein Einwirken des Dirigenten Konoe Hidemaro. Der Dirigent hatte sich, wie bereits erwähnt, mit der Akademiedirektion überworfen und war dem Berliner Propagandaministerium eine vertraute Person; ob dies bei der Mutmaßung Pringsheims von Bedeutung war, kann hier nicht erörtert werden.

Ein Wort noch zu Klaus Pringsheim:

Nach dreijährigem Aufenthalt in Bangkok kehrte er im Jahre 1939 nach Tōkyō zurück, lehrte nun jedoch an einer kleineren privaten Musikschule in Ōmori. Wir begegnen ihm später, 1941, etwa als Komponisten einer Musik für eine Tōkyōter Faust-Aufführung;³⁷ er gründete ferner ein Ensemble, das jedoch nur kurze Zeit bestand. Ende 1944 wurde sein deutscher Reisepaß auf Antrag der – von Berlin hierzu beauftragten – deutschen Botschaft durch die japanische Polizei eingezogen. Er und seine beiden Kinder waren damit erneut großem Leid ausgesetzt. – Nach einem Aufenthalt in den USA übernahm Pringsheim 1951 die Leitung der Kompositionsabteilung an der Musikakademie Musashino; 1963 erhielt er dort eine Ehrenprofessur. Sein Schülerkreis stellt derzeit das Œuvre des Komponisten und Musiktheoretikers zusammen.

Die während der Kriegsjahre in Tōkyō tätige Cembalistin Eta Harich-Schneider schilderte Klaus Pringsheim, den die deutsche Gemeinde in Tōkyō „geschnitten“ habe, als einen Menschen, „der souverän die Kränkungen durchstand und überwand ... Eine unvoreingenommene, normale Haltung hatte [unter deutschen Musikern in Tōkyō] überhaupt nur Klaus Pringsheim“ (Harich-Schneider 1978:239, 238).

*c. Neubesetzung der Chefdirigentenstelle im führenden japanischen Orchester
durch Joseph Rosenstock (1895–1985)*

Noch einmal zurück zum Jahr 1935, zu einem Vorgang am Rande: Er spielte der NSDAP-Ortsgruppe die Rolle einer kulturellen Vermittlung zu; damit erhielt die Parteivertretung, auch wenn die japanische Seite sich letztlich anders entschied, im diplomatischen Vorfeld Gewicht.

Durch ein Zerwürfnis des Japanischen Symphonieorchesters mit seinem Dirigenten, Konoe Hidemaro, war der Chefdirigentenposten des führenden nationalen Orchesterensembles vakant geworden. Der Pressewart

³⁷ Theaterankündigung in: *Engeki*, November 1942:149; das Notenmaterial befindet sich in der Bibliothek der Musikhochschule Musashino, eine Ablichtung im Besitz des Verfassers.

der NSDAP-Stellen in Japan, Dr. Plage, vergewisserte sich beim Orchesterbüro, ob an einer deutschen Nachfolge gelegen sei. Eine aktive Beteiligung der Botschaft in dieser Frage, so befürchtete v. Dirksen, könne das gute Einvernehmen zwischen der Botschaft und Konoe Hidemaro trüben und damit zu seinem Bruder, Konoe Fumimaro, der damals bereits Präsident des Oberhauses war.

So kam es auf dem Weg der NSDAP-Instanzen und durch Vermittlung der Reichsmusikkammer zu – wenigstens – drei Bewerbungen deutscher Dirigenten um den Posten: Walther Meyer-Giesow, Hermann Henze und Helmuth Thierfelder. Das Orchester entschied sich jedoch für den Juden Joseph Rosenstock (1883–1972).

Die Not des Diplomaten hatte der NSDAP-Ortsgruppe einen Ball zugespielt: kulturpolitisch in Szene zu treten, während der Botschafter lediglich formal abzeichnete. Aus der Sicht der NSDAP-Ortsgruppe mochte es, nachdem sie die genannte Sendung eines Bachkonzerts hatte verhindern können, ein weiterer Schritt nach vorn gewesen sein, gleich, ob ihre Hoffnung auf eine arische Neubesetzung fehlschlug. – Der lachende Dritte war erneut die japanische Musikwelt; denn die antijüdische Kulturpolitik NS-Deutschlands bescherte ihr nicht nur einen erstklassigen jüdischen Musiker, sondern auch gleich noch eine stattliche Bewerberliste aus Berlin.

d. Eine Vorsprache im japanischen Außenministerium

Im folgenden Jahr, 1936, machte sich nationalsozialistische Kulturpolitik erneut geltend, nun schon auf einem diplomatischen amtlichen Weg. Die Zeitung *Tōkyō Nichi-Nichi* hatte anlässlich von Rosenstocks Ankunft in einem Artikel vom 20. August 1936 die nationalsozialistische Regierung heftig kritisiert und Sympathie für die emigrierten jüdischen Künstler aus Deutschland und Österreich bekundet:

Jüdische Künstler, die wegen ihres Kampfes gegen die despotische Kulturpolitik des Nationalsozialismus vertrieben wurden und ihren Zufluchtsort in Japan fanden, Willy Frey, Leopold Kreuzer und Josef Rosenstock, wollen zusammenarbeiten, um die schöne deutsche und österreichische Musik in Japan zu fördern. Man erwartet von ihrer Arbeit eine Höher-Entwicklung der Musik in Japan.

Die Zeitung fügte eine Erklärung Rosenstocks vor Pressevertretern über die gegenwärtige Lage der Musik in Deutschland hinzu: „... daß die Musik in Deutschland mit jedem Tag tiefer sinkt. Auch Furtwängler kann jetzt nicht mehr dirigieren.“

Der deutsche Botschaftssekretär, Noebel, benutzte „den Anlaß dieser

öffentlichen Äußerung“, um „zum ersten Male die Frage der jüdischen Musiker in Japan ... im Ministerium des Äußeren zu besprechen“. Er bekundete dort das „Mißbehagen“ der deutschen Botschaft darüber, „daß die deutsche Musik in Japan vorwiegend – mit wenigen Ausnahmen – durch Juden verkörpert werde“, und sprach die Befürchtung aus, ein „Emigrantenklub“ könne sich bilden, der sich in Richtung von Rosenstocks Äußerung vernehmen lasse und damit „die Rassenfrage wieder erneut in den Vordergrund des Interesses der japanischen Öffentlichkeit stelle[n]“, was sich „abträglich auf die deutsch-japanischen Beziehungen auswirken könne“. Auf die Anfrage, ob eine gewisse Einflußnahme der japanischen Regierung auf Besetzungen freier Stellen durch „deutschblütige Musiker“ möglich sei, verhielt sich die japanische Stelle „vollkommen ablehnend“:

- Einmal seien „alle derartigen Körperschaften ... völlig frei in der Entschließung über Engagements“;
- ferner sei „die japanische Öffentlichkeit ... gegenüber dem Judenproblem bekanntlich ganz anders eingestellt als die deutsche öffentliche Meinung“, und es sei nicht zu leugnen, daß in manchen Kreisen in Japan sogar eine gewisse Sympathie mit den „vertriebenen Juden“ bestehe;
- somit würde man, wenn die japanische Regierung der deutschen „Anregung“ entspreche, in der Öffentlichkeit im Gegenteil vermehrt mit der Lage der deutschen Juden sympathisieren.
- So sehr die japanische Regierung sich im Fall einer „feste[n] Organisation“ und „politischen Tätigkeit“ jüdischer Kreise zum Eingreifen berechtigt sehe, hielte man japanischerseits doch eine solche Entwicklung für ausgeschlossen.³⁸

Damit hatte erstmals ein amtliches Gespräch über das Thema stattgefunden. Der Botschafter, der sich wiederholt gegen einen solchen Vorstoß ausgesprochen hatte, hielt sich zu dem Zeitpunkt in Deutschland auf; eine Autorisierung zu der Unterredung durch ihn vermerkt Noebel in dem Schreiben nicht.

So ablehnend die Haltung des japanischen Gesprächspartners gewesen war, so kann doch ein Nachwirken der Unterredung nicht ausgeschlossen werden. Es müssen, wie erwähnt, die von Pringsheim vermuteten Gründe zu seiner Nicht-Vertragsverlängerung im Jahre 1937 in diesem Zusammenhang abgewogen werden.

³⁸ Botschaft Tōkyō an AA 29.8.1936, AA/PA, J. Nr. 3211; die Übersetzung des Zeitungsartikel ebenda in der Anlage. Der japanische Gesprächspartner war Ministerialdirektor Tōgō Shigenori, der spätere Außenminister.

Vier Jahre später, 1940, wird uns ein Schreiben des Nachfolgers von Herbert v. Dirksen, Eugen Ott, bestätigen, daß sich in der Frage grundsätzlich nichts geändert hatte. Der Botschafter teilte Berlin im Zusammenhang mit Rosenstocks Vertragsverlängerung mit: „Die Möglichkeit, auf ... Orchester direkt oder durch Vermittlung amtlicher Stellen im Sinne einer anderen Besetzung des Dirigentenpostens einzuwirken, ist leider nicht gegeben.“³⁹ Die deutsche Botschaft wird erst – wie wir unten sehen werden – 1943/44, nun unter der Leitung Heinrich Georg Stahmers, von dieser Haltung abweichen.

Im folgenden soll jedoch zuvor noch ein weiterer Versuch deutscher Einflußnahme in den Jahren 1938 bis 1942 zur Sprache kommen: Unter Berufung auf das deutsch-japanische Kulturabkommen wollte man allgemein jüdische Repräsentanten der deutschen Kultur in Japan durch „arische“ Vertreter ersetzen.

e. Das deutsch-japanische Kulturabkommen

Das Abkommen, unterzeichnet am 25. November 1938, diente der koordinierten Steuerung des deutsch-japanischen Kulturaustausches. Zwei zentrale Gremien, der deutsch-japanische Kulturausschuß in Berlin und Tōkyō, berieten hierüber.

Bereits bei den Vorgesprächen zu diesem Abkommen war im September die „Lektorenfrage“ als ein wichtiger Punkt angesprochen worden; Musiklehrer und Musiker waren, wie wir sehen werden, mit einbezogen. Die deutsche Seite hatte bei diesem Austauschprogramm einen „Rahmen“ im Auge. Er sah den Austausch einer verbindlichen Vorauswahl-Liste vor und hätte der deutschen Seite eine „arische“ Besetzung deutscher Lektorate an japanischen Hochschulen gesichert. Die japanische Seite entzog sich dann letztlich der Verbindlichkeit einer solchen Vorauswahl und hielt lediglich an der verbindlichen Konsultation bei Deutsch-Lektoraten an Oberschulen fest.

Die japanische Ablehnung entsprach damit dem – streng intern gehaltenen – Übereinkommen einer „fünfköpfigen Ministerrunde“, getroffen unter Vorsitz des Ministerpräsidenten im Dezember 1938. Dieser Kreis war zusammengetreten, um die japanische Haltung angesichts des Zustroms von jüdischen Flüchtlingen nach Ostasien abzustimmen, der nach der „Reichskristallnacht“ eingesetzt hatte. Die Runde sprach sich – in einem politisch komplexeren Zusammenhang – unter anderem für die Förderung jüdischer Künstler im japanischen Einflußbereich aus. Zwei Monate später, im Februar 1939, wurde dann im Sinne dieser Absprache eine

³⁹ AA/PA, Botschaft Tōkyō an AA 19.3.1940, K 730/40, Kult. K 4116–40.

zweimalige Anfrage im Oberhaus behandelt: „Juden würden in Japan ebenso wie andere Ausländer behandelt,“ und es „würde ihnen der Eintritt ins Land, nur weil sie Juden seien, nicht verweigert“. ⁴⁰

Somit war die japanische Haltung in den beiden deutsch-japanischen Kulturausschüssen klar vorgegeben. Die darin erörterte Lektorenfrage schleppte sich ergebnislos noch weitere drei Jahre hin. In der zweiten Tōkyōter Kulturausschußsitzung vom 19. Juli 1939 etwa konstatierte die deutsche Seite zur Frage der „Lektoren“: „Im Sinne des Kulturabkommens kann die deutsche Sprache und Kultur nicht durch Juden vermittelt werden.“ ⁴¹ Damit waren, wie aus einer späteren Sitzung des Berliner Ausschusses vom 4. und 5. April 1940 hervorgeht, auch „die Fälle der Anstellung von deutschen Dirigenten und Künstlern als Lehrkräften in Japan“ angesprochen. In der zweiten Tōkyōter Zusammenkunft forderte die deutsche Seite zudem die Streichung von Werken jüdischer (deutscher?) Komponisten aus dem japanischen Konzertrepertoire: „In Japan würde die deutsche Musik noch stark von Juden ausgeübt und jüdische Musik betrieben. Dieser Zustand sollte im Sinne des Kulturabkommens geändert werden.“

Der Hinweis auf das Kulturabkommen galt der Wendung in der bereits erwähnten Präambel: „... die deutsche ... Kultur“ habe „ihre wahren Grundlagen“, „in dem deutschen völkischen und nationalen Leben“. – Die Wendung schien darauf angelegt, der deutschen Seite eine Handhabe zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu geben. Die japanischen Vertreter konterten in der vierten Tōkyōter Sitzung am 27. September 1939: Gerade der in der Präambel angesprochene „ureigene japanische Geist“ lasse eine Diskriminierung nicht zu. – In dieser wohl heftigsten Sitzung hielt die japanische Seite an einer vom Vermittler und seiner jeweiligen Sprache unabhängig bestehenden internationalen Wissenschaft und an ihrem Recht fest, einen Wissenschaftler wie Einstein jenseits rassistischer Überlegungen zu Vorträgen einladen zu können. Dem hielt die deutsche Seite Namen weiterer Wissenschaftler entgegen: (der sich damals in Japan aufhaltende Soziologe) Oppenheimer, bzw. der Staatswissenschaftler Minobe

⁴⁰ Zu der Minsterrunde s. Inuzuka 1978:291f. Zu der zweimaligen Stellungnahme des japanischen Außenministeriums in den beiden Parlamentssitzungen (vom 23. und 27. Februar 1939) s. das Schreiben der Botschaft an das AA vom 6.3.1939 (83–26 6/3), mit einem Bericht des Botschaftspressebeirats de la Trobe über „Die Juden in Japan“.

⁴¹ Die deutschen und japanischen Protokollaufzeichnungen hierzu befinden sich, allerdings unvollständig, in Gaimushō Gaikō Shiryōkan (Archiv des japanischen Außenministeriums).

und der Wirtschaftswissenschaftler Kawai. Diese hätten in den beiden Ländern keine Lehrbefugnis.

Im Jahre 1942 brachte die deutsche Seite während der vierten Berliner Ausschußsitzung vom 25. Februar weit massiver ihr „Anliegen“ vor, daß „in Japan tätigen jüdischen Lehrern gekündigt werden möge und jüdische Lehrer von ihren Lehrämtern zur deutschen Literatur entfernt werden mögen“.⁴² Das Anliegen zielte auf einen Eingriff während der Vertragszeit und legte eine gewisse Verärgerung der von der japanischen Seite offensichtlich „hingehaltenen“ deutschen Vertreter nahe. Der für die Frage zuständige Tōkyōter Ausschuß tagte in den folgenden zwei Jahren (zwischen der 14. Sitzung am 9. Juli 1942 und der Vorabsprache zur 15. Sitzung, am 7. Juni 1944) nicht. Die deutsche Seite schien auf der Ebene der Kulturausschüsse nicht zu ihrem Ziel zu gelangen.

Das folgende Dokument der Botschaft aus der Zeit 1943/44 zeugt davon, daß Rassismus mittlerweile in der diplomatischen Korrespondenz mit japanischen Behörden Fuß gefaßt hatte.

f. Eine Musikerliste der deutschen Botschaft an japanische Stellen

Der Japanische Kulturverband für Musik hatte, wie ausgeführt, 1943 die Zusammenarbeit mit ausländischen Musikern auf Angehörige der Achsenpartner eingeschränkt. Die deutsche Botschaft leitete daraufhin Ende des Jahres dem Verband eine „Liste mit den in Japan tätigen Musikern“ deutscher Herkunft zu. Sie gliederte dabei die Gruppe in

- arische Musiker deutscher Staatsangehörigkeit (I),
- jüdische Musiker, die „ausgebürgert wurden“ (II) und in
- jüdische und jüdisch eingeheiratete Musiker deutscher Staatsangehörigkeit (III).

Zur Gruppe (III) merkt das Schreiben nun unumwunden an, daß die Botschaft „an deren Berufsausübung kein Interesse hat“. – Ein Antwortschreiben hierzu ist mir nicht bekannt. Wenige Monate später gewann die deutsche Botschaft nach ausführlicheren Recherchen den Eindruck, daß der japanischen Seite nun auch nicht länger an dem Auftreten eines deutschen Dirigenten gelegen sei. Auf eine entsprechende Verbalnote der diplomatischen Vertretung (25. April 1944) hin erbat das japanische Außenministerium eine Auflistung deutscher Musiker in Japan, und die Kulturabteilung leitete – im Schreiben vom 8. August – die bereits oben erwähnte

⁴² Gaimushō Gaikō Shiryōkan, I, 1.1.0.1–3, jō 2 futsu go, dai 466 go, Shōwa 17.3.13 (= 13.3.1942).

Liste an das japanische Ministerium.⁴³ Deren Diktion entsprach dem damaligen deutschen Inland. Ein liberales diplomatisches Konzept bestand nicht mehr. Rassenwahn hatte nach zehnjähriger Eskalation schließlich in die amtliche Haltung der deutschen Diplomatie in Japan Eingang gefunden.

No.	Name
I.	In Japan tätige deutsche Musiker:
1	Prof. Harich-Schneider
2	Prof. Helmut Fellmer
3	Ria von Hesser
4	Generalmusikdirektor Manfred Gurllit
5	Paul Scholz
6	Mary Kremer
7	Nadaida Lorenz
II.	In Japan tätige Musiker, die früher deutscher Staatsangehörigkeit hatten, inzwischen aber eingebürgert wurden:
1	J. Joseph Rosenstock
2	Leo Hirota
3	Lionel Krautner
4	Harg. Netke-Löwe
III.	In Japan tätige Musiker deutscher Staatsangehörigkeit, an deren Berufsausübung die Deutsche Botschaft kein Interesse hat:
1	Klaus Pringahela 1/2 Jude
2	Eudolf Fetsch 1/2 Jude mit vollenjüdischer Frau
3	Bern. Wocherpfennig Deutscher mit volljüdischer verheiratet

(In Japan lebende Personen)

- 氏名: ...
- 生年月日: ...
- 職業: ...
- 住所: ...
- 備考: ...

Bild 9: Liste deutscher Musiker in Japan, welche die deutsche Botschaft im Herbst 1944 dem japanischen Außenministerium zuleitete; s. Text.

⁴³ Eine Wiedergabe der Liste in: Gaimushō Gaikō Shiryōkan, I, 1.1.0.1–3, jō 2 futsu (28.9.1944).

7. DIE ABKÜHLUNG DER DEUTSCH-JAPANISCHEN KULTURBEZIEHUNGEN

Ich komme abschließend zu der Frage, wie das deutsch-japanische Zusammenspiel im Musikleben der letzten drei Kriegsjahre sich darbot.

Die deutsche Botschaft hatte sich in der genannten Verbalnote (25. April 1944) auf Informationen des Generalmusikdirektors Manfred Gurlitt gestützt, der seit 1940 das Zentrale Symphonie-Orchester – seit 1941 unter dem Namen: Tōkyō-Symphonie-Orchester – betreut hatte:

... Gurlitt könne ... nicht dirigieren, da der Programm-Ausschuss der Japanischen Musikkammer [Jap. Kulturverband für Musik] ... das Auftreten ausländischer Dirigenten für unerwünscht halte. ... die Musikkammer habe sich bei ihrer Haltung gegenüber einer Betätigung ausländischer Dirigenten in Japan auch von der Haltung des japanischen [halbstaatlichen] Inlandrundfunks mitbestimmen lassen, der seit zwei Jahren keine ausländischen Dirigenten mehr auftreten lasse und dessen Beispiel man folgen müsse.⁴⁴

Die Botschaft unterstrich daher in der Verbalnote, daß „gerade die in Deutschland befindlichen japanischen Musiker in ihrer künstlerischen Tätigkeit sich der großzügigsten Förderung aller amtlichen und privaten deutschen Stellen erfreuen ...“⁴⁵ und beanstandete:

... ein Auftreten ausländischer Dirigenten im japanischen Konzertleben als unerwünscht zu unterbinden, ist auch, sofern ... [die Regelung] sich gegen Deutsche auswirkt, unvereinbar mit ... Artikel II des Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit ... vom 25. November 1938... , daß beide Staaten ihre Kulturbeziehungen auf dem Gebiet der Musik, des Funks usw. planmäßig fördern werden.

Die Informationsabteilung formulierte in einem internen Schreiben vom 22. Mai an das Außenministerium diesen Gedanken pragmatischer: Man wolle doch „durch die kriegszeitliche Musiktätigkeit dazu beitragen, das mit den Achsenmächten gemeinsame Kriegsziel zu verfolgen ...“, und es wurde erklärt, die Entscheidung des Orchesters, den Vertrag mit Gurlitt

⁴⁴ Verbalnote K 45/44 vom 25.4.1944, Gaimushō Gaikō Shiryōkan, I, 1.1.0.1–3.

⁴⁵ Gedacht war hier wohl vor allem an die einleitend erwähnten Musiker: den Dirigenten Konoe Hidemaro, der in zahlreichen Städten Deutschlands dirigierte, und an die Violinistin Suwa Nejiko, deren positive Aufnahme etwa die Zeitungsbesprechungen zu ihrem Konzertauftritt am 8.2.1944 in München erhellen.

zu lösen, sei vor allem aus künstlerischen Gründen gefallen.⁴⁶ Das Außenministerium ließ diese Mitteilung in verkürzter Form der deutschen Botschaft zukommen.⁴⁷

Der deutsche Vorwurf eines Rückgangs deutscher Musikertätigkeit war am 7. Juni 1944 in einer Gesprächsrunde zwischen Vertretern beider Länder erneut aufgegriffen worden. Der Kreis tagte zur Vorabklärung erheblicher Differenzen vor der 15. Sitzung des Tōkyōter Kulturausschusses. Die deutsche Seite bemängelte heftig ein zunehmendes Nachlassen Japans in seiner kulturellen Zusammenarbeit und merkte zum Bereich der Musik an: Auch Hellmut Fellmer, an der Musikakademie Tōkyō tätig, habe ein Konzert von deren Orchester nicht dirigieren können, da es auf einen Hauptfesttag des Yasukuni-Schreines gefallen sei und ein ausländischer Dirigent daher nicht angemessen gewesen wäre. Ebenso wie Baron Konoe Hidemaro jedoch in vielen Städten Deutschlands und auch an der Kriegsfrente Konzerte dirigiere, könne auch ein deutscher Dirigent verwundeten japanischen Soldaten Trost spenden. Zudem lasse die japanische Musikkritik in der Presse politische Erwägungen zur Kriegspartnerschaft der beiden Länder außer acht, in deren Dienst doch die kulturelle Zusammenarbeit zu stellen sei.⁴⁸

Die Situation in Fragen der Dirigentenbesetzung schien sich der im Theater angenähert zu haben: Während deutsche Bühnen seit 1938 bis 1944 japanische Dramenadaptationen lebhaft in politische Dienste stellten,⁴⁹ war im japanischen Theaterrepertoire ein vergleichbares Programm ausgeblieben.

Fellmer dirigierte dann noch ein Streichkonzert im November 1944, offensichtlich das letzte japanische Konzert vor Kriegsende unter einem deutschen Dirigenten. Rosenstock betreute zu jenem Zeitpunkt das Japanische Symphonie-Orchester nurmehr in Proben, bis es im Juni 1945 seine Tätigkeit einstellte, wie schon im Monat zuvor das Tōkyō-Symphonie-Orchester. Das Akademieorchester war bereits Ende 1943 infolge des Kriegseinsatzes seiner Studenten aufgelöst worden.

Als Ergebnis der 15. Sitzung des Deutsch-Japanischen Kulturausschusses vom 11. August 1944 gab es im Januar 1945 noch einen neunteiligen Plan. Musik fand in diesem detaillierten Programm zur kulturellen Zu-

⁴⁶ Schreiben vom 22. Mai 1944, Gaimushō Gaikō Shiryōkan, I, 1.1.C 1–3, J 2 gei, dai 136 go.

⁴⁷ Gaimushō Gaikō Shiryōkan, I, 1.1.0 1–3, jo 2 futsu, dai 66 g.

⁴⁸ Gaimushō Gaikō Shiryōkan, I, 1.1.0 1–3, Shōwa 19.6.7. (= 7.6.1944) jō 2.

⁴⁹ Siehe hierzu Schauwecker 1990:412–415.



Bild 10: Der Dirigent Joseph Rosenstock
(aus: Kaikan geijutsu, 6, Nr. 10 (Okt. 1937))

sammenarbeit kaum mehr Berücksichtigung.⁵⁰ – Das Thema war erschöpfend behandelt worden.

Japan war auf eine chauvinistische Politik eingeschwenkt. Ausländer waren am Dirigentenpult nicht länger erwünscht, und dabei war die Frage ihrer Nationalität ohne Belang. Noch weniger interessierte es hierbei, ob letztere „Juden oder jüdisch eingeheiratete Musiker“ waren. Die beiden Länder waren in der Kulturpolitik, hier auf rassistischem, da auf chauvinistischem Kurs, aneinander vorbeigesteuert.

⁵⁰ Gaimushō Gaikō Shiryōkan, I, 1.1.0 1–3, Shōwa 20.1.6. (= 6.1.1945) jō 2.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

1. Unveröffentlichte Quellen

AA/PA = Auswärtiges Amt, Politisches Archiv, Bonn.

Gaimushō Gaikō Shiryōkan [Diplomatisches Archiv des Außenministeriums].

2. Veröffentlichte Quellen und Abhandlungen

Asahi Shinbun (Tōkyō-Ausgabe) 16.11.1938, 21.1.1941, 29.11.1941.

Akiyama Tatsuhide (Hg.) (1966): *Nihon no yōgaku hyakunenshi* [100 Jahre Geschichte der westlichen Wissenschaft in Japan]. Tōkyō: Dai-ichi Hōki Shuppan.

Engeki [Theater] (Tōkyō), Novemberheft 1942.

Harich-Schneider, Eta (1978): *Charaktere und Katastrophen*. Berlin: Ullstein.

Inuzuka Kiyoko (1978): *Nihon kaigun to yudayajin* [Die japanische Kriegsmarine und die Juden]. In: Shinseikai (Hg.): *Nihonjin kara mita yudayajin-mondai* [Das jüdische Problem aus japanischer Sicht]. Tōkyō: Sanshūsha, S. 288–310.

Katō Shimei (1950): *Nihon no gensō* [Japans Vision]. Tōkyō: Kengensha.

Kindaichi Haruhiko u. Anzai Aiko (Hg.) (1991): *Nihon no shōka* [Japanische Lieder] 3. Tōkyō⁹: Kōdansha.

Kojima Tomiko u. Kawachi Kaname (1990): *Nihon dōyōshū* [Japanische Kinderlieder]. Tōkyō⁹: Ongaku no Tomosha.

Krause, Ernst (1955): *Richard Strauss – Gestalt und Werk*. Leipzig: Breitkopf & Härtel.

Kurusu Saburō (1949): *Hōmatsu no 35nen – gaikō hishi* [35 Jahre Schaum – geheime Diplomatiegeschichte]. Tōkyō: Bunka Shoin.

Kurusu Saburō (1952): *Nihon gaikō hiwa – Waga gaikōshi* [Unbekannte japanische Außenpolitik – unsere Diplomatiegeschichte]. Tōkyō: Sōgensha.

Nihon Hōsō Kyōkai (Hg.) (1940): *Shōwa 15nen rajio nenkan* [Jahresbericht der Japanischen Rundfunkanstalt, 1940]. Tōkyō: Ōzorasha.

Nihon Hōsō Kyōkai (Hg.) (1941): *Shōwa 16nen rajio nenkan* [Jahresbericht der Japanischen Rundfunkanstalt, 1941]. Tōkyō: Ōzorasha.

Ongaku no Tomo (Tōkyō) (1943), Jg. 2, H. 1.

Ongaku Shinchō (1937), Augustnummer.

Ogawa Takashi (Hg.) (1983): *Shinpen Nihon no kōkyōgakudan teiki ensōkai kiroku. 1927–1981* [Die Aufzeichnungen zu den regulären Konzertver-

- anstaltungen japanischer Symphonieorchester. 1927–1981, Neuauflage]. Tōkyō: Minshū Ongakukyōkai Shiryōkan.
- Ōsaka Ongaku Daigaku, Ongaku Bunka Kenkyūjo (Hg.) (1970): *Ōsaka ongaku bunkashi shiryō (Shōwa hen)* [Dokumente zur Kulturgeschichte der Musik in Ōsaka (Ausgabe zur Shōwa-Zeit)]. Ōsaka: Ōsaka Ongaku Daigaku.
- Rekōdo Bunka* (1942) (1943) (Tōkyō), Januarheft 1942, Februarheft 1943.
- Schauwecker, Detlev (1990): Japanisches auf Bühnen der nationalsozialistischen Zeit. In: Josef Kreiner u. Regine Mathias (Hg.): *Deutschland-Japan in der Zwischenkriegszeit*. Bonn: Bouvier, S. 403–439.
- Sonobe Saburō (1956): *Ongaku gojūnen* [50 Jahre Musik]. Tōkyō (2. verb. Aufl.): Jiji Tsūshinsha.
- Tōkyō Geijutsu Daigaku Hyakunenshi Kankōinkai (Hg.) (1987): *Tōkyō Geijutsu Daigaku hyakunenshi 1* [Kunsthochschule Tōkyō, einhundert Jahre Geschichte, 1]. Tōkyō: Ongaku no Tomosha.
- White, Eric Walter (1983): *Benjamin Britten – His Life and Operas*. London²: University of California Press.
- Wilhelm, Kurt (1984): *Richard Strauss – persönlich*. München, Kindler.
- Wistrich, Robert (1983): *Wer war wer im Dritten Reich*. München: Harnack.

Ich danke den Archiven für ihre freundliche Bereitstellung des Materials, insbesondere Frau Rin, Nihon Kindai Ongakkan, für freundliche Unterstützung.

ZU DEN AUTOREN

Jost Dülffer

Geb. 1943. Promotion 1972, Habilitation 1979. Gegenwärtig Professor für Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Universität Köln. Veröffentlichungen zur deutschen Geschichte (v. a. Kaiserreich und NS-Zeit), zu den internationalen Beziehungen im 19./20. Jahrhundert und zur historischen Friedensforschung.

Jüngste Veröffentlichungen: *Deutsche Geschichte 1933–1945. Führerglaube und Vernichtungskrieg*, Stuttgart 1992; (Mhg.): Otto von Bismarck. Person – Politik – Mythos, Berlin 1993; (Hg.): *Parlamentarische und öffentliche Kontrolle von Rüstung in Deutschland 1700–1970*. Beiträge zur historischen Friedensforschung, Düsseldorf 1992.

Kimura Naoji

Geb. 1934. Studium der Germanistik an der Sophia-Universität in Tōkyō und der Universität München. 1961 Promotion in München. Ab 1975 Professor an der Sophia-Universität. 1977 Goethe-Preis der Japanischen Goethe-Gesellschaft. 1982 Philipp-Franz-von-Siebold-Preis der Bundesrepublik Deutschland. 1989 Vizepräsident der Japanischen Goethe-Gesellschaft. 1989–91 Präsident der Japanischen Gesellschaft für Germanistik. 1992 Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Hauptveröffentlichungen: *Gēte kenkyū* [Goethe-Studien], 3 Bde., Tōkyō 1976–1985; *Doitsu seishin no tankyū* [Suche nach dem deutschen Geist], Tōkyō 1993.

Gerhard Krebs

Geb. 1943. Studium der Fächer Geschichte, Germanistik und Japanisch in Hamburg, Freiburg/Br., Bonn und Tōkyō. 1982 Promotion in Freiburg. 1981–86 Lektor an der Waseda-Universität in Tōkyō. 1987–90 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der Universität Freiburg. 1987 Empfänger des Japan-Preises der OAG Tōkyō für die Dissertation *Japans Deutschlandpolitik 1935–1941* (Hamburg 1984, Mitteilungen der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens, Bd. 91). Seit 1990 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Japanstudien. Forschungsgebiet: Japanische Zeitgeschichte.

Françoise Kreissler

Studium der Sinologie, Germanistik und Jiddistik an den Universitäten Paris, Peking, Shanghai, New York. Promotion an der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales (Paris). Forschungsbereich: Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhun-

derts. Universitätsdozentin an der Universität Paris III-Sorbonne Nouvelle.

Hauptveröffentlichung: *L'action culturelle allemande en Chine. De la fin du XIX^e siècle à la Seconde Guerre Mondiale*. Paris 1989.

Bernd Martin

Geb. 1940, Dr. phil., Marburg (1967), seit 1976 Professor für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Seminar der Universität Freiburg i. Br., Hauptarbeitsgebiete: Geschichte der internationalen Beziehungen, deutsche Zeitgeschichte, Geschichte des Zweiten Weltkrieges, moderne japanische und chinesische Geschichte.

Veröffentlichungen u. a.: *Deutschland und Japan im Zweiten Weltkrieg*. Göttingen 1969 (japanische Ausgabe 1969); *Friedensinitiativen und Machtpolitik im Zweiten Weltkrieg*. 2. Aufl. Düsseldorf 1976; (Mhg.): *Die Juden als Minderheit in der Geschichte*. 5. Aufl. München 1988; (Hg.): *Japans Weg in die Moderne – Ein Sonderweg nach deutschem Vorbild?* Frankfurt a. M. 1987; *Weltmacht oder Niedergang? Deutsche Großmachtpolitik im 20. Jahrhundert*. Darmstadt 1989; (Hg.): *Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick*. München 1992.

Erich Pauer

Geb. 1943. 1966–72 Studium der Japanologie, Völkerkunde sowie Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Wien. 1972 dort Promotion mit einer Arbeit über *Technik – Wirtschaft – Gesellschaft. Der Einfluß wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen auf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Geräte in der vorindustriellen Epoche Japans ab dem 17. Jahrhundert* (Beiträge zur Japanologie, Bd. 10, Wien 1973). 1972–74 Post Graduate Studium an der Universität Tōkyō. 1974–77 Assistent am Inst. f. Japanologie, Universität Wien. 1977–81 Lektor am Japanologischen Seminar der Universität Bonn. 1981 dort Habilitation mit einer Arbeit über *Japans industrielle Lehrzeit. Die Bedeutung des Flammofens in der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung Japans für den Beginn der industriellen Revolution* (Bonner Zeitschrift für Japanologie, Bd. 4, Bonn 1983). 1982–85 Arbeit an einem Projekt der Stiftung Volkswagenwerk zur japanischen Technik- und Wirtschaftsgeschichte der Zwischenkriegszeit. Seit 1987 Professor für Japanologie am Japan-Zentrum der Philipps-Universität Marburg. Forschungsschwerpunkte: Neuere Wirtschafts- und Technikgeschichte Japans. Herausgeber der „Marburger Japan-Reihe“.

Detlev Schauwecker

Geb. 1941. Studierte Theaterwissenschaft und Japanologie. Promotion Marburg 1973. Seit 1976 tätig an der Kansai-Universität in Osaka. Gegenwärtig: Professor ebenda.

Forschungsschwerpunkt: Rezeption zwischen West und Ost. Daneben Übersetzungen älterer japanischer Dramen.

Tajima Nobuo

Geb. 1953. Studium an der Juristischen Fakultät der Hokkaidō-Universität in Sapporo. 1992/93 Forschungsaufenthalt an der Universität Freiburg/Br. Gegenwärtig Professor für Internationale Geschichte an der Juristischen Fakultät der Seijō-Universität in Tōkyō.

Veröffentlichungen: *Nachizumu gaikō to „Manshūkoku“* [Nationalsozialistische Außenpolitik und „Manchukuo“], Tōkyō 1992; *Nichi-Doku gunji kyōtei mondai 1936–1937nen* [Das Probleme einer japanisch-deutschen Militärkonvention]. In: *Nenpō. Kindai Nihon Kenkyū*. Bd. 11, Tōkyō 1989, S. 268–294. Weitere Veröffentlichungen zu den deutsch-japanischen und deutsch-spanischen Beziehungen der 1930er Jahre.

Herbert Worm

Geb. 1943. Nach Buchhändlerlehre und Tätigkeit im wissenschaftlichen Sortiment über den 2. Bildungsweg Zugang zum Studium der Japanologie, Literaturwissenschaft und Ethnologie in Hamburg. 1981 Promotion mit einer Untersuchung über den Anarchismus der Meiji-Zeit. 1980–87 Hochschulassistent, seit 1988 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Sprache und Kultur Japans der Universität Hamburg; 1985–86 Fellow der Japan Foundation am Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut (Shaken) der Universität Tōkyō.

Hauptveröffentlichung: *Studien über den jungen Ōsugi Sakae und die Meiji-Sozialisten zwischen Sozialdemokratie und Anarchismus unter besonderer Berücksichtigung der Anarchismusrezeption*. Hamburg 1981 (Mitteilungen der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens, Bd. 88).

